

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 3. Dezember 1976

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977

Beratungsgruppe VII: Soziale Verwaltung

Beratungsgruppe XV: Gesundheit und Umweltschutz

Inhalt

Personalien

Ordnungsrufe (S. 3869 und S. 3891)

Geschäftsbehandlung

Vertagungsbeschuß (S. 3902)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (320 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 (380 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe VII: Kapitel 15: Soziales, Kapitel 16: Sozialversicherung
Spezialberichterstatter: Rechberger (S. 3800)

Beratungsgruppe XV: Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz

Spezialberichterstatter: Steininger (S. 3801)

Redner: Dr. Kohlmaier (S. 3802), Dr. Schranz (S. 3809), Melter (S. 3814), Pichler (S. 3822), Dr. Wiesinger (S. 3827), Steinhuber (S. 3834), Dr. Scrinzi (S. 3836), Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter

(S. 3843), Vetter (S. 3844), Sekanina (S. 3848), Dr. Stix (S. 3852), Dr. Steyrer (S. 3855), Kammerhofer (S. 3858), Bundesminister Dr. Weissenberg (S. 3862), Meißl (S. 3870), Treichl (S. 3872), Dr. Schwimmer (S. 3875), Hellwagner (S. 3878), Dr. Hafner (S. 3881), Libal (S. 3886), Samwald (S. 3886), Dr. Feurstein (S. 3889), Tonn (S. 3891), Dr. Pelikan (S. 3895), Dr. Beatrix Eypeltauer (S. 3897) und Wedenig (S. 3900)

Annahme der Beratungsgruppen VII und XV (S. 3902)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Koren und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend aufklärungsbedürftige Vorgänge im Hauptmünzamt (852/J)

Vetter und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Arbeitsplatzsicherung im oberen Waldviertel (853/J)

Dr. Wiesinger, Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend medizinische Studienordnung (854/J)

Dr. Eduard Moser und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend staatspolizeiliche Aufzeichnungen (855/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Vorenthalten von land- und forstwirtschaftlichen Buchführungsergebnissen gegenüber den Ländern (856/J)

Dipl.-Vw. Josseck, Dr. Schmidt und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Hauptmünzamt – Ankauf angeblich geschmuggelter Goldbarren (857/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 50 Minuten

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Minkowitsch, Dritter Präsident Probst.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (320 und Zu 320 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 samt Anlagen (380 der Beilagen)

Spezialdebatte Beratungsgruppe VII

Kapitel 15: Soziales

Kapitel 16: Sozialversicherung

Beratungsgruppe XV

Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz

Präsident: Wir nehmen die gestern vertagte Verhandlung des Berichtes des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (320 und Zu 320 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 samt Anlagen (380 der Beilagen), wieder auf.

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die auf der Tagesordnung stehenden Beratungsgruppen

VII, Soziale Verwaltung, und

XV, Gesundheit und Umweltschutz, des Bundesvoranschlages zusammengefaßt.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe VII ist der Herr Abgeordnete Rechberger. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Rechberger: Her Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe VII: Kapitel 15: Soziales, Kapitel 16: Sozialversicherung.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Mühlbacher die in der Beratungsgruppe VII zusammengefaßten Kapitel 15 „Soziales“ und Kapitel 16 „Sozialversicherung“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 am 19. November 1976 in Verhandlung gezogen.

Kapitel 15 „Soziales“ und Kapitel 16 „Sozialversicherung“: Der Voranschlag für 1977 sieht bei diesen Kapiteln folgende Ausgaben und Einnahmen vor:

Ausgaben: Kapitel 15 10.402.097.000 S, Kapitel 16 26.517.601.000 S, insgesamt 36.919.698.000 S.

Einnahmen: Kapitel 15 4.985.272.000 S, Kapitel 16 735.004.000 S, insgesamt 5.720.276.000 S.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1976 ergeben sich insgesamt Mehrausgaben von rund 3109 Millionen Schilling und Mehreinnahmen von rund 612 Millionen Schilling.

Ausgaben: Von den Gesamtausgaben der „Sozialen Verwaltung“ entfallen auf den Personalaufwand 732.890.000 S oder rund 2 Prozent und auf den Sachaufwand 36.186.808.000 S oder rund 98 Prozent.

Innerhalb der Gesamtausgaben ergibt sich zwischen den „Gesetzlichen Verpflichtungen“ (einschließlich Personalaufwand) in Höhe von 35.677.329.000 S und den „Ermessensausgaben“ in Höhe von 1.242.369.000 S ein Verhältnis von 96,6 Prozent zu 3,4 Prozent.

Die Gesamtausgaben der „Sozialen Verwaltung“ verteilen sich prozentuell wie folgt:

Sozialversicherung 71,8 Prozent, Arbeitsmarktverwaltung 13,8 Prozent, Kriegsopfer- und Heeresversorgung 13,0 Prozent, Sonstiges 1,4 Prozent.

Kapitel 15 „Soziales“: Personalaufwand. Das Mehrerfordernis gegenüber dem Bundesvoranschlag 1976 von rund 76 Millionen Schilling ist hauptsächlich durch generelle Bezugserhöhungen bedingt.

Sachaufwand: Der Nettomehraufwand in Höhe von rund 438 Millionen Schilling betrifft im wesentlichen die Kriegsopfer- und Heeresversorgung.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Bei Titel 150 „Bundesministerium für soziale Verwaltung“ ergibt sich ein Minderaufwand von rund 290 Millionen Schilling dadurch, daß im Gegensatz zum Voranschlag 1976 die Vorsorge von Mitteln des Reservefonds nach dem AlVG für eine Abgangsdeckung der aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung zu bestreitenden Gebärung nicht erforderlich ist.

Bei Titel 151 „Opferfürsorge“ ist der Mehraufwand in erster Linie durch die Rentenanpassung ab 1. Jänner 1977 mit dem Faktor 1,070 bedingt. Der Aufwand für „Entschädigungen“ ist weiterhin rückläufig.

Rechberger

Bei Titel 152 „Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen“ kann trotz der Vorverlegung des Stichtages für die Anspruchsberechtigung vom 31. Dezember 1969 auf den 25. Oktober 1955 (BGBI. Nr. 330/1973) nach den bisher gewonnenen Erfahrungen mit verhältnismäßig geringen Mitteln das Auslangen gefunden werden.

Bei Titel 154 „Allgemeine Fürsorge“ ist der Aufwand für Kleinrentnerentschädigung, obwohl auch dieser Personenkreis in den Genuss der allgemeinen Rentenerhöhungen ab 1. Jänner 1977 kommt, aus natürlichen Gründen weiterhin rückläufig.

Für die Unterstützung von Wohlfahrtsorganisationen, die sich insbesondere der Betreuung alter Menschen widmen, sind wesentlich mehr Mittel als bisher vorgesehen.

Bei Titel 155 „Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung I“ sind vor allem Mehrausgaben für Unterstützungsleistungen einschließlich Krankenversicherung (rund 260 Millionen Schilling) berücksichtigt. Der Veranschlagung liegt die Annahme von 35.000 Beziehern von Arbeitslosengeld, 7000 Beziehern von Notstandshilfe, 32.000 Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld und von 600 Sonderunterstützten im Jahresdurchschnitt zugrunde.

Für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ist rund 1 Milliarde Schilling vorgesehen.

Bei Titel 156 „Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung II“ ergibt sich ein Minderbedarf von rund 200 Millionen Schilling durch den Wegfall des Beitrages an den Erstattungsfonds.

Bei Titel 157 „Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung“ betrifft der Mehraufwand fast ausschließlich die Versorgungsgebühren (Rentenanpassung am 1. Jänner 1977 mit dem Faktor 1,070 und Rentenerhöhungen auf Grund der KOVG-Novelle, BGBI. Nr. 94/1975).

Bei Titel 159 „Verschiedene Dienststellen“ ist der Mehrbedarf unter anderem durch die Übersiedlung in neue Amtsräume und den verstärkten Einsatz beamteneigener Personenkraftwagen im Bereich der Arbeitsinspektion bedingt.

Kapitel 16 „Sozialversicherung“: Der Mehraufwand gegenüber dem Bundesvoranschlag 1976 in Höhe von rund 2,6 Milliarden Schilling ist neben der natürlichen Zunahme der Pensionslast im wesentlichen auf die Pensionsdynamik auf Grund des Pensionsanpassungsgesetzes, auf Leistungsverbesserungen und sonstige Änderungen in der gesamten Pensionsversicherung sowie auf Maßnahmen im Bereich der bäuerlichen Kranken- und Unfallversicherung zurückzuführen.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen die Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Pansi, Melter, Wedenig, Maria Metzker, Dr. Schwimmer, Pichler, Dr. Haider, Treichl, Kammerhofer, Dr. Schranz, Dr. Hafner, Steinhuber, Kern, Hellwagner, Dr. Feurstein und Regensburger das Wort. Die aufgeworfenen Fragen wurden durch Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Weißenberg beantwortet.

Bei der Abstimmung am 24. November 1976 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der Beratungsgruppe VII zusammengefaßten Kapitel unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 15: Soziales und

dem Kapitel 16: Sozialversicherung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 (320 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Wenn Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe XV ist der Herr Abgeordnete Steininger.

Ich ersuche um den Bericht.

Spezialberichterstatter Steininger: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XV: Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe XV enthaltene Kapitel 17 „Gesundheit und Umweltschutz“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 am 10. November 1976 in Verhandlung gezogen.

Der Voranschlag für 1977 sieht bei diesem Kapitel Ausgaben von 1.614,345.000 S und Einnahmen von 134,051.000 S vor.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1976 bedeutet dies Mehrausgaben von rund 157 Millionen Schilling und Mehreinnahmen von rund 25 Millionen Schilling.

Ausgaben: Von den Gesamtausgaben entfallen auf den Personalaufwand 190,357.000 S oder 11,8 Prozent und auf den Sachaufwand 1,423.988.000 S oder 88,2 Prozent.

Das Verhältnis zwischen den „Gesetzlichen Verpflichtungen“ (einschließlich Personalaufwand) in Höhe von 1.007,447.000 S und den „Ermessensausgaben“ in Höhe von 606,898.000 S beträgt 62,4 Prozent zu 37,6 Prozent.

3802

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Steininger

Personalaufwand: Der Mehraufwand von rund 22 Millionen Schilling ist im wesentlichen auf generelle Bezugserhöhungen zurückzuführen.

Sachaufwand: Das Mehrerfordernis beträgt rund 135 Millionen Schilling und erklärt sich vorwiegend durch den steigenden Aufwand für Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Bei Titel 170 „Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz“ betreffen über zwei Drittel des Mehraufwandes von rund 5,9 Millionen Schilling „Gesetzliche Verpflichtungen“ (Beitragsteilungen an internationale Organisationen und Verpflichtungen aus internationalen Kultur- und Gesundheitsabkommen). Der restliche Mehrbedarf ergibt sich im wesentlichen durch die Mitveranschlagung der nach Verpachtung beziehungsweise Schließung der Bundesapotheke verbleibenden Gebarung.

Bei Titel 172 „Gesundheitsvorsorge“ sind unter anderem 250 Millionen Schilling zur Förderung von Investitionen in Krankenanstalten vorgesehen. Bei den sonstigen Förderungsausgaben liegt der Schwerpunkt wieder bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit mit einem Aufwand von 30 Millionen Schilling. Für eine neue Förderungsmaßnahme, und zwar gezielte Beitragsteilung zur Schaffung zusätzlicher Plätze für die Spitalsausbildung zum praktischen Arzt, sind 15 Millionen Schilling vorgesehen.

Im übrigen sind hier die finanziellen Mittel für vorsorgemedizinische Maßnahmen, die Durch- beziehungsweise Fortführung von Impfaktionen und für volksgesundheitliche Aufklärungsmaßnahmen berücksichtigt.

Bei Titel 173 „Umweltschutz, Lebensmittel-, Veterinärwesen“ stehen den Mehraufwendungen für Strahlenschutz (rund 17,5 Millionen Schilling) im wesentlichen Sachverständigenkosten in Bewilligungsverfahren nach dem Strahlenschutzgesetz, Minderausgaben bei Epizootie (rund 32 Millionen Schilling), in erster Linie durch den Wegfall der Kostenersätze an Bundesländer für Schutzimpfungen im Rahmen des Seuchengeschehens 1973, gegenüber. Im übrigen ist auf diesen Gebieten unter anderem für den weiteren Ausbau des Atomwarnsystems und für die Fortsetzung der Maul- und Klauenseuche-Aufklärungsaktionen vorgesorgt.

Auch für Umwelthygiene-Maßnahmen, insbesondere für die Weiterführung der Zweckforschung auf Grund der bereits erfolgten Bestandsaufnahmen sowie für die Fortsetzung des gemeinsamen Meßstellen-Programmes mit den Bundesländern, sind wieder entsprechende Mittel veranschlagt.

Bei Titel 174 „Übriger Zweckaufwand“ entspricht der Netto-Mehraufwand von rund 123 Millionen Schilling den Mehrausgaben für Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz.

Die Mehrerfordernisse für die Ausarbeitung eines bundeseinheitlichen Buchführungssystems in den Krankenanstalten sowie für Studien- und Schülerbeihilfen werden durch den voraussichtlich geringeren Anfall von Entschädigungsleistungen nach den tierseuchenrechtlichen Bestimmungen kompensiert.

Bei Titel 179 „Dienststellen“ sind Mehrausgaben von rund 11 Millionen Schilling veranschlagt. Dieser Mehrbedarf ergibt sich – abgesehen von den steigenden Betriebskosten – fast ausschließlich im Bereich der Bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten, im Zusammenhang mit der Übersiedlung von Anstalten in Neubauten und der damit verbundenen größeren Leistungskapazität.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Marga Hubinek, Tonn, Dr. Scrinzi, Dr. Kerstnig, Dr. Wiesinger, Helga Wieser, Koller, Heinz, Vetter, Dr. Pelikan, Dr. Steyrer, Suppan, Dkfm. DDr. König und Hagpiel sowie der Ausschußobmann Abgeordneter Dr. Tull.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid Leodolter nahm zu den während der Beratung aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 24. November 1976 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XV unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 (320 der Beilagen), wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Kohlmaier.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, möchte ich noch einmal auf die Rede des Klubobmanns Dr. Fischer zur Gruppe Oberste Organe zurückkommen, zu der ich dann im Anschluß eine tatsächliche Berichtigung gebracht habe. Diese tatsächliche Berichtigung von mir beruht auf einem Irrtum. Ich habe nämlich die Rede Dr.

Dr. Kohlmaier

Fischers so verstanden, daß er hier berichtet hat, eine 50prozentige Kriegsopferrente beträgt die Summe, die er genannt hat; sie lag über 3000 S. Ich habe mich aber durch die Lektüre des Protokolls davon überzeugt, daß er von einem Fall gesprochen hat, der diesen Betrag erhält, und das ist nun zwar selten, aber doch immerhin in einzelnen Fällen möglich. Insofern war meine tatsächliche Berichtigung nachher dann nicht korrekt, und ich stelle das hier mit dem Ausdruck meines Bedauerns fest. (Abg. Thalhammer: *Es wird anerkannt!*)

Meine Damen und Herren! Wenn wir im siebenten Jahr der sozialistischen Alleinregierung einen Blick auf die soziale Landschaft werfen, zeigt sich uns ein eher betrübliches Bild. Wohl beschäftigen sich die Medien fast täglich mit den Fragen der Gesundheit oder der Sozialversicherung, aber im Vordergrund stehen Meldungen über ungelöste Probleme und zunehmende Sorgen. Wollte man es vereinfacht sagen, so bewegen wir uns auf ein finanzielles Debakel der sozialen Sicherheit hin. Nichts belegt das so wie der Ausdruck, den der Sozialminister selbst verwendet hat, als er von der „Stunde Null“ der Krankenversicherung sprach. Zunehmend werden Zweifel geäußert, ob wir unseren Lebensstandard und vor allem den der älteren Generation halten können.

Zu allem Überdruß beginnt sich die Bundesregierung selbst aus der Verantwortung für wichtige Bereiche, wie die Spitalsfinanzierung oder die Zuschußrentner, dadurch zu entlassen, daß sie ihre Kompetenz abstreitet. Aus der „bestvorbereitet“ aller Regierungen wurde die unzuständigste aller Regierungen. Die brennenden Fragen der Gesundheitspolitik, des Umweltschutzes sind ungelöster denn je: Spitalsmisere, mangelhafte ärztliche Versorgung, unattraktive Gesundenuntersuchungen, zunehmende Vergiftung unseres biologischen Lebensraums, Sicherheit bzw. Unsicherheit von Atomkraftwerken.

Hat früher, meine Damen und Herren, eine SPÖ-Klausur stattgefunden, erfuhr man nachher von neuen Ideen. Treffen sich heute sozialistische Regierungsmitglieder, so hört man nachher mit Sicherheit von neuen Steuern. Aus dem Überquellen von Plänen und Ideen wurde ein nicht mehr übersehbarer Strom von unsozialen Belastungen für breite Bevölkerungsschichten.

Es wäre, Hohes Haus, viel zuwenig, wollte man bei der Diskussion über die Budgetkapitel „Soziales“ und „Gesundheit und Umweltschutz“ einfach nur wieder jenem berechtigten Mißmut Ausdruck geben, den heute die Menschen darüber empfinden, daß sie für das sogenannte moderne Österreich, dessen Illusionen ihnen vor einigen Jahren vorgegaukelt

wurden, nun nachträglich einen geschmalzenden Eintrittspreis in einer Höhe zu entrichten haben, der einem die sozialistischen Illusionen gründlich verderben könnte. (Beifall bei der ÖVP)

Nein, es geht hier um viel mehr! Es geht darum, daß wir durch die gerade in den letzten Tagen stattgefundene Explosion der Belastungen vor einem schwerwiegenden neuen sozialen Problem stehen, das der Sozialismus der österreichischen Bevölkerung auferlegt. Die Einschnitte in die Wohlstandssituation der einzelnen Bürger sind so gewaltig, daß sie die prinzipielle Frage nach Einhaltung oder Verletzung der sozialen Gerechtigkeit in dramatischer Form aufwerfen.

Vor kurzer Zeit wurde von der Bundesfraktion Christlicher Gewerkschafter und dem ÖAAB unwiderlegt und im wesentlichen unwidersprochen nachgewiesen, daß die Zangenbewegung Inflation und verschärfte Steuerprogression zu echten Einkommensverlusten führen muß. Ich brauche die Zahlen, die über die Medien bekannt wurden und mit denen diese Feststellungen belegt wurden, nicht zu wiederholen. Zunehmend wird der österreichische Erwerbstätige mit Ablieferungslasten überhäuft. Die knapp gefaßte Gesamtrechnung in volkswirtschaftlicher Sicht ergibt ein unbestechliches Ergebnis.

Seit die Regierung Kreisky im Amt ist, hat sich die durchschnittliche Belastung der Einkommen durch Steuern, Gebühren und öffentliche Abgaben aller Art von rund 36 auf 40 Prozent erhöht. Dieser Prozentsatz ist sicherlich durch die in den letzten Tagen beschlossenen neuen Schröpfgesetze weiter hinaufgetrieben worden.

In die Sprache des täglichen Lebens übersetzt bedeutet das, daß wir unter der Annahme eines Achtstundentages und eines Arbeitsbeginnes um 7 Uhr spätestens ab dem Mittagläuten um 12 Uhr unseren Robot für die beamteten Eintreiber zu leisten habe, und nur das, was wir bis zu diesem Zeitpunkt erworben haben, dürfen wir zu unserer eigenen persönlichen Verfügung behalten.

Angesichts dieser Tatsache wird klar, warum ich das, was sich jetzt abspielt, als Entstehen eines schwerwiegenden neuen sozialen Problems bezeichnen möchte, und es ist sicher nicht verfehlt, diese gnadenlose Ablieferungspflicht als eine neue Form der Ausbeutung der Menschen zu bezeichnen. (Beifall bei der ÖVP)

Vielleicht werden Geschichtsschreiber kommender Zeiten das 19. Jahrhundert als das der kapitalistischen Ausbeutung und unser Jahrhundert als das der Ausbeutung durch einen niemals satten Staat und seine Funktionäre bezeichnen.

3804

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Kohlmaier

Am krassesten zeigt sich dieses Phänomen am Schicksal der alten Generation:

Am kommenden 1. Jänner werden die Pensionsleistungen um 7 Prozent erhöht. Dieser Prozentsatz wird aber nur in den untersten Einkommenskategorien erreicht werden können. Er wird durch eine außertourliche Erhöhung der Richtsätze für Bezieher von Mindestleistungen sogar etwas überschritten werden.

Wie ich aber, meine Damen und Herren, vor wenigen Tagen - ebenfalls unwidersprochen - nachweisen konnte, beträgt durch das harte Zupacken des Steuertarifs bei einer Pensionshöhe von 3450 S aufwärts die tatsächliche Erhöhung bestenfalls 5,2 Prozent.

Das bedeutet, daß Hunderttausende alte Menschen in Österreich eine echte Senkung ihres Lebensstandards unter dieser sozialistischen Regierung in Kauf nehmen müssen, da wir ja im ablaufenden Jahr mit einer allgemeinen Preissteigerung von 7,5 Prozent rechnen müssen und sich bekanntlich die Preissteigerungen bei Pensionisten noch stärker auswirken. Das ist, Hohes Haus, nichts anderes als ganz einfach ein sozialpolitischer Skandal sekulären Ausmaßes. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das Skandalöse - ich betone dieses Wort - an dieser seit Abschluß des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus einmaligen Situation läßt sich ermessen, wenn man sich das in Erinnerung ruft, was die Sozialistische Partei den österreichischen Rentnern und Pensionisten versprochen hat, als sie noch keine Verantwortung getragen hat und nur das leichte Geschäft des Kritisierens besorgen mußte. (*Zwischenruf des Abg. Samwald.*)

Ich habe hier einen Ausschnitt aus dem Zentralorgan der Sozialistischen Partei vom 30. Dezember 1969, also knapp vor Ende der Regierung meiner Partei. Hier heißt es, Herr Kollege, in der Überschrift: „1969 - schlechtes Jahr für Pensionisten“, und darunter steht:

„Sozialstopp der ÖVP-Alleinregierung brachte nur unzulängliche Abgeltung der Preis-, Mieten-, Steuererhöhungen.“

Dazu muß nun festgestellt werden, daß die Pensionserhöhung des Jahres 1969, des „schlechten“ Jahres 1969, 7,1 Prozent betragen hat, also fast genau derselbe Satz, der jetzt wieder gegeben wird.

Der gewaltige Unterschied liegt aber darin, daß wir im Jahre 1969 eine Preiserhöhung von 3,1 Prozent zu registrieren hatten, im vorangehenden Jahr gar nur eine solche von 2,8 Prozent! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Diesen Tatsachen kann man wirklich nur fassungslos gegenüberstehen, denn die Partei, die jetzt den Pensionisten echte Einkommensverluste auferlegt, hatte die Stim, damals, als es zu realen Einkommensverbesserungen für die Pensionisten von mehreren Prozenten pro Jahr kam, von einem „Sozialstopp“ zu sprechen. Hier eröffnet sich geradezu ein Abgrund von sozialer Demagogie, und das wirklich Tragische an der Entwicklung liegt darin, daß viele alte Menschen den Sozialisten damals geglaubt haben und jetzt für ihre Gutgläubigkeit bitter bezahlen müssen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Von der Öffentlichkeit unbeachtet spielt sich ein weiterer arger sozialpolitischer Substanzverlust ab. Die Inflation senkt in dramatischer Weise die Formel für die Berechnung unserer Pensionen, für die Neuzuerkennung der Pensionen, jene Formel, die bekanntlich bis knapp 80 Prozent reicht. Durch das Nachhinken der Aufwertungen ist die Pensionsformel heute um rund ein Sechstel gesenkt. Sie reicht heute praktisch nur bis 66 Prozent des aktuellen Einkommens, aber nicht mehr bis 79,5 Prozent. Das bedeutet einen ganz einschneidenden Verlust des Lebensstandards im Alter, den niemand wahrnimmt, denn die 79,5 Prozent stehen noch im Gesetz, aber die Inflation hindert, daß sich die Realisierung dieses Lebensstandards im Alter erfüllt. Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit die Sozialschädlichkeit jener Inflation, die die Regierung offenbar schon völlig teilnahmslos hinnimmt.

Wenn man sich die Frage stellt, was die eigentliche Ursache dieser neuen Form der Ausbeutung ist, so stößt man zunächst auf das Phänomen der Untüchtigkeit. Meine Damen und Herren! Die Sozialisten waren zwar hervorragende Oppositionspolitiker, und die marxistisch-dialektische Schulung von Jahrzehnten trägt eben einfach ihre Früchte. Mit einer rationalen Planung und dem Umgang mit öffentlichen Mitteln sind Sozialisten aber schlicht und einfach überfordert. An nichts wird das besser sichtbar als am Wiener Rathaussozialismus, der ja schon lang genug sein Unwesen treibt und dessen Unfähigkeit ständig neue Denkmäler errichtet bekommt, vom Bauring über die Pleiteunternehmen der roten Administration, die selbst defizitäres Bier brauen, defizitäre Wurst herstellen konnten und nun der eintürmigen Planungsruine des Allgemeinen Krankenhauses entgegentaumelt. Erfolgreiche Wirtschaft und sozialistische Politik vertragen sich einfach nicht miteinander!

Wer den Betrieb in erster Linie als Spielwiese für sozialistische Experimente und als Betätigungsfeld für rote Personalpolitik ansieht, muß an der Aufgabe scheitern, soziale und gesund-

Dr. Kohlmaier

heitliche Bedürfnisse der Menschen optimal zu befriedigen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Sozialisten scheinen geradezu die Umkehr des ökonomischen Prinzips erreicht zu haben, das bekanntlich verlangt, mit geringstmöglichen Einsatz der Mittel den höchstmöglichen Erfolg zu erreichen. Sozialisten erreichen mit größtmöglichem Einsatz der Mittel den geringsten Erfolg.

Und es gleicht auch der Finanzminister dem unglücklichen „Hans im Glück“ im Märchen, der mit einem Goldklumpen anfing und dann alles verspielt hat.

Mit Untüchtigkeit allein kann man freilich das Phänomen dieses sozialistischen Abwirtschaftens nicht erklären. Man muß es auch vom Weltanschaulichen erklären, nämlich von der Verwirklichung des sozialistischen Prinzips. Was Sozialismus wirklich ist, weiß im Vorfeld des SPÖ-Programmparteitages noch niemand genau, am allerwenigsten Herr Professor Matzner als Vorsitzender der Programmkommission, der sich krampfhaft bemüht, mangels eigener Ideen Prinzipien der christlichen Soziallehre, die wir in unserem Salzburger Programm verankert haben, nach Überpinseln mit roter Farbe zur Täuschung der Linken und der Jusos in die Programme seiner Partei zu schmuggeln, deren Vorsitzender beim Genfer Kongreß der Sozialistischen Internationale erklärte, er gelte bekanntlich nicht als linker, sondern als rechter Sozialdemokrat. Allerdings weiß die „Süddeutsche Zeitung“ zu berichten: Auch Kreisky schildert den Kapitalismus als ein ungelöstes Problem der demokratischen Sozialisten und hält Schmidt entgegen: Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein sozialistischer Kongreß nicht bereit ist, die Dinge darzustellen, wie sie sind.

Da ist er allerdings wieder ein bißchen mehr in die linke Tour geraten.

Diese feinen Nuancierungen wollen wir der SPÖ überlassen, sie ändern aber nichts an einer grundlegenden Tatsache: Sozialismus jeder Spielart trägt das Merkmal des Sich-Berauschens an öffentlichen Ausgaben und an jener sorglosen Verfügung über das Volksvermögen in sich, die nach sozialistischer Auffassung einfach deswegen gut sein muß, weil sie „gemeinwirtschaftlich“, wie man sagt, und daher nützlich ist.

Sozialisten fehlt einfach der Sinn für den sparsamen und vernünftigen Umgang mit öffentlichen Geldern, und über den Sozialismus muß daher der direkte Weg zur Vergeudung und Verschwendungen mit allen ihren bekannten Folgen führen.

Die explodierenden Defizite, die wir überall

erleben, sind der sprechende Beweis dafür. Den Menschen wird versprochen, daß sie immer mehr gratis bekommen. Das stand am Beginn der sozialistischen Regierung. Aber gratis ist leider im Leben nichts. Wer nicht direkt bezahlen will, muß es nachher doppelt, nämlich dadurch, daß der Preis, den jedes Ding hat, der Bevölkerung im Steuerweg wieder abgenommen wird, aber erhöht um jene Quote für Bürokratisierung und Vergeudung, die beim Sozialismus dazukommt, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sozialismus bedeutet – das hat die Realität erwiesen – Belastung der Bevölkerung durch den sorglosen Umgang mit den Geldern der Allgemeinheit. Ich betone nochmals: dies ist eine neue Form der Ausbeutung breiter Bevölkerungsschichten.

Wenn wir aus all dem, meine Damen und Herren, was sich vor unseren Augen abspielt, ein Resümee ziehen wollen, dann sehen wir, daß die SPÖ recht vertrauenerweckend und attraktiv war, als die ÖVP gemeinsam mit der Wirtschaft und der fleißigen österreichischen Bevölkerung jenen Wohlstand erarbeitete, über dessen bessere Verteilung die SPÖ ständig redete.

Nur: Nach der Übernahme der ganzen Verantwortung durch das Votum der gutgläubigen Wählerschaft zeigt sich, daß es mit dem Verteilen allein nicht geht und daß die SPÖ mit diesen Problemen nicht fertig wird. Sie kann es schlicht und einfach nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eine gewisse Zeit mag sie sich damit noch hinwegretten, daß sie die Probleme wegdiskutiert und daß die ständigen Lob- und Zufriedenheitsgesänge eines wohldisziplinierten Funktionärskorps das Murren der Arbeitnehmerschaft übertönen. Die Stunde der Wahrheit kommt und ist nicht aufzuhalten.

Ich weiß, Hohes Haus, wir werden heute wieder in unzähligen Varianten die aktuelle Generalausrede hören, nämlich die Sicherung der Vollbeschäftigung.

Man kann diesem Märchen nicht energisch genug entgegentreten, meine Damen und Herren. Das zentrale und dominierende sozialpolitische Anliegen der Vollbeschäftigung ist einfach zu wichtig und zu ernst und zu hoch, um als Ausrede für die üble Schröppolitik der Sozialisten mißbraucht zu werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich frage hier: Was bedeutet es für einen besonderen Verdienst, die Vollbeschäftigung zu halten? Ist das nicht die Grundvoraussetzung für jede politische Kraft, die sich um das Regieren in diesem Land bewirbt, und ist es nicht einfach zurückzuweisen, überhaupt nur mit dem Gedanken zu operieren, es müßte nicht so sein? Nein, es muß so sein, meine Damen und Herren! In

Dr. Kohlmaier

diesem Staat Österreich darf überhaupt niemand als ernst zu nehmender Politiker auftreten, der nicht das anerkennt, was unser Bundesparteiobermann Dr. Taus als moralisches Postulat der Vollbeschäftigung anerkannt und bezeichnet hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn man die Wahlversprechungen der SPÖ aus den Jahren 1970 und 1971 untersucht, so findet sich nirgendwo das Versprechen, man werde die Vollbeschäftigung herstellen. Das Fehlen dieser Zusage – man war ja nicht kleinlich mit Versprechungen – ist verräterisch. Es beweist nämlich, daß die Vollbeschäftigung auch damals, als Sie auszogen, die Macht zu erobern, existiert hat und mit Recht eine Selbstverständlichkeit war. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Sie hatten die Vollbeschäftigung nicht herzustellen, sondern wir können sie höchstens unter Ihrer Regierung verlieren, denn auf lange Sicht gibt es keine größere Gefahr für die Vollbeschäftigung als die Inflation, die Sie der österreichischen Bevölkerung beschert haben, allerdings ohne sie vorher in einem Wahlprogramm erwähnt zu haben.

Ich betrachte es unter diesem Gesichtspunkt als verwerflich, daß Sie heute den Menschen vormachen, die unsozialen Belastungen, die Sie ihnen jetzt auferlegen, wären notwendig, um jene Vollbeschäftigung zu sichern, die wir ja seit dem Wiederaufbau praktisch immer hatten.

Als was würden Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, einen kapitalistischen Unternehmer bezeichnen, der seinen Arbeitnehmern sagt: Ihr müßt Lohneinbußen hinnehmen, sonst verliert ihr euren Arbeitsplatz? – Ich spreche das Wort nicht aus, als was Sie den bezeichnen würden.

Aber es paßt auf die Vorgangsweise einer Regierung, die den arbeitenden Menschen sagt: Ihr müßt die Folgen dieser Steuerexplosion und damit Einkommenseinbußen auf euch nehmen, weil ihr sonst euren Arbeitsplatz verliert. Das ist genau dasselbe Vorgehen, das ist das Vorgehen eines Kapitalisten, der seinen Leuten sagt: Weniger Lohn, sonst verliert ihr den Arbeitsplatz!

Das tut die Regierung, nur mit anderen Worten. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie können es auch anders sehen. Sie gleichen mit Ihrer äußerst bedenklichen Argumentation einem Versicherungsvertreter, der mit brennender Zigarette den wohlgeschützten Heuboden eines Bauern betritt und ihm dringend nahelegt, eine höhere Prämie gegen Brandgefahr zu zahlen. So kommen Sie mir vor mit Ihrer Vollbeschäftigungstheorie.

Derzeit haben wir noch die Vollbeschäftigung. Hoffentlich haben wir sie noch lange. Aber manche Sorge ist begründet, wenn man an die jungen Menschen denkt, die ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben, oder an ältere Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Eines kann ich Ihnen mit Sicherheit prophezeien, meine Damen und Herren! Sollten wir einmal keine Vollbeschäftigung haben, werden dieselben Leute, die sich jetzt für die Erhaltung der Vollbeschäftigung preisen lassen, die Verantwortung ablehnen und sich nach bewährter Methode für unzuständig erklären. Nur wird dann der Angriff in eine andere Richtung gehen, meine Damen und Herren. Und das klingt bereits sehr deutlich an.

Im Juni erklärte der bereits von mir zitierte Professor Matzner vor der Vorständekonferenz der Gewerkschaft der Privatangestellten, daß die profitorientierte Wirtschaftsform zur Arbeitslosigkeit führe. Die Resolution des von mir bereits erwähnten jüngsten Kongresses der Sozialistischen Internationale fordert wörtlich eine „neue Weltwirtschaftsordnung auf sozialistischer Grundlage“ und weiters „einschneidende Maßnahmen bis hin zur Schaffung von Gemeineigentum“ sowie schließlich „eine Kontrolle der Wirtschaftsunternehmen, um die Vollbeschäftigung ... zu sichern“.

Hier liegt der Hase im Pfeffer, meine Damen und Herren! Sollte uns das Unglück passieren, daß die Vollbeschäftigung nicht gehalten werden kann, werden nicht Sie Ihren Hut nehmen und gehen, sondern Sie werden dann zum Frontalangriff auf unser freies Wirtschaftssystem antreten, dem Sie dann die ausschließliche Schuld zuschieben werden, jenem System, das uns in Jahrzehnten sozialen Frieden und Wohlstand beschert hat, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Daß Sie Ihre ganze durchsichtige Propagandatätigkeit heute in einer Zeit der Wohlstandsgefährdung durch Inflation und Steuerexplosion entfalten können, ist überhaupt nur durch das Verhalten der sozialistischen Funktionäre in den Gewerkschaften und Arbeiterkammern möglich geworden. Die sozialistischen Arbeitnehmervertreter sehen im Gegensatz zu den christlichen Gewerkschaftern und zu den Funktionären des ÖAAB heute ihre vornehmste Aufgabe darin, der Mißwirtschaft der Regierung die Mauer zu machen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn ich mir vor Augen führe, daß der sozialistische Gewerkschaftsbundpräsident Benya ohne Deckung durch Organbeschlüsse des ÖGB vor kurzem wörtlich erklären konnte,

Dr. Kohlmaier

„eine Steuerreform liege nicht im Interesse der Arbeitnehmer“ – wörtlich –, und erklären konnte, daß sie 75 Prozent der Bevölkerung nichts oder wenig bringe, so zeigt das, daß die Gewerkschaftsbewegung in Österreich einer großen Gefahr ausgesetzt ist, die wir nicht unterschätzen sollen. Es ist die Gefahr des Umkippens einer Interessenvertretung, die nicht mehr die Arbeitnehmer gegenüber der Regierung, sondern die Regierung gegenüber den Arbeitnehmern vertritt, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Größe der Gefahr wird vor allem sichtbar, wenn wir uns vor Augen führen, was es bedeuten würde, die Gewerkschaften als Disziplinierungsinstrumente gegenüber der Arbeitnehmerschaft einzusetzen und was das für eine Bedrohung für unser gesamtes demokratisches System wäre. (Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Libal: Sind lauter Märchen, Herr Kohlmaier!)

Ich weiß, meine Damen und Herren, an dieser Stelle wird uns dann immer entgegengehalten ... (Abg. Libal: Lauter Märchen, die Sie uns da erzählen!) Warten Sie ein bissel, Kollege Libal, einen Moment Geduld, ich werde heute noch einige Beweise erbringen.

Ich weiß, an dieser Stelle wird uns dann entgegengehalten, daß die totale Übereinstimmung von Regierung und sozialistischer Mehrheitsfraktion im ÖGB und in den Arbeiterkammern daher röhre, daß die Regierung ohnedies das mache, was die Arbeitnehmer wollen.

So kann man natürlich die Dinge auch darstellen. Diese Theorie stimmt nicht. Sie stimmt vor allem deswegen nicht, weil die Arbeiter und Angestellten zunehmend etwas anderes wollen als die sozialistischen Gewerkschaftsfunktionäre. Sie stimmt aber auch unter Würdigung der Realität nicht.

Lassen Sie mich das an Hand eines einzigen Beispieles belegen. Als heuer im Frühjahr die Senkung der Sparzinsen zur Diskussion stand, machte sich derselbe ÖGB-Präsident Benya laut „Kronen-Zeitung“ vom 14. Mai gegen eine solche Senkung des Zinssatzes mit folgenden Worten stark – ich zitiere wörtlich –: „Warum soll jetzt ausgerechnet den Schwächsten, nämlich der Masse der Sparer, ein halbes Prozent weggenommen werden?“ Hier war übrigens Benya gedeckt durch eine Willensbildung im Bundesvorstand oder im Präsidium des ÖGB; ich weiß es nicht. Der angeschwollene Bizeps des Gewerkschaftsarmes erschlaffte aber bald.

Dieselbe „Kronen-Zeitung“ wußte am 6. Juni 1976 schlicht und einfach zu berichten, daß Benya zur Zinssenkung ja sagte, weil er glaube, daß ein harter Kurs wirtschaftlich notwendig sei. Wer hat sich in dieser Zeitspanne von weniger

als einem Monat durchgesetzt: der Gewerkschaftsbundpräsident Benya oder der Finanzminister Androsch, meine Damen und Herren? (Rufe bei der ÖVP: Androsch!) Ich überlasse Ihnen die Beantwortung.

Nein, die Dinge liegen ganz anders. Ganz anders! Sie können nur mit dem Wort erklärt werden, das schon vor Jahrzehnten der sozialistische Theoretiker Karl Kautsky geprägt hat, als er sagte: „Gewerkschaftliches Bewußtsein ist bloß ein sozialistischer Instinkt“, der dem „sozialdemokratischen Gedanken als Vorstufe vorausgeht.“

Die Tatsache, daß sozialistische Gewerkschafter nicht in der Lage sind, gegen eigene Genossen in der Regierung aufzutreten, liegt einfach in prinzipiellen Denkstrukturen des Sozialismus, der dem Wohl seiner Partei alles unterordnet, auch das Wohl der Arbeitnehmer, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.) Anders kann man die Dinge nicht erklären.

Meine Damen und Herren! Als der ÖVP-Finanzminister Schmitz seine Steuerreform plante, ließ die sozialistische Mehrheit der Arbeiterkammer ein Inserat in der „Arbeiter-Zeitung“ abdrucken – nebenbei eine ganz nette Parteisubvention –, wo es wörtlich hieß, daß „die geplante Steuerreform“ – also die von Schmitz – „nicht den Interessen der großen Masse der Arbeitnehmer entspreche.“ – Erklärung der Wiener Arbeiterkammer.

Die Belastung der gesamten Lohn- und Steuersumme durch Lohnsteuer ging aber durch die Steuerreform des Ministers Schmitz von 7,3 Prozent auf 6,6 Prozent zurück. Ich wiederhole: Die Belastung der gesamten Lohnsumme durch Lohnsteuer ging nach der Lohnsteuerreform Schmitz von 7,3 Prozent auf 6,6 Prozent zurück. Unter einer sozialistischen Regierung erklärt ÖGB-Präsident Benya, eine Änderung der Lohnsteuer sei nicht notwendig, weil sie nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegt.

Aber, meine Damen und Herren, die Vorausberechnungen ergeben, daß die Belastung, dieselbe Belastung der Gehalts- und Lohnsumme mit Steuern, die derzeit schon 9,5 Prozent beträgt, im nächsten Jahr auf 11 Prozent steigen wird!

Wo sind denn jetzt die Inserate der Arbeiterkammer? Wo sind denn jetzt die Proteste gegen diese Belastung? Wo röhrt sich denn jetzt die sozialistische Fraktion? Nein, sie macht der Regierung die Mauer auch um den Preis von argen Einkommenseinbußen bei der arbeitenden Bevölkerung. Und das, meine Damen und Herren, ist ein Skandal: diese Unterwerfung der gewerkschaftlichen Interessen unter die Parteiinteressen! (Beifall bei der ÖVP.)

Dr. Kohlmaier

Die Dinge nehmen freilich manchmal fast auch erheiternde Formen an. Wenn man die Tätigkeit der sozialistischen Gewerkschaftsfaktion betrachtet, fällt einem das Wort Juvenals ein: „Difficile est saturam non scribere.“ (Abg. Dr. Fischer: *satiram!*) Bitte, lesen Sie nach, es heißt „saturam“.

Ich habe hier das Organ der Gewerkschaft der Privatangestellten vom November 1976, wo der sozialistische Zentralsekretär in einem langen Leitartikel darlegt, wie falsch die Behauptung ist, man mache eine Mauer für die Regierung.

Aber schon zwei Seiten später findet sich noch ein anderer Artikel, einer mit einem schönen Jugendbild von der Frau Minister Leodolter (*Heiterkeit bei der ÖVP*), wo sie ein Interview abgeben darf, was sie alles Gutes macht. Jene Ministerin, meine Damen und Herren, die man als aufrechter Gewerkschafter nur als das ansehen kann, was sie ist, nämlich nur mehr noch als eine Erinnerungspost in der Aufstellung nüchterfüllter Programmpunkte, wie sie seinerzeit im sozialistischen Humanprogramm aufschienen. (Beifall bei der ÖVP.)

Dahinter, meine Damen und Herren, ebenfalls ein schönes Bild des sozialistischen Verkehrsministers mit einem Artikelchen, das entweder vom Pressereferenten dieses Ministers stammt oder jedenfalls von ihm stammen könnte, wenn man es liest. Das nennt man „Nicht-Mauer-Machen“ der Regierung, meine Damen und Herren, wie vorne steht, „Wir tun's ja nicht!“ Aber dann macht man Huldigungsartikel, Ehrungsartikel für zwei Minister. (Zwischenruf des Abg. Libal.) Ist das eine gewerkschaftliche Aufgabe, Herr Kollege Libal? Ist die Gewerkschaft dazu da, die Regierung zu preisen und den Weihrauch hier auszustreuen? Ich glaube, daß das nicht der Fall ist, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Jetzt weiß ich auch, was das Bild da vorne bedeutet. Es stellt einen sozialistischen Gewerkschaftsfunktionär dar, der die frommen Heiligenbildchen seiner Minister gläubig betrachtet, aber eine Gasmaske braucht, weil er den üblen Geruch des Eigenlobs dieser beiden Minister nicht ertragen kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Wundert man sich dann, meine Damen und Herren, wenn eine Meinungsumfrage ergeben hat, daß rund 46 Prozent der Arbeitnehmer an der Überparteilichkeit des österreichischen Gewerkschaftsbundes zweifeln?

Darf ich dazu noch ein sehr aktuelles Beispiel bringen, meine Damen und Herren. Es ist Ihnen bekannt, daß vor kurzem der niederösterreichische Landtag ein Gesetz beschlossen hat, das die Tragung der Spitalskosten betrifft. (Abg. Haas:

Mit der ÖVP-Mehrheit!) Und dieses Gesetz hat den Unwillen der Sozialisten hervorgerufen.

Meine Damen und Herren! Über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieses Gesetzes kann man tatsächlich diskutieren. Um das geht's mir nicht. Wir haben hier nicht die Gesetze des Landtages, sondern die der Republik Österreich zu diskutieren. Aber über eines darf man nicht diskutieren, meine Damen und Herren. Es ist am 26. 11. 1976 ein Ausschuß zusammengetreten, der sogenannte Krankenhausausschuß der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, und er hat eine Punktation beschlossen.

Es gibt ein Rundschreiben vom November 1976 an alle Betriebsratsmitglieder von Arbeiterkammer – Präsident, Direktor – und Landesexekutive des ÖGB. Meine Damen und Herren! In diesem Rundschreiben heißt es – ich zitiere wörtlich –:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erwarten von Ihnen, daß angesichts dieser Situation auch der Betriebsrat Ihres Betriebes ein Protestschreiben an die Landesregierung sendet. Dieses Schreiben soll per Post wenn möglich von einer Delegation von Betriebsräten an die Landesregierung übermittelt werden. Um allen Kolleginnen und Kolleginnen die Möglichkeit zu geben, über dieses unsoziale Weihnachtsgeschenk der VP-Landtagsmehrheit zu diskutieren, ist es sicher notwendig, eine Betriebsversammlung durchzuführen . . ., und dann werden noch andere Dinge beigelegt.“

Meine Damen und Herren! Aber jetzt kommt's weiter. Das ist auch in dieser Punktation enthalten. Ich glaube, ich kann Ihnen das nicht vorenthalten – zwei Empfehlungen im Rahmen dieser Aktion:

Betriebsräte sollen bei den Firmeneigentümern vorsprechen, sie sollen darauf verweisen, daß durch diesen ÖVP-Mehrheitsbeschuß das soziale Gefüge und der soziale Friede in unserem Bundesland empfindlich gestört wird, daß die Arbeitnehmer gezwungen sein könnten, sich eventuelle Leistungseinschränkungen und Verluste über die Löhne und Gehälter zu holen, und dann heißt es im letzten Punkt:

Am 9., 10., und 13. Dezember sollen in möglichst vielen Betrieben Niederösterreichs Betriebsversammlungen einberufen werden, dort sollen die Kolleginnen und Kollegen über den VP-Mehrheitsbeschuß und seine Auswirkungen informiert und Protestresolutionen beschlossen werden.

Meine Damen und Herren! Was hier ärgerlich ist: Wenn Sie heute in die Betriebe gehen und fragen, wogegen denn die Leute am liebsten protestieren würden – nicht gegen das, was die

Dr. Kohlmaier

VP-Mehrheit beschlossen hat, sondern gegen das, was die SPÖ-Mehrheit in diesem Hause beschlossen hat, dagegen würden die Leute protestieren! (Beifall bei der ÖVP.)

Aber das dürfen sie ja nicht, meine Damen und Herren, da heißt es still sein, still halten, loben. (Abg. Ton: Keine Ahnung: Sie reden viel und sagen nichts!) Es wird dort protestiert, wo es von oben beschlossen wird, und es wird nicht protestiert, wenn es von oben beschlossen wird, das ist Ihre Demokratisierung, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Warum machen Sie nicht Protestresolutionen in den Betrieben, die sich gegen die Teuerung dieser Bundesregierung richten? Warum nicht? Weil die Funktionäre, die hier beschließen, ihr oberstes Ziel darin sehen, diese Regierung zu schützen, aber nicht die Arbeitnehmer zu schützen, meine Damen und Herren! (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Wenn jetzt am 9. und 10. und 13. Dezember diese Protestversammlungen stattfinden werden, dann wissen wir eines genau: Das ist nicht der Wille der Arbeiter, hier sind die Arbeiter einfach kommandiert von oben und haben die Übungen und Befehle von oben zu befolgen. Und damit erkennen Sie den Wert dieser Resolutionen und dieser Versammlungen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ja, spüren Sie denn nicht, meine Damen und Herren, was das für eine Gefahr ist, daß es Zentralstellen gibt, die mit einem Knopfdruck Ruhe oder Unruhe anschaffen können? Das ist eine Situation, die wir im Osten haben, meine Damen und Herren! Dort dürfen die Leute auch nach zentralem Beschuß einmal protestieren, dann müssen sie wieder still sein. Das ist doch nicht Demokratie, das ist nicht die Mitbestimmung und Demokratisierung und die gewerkschaftliche Tätigkeit, wie wir sie uns vorstellen, denn wir sehen in der Mitte unserer Betrachtung die Persönlichkeit des Arbeitnehmers, aber nicht den Befehl von oben. Da ist die scharfe Trennungslinie zwischen uns und Ihnen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage noch einmal: Die Überparteilichkeit des Gewerkschaftsbundes wird heute von vielen Menschen bezweifelt. Und wenn wir diese Überparteilichkeit retten wollen, dann gibt es nur eines – und ich rufe von dieser Stelle allen Arbeitnehmern Österreichs zu: mit aller Kraft in die Fraktion Christlicher Gewerkschafter zu gehen (Heiterkeit bei der SPÖ) und mit den Betriebsräten und mit den Vertrauensleuten des ÖAAB gemeinsam zu kämpfen für einen überparteilichen Gewerkschaftsbund. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Es ist Ihrer Aufmerksamkeit entgangen,

meine Damen und Herren, daß sich in der Zeit, in der die ÖVP regiert hat, Christliche Gewerkschafter und Funktionäre des ÖAAB sehr oft auch kritisch gegen die eigene Regierung gewendet haben, denn in unseren Augen sind die Interessen der Arbeitnehmer vorrangig vor der Parteidisziplin. Bei Ihnen ist es umgekehrt, und deswegen sind die Christlichen Gewerkschafter heute die einzigen, die wirklich echt unabhängig für die Interessen der Arbeitnehmer tätig sein können. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Eine freie Gesellschaftsordnung braucht – davon sind wir überzeugt – unabhängige Gewerkschaften. Gewerkschaften sind nur dann frei und unabhängig, wenn sie sich nicht der Disziplin der Regierungspartei beugen. Freie Gewerkschaften sind aber auch nur möglich in einer freien Gesellschaftsordnung, die auf den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft aufbaut und die in partnerschaftlicher Gesinnung ja zu einer freien Unternehmerschaft sagt, die für unser westliches System ebenso eine unentbehrliche Rolle spielt.

Das, meine Damen und Herren, ist unsere Alternative, wenn wir als Österreichische Volkspartei als Opposition einer sozialistischen Alleinregierung zunehmend kritisch gegenüberstehen. In Österreich ist in Jahrzehntelanger gemeinsamer Aufbuarbeit ein sicheres Fundament für einen wenigstens bescheidenen Wohlstand und für soziale Sicherheit gelegt worden. Heute ist manches in Gefahr und ins Wanken geraten, was wir als gesichert betrachtet haben.

Vor allem können wir heute nicht mehr mit einer kontinuierlichen und ungestörten Aufwärtsentwicklung rechnen. Sie wieder herzustellen ist unser zentrales Anliegen und die große Aufgabe der Österreichischen Volkspartei für eine bessere Zukunft. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schranz.

Abgeordneter Dr. Schranz (SPÖ): Meine Damen und Herren! Hätte George Orwell nicht die Neusprache erfunden, man müßte annehmen, Herr Kollege Kohlmaier hätte sie erfunden. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Nach der schwächsten Epoche der österreichischen Sozialpolitik von 1966 bis 1970 gibt es die fruchtbarste Zeit in der sozialpolitischen Entwicklung der Zweiten Republik, und der Herr Dr. Kohlmaier spricht von Ausbeutung.

Nach drei Steueränderungen, wie es sie in diesem Ausmaß noch nie gegeben hat, die letzte erst im vergangenen Jahr, spricht der Herr Dr. Kohlmaier von einer übermäßigen Steuerbelastung, und er tut so, als ob die Arbeitnehmer, die

3810

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Schranz

einen Teil ihrer Arbeitszeit für Abgaben selbstverständlich opfern müssen, das für einen anonymen Moloch Staat ausgeben müßten.

Diese Arbeiter und Angestellten opfern einen Teil ihrer Arbeitskraft selbstverständlich für die Schulbücher und für die Schulfreifahrten, für die Familienbeihilfen, für die Geburtenbeihilfen, für die Heiratsbeihilfen, für die Kindergärten, für die Leistungen an Rentner und Pensionisten. Das ist der Grund für die Abgaben, und das ist moderne soziale Gesellschaftspolitik. (Beifall bei der SPÖ.)

Die österreichischen Arbeitnehmer, meine Damen und Herren, sind durchaus in der Lage, die notwendigen Unterscheidungen zu treffen, sie sind durchaus in der Lage, mit Hilfe ihrer Organisationen für ihre Forderungen einzutreten.

Aber eines sage ich Ihnen: Die Arbeiter und Angestellten in diesem Land haben das gleiche Recht, mit demokratischen Mitteln ihre Wünsche durchzusetzen und zu vertreten, wie andere, die mit Traktoren auffahren. (Beifall bei der SPÖ.) Und die Arbeiter und Angestellten werden sich trotz allem Verständnis für wirtschaftliche, soziale und finanzpolitische Notwendigkeiten nicht davon abhalten lassen, für ihre Forderungen einzutreten.

Natürlich, und das ist der große Unterschied zu Ihnen, gibt es in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Solidarität. Es sind die Mitglieder und Funktionäre der Sozialistischen Partei mit den Funktionären der sozialistischen Gewerkschaftsfaktion solidarisch. Der Gewerkschaftsbundpräsident genießt in allen Teilen der Arbeiterbewegung ungemein großes Vertrauen, und es herrschen Solidarität und Einigkeit nach demokratischer Diskussion, ganz im Gegensatz zu Ihrer Partei, und deswegen die große Aufregung. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Wiesinger: Wer regt sich auf?)

Wenn der Kollege Kohlmaier nicht aufgeregzt war, was ist dann aufgeregzt? Sie müßten es ja wissen, Herr Primarius. (Abg. Dr. Wiesinger: Er war doch nicht aufgeregzt! Zwischen Aufregung und Engagement ist ein wesentlicher Unterschied!)

Meine Damen und Herren! Die ÖVP-Sprecher haben noch am Mittwoch hier gesagt, unter anderem auch der jetzige Generalsekretär der ÖVP, der Nachnachfolger des Herrn Dr. Kohlmaier, daß es doch angebracht wäre, wenn das sachlich begründet ist, eine positive Einstellung zu sozialpolitischen und anderen Fortschritten zu haben und nicht immer schwarzweißzumalen.

Ich kann mir schon vorstellen, daß der Herr

Dr. Kohlmaier die Ratschläge des jetzigen ÖVP-Generalsekretärs nicht mag. Aber bitte schön, wo bleibt denn ein Wort der Anerkennung? Wo bleibt denn das Verständnis dafür, daß es ungemein große Fortschritte in der Sozialpolitik seit 1970 gibt, Fortschritte, die jeder objektive Fachmann anerkennen muß. (Abg. Dr. Kohlmaier: Das sagen Sie! – Abg. Dr. Wiesinger: Wo bleibt Ihre Kritik am System, oder sind Sie mit allem zufrieden?)

Ich werde sie Ihnen dann noch aufzählen, und Sie werden mir noch sagen, was demgegenüber, als Sie Konsulent im Sozialministerium waren, von 1966 bis 1970 zustande gekommen ist. Es hat noch nie in der Zweiten Republik so weitgehende sozialpolitische Fortschritte in allen Bereichen gegeben wie seit 1970.

Dabei will ich gar nicht schwarzweißmalen, meine Damen und Herren. Natürlich leben wir in keinem Schlaraffenland. Natürlich könnte ich mir vorstellen, daß bei entsprechenden wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten mehr für die Rentner und Pensionisten geschieht. Natürlich kann ich mir vorstellen, daß es noch wichtige und große soziale Reformen zu geben hat. Aber alles abzutun, alles einfach zu ignorieren, eine solche Auffassung ist mir einfach unverständlich.

Da spricht mein Vorredner (Abg. Dr. Schwimmer: Vor 1970 habt ihr es gemacht!) von Ausbeutung in einem Zeitraum, in dem etwa folgende weitgehende Verbesserungen auf allen Gebieten des sozialen Lebens zustande gekommen sind und in dem – und das ist auch wieder ein Grund für die Solidarität in unseren Reihen – langjährige Forderungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Forderungen, die auf seinen Bundeskongressen einstimmig, auch mit den Stimmen der kleinen Fraktionen, beschlossen wurden, realisiert worden sind:

Es ist in dieser Zeit seit 1970 die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden gesenkt worden. (Abg. Dr. Schwimmer: Wann ist denn das beschlossen worden? Mit welcher Mehrheit?) Durch ein Volksbegehren – das war sehr wichtig, was Sie gesagt haben –, das die Sozialisten gegen Sie erzwungen haben, sonst hätten wir ja nie die Arbeitszeitverkürzung bekommen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Es ist der einheitliche Überstundenzuschlag von 50 Prozent eingeführt worden. Es gibt die Entgeltfortzahlung jetzt auch für die Arbeiter, es gibt die Verbesserung der Abfertigungsansprüche, es wurden die Arbeitnehmeransprüche im Konkurs- und Ausgleichsrecht wesentlich verbessert. Wir haben ein völlig neues Urlaubsrecht ab 1977, den Mindesturlaub von vier Wochen, den Urlaub von fünf Wochen für die Dienstneh-

Dr. Schranz

mer bereits ab dem 20. Dienstjahr. Wir haben die Pflegefreistellung erreicht, es wurde das Heimarbeitsgesetz verbessert, es wurde schließlich die Arbeitsmarktförderung, die in Ihrer Zeit nur in kleinen Ansätzen vorhanden war, zu einem wichtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Instrument ausgebaut. (Abg. Dr. Schwimmer: *Wann ist denn das alles beschlossen worden?*) In Ihrer Zeit wurden 160 Millionen ausgegeben, nämlich 1970, und nächstes Jahr sind es 1008 Millionen, also sechsmal so viel. Was ist besser, meine Damen und Herren? Wer hat das besser gemacht, wer hat sich mehr um die Arbeitsmarktförderung gekümmert? (Zustimmung bei der SPÖ.)

Denken Sie an die zahlreichen Verbesserungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung. Die geringsten Leistungen der Arbeitslosenversicherung sind von 1970 bis 1976 um 155 Prozent gestiegen, die höchsten um 143 Prozent. Das ist ein Vielfaches der Preissteigerungen! Denken Sie an die Verbesserung der Anwartschaftsvorschriften im Bereich der Arbeitslosenversicherung und an den Wegfall der dreitägigen Wartezeit.

Vergessen Sie nicht die Verbesserung des Mutterschutzes, die Bestimmungen über Karenzurlaub und Karenzurlaubsgeld sowie die Familienleistungen, Kriegsopfersversorgung, Opferfürsorge. In allen Bereichen des sozialen Rechtes hat es Verbesserungen in einem Ausmaß gegeben wie niemals zuvor.

Ich sage nochmals – ich male nicht schwarz-weiß, ganz im Gegensatz zu meinem Vorredner –: Es gibt noch vieles zu erreichen. Aber anerkennen Sie doch, wenn Sie einigermaßen als objektiv und fachlich beschlagen gelten wollen, Fortschritte, die es auf dem Gebiet der Sozialpolitik gegeben hat.

Besonders stark sind die Verbesserungen in der Sozialversicherung, vor allem in der Pensionsversicherung. Sie haben siebzehnmal die sozialistischen Anträge auf Erhöhung der Witwenpension auf 60 Prozent abgelehnt, die Sozialisten haben kurznach Regierungsübernahme diese wichtige soziale Forderung erfüllt. Das Dynamiksystem wurde mehrmals verbessert. Die Waisenpensionen wurden um ein Fünftel außertourlich erhöht. Die Pensionsberechnung ist wesentlich verbessert worden. Der Zuschlag in der Pensionsversicherung wurde neu eingeführt. Die Erhöhung bei Aufschub der Inanspruchnahme der Pension ist eine weitere neue Leistung. Die Vorschriften über die vorzeitigen Alterspensionen wurden erheblich verbessert. Die Ruhensbestimmungen wurden gelockert. (Abg. Dr. Schwimmer: *Und wieder verschärft mit der 27. Novelle!*) Ist da, bitte sehr, überhaupt kein Wort der Anerkennung zu sagen? Ist das

kein sozialer Fortschritt? Sie sind und bleiben die Neinsagerpartei in Österreich! (Beifall bei der SPÖ.)

Auch in den Zahlen drückt sich das ganz eindeutig aus. Im letzten Jahr der ÖVP-Regierung betrug der Aufwand für die Soziale Wohlfahrt 22,4 Milliarden Schilling, 1977 wird der Aufwand für die Soziale Wohlfahrt 53,7 Milliarden Schilling betragen. Steigerung: 140 Prozent.

Kampf gegen die Armut: Es werden die Pensionen – ich komme noch darauf zurück – um 7 Prozent erhöht, aber die Ausgleichszulagenrichtsätze, damit die kleinsten Pensionen, um 9 Prozent. Als die Sozialisten die Regierungsge schäfte übernommen haben, betrug der Ausgleichszulagenrichtsatz, also die kleinste Pension, für den Alleinstehenden 1283 S, nächstes Jahr werden es 2860 S sein, nach einer wieder außertourlichen Erhöhung. Die Steigerung beträgt 123 Prozent. Der Richtsatz für die Ehepaare hat 1782 S im Jahr 1970 betragen, nächstes Jahr wird er 4090 betragen. Steigerung 130 Prozent. Während Ihrer Regierungszeit hat es keine einzige außertourliche Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze gegeben.

Und noch etwas: Sie werfen den Sozialisten, die den Kampf gegen die Armut in diesem Land erst begonnen haben, vor, daß er nicht konsequent genug geführt würde. Was tun denn, bitte sehr, die von der ÖVP dominierten Bundesländer? In den sozialistisch geführten Bundesländern sind die Sozialhilferichtsätze weitgehend an die des ASVG angepaßt worden. In Wien sind die Sozialhilferichtsätze bei Abschaffung jeglicher Regelpflicht an die ASVG-Ausgleichszulagenrichtsätze voll angeglichen worden. Nehmen Sie sich doch ein Beispiel in den ÖVP-geführten Bundesländern, wenn Sie vom Kampf gegen die Armut reden wollen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: *Wo ist es denn schlechter, Herr Dr. Schranz?*) Der Ausgleichszulagenrichtsatz ist niemals als Sozialhilferichtsatz in einem Bundesland außerhalb Wiens erreicht worden. Nur in Wien. Schauen Sie es sich an, wenn Sie es nicht wissen. (Abg. Dr. Schwimmer: *Ist Kärnten gut? Burgenland?*)

Meine Damen und Herren! Was gibt denn der Bund für die Ausgleichszulagen aus? – 1970 waren es 1823 Millionen Schilling, 1977 werden es 5222 Millionen Schilling sein. Eine Steigerung, vor allem auch begründet durch die großen Verbesserungen im Bereich der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, um 186 Prozent. Ungefähr um mehr als das Dreifache der Preissteigerungen.

Der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung

3812

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Schranz

stieg in dieser Zeit von 8,3 Milliarden Schilling auf nahezu 20 Milliarden Schilling. Eine Steigerung um 138 Prozent. Überproportional ist dieser Bundesbeitrag vor allem im Bereich der Pensionsversicherungen der Gewerbetreibenden und der Bauern gestiegen.

Sie wollen das einfach nicht anerkennen. Der Anteil des Aufwandes der Pensionsversicherung am Bruttonationalprodukt hat sich um ein volles Fünftel erhöht. – Aber das ist alles nichts. Alles ist Ihnen plötzlich zu wenig.

Es werden die Pensionen am 1. Jänner 1977 um 7 Prozent hinaufgesetzt, bei einer vorausgesagten Preissteigerung von etwas über 6 Prozent. Natürlich ergibt sich die Erhöhung der Pensionen auf Grund der Rückzahlungsberechnung in der Pensionsdynamik, die ja in den letzten Jahren wesentlich verbessert wurde, sonst würden ja die Pensionisten, gälte noch die Berechnung aus der ÖVP-Zeit, wesentlich weniger bekommen. Selbstverständlich ist die Höhe der Rückzahlung dadurch beeinflußt, daß es wirtschaftliche Rückschläge im vergangenen Jahr gegeben hat. Aber diese Bindung der Pensionsentwicklung an die der Löhne und Gehälter ist durchaus gerecht. Es ist der Ausdruck der sozialen Solidarität der Generationen. Es haben ja in dieser Zeit des wirtschaftlichen Rückschlages auf Grund dieser in aller Welt – nur nicht von der ÖVP – als so vernünftig anerkannten Politik des Österreichischen Gewerkschaftsbundes die Arbeitnehmer auch keine enormen Bezugserhöhungen bekommen.

Diese Erhöhung der Pensionen um 7 Prozent am 1. Jänner 1977 – natürlich wäre eine stärkere Erhöhung, wenn sie zu finanzieren wäre, wünschenswert – entspricht der Entwicklung der Löhne und Gehälter. Man muß ja eines dazu sagen: Die Laufzeiten der in den Kollektivverträgen ausgehandelten Lohn- und Gehaltshöhen sind ja größer als die Abstände, in denen es Erhöhungen der Pensionen auf Grund der Dynamik gibt. Die Laufzeiten sind in manchen Bereichen wesentlich länger als zwölf Monate, während die Pensionisten ja jedes Jahr ihre Bezugserhöhung bekommen.

Meine Damen und Herren! Es haben sich aber die durchschnittlichen Alterspensionen nach dem ASVG in der Zeit, in der die Sozialisten regieren, von 1970 bis 1976, um 87 Prozent nominell – das sind erheblich über 30 Prozentpunkte real – erhöht; die Ausgleichzulagen, wie ich vorhin schon gesagt habe, wesentlich stärker.

Sie sprechen davon, daß die reale Erhöhung 1977 relativ gering sein wird. – Richtig! Aber wie hoch war die reale Erhöhung 1976, meine Herren? 11 1/2 Prozent Bezugserhöhung, die

stärkste in der Geschichte, bei etwas über 7 Prozent Preiserhöhungen. Also diese weit mehr als 4 Prozent Realerhöhung wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen? (Abg. Dr. Schwimmer: *Das war bei uns an der Tagesordnung!*) Ist das keine Leistung? – Das sind die Fakten, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Die 4 1/2 Prozent Realerhöhung haben Sie in Ihrer Zeit nicht erreicht. (Abg. Dr. Schwimmer: *Aber natürlich!* – Abg. Dr. Kohlmaier: *Jedes Jahr!* – Abg. Dr. Schwimmer: *Jedes Jahr, Herr Dr. Schranz!*) Bitte schauen Sie es sich doch an. Es stimmt einfach nicht. (Widerspruch bei der ÖVP.) Schauen Sie es sich einmal an: 87 Prozent nominelle Erhöhung von 1970 auf 1976. Wenn Sie das mit den Preiserhöhungen vergleichen, dann kommen Sie in diesen sechs Jahren auf eine reale Erhöhung um mehr als 30 Prozentpunkte. Das hat es einfach in Ihrer Zeit nicht gegeben. Nehmen Sie doch die Wahrheit und die Tatsachen endlich zur Kenntnis!

Meine Damen und Herren! Sie sprechen so viel von Sozialinitiativen, die Sie ergreifen wollen. Die Sprecher, die dem ÖAAB angehören, tun das hier immer wieder. Aber das Sagen in Ihrer Partei haben dann doch der Herr Mussil und der Wirtschaftsbund. Was hat denn Herr Kollege Dr. Mussil laut Zeitungsberichten vom 23. November zur Sozialpolitik erst kürzlich wieder gesagt? – Es sind neue Initiativen im sozialen Bereich fehl am Platz.

Also: Die Herren des ÖAAB stellen sich her und verlangen weitergehende Maßnahmen, als sie von den Sozialisten durchgesetzt wurden, und der Herr Dr. Mussil sagt, es sind soziale Initiativen überhaupt nicht am Platz. – Ich erinnere an die Auseinandersetzung zwischen ÖAAB und Wirtschaftsbund über die Frage der Lohnerhöhungen. Herr Dr. Mussil hat damals die Herren des ÖAAB „Lizitierer von außen“ genannt; ÖAAB-Sprecher haben sich dagegen zur Wehr gesetzt; aber gewonnen hat wieder Herr Dr. Mussil. – Sie können also sagen, was Sie wollen, es entscheidet ja sowieso der Wirtschaftsbund.

Interessant sind auch die grundsätzlichen Auffassungen, welche die Sprecher der ÖVP, sofern sie vom Wirtschaftsbund kommen – auch wenn sie jetzt andere Funktionen haben –, mit viel Zynismus über soziale Fragen haben. Da hat im „Kurier“ am 5. Mai 1975 der damalige Wirtschaftsbundfunktionär Dr. Busek zur Sozialpolitik folgendes selbst geschrieben – ich zitiere wörtlich seinen eigenen Artikel –: „Ein System von Beihilfen, Regulativen und Zuschüssen führt dazu, daß wir nicht mehr überlegen, wie wir unser Leben gestalten können, sondern uns beraten lassen müssen, mit welchem Formular, bei welchem Amt man welchen Zuschuß

Dr. Schranz

erreichen kann, um den lärmenden Zwischenraum zwischen Studentenrente und allgemeiner Pensionierung zu überbrücken". Das ist Ihre Einstellung zu den sozialen Fragen, die Einstellung der in der ÖVP entscheidenden Leute. (Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)

Schauen Sie, meine Damen und Herren, Sie sollten nicht mit Spitzfindigkeiten auf schwierigen Gebieten, die Nichtfachleute schwer verfolgen können, versuchen, Unruhe vor allem unter die Rentner und Pensionisten zu tragen, wie Sie das ja ohne jeden Erfolg auch vor den letzten Nationalratswahlen getan haben.

Ein paar Worte zu der sehr komplizierten Frage der Lohnsteuerpflicht für Bezieher von Ausgleichszulagen und für andere Pensionisten. Es ist kraft Gesetzes auf Grund der Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes die Ausgleichszulage ein Bezug wegen Hilfsbedürftigkeit und deshalb lohnsteuerfrei. Das gilt nicht nur für die Ausgleichszulagen, wie Sie ja wissen sollten, sondern es sind lohnsteuerfrei die Renten aus der Unfallversicherung, aus der Kriegsopfersorgung, aus der Opferfürsorge, die Bezüge nach den Sozialhilfegesetzen und ähnliche mehr. Und solchen Leistungen entsprechen ja die Ausgleichszulagen, und Finanzminister Androsch hat das dankenswerterweise ausdrücklich in den Erläuterungen zur Lohnsteuer gesagt.

Wenn aber die Ausgleichszulagenrichtsätze, meine Damen und Herren, in die Nähe von Steuergrenzen kommen, dann nicht deswegen, weil die Steuergesetze so hart wären, sondern weil als Erfolg der sozialistischen Politik die Ausgleichszulagenrichtsätze, wie wir vorhin gesehen haben, so stark erhöht wurden, nämlich um 130 Prozent für die Ehepaare und um 123 Prozent für die Alleinstehenden. Das können Sie ja nicht wegdiskutieren, wenn man Ihre Argumente ernst nehmen soll.

Und jetzt tritt folgendes ein: Es kann extreme Einzelfälle geben, daß jemand, der eine Pension in der Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes für Verheiratete ohne Ausgleichszulage erhält, steuerpflichtig wird. Aber das, meine Damen und Herren, gibt es seit vielen Jahren, aber nur dann, wenn jemand keinen Alleinverdienerfreibetrag hat. Das hat es auch 1970 schon gegeben, meine Damen und Herren, wie ja immer in einem Jahr, in dem es keine Steuerreform gibt, Pensionserhöhungen dazu führen, daß Pensionisten neu in die Steuerpflicht hineinwachsen. (Abg. Dr. Kohlmaier: Darum geht es hier nicht!) 1970, Herr Kollege Kohlmaier, hat es das schon gegeben. Bitte, wer war für die Steuergesetze, die 1970 gegolten haben, verantwortlich? Bitte, wer war für das Budget 1970 verantwort-

lich, meine Damen und Herren? 1970 zweifellos die ÖVP. (Abg. Dr. Kohlmaier: *Siel*)

Und damals, meine Damen und Herren, hat es die gleiche Steuerpflicht gegeben, und das müßte auch der Sprecher Ihrer Partei, der diese Frage im Hauptausschuß kürzlich angeschnitten hat, wissen, denn er war damals der Finanzminister, Ihr jetziger Klubobmann Dr. Koren.

Herr Dr. Kohlmaier! Abschließend zu dieser Lohnsteuerfrage, die eine gewisse Aktualität bekommen hat, weil die Sozialisten für die starke Erhöhung der kleinsten Pensionen gesorgt haben, möchte ich Ihnen eines sagen: Ein Gramm Klugheit ist wesentlich besser als ein ganzer Zentner Spitzfindigkeiten.

Und lassen Sie mich auch ein paar Worte zu einem anderen Kapitel sagen, zu den Fragen einer zeitgemäßen Sozialpolitik. Für die älteren Menschen kommt es neben den Sozialleistungen und neben der Betreuung – hier geht Wien mit sehr gutem Beispiel voran – vor allem darauf an, ihnen alles zu bieten, was zur Aktiverhaltung dient. Hier braucht man die Mitsprache der älteren Generation, die es in der Sozialistischen Partei schon immer gegeben hat; darüber war eben in der Sozialistischen Partei keine Diskussion notwendig, ganz im Gegensatz zu den Verhältnissen in den anderen Parteien. Die Pensionistenvertreter reden in der Sozialistischen Partei in allen Gremien mit; da gibt es bei den Konservativen erheblichen Nachholbedarf. Man wird auch Senioren- und Altenpolitiker nicht über Nacht, sondern es ist notwendig, daß man sich mit den Fragen der Sozial- und Seniorenpolitik entsprechend ausgiebig und lang beschäftigt. Wir treten jedenfalls dafür ein, daß es eine volle Gleichberechtigung der älteren Generation in allen Teilen des gesellschaftlichen Lebens gibt.

Natürlich wird meine Fraktion den Ansätzen, die heute zur Beratung stehenden Gruppen gerne ihre Zustimmung geben. 1977 wird im Einklang mit der erfolgreichen bisherigen Sozialpolitik, im Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und den finanziellen Notwendigkeiten und Möglichkeiten diese erfolgreiche Sozialpolitik fortgesetzt. Es ist unser Ziel, die Gesellschaft weiter zu verbessern, in voller Harmonie mit den Wünschen der Österreicher. Es ist notwendig, die Demokratie mit immer mehr sozialem Inhalt zu erfüllen, mit mehr Gerechtigkeit und Solidarität. Nur die soziale Demokratie, meine Damen und Herren, ist die vollendete Demokratie, und für diese soziale Demokratie wirken die Sozialisten. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Melter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Melter (FPÖ)**: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es war ja nichts anderes zu erwarten, als daß ein SPÖ-Redner natürlich die Regierungspolitik lobt. Wie sehr er damit aber gegenüber früheren Rednern seiner eigenen Fraktion absticht, ergibt sich aus ganz konkreten Nachweisen, etwa dem Nachweis, daß trotz der propagierten Sozialoffensive der Sozialisten, trotz der genannten Verbesserungen, die zweifellos in manchen Bereichen eingetreten sind, die Leistung des Bundeshaushaltes für den Sozialbereich nicht besser geworden ist. Die Anteile sind heuer bzw. für das Budget 1977 mit 15,33 Prozent einschließlich des Kapitels Gesundheit mit 16 Prozent am Gesamtbudget bemessen.

Vor zwei Jahren waren es noch 14,29 beziehungsweise 15,17 Prozent, und im Jahre 1970 waren es ganze 15,93 Prozent. Das heißt also, eine unveränderte Situation im Sozialbudget und daher keinerlei Expansion. Und das, was hier an Steigerungen durch den Kollegen Dr. Schranz vorgetragen wurde, ist im wesentlichen auf die Geldwertverminderung und auf die Teuerung zurückzuführen, also keinerlei echte Verbesserung. Dort, wo Verbesserungen waren, da haben es die arbeitenden Menschen in diesem Lande geschafft, durch höhere Beiträge, höhere Steuern und Abgaben auch einen besseren Sozialaufwand zu finanzieren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es ist also keine Leistung der Regierung oder der Regierungspolitik, sondern eine Leistung der arbeitenden Bevölkerung. Das Budget stellt eine Belastung dar, das Budget sowohl insgesamt als auch im sozialen Bereich.

Wir haben vor wenigen Tagen, am Montag, eine Belastungslawine beschlossen, nicht das gesamte Haus, sondern die sozialistische Fraktion allein. Sie allein haben zu verantworten, daß der arbeitenden Bevölkerung Milliarden aus der Tasche gezogen werden, durch höhere Steuern, durch exorbitant erhöhte Gebühren, durch höhere Tarife. Sie scheuen auch nicht davor zurück, in manchen Bereichen der Versicherung auch höhere Beiträge einzukassieren, und Sie haben entsprechende Vorlagen vorbereitet, die am 13. Dezember hier zur Verhandlung gelangen und den Arbeitnehmern weitere Belastungen auferlegen.

Die Folgen, die zu befürchten sind, kann sich jeder ausmalen, hauptsächlich angefangen von den Preisauftriebendenzen, die dadurch wesentlich verschärft werden und die wahrscheinlich höher sein werden als Lohn- und Gehaltsanhebungen.

Man denke etwa hier in erster Linie an die Aussichten, die gerade im öffentlichen Dienst

bestehen, wo höchstwahrscheinlich die Steigerungsrate der Bruttobezüge weit unter der Teuerungsrate liegen wird. Es sind ja jetzt über 7 Prozent Teuerung, und die Prognosen für das nächste Jahr, die von 6 beziehungsweise $6 \frac{1}{2}$ Prozenten sprechen, sind zu einer Zeit erstellt worden, als die Regierung ihre Pläne für Steuer- und Abgabenerhöhungen noch nicht verlautbart hatte. Und alle diese Teuerungen werden natürlich in der Preisentwicklung ihre deutlichen Spuren hinterlassen.

Immer schärfer spürbar wird auch die Steuerprogression im Einkommen- und Lohnsteuerrecht, und damit wird weiterhin gerade der arbeitenden Bevölkerung ein höherer Wert abgenommen, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Auch die Sozialgesetze, die in Beratung stehen, bringen – wie ich bereits erwähnt habe – Beitragserhöhungen von beachtlichem Ausmaß. Es gibt auch Bestimmungen, die eine gewisse Umschuldung vorsehen, eine Umschuldung in Milliardenhöhe. Nicht weniger als rund $4 \frac{1}{2}$ Milliarden Schilling werden, anstatt nach den bisherigen Vorschriften aus dem allgemeinen Steuerertrag, aus dem Beitragsaufkommen gedeckt werden.

Das ist eine Maßnahme, die Sie als Sozialisten meiner Meinung nach allein zu verantworten haben, insbesondere auch in Erinnerung an Ihre Haltung vor wenigen Jahren. Vor acht Jahren haben Sie durch Ihre Sprecher hier von dieser Stelle aus ein Gesetz sehr scharf kritisiert, und zwar in der 106. Sitzung der XI. Gesetzgebungsperiode am 27. Juni 1968, als finanzielle Maßnahmen in der Unfall- und Pensionsversicherung getroffen worden sind. Damals haben Leute, die in Ihrer Partei und Ihrer Fraktion außerordentlich hohe Funktionen besetzt haben und noch besetzen, sehr scharfe Worte der Kritik und der Ablehnung gefunden, und ich bin der Auffassung, daß diese Worte heute wieder in Erinnerung gerufen werden müssen und daß sie ein Spiegel sein sollen für die Beurteilung Ihrer eigenen Politik gerade im sozialen Bereich.

Die Zeugen, die ich in diesem Zusammenhang rufe, sind der ehemalige Vizekanzler und Sozialminister Ing. Häuser und der ehemalige Abgeordnete und jetzige Abgeordnete beziehungsweise Minister Josef Moser. Diese beiden haben als Hauptredner der sozialistischen Fraktion diese Umschuldungsmaßnahmen aufs schärfste kritisiert, und einige der Kritiken seien nun zur Kenntnis gebracht.

Ing. Häuser hat wörtlich zu der Umschuldung von je 200 Millionen Schilling aus der Unfallversicherung zur Pensionsversicherung der Arbeiter für die Jahre 1968 und 1969 erklärt:

Melter

„Es wird festgestellt, daß diese Beträge aus einer gesetzlichen Verpflichtung den Sozialversicherungsinstituten genommen, vorenthalten, entzogen werden.“

Und der Frau Minister Rehor wurde vorgehalten, daß man unter dem Begriff soziale Sicherheit es keinesfalls verstehen könne, daß man nur von der Hand in den Mund lebe, sondern daß diese Sicherheit nur gegeben wäre, wenn eine bestimmte materielle Sicherheit vorhanden wäre, und zwar in Form von Rücklagen.

Die Maßnahmen, die von der ÖVP damals gesetzt worden sind, wurden als Demontage bezeichnet, und wörtlich wurde festgestellt:

„Aber hier wird demontiert, hier wird vom Gebäude der Pensionsversicherung ein wesentlicher Teil weggenommen.“

Ich frage nun den Nachfolger Ing. Häusers, Dr. Weißenberg, ob die von ihm und von seinem Vorgänger noch entworfenen Bestimmungen im Zusammenhang mit der 32. ASVG-Novelle nicht das gleiche beinhalten und ob nun nicht Ing. Häuser, Minister Moser und auch Sie als neuer Sozialminister sagen müßten, daß Ihr Begriff der sozialen Sicherheit gegenüber dem Standpunkt von 1968 jedenfalls auch demontiert, abgebaut und beseitigt wird.

In diesem Zusammenhang muß man auch die Äußerungen von Minister Moser in Erinnerung rufen, der zu diesem Gesetz über finanzielle Maßnahmen in der Unfall- und Pensionsversicherung gesagt hat:

„... was da in einem Gesetz steht“ – und damit hat er das Pensionsanpassungsgesetz gemeint –, „das paßt uns eben nicht mehr, und deshalb soll es nun geändert werden.“

Das war der Vorwurf der ÖVP gegenüber: „Die Mehrheit in diesem Hause tut da eifrig mit und klatscht noch Beifall, wenn jemand den Raub von 3 Milliarden Schilling an den Sozialversicherungsträgern vertritt.“

„Raub an den Sozialversicherungsträgern“ war damals das Urteil der Sozialisten zu einer Maßnahme, die insgesamt nicht ganz 3 Milliarden Schilling betroffen hat. Heute haben Sie eine Gesetzesvorlage, die in wenigen Tagen im Hause verhandelt wird, die mehr als 4,4 Milliarden Schilling allein der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten entzieht. Es ist ein Raub an dieser Versicherung zugunsten anderer Versicherungen, eine Demontage der sozialen Sicherheit, ein Abbau der Reserven und ein Hineinbuttern in das allgemeine Budgetdefizit, das diese Regierung nach mehr als sechs Jahren Alleinregierung und Verantwortung zu

tragen hat und das sie demzufolge auch allein verantworten muß.

Moser hat damals ausgeführt, daß es für ihn das Erschütterndste wäre, „daß ein Sozialminister dieser Republik im Hause, vor dem Parlament, die Wegnahme dieser Reserven zu vertreten hat.“ Das Wort „Sozialminister“ war nach Auffassung Mosers mit einer ganz anderen Zielrichtung behaftet, nämlich dafür zu sorgen, daß die sozialen Leistungen in Österreich verbessert werden.

Mit dieser Demontage der Mittel der Pensionsversicherung der Angestellten können Sie jedenfalls die Leistungen, die man nun zusätzlich erwartet, etwa gerade im Bereich der Rehabilitation, nicht verbessern, weil man keine Reserven mehr haben wird, um die notwendigen Ausbaumaßnahmen zu finanzieren.

Damals hat Moser gefragt, was die Regierung zu tun gedenkt, wenn durch den Abbau der Reserven in Zukunft eine gewisse Gefährdung eintritt. Besteht diese Gefährdung heute nicht mehr, wenn die Reserven fort sind? Ich glaube schon. Und Moser hat damals schon gesagt, wie Weikhart vor ihm:

Nach dem Standpunkt „Hinter mir die Sintflut!“ kann man natürlich alles machen. Man kann eine „Politik der verbrannten Erde“ betreiben, und man kann den Standpunkt vertreten: „Wir räumen den letzten Schilling aus, den wir noch irgendwo finden können, ... lassen wir dann ein Meer von Schulden zurück.“

Herr Minister! Stimmt diese Beurteilung heute nicht noch mehr als vor acht Jahren? Ist der Schuldenberg nicht außerordentlich auf über 165 Milliarden Schilling mit einem täglichen Zinsenaufwand von 33 Millionen gestiegen? Ist dieser Schuldenberg nicht gerade für den Bereich der sozialen Sicherheit und des sozialen Fortschrittes die größte Hypothek, die man sich überhaupt vorstellen kann? Ich glaube schon.

Gerade hier hat also die sozialistische Alleinregierung am meisten gesündigt und fahrlässig gehandelt. Sie hat dem sogenannten kleinen Mann in Österreich die stärksten Belastungen auferlegt, ohne einen angemessenen Ausgleich zu bieten.

Nun muß auch in Erinnerung gerufen werden, daß schon vor acht Jahren die Richtzahl und die Pensionsdynamik nicht so hoch waren, daß für die Pensionisten die allgemeine Einkommensentwicklung mitgemacht und die Teuerung abgefangen hätte werden können. Aber so kraß wie heute, wo in Aussicht steht, daß die Pensionsdynamik hinter der Teuerungsrate zurückbleiben wird, war es wohl noch nie.

Ich habe schon gesagt: Die Teuerung beträgt

3816

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Melter

derzeit im Jahresdurchschnitt über 7 Prozent, die Pensionsdynamik für das kommende Jahr 7 Prozent. Das läßt also im Hinblick auf die Belastungslawine und damit auf den Teuerungsschub befürchten, daß die 7 Prozent des kommenden Jahres ganz erheblich hinter der Preisentwicklung zurückbleiben werden und daß damit die Pensionisten jedenfalls einen Realeinkommensverlust erwarten müssen.

Es gibt ja einige Ausführungen darüber, die besagen, daß die Pensionsdynamik mit Rücksicht auf die allgemeine Einkommensentwicklung und mit Rücksicht auf den Tariflohnindex unbefriedigend ist. Herr Dr. Kohlmaier hat schon ausgeführt, daß die 79 1/2 Prozent bei voller Versicherungsdauer für den Höchstversicherten nie erreicht werden, weil der Dynamisierungsfaktor zu gering bemessen und die Teuerung zu groß ist.

Wenn man die Entwicklung der Richtzahl mit dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen vergleicht, so ergibt sich für die Zeit von 1966 bis 1976, daß nur ein einziges Mal, im Jahre 1974, durch die damals erfolgte Änderung der Regeln für die Richtzahlermittlung ein günstigeres Verhältnis herbeigeführt werden konnte, daß aber sonst die Richtzahl immer und zum Teil sehr fühlbar hinter den Steigerungsraten des Pro-Kopf-Einkommens der österreichischen Bevölkerung zurückgeblieben ist, und zwar sind die Prozentsätze auf 36, im Jahre 1968 sogar auf über 51 Prozent angestiegen.

Das heißt also, daß die Pensionsanpassungen und -nachziehungen immer unbefriedigender werden.

Auch beim Vergleich der Richtzahlentwicklung mit den Steigerungsraten des Tariflohnindex der Arbeiter und Angestellten ergibt sich, daß allein im Jahre 1971 eine günstigere Richtzahl bestanden hat, als die Entwicklung des Tariflohnindexes gewesen ist. Aber das war nur in sehr bescheidenem Ausmaß der Fall. In allen anderen Jahren seit der Geltung des Pensionsanpassungsgesetzes ist die Richtzahl hinter der Tariflohnindexentwicklung zum Teil ebenfalls sehr fühlbar zurückgeblieben.

Das ist eine Entwicklung, die für die Pensionisten durchaus nicht befriedigend ist und zu deren Behebung derzeit nichts unternommen wird.

Auch das Sozialpaket, das in Kürze zur Verhandlung kommt, sieht diesbezüglich nichts vor. Das ist außerordentlich bedauerlich, aber natürlich erklärlich, wenn man Budgetsätze vorsieht, die keine bessere Bedeckung zulassen, wobei zu den Budgetsätzen noch zu sagen ist, daß sie ja absolut nicht mit der derzeitigen Gesetzeslage übereinstimmen und natürlich auch nicht mit der Rechtslage, wie sie sich auf

Grund der Beschußfassung zum Sozialpaket ergeben wird.

Wenn gestern Minister Rösch hier erklärt hat, daß das Budget auf Grund beschlossener Gesetze gebaut wird, so muß man dazusagen: Das stimmt für den Sozialbereich sicherlich nicht, denn der Sozialminister hat bei den Budgetberatungen zum Kapitel „Soziales“ darauf hingewiesen, daß noch für das Jahr 1976 nicht weniger als 700 Millionen Schilling von der Angestellten-Pensionsversicherung auf die Arbeiter-Pensionsversicherung überwiesen werden müssen, um dort eine Zahlungslücke zumindest zu verkleinern, wobei dazugesagt wurde, daß die Lücke im Budget der Versicherungsanstalt der Arbeiter nur durch einen Scheck von 2,5 Milliarden Schilling bedeckt werden könne, und das trotz des Umstandes, daß ja eine gesetzliche Bestimmung besteht, die vorschreibt, daß der Bund den Versicherungsanstalten die Differenz zwischen Einnahmen und Aufwendungen in einem Ausmaß von 101,5 der Aufwendungen zu bedecken hat, und daß auf diese Bedeckung Vorschübleistungen zu bezahlen sind, insbesondere für die Monate der Sonderzahlungen, aber auch für alle anderen Monate in einem angemessenen Ausmaß. Trotz dieser Bedeckungsvorschrift ist es immer wieder notwendig, Kredite aufzunehmen, die natürlich auch verzinst werden müssen.

Man sagt zwar auch, diese Zinsen werden in der Endabrechnung durch die Bundeszuschüsse übernommen werden, aber es ist eine Verschiebung der Belastungen, eine Verschiebung zum Nachteil der Pensionsversicherungsträger.

Wir Freiheitlichen müssen in diesem Zusammenhang die Bevölkerung, und zwar hauptsächlich auch die unselbstständig erwerbstätige Bevölkerung, darauf aufmerksam machen, daß auch schon in den vielen Jahren einer sozialistischen Alleinregierung für die Absicherung der Sozialleistungen nichts Besseres getan wurde, als vorher vorhanden war, und daß die Versprechungen, die man gemacht hat, nur ein Betrug an der Bevölkerung sind und daß die Maßnahmen, die gesetzt wurden und die in Aussicht gestellt werden, auch eine Ausplünderung arbeitender Menschen in diesem Lande darstellen: Ausplünderung durch höhere Steuern, höhere Gebühren, höhere Tarife und schließlich auch höhere Beiträge in den verschiedenen Versicherungsbereichen.

Dazu kommt noch, daß durch verschiedene Maßnahmen auch des Finanzministers immer mehr Unsicherheit in die arbeitende Bevölkerung getragen wird. Man denke nur etwa daran, welcher Wirrwarr durch die Belastungsvorschriften des Finanzministers entstanden ist, der ja auch die Kontenüberziehungen der Steuer-

Melter

pflicht unterwerfen wollte, obwohl er ja an und für sich von vornherein wissen mußte, daß es viele Arbeitnehmer gibt, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Situation oft gezwungen werden, ihr Gehaltskonto zu überziehen, insbesondere dann, wenn sie größere Anschaffungen durchzuführen haben oder wenn sie von einer Errungenschaft der Fortentwicklung der neuen Sozialgesetzgebung Gebrauch machen wollen, nämlich einen längeren Urlaub genießen, für den sie natürlich auch entsprechend mehr Geld benötigen.

Es ist ja bekannt, daß viele Bankinstitute ihren Gehaltskonteninhabern angeboten haben, für derartige Zwecke ohne besondere Schwierigkeiten Gehaltskontenüberziehungen zu ermöglichen. Hiezu muß man sagen: eine wahrhaft soziale Einstellung dieser Regierung, die es dem Finanzminister ermöglicht hat, diese sozialen Regelungen auch einer Besteuerung zu unterwerfen. Erst jetzt werden durch eine Erklärung vielleicht notdürftig die Schäden behoben, die durch eine unkontrollierte und schlampige Gesetzesmaschinerie, die die Regierung zu verantworten hat, weil sie erst im letzten Moment mit Abänderungsanträgen ins Haus kommt, zu Unsicherheiten und zu Auslegungsschwierigkeiten beiträgt, die für die Arbeitnehmer viele Sorgen beinhalten.

Ich komme nun zu einigen Ausführungen, die ich auch im Budgetausschuß gemacht habe; nämlich zu den Hinweisen, die immer wieder in Presseerzeugnissen erfolgen, daß bestimmte Belastungen, die durch Sportunfälle eintreten, durch Sonderversicherungen verschiedener Art bedeckt werden sollten.

Der Minister hat dazu allerdings gesagt, er denke jedenfalls derzeit nicht daran, in dieser Richtung etwas zu unternehmen.

Ich möchte hier mit aller Deutlichkeit feststellen, daß vom freiheitlichen Standpunkt aus die Meinung vertreten wird, daß sportliche Betätigung gerade in der heutigen Zeit eine unabdingte Notwendigkeit ist, um jene Schäden zu vermeiden oder zu beheben, die sich durch bestimmte Bewegungsarmut und Bequemlichkeit leider entwickelt haben.

Wir sind der Meinung, daß also der Vorteil der sportlichen Betätigung auch beim Risiko bestimmter Unfälle und deren finanzieller Auswirkung im Versicherungsbereich wesentlich billiger ist als die Schäden, die man befürchten müßte, wenn die Gesamtbevölkerung sich aus der sportlichen Betätigung zurückziehen würde.

Ich habe in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, daß es wohl Aufgabe der Regierung und auch des Sozialressorts und des

Gesundheitsressorts wäre, mit mehr Sorge die Entwicklung zu berücksichtigen, die seitens der Energieversorgungsunternehmungen und auch seitens des Handelsministeriums betrieben wird, wenn man etwa ohne Bedenken auf gesundheitliche Gefährdung und Belastung dem Bau von Atomkraftwerken das Wort redet.

Wenn dies geschieht, dann muß von seiten der für das Soziale und für die Gesundheit zuständigen Minister mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß alles zu unternehmen ist, um eine zusätzliche Gesundheitsbelastung der Bevölkerung zu vermeiden, und daß Gefahren, die man nicht verhindern kann, jedenfalls in Form von finanziellen Absicherungen durch die Unternehmer verringert werden und diesbezüglich Vorsorge zu treffen ist.

Nun komme ich zu einem Problem, das in der österreichischen Öffentlichkeit gerade bei den Arbeitnehmern größte Bedeutung hat: die Frage der Arbeitsplatzsicherung und der Arbeitsplatzbeschaffung.

Es kann mit Recht darauf hingewiesen werden, daß die Arbeitslosenquote in Österreich glücklicherweise sehr gering ist und daß es bisher im großen und ganzen gelungen ist, den Arbeitsuchenden wieder Arbeitsplätze zu vermitteln und auch den ersten ausschulenden größeren Geburtsjahrgängen Arbeitsplätze anzubieten.

Aber es ist bekannt, daß sehr viele Bemühungen notwendig waren und daß in vielen Bereichen nicht jene Qualität an Arbeitsplätzen angeboten werden konnte, auf die man auf Grund der Ausbildung Anspruch gehabt hätte oder auf die man sich auf Grund der persönlichen Wunschvorstellungen besonders eingestellt hatte.

Hier dürfte also sicher nicht ausreichen, was der Herr Sozialminister im Budgetausschuß sagt, daß nämlich für die kommenden zehn Jahre etwa 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden müßten. Damit kann man vielleicht mit Mühe und Not den Bedarf für Schulabgänger decken.

Es ist aber bekannt, daß sich ja aus anderen Problemen andere Bedürfnisse ergeben. Erinnern wir uns nur an die Entwicklung in Fohnsdorf oder in Mitterberg. Denken wir an andere Betriebe, auch im verstaatlichten Bereich, wie etwa der VÖEST. Oder denken wir daran, daß ja die Bundesregierung beschlossen hat, eine allgemeine Personaleinsparung um 1 Prozent im kommenden Jahr durchzuführen. Das bedeutet doch: weniger Arbeitsplätze in diesem Bereich und die Notwendigkeit, Arbeitsplätze in anderen Bereichen zu schaffen und zur Verfü-

3818

Nationalrat XIV. GP - 41. Sitzung - 3. Dezember 1976

Melter

gung zu stellen. Denken wir daran, daß der Sozialminister selbst gesagt hat, daß gerade Frauen vielfach auf andere Berufe, auf neue Berufe umgesetzt werden sollten, um ihnen bessere Einkommensmöglichkeiten zu sichern, um ihre Fähigkeiten, ihre Qualifikation im Interesse der Volksgemeinschaft und der Gesamtheit auch besser ausnützen zu können.

Das heißt also, 200.000 neue Plätze in zehn Jahren sind zweifellos viel zu wenig; sind viel zu wenig auch im Zuge einer allgemeinen technologischen Entwicklung, vor der wir doch stehen, die wir in der Vergangenheit bereits mitgemacht haben und die wahrscheinlich in der Zukunft noch schneller voranschreiten wird.

Hier muß man an die Regierung die Frage richten, mit welchen Mitteln sie gedenkt, diese Arbeitsplätze zu schaffen und bereitzustellen. Etwa damit, daß sie der privaten Wirtschaft durch höhere Steuern und Abgaben die Möglichkeit entzieht, ihre Investitionen zu verstärken und damit die Voraussetzung für die neuen Arbeitsplätze zu schaffen? Können Kreditbelastungen diesem Ziel dienen? Kann die Vermögensteueranhebung hier einen Vorteil bringen? Wahrscheinlich ist doch das Gegenteil der Fall. Hier zeigt sich sehr deutlich die Widersprüchlichkeit der sozialistischen Finanz- und Budgetpolitik.

Hier zeigt sich, daß man wohl bereit ist, immer mehr zu holen, aber wahrscheinlich nicht in der Lage sein wird, auch mehr zu geben. Und vor allen Dingen wird sich zeigen, daß dann, wenn wirklich eine Umstellung von der privaten Konkurrenz, vom privaten Wettbewerb auf das ausgleichende Gemeinschaftsprinzip, nur im Sicherheitsbereich der Verstaatlichten oder des öffentlichen Dienstes etwas zu tun, daß dann die Kosten außerordentlich ansteigen und die Wertschöpfung wesentlich stärker zurückgehen wird und daß damit die Frage der Existenzsicherung wesentlich virulenter und fraglicher sein wird, als das heute der Fall ist.

Wir müssen auch feststellen, daß im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung wohl einige Fortschritte erzielt worden sind, daß man aber ebenfalls nicht in der Lage ist, alle Bedürfnisse zu befriedigen, auch was den Dienstleistungs bereich dieser Arbeitsmarktverwaltung betrifft.

Hier muß darauf hingewiesen werden, daß gerade in letzter Zeit in Vorarlberg ein besonderes Problem dadurch aufgetreten ist, daß in einem Arbeitsamtsbezirk, der wegen des geringen Arbeitsplatzangebotes besondere Probleme mit der Arbeitsvermittlung hat, ein qualifiziertes Berateratelier abgewandert ist und bisher kein Ersatz geschaffen wurde. Gerade dort, wo besondere Bedürfnisse bestehen, sollte im eigenen Bereich auch eine besondere

Vorsorge geschaffen werden, um die Entwicklung zu steuern und dafür zu sorgen, daß die Sorgen der Arbeitssuchenden nicht noch größer werden. Man sollte berücksichtigen, daß sich gerade für die Ausschulenden mehr Probleme ergeben, wenn sie einen Arbeitsplatz anstreben, der ihrer Beurteilung nach ihrer Qualifikation und ihren Fähigkeiten entsprechen würde.

Wir Freiheitliche haben schon vor längerer Zeit, in der letzten Gesetzgebungsperiode, einen Beitrag geleistet, von dem wir annehmen, daß er im Bereich der Arbeitsplatzbeschaffung auch eine Rolle spielt, besonders für Behinderten-Pensionen. Hier haben wir einen Gesetzentwurf beziehungsweise einen Initiativantrag mit der Zielsetzung eingebracht, im Tabakmonopolbereich eine Änderung vorzunehmen, wodurch die Möglichkeit geschaffen werden soll, auch Zivilinvaliden eine bevorzugte Trafikenvermittlung zugänglich zu machen.

Dieser Initiativantrag ist in der letzten Periode schubladisiert worden. Wir haben ihn in dieser Gesetzgebungsperiode neuerlich eingebracht, weil wir der Auffassung sind, daß man gerade behinderten Personen bessere Möglichkeiten nicht nur im Rahmen des Invalideneinstellungs gesetzes, sondern auch in anderen Bereich bieten muß.

Wir hoffen, daß unsere Bemühung, diesen Abänderungsantrag einer positiven Entscheidung zuzuführen, beim neuen Sozialminister Verständnis finden wird, damit er sich bei seinem Kollegen, dem Vizekanzler, darum bemüht, daß diese Änderung tatsächlich eine Mehrheit findet.

Wir haben beanstandet, daß im Bereich des Arbeitsmarktes einige wesentliche Veränderungen eingetreten sind und daß diese Veränderungen zum Teil sehr unsoziale Züge tragen. Vor fast vier Jahren ist ein Gesetz wirksam geworden, welches vorsieht, daß unter bestimmten Voraussetzungen Frauen und Männer vor dem 65. beziehungsweise 60. Lebensjahr einen Pensionsanspruch geltend machen können: die sogenannte Frühpension.

Diese Neuregelung war zweifellos ein sozialer Fortschritt. Nun zeigt sich aber, daß dieser soziale Fortschritt auch andere Auswirkungen haben kann, Auswirkungen, die wir nicht mehr als sozial bezeichnen können.

Wir erinnern etwa daran, daß in der VÖEST ein Beschuß gefaßt wurde, der vorsieht, daß alle jene, die die Voraussetzungen für eine Frühpension erfüllen, in Frühpension gehen müssen. Aus dem früher bestandenen Kann ist also ein Muß geworden und zweifellos aus der Wohltat für manche eine Plage, weil natürlich diese Frühpension, erzwungenmaßen herbeigeführt,

Melter

erzwungenermaßen auch zu einer oft fühlbaren Verminderung des Einkommens führt.

Daß hier ein verstaatlichter Bereich vorausgeht, stellt der sozialistischen Wirtschaftsführung und Wirtschaftspolitik und auch dem sozialen Verhalten sicher kein gutes Zeugnis aus.

Etwas Ähnliches hat sich ja auch beim Entgeltfortzahlungsgesetz gezeigt. Es wurde geschaffen, um sicherzustellen, daß durch die Weiterzahlung der Bezüge auch an Arbeiter im Falle der Krankheit keine betrieblichen Schwierigkeiten eintreten. Man hatte dabei in erster Linie Kleinbetriebe im Auge, bei denen man sich dachte: Wenn von zwei oder drei Arbeitern einer ausfällt, ist die Weiterzahlung des Lohnes unter Umständen geeignet, den Betrieb zu ruinieren.

Wie sich nun bei der Durchführung gezeigt hat, waren die Nutznießer dieser Regelung der Entgeltfortzahlung, die aus einem gemeinsamen Topf erfolgt, in erster Linie Großbetriebe und auch die Betriebe aus dem verstaatlichten Bereich.

Es darf auch keinem Zweifel unterliegen, daß gerade diese Entgeltfortzahlung statistische Schwierigkeiten – wenn wir uns vorsichtig ausdrücken – beseitigt hat, die etwa darauf zurückzuführen sind, daß man manche länger im Krankenstand belassen hat, weil sie durch die Entgeltfortzahlung abgesichert waren, anstatt Arbeiter zu kündigen oder zu entlassen oder Kurzarbeit einzuführen. Man hat einfach den Krankenstand großzügig verlängert, weil aus dem Fonds die Mittel dafür bereitgestellt worden sind. Das ist sicher nicht die Zielsetzung dieses Entgeltfortzahlungsgesetzes gewesen, aber es war natürlich ein geeignetes Instrument, die Arbeitslosenstatistik zu verbessern.

Im Bereich der Gesundheitsfürsorge und -vorsorge hat es im Zusammenhang mit der Änderung im Ministerium von Häuser auf Weißenberg einige Erörterungen gegeben, und hier hat der neue Minister unter anderem auch ausgeführt, daß seiner Meinung nach vom Krankenscheinsystem abgegangen werden sollte und sich jeder Versicherte in die Liste eines Arztes eintragen müsse.

Diese Meinungsäußerung war zweifellos nicht ausgereift. Sie gibt aber ebenfalls Anlaß zu manchen Bedenken und kritischen Äußerungen, zu kritischen Äußerungen insbesondere deshalb, weil hier unter Umständen der Versuch unternommen werden könnte, die freie Arztwahl einzuschränken oder gar aufzuheben, ein Umstand, gegen den wir Freiheitliche uns schärfstens zur Wehr setzen werden.

Es gibt sicher andere Möglichkeiten von Einsparungen, die sicher auch notwendig sind. Man muß sich nur die Praxis der Gebietskrankenkassen in den verschiedenen Bundesländern ansehen und wird zum Ergebnis kommen, daß manche eben zweckmäßiger wirtschaften als andere.

Hier muß man also nach dem Rechten sehen und danach trachten, daß sich diejenigen, die noch rückständig sind, den Fortschritten, die in anderen Bereichen erzielt wurden, eben anpassen.

Mit aller Deutlichkeit muß etwa auf eine Meldung hingewiesen werden, die vor wenigen Tagen in den „Salzburger Nachrichten“ unter der Überschrift: „Ärzte haben Bürokratie satt“ gestanden ist. Darin wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich in England mehr als 100 Ärzte dafür interessiert haben, in einem anderen Bereich der Europäischen Gemeinschaft unterzukommen, und zwar mit der Begründung, daß ihnen die Bürokratie des staatlichen britischen Gesundheitswesens nicht behagte, daß sie diese Einrichtung satt hätten. Das heißt also, das System des staatlichen Gesundheitsdienstes ist durchaus nicht so gut, wie man es immer wieder hinzustellen versucht, und gerade diese Entwicklung in England sollte für jene, die in Österreich ähnliches anstreben, eine sehr eindeutige Warnung sein.

Der Sozialminister hat außerdem darauf hingewiesen, und das ist in mehreren Zeitungen veröffentlicht worden, daß er eine Erhöhung der Beitragssätze oder der Beitragsgrundlagen in der Krankenversicherung ablehnen würde. Und er hat die Bemerkung daran geknüpft: Wenn mehr Geld vorhanden ist, dann wachsen erfahrungsgemäß die Forderungen. An diese Äußerung hat er sich aber in der Praxis nicht gehalten, denn das bereits mehrfach erwähnte Sozialpaket bringt sowohl in der Krankenversicherung als auch in anderen Versicherungsberichen erhöhte Beiträge, erhöhte Beitragsgrundlagen. Es steht also im Widerspruch zu dem, was man propagandistisch ausgesagt hat, aber was natürlich den Betroffenen angenehmer in den Ohren geklungen hat als die Tatsachen, die sich einstellen werden.

Es ist also die Frage zu stellen, ob man nicht mit mehr Ehrlichkeit immer wieder darauf hinweisen muß, daß das Einlösen von Versprechen, Versprechungen im Zusammenhang auch mit dem Ausbau sozialer Leistungen, eine Finanzierung erfordert, daß jemand bezahlen muß. Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß für die Versprechendemokratie, die gerade seitens der Sozialisten vor ihrer Regierungstätigkeit betrieben und sogar noch in ihrer Regierungstätigkeit munter fortgesetzt wurde, nun

3820

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Melter

leider die Rechnung präsentiert werden muß, und zwar durch eine Teuerungslawine und durch eine Abgabenlawine sondergleichen, wie wir es hier in diesem Hohen Hause noch nie erlebt haben. Trotz dieses Umstandes ist diese Regierung nicht fähig, die großen Probleme zu lösen, die schon lange anstehen und die auch schon Gegenstand der Regierungserklärung Kreisky im Jahre 1971 waren. Ich möchte mich hier nur stichwortartig darauf beschränken, diese Probleme anzureißen.

Hier in erster Linie das Problem der Spitalsfinanzierung: Der Bundeskanzler hat hier am 5. November 1971 in der Regierungserklärung ausgeführt, daß es notwendig sein wird, das Spitalswesen auf eine neue Grundlage zu stellen, die Spitalsorganisation an die neuzeitlichen Erfordernisse anzupassen, den Spitalsbetrieb zu reorganisieren und eine ausgeglichene Finanzierung sicherzustellen. Das war vor fünf Jahren, geschehen ist in der Zwischenzeit nichts.

Das Reformprogramm der Bundesländer vom November 1976 weist auf Seite 12 darauf hin, daß die in Aussicht genommene Übergangslösung bis zum Ende des Jahres 1975 bisher noch immer nicht behoben ist und daß die Ersatzleistung an die Krankenversicherungsträger in Höhe des vollen Ausmaßes ihrer Aufwendungen bisher nicht geregelt ist. Es gibt auch noch keinerlei Vorschlag in dieser Richtung, es ist also ein eindeutiges Versäumnis dieser Bundesregierung. Man hat Probleme zwar erkannt, man hat erklärt, durch 1400 oder mehr Sachverständige ausgezeichnet vorbereitet zu sein und Lösungen zu haben, aber diese liegen immer noch nicht auf dem Tisch des Hauses.

Ein anderes Problem im Zusammenhang mit Regierungserklärung und sozialen Verhältnissen ist auch die Selbstmordrate. Der Bundeskanzler hat damals ausgeführt, daß die Selbstmordstatistik Österreichs einen traurigen Rekord darstellt, daß Österreich unter allen europäischen Staaten an zweiter Stelle liegt. Nun, wie hat sich denn die Statistik entwickelt?

Im Jahre 1970 wurden 1789 Selbstmorde registriert; diese Zahl hat sich seither wenig verändert. Im Jahre 1974 waren es 1784 – also fast genau gleich –, und im Jahre 1975 ergab sich eine Steigerung auf 1813. Zeigt sich darin der Erfolg einer sozialistischen Regierungspolitik? Ich glaube, man muß doch darauf hinweisen, daß sich hier die Auswirkungen der gesellschaftlichen Entwicklung zeigen und daß diese Gesellschaft trotz sechs Jahren sozialistischer Alleinregierung keinen sozialeren Anstrich bekommen hat. Man muß, glaube ich, auch der Vermutung Ausdruck geben, daß die Entwicklung nicht besser geworden ist, daß es also

immer noch Armut gibt und daß man kein Rezept gefunden hat, gerade für alte Leute, die in Pension sind, die Freizeitgestaltung zu verbessern und nutzbarer zu gestalten.

Zu Beginn der Budgetdebatte ist unter anderem auch ein Beispiel genannt worden, und zwar hat sich eine kleine Auseinandersetzung über die Entwicklung der Kriegsopferrenten ergeben, und es hat natürlich der Sprecher der Regierungsfraktion – es war, glaube ich, der Klubobmann Dr. Fischer – ein Beispiel herangezogen, das eine starke Steigerung demonstriert. Dabei darf man aber nicht übersehen, daß das gesamte System der Kriegsopfersorgungsleistungen auf ein Verhältnis zur Erwerbsunfähigenrente aufgebaut ist.

Die Entwicklung dieser Erwerbsunfähigrente zeigt nun ein ganz anderes Bild als etwa die Entwicklung der Fünfzigprozentrente. Die Erwerbsunfähigrente in der Kriegsopfersorgung hat sich also wesentlich weniger entwickelt als etwa der Ausgleichzulagenrichtsatz, und er hat sich wesentlich weniger entwickelt als der Durchschnitt der Pensionen.

Vor allen Dingen hat es diese Regierung abgelehnt, den Kriegsopfern die gleiche Pensionsdynamik zuzuerkennen wie den anderen Sozialrentnern beziehungsweise Pensionisten. Ich muß immer wieder beanstanden, daß die zweimal drei Prozent im Juli 1974 und im Juli 1975 für die Kriegsopfer nicht wirksam geworden sind und daß sie demzufolge gegenüber den anderen Sozialbereichen um mehr als sechs Prozent benachteiligt sind. Eine Behebung dieses Nachteiles ist jedenfalls am Platze!

Ich darf zum Abschluß noch ein eigenes Problem anreißen, das mit der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen, welche durch Gewerkschaft und Kammertag oder Arbeiterkammern wahrzunehmen sind, zu tun hat. Und hier kann ich ähnlich wie Dr. Kohlmaier darauf hinweisen, daß in diesem Bereich lange nicht mehr jene Initiativen entfaltet werden wie vor dem Jahre 1970.

Hier darf etwa darauf hingewiesen werden, daß die freiheitliche Kammerfraktion in Wien einen ganz konkreten Antrag gestellt hat, die Arbeiterkammer möge sich dafür verwenden, daß das amtliche Kilometergeld angehoben wird im Hinblick darauf, daß sich durch verschiedene Maßnahmen der Bundesregierung die Haltung eines Kraftfahrzeuges außerordentlich verteuert hat. Aber hier hat die Wiener Kammer zu keinem anderen Ergebnis gefunden, als in ihrer Resolution vom 12. November 1976 festzuhalten: „Nach Abschluß der derzeit laufenden Untersuchungen zur Errechnung einer neuen Basis für das Kilometergeld wird die Arbeiterkammer zum Ergebnis Stellung nehmen.“

Melter

Also keinerlei Forderung auf Berücksichtigung dieser Teuerungen und Benachteiligungen für die Arbeitnehmer, sondern ein sehr zurückhaltendes, wenn man nicht sagen will uninteressiertes Verhalten in dieser Frage und damit eine Deckung der Regierungspolitik, die zu einer Benachteiligung für die Arbeitnehmer in diesem Staat führt.

Im selben Bereich der Arbeiterkammern muß man feststellen, daß nur ein mangelndes Verständnis für Demokratie und Mitbestimmung besteht und daß der Gedanke der Solidarität nicht besonders deutlich zum Ausdruck kommt, wenn man feststellt, daß man bemüht ist, die Mitbestimmung kleinerer Gruppen möglichst auszuschalten.

Das gilt auch für die Gesetzgebung. Wenn man etwa das Arbeiterkammerrecht, das Betriebsrätegesetz und ähnliches im Auge hat, kann man feststellen, daß Bestimmungen enthalten sind, die es kleineren Gruppen erschweren, an der Vertretung der Interessen von Arbeitern und Angestellten mitzuwirken.

Hier geht es in erster Linie um die Forderung nach möglichst vielen Unterschriften, um überhaupt als Gruppe kandidieren zu können, sowohl im Arbeiterkammerbereich als auch im Betriebsrätebereich.

Es geht darum, daß man im Arbeiterkammerbereich noch nicht bereit ist, die Anpassung der Arbeiter an die Angestellten oder Verkehrsbediensteten an Arbeiter und Angestellte durchzuführen. Dort will man die unterschiedlichen Gruppierungen aufrechterhalten.

Es wäre am Platze, hier eine Zusammenfassung vorzunehmen. Es wäre höchst an der Zeit, dadurch die Solidarität all dieser Arbeitnehmergruppen unter Beweis zu stellen. Es wäre auch höchst an der Zeit, eine angemessene Vertretung der verschiedenen Gruppierungen in anderen Bereichen sicherzustellen.

Aber das will man nicht. Man ist hier sehr mächtig bewußt und bestrebt, die eigene Macht zu erhalten, wenn nicht gar auszubauen. Das sieht man etwa bei der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter. Diese wird im Selbstverwaltungskörper durch 180 Versicherungsvertreter verwaltet. Die Dienstnehmerseite entsendet 120 Versicherungsvertreter. Bei einem Stimmanteil von 3,5 Prozent Freiheitlichen würde dies mehr als vier Versicherungsvertreter ergeben.

Auch wenn man den Mandatsstand zugrunde legt, würden sich mehr als drei Versicherungsvertreter ergeben. Tatsache ist jedoch, daß die sozialistische Mehrheit bisher keinen einzigen freiheitlichen Versicherungsvertreter in dieser Anstalt zugelassen hat. So ist das Demokratie-

verständnis der Sozialisten, so ist die Solidarität der sozialistischen Arbeitnehmervertreter den freiheitlichen Arbeitnehmervertretern gegenüber.

Ähnlich sind die Verhältnisse bei der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten, wobei wir dort immerhin drei Vertreter in der Vollversammlung haben. Nach unserem Prozentanteil bei den Arbeiterkammerwahlen würden uns unter Berücksichtigung des Stimmverhältnisses mindestens acht Vertreter, nach dem Mandatsverhältnis mindestens sieben Vertreter zustehen. Hier wäre also eine dankbare Aufgabe des neuen Sozialministers, dieser Vertretung nach dem Stimmanteil und nach dem Mandatsanteil das Wort zu reden und damit zu einer Demokratisierung beizutragen.

Ganz schlimm sind etwa die Verhältnisse bei der Wiener Gebietskrankenkasse. Auch dort würden uns von den 144 Versicherungsvertretern mindestens sechs beziehungsweise beim Mandatsverhältnis mindestens 4,8 beziehungsweise fünf zustehen.

Hier wäre also eine Aufgabe zu leisten, um das Wort „Solidarität“ tatsächlich unter Beweis zu stellen.

Zum Abschluß darf ich nun nochmals auf eine Diskussion in diesem Hohen Hause zurückkommen und Äußerungen des seinerzeitigen Abgeordneten Josef Moser wörtlich wiederholen. Sie finden sich im Stenographischen Protokoll des Nationalrates, XI. Gesetzgebungsperiode, 106. Sitzung am 27. Juni 1968, auf Seite 8599:

Er kam abschließend zu dem Ergebnis: „Wir lehnen eine solche Politik, wie sie jetzt betrieben wird, ab, und wir lehnen eine Regierung ab, die zur sozialen Demontage greift, um der Konkurrenzklärung zu entgehen. Verstehen Sie, bitte, daß unserer Meinung nach eine solche Regierung bereits überhaupt das Recht verwirkt hat, noch weiterhin im Amt zu sein. Verstehen Sie, daß wir auch mit aller Entschiedenheit die Sanierung eines aus dem Verschulden dieser Regierung und ihrer Politik in Schwierigkeit geratenen Budgets auf Kosten der einkommensschwachen Teile unserer Bevölkerung ablehnen!“

Weil diese Regierung kein besseres Rezept als das, welches vor acht Jahren auf dem Tisch des Hauses lag, gefunden hat, können wir Freiheitlichen dem Kapitel soziale Verwaltung nicht unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pichler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Pichler** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die soziale Sicherheit ist ohne sichere Sozialversicherungsträger nicht möglich. Da die gegenwärtige Problematik, besonders was die soziale Krankenversicherung betrifft, äußerst aktuell ist, ist es sicher gerechtfertigt, daß in dieser Zeit grundsätzliche Überlegungen angestellt werden, wie man die Sicherheit der sozialen Krankenversicherung auch für die Zukunft gewährleisten kann.

Es ist verständlich, daß bei diesen Überlegungen manche Dinge ausgesprochen werden, die wohl auch in der Vergangenheit bekannt waren, über die aber weniger geredet wurde. Wenn diese Überlegungen zum Teil auch darin gipfeln, daß man bestimmte einschneidende Veränderungen überlegen sollte, so sind sie zweifellos gerechtfertigt.

Die finanzielle Situation der sozialen Krankenversicherung wird wohl am besten dadurch beleuchtet, daß man die Erfolgsrechnungen für September dieses Jahres als Maßstab hennimmt. Diese Erfolgsrechnungen zeigen bei allen Gebietskrankenkassen die Bestätigung der Befürchtung, daß die soziale Krankenversicherung bereits finanziell überfordert sei. Die Abgänge in den einzelnen Kassen sind derzeit so hoch, daß unmöglich noch neue Belastungen übernommen werden können. Die Erfolgsrechnung für September dieses Jahres bei Anrechnung der Zuschüsse aus dem Ausgleichsfonds ergibt bei der Vorarlberger Gebietskrankenkasse einen Abgang von 42 Millionen Schilling, bei der Tiroler einen solchen von 88 Millionen, die Salzburger Gebietskrankenkasse hat einen Abgang von 101 Millionen, die Steiermärkische einen solchen von 140 Millionen, und die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse ist mit 178 Millionen in den roten Zahlen. Bei der Kärntner Gebietskrankenkasse beträgt das Minus 30 Millionen Schilling, bei der Burgenländischen 36 Millionen Schilling, bei der Wiener Gebietskrankenkasse 343 Millionen Schilling und bei der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse 195 Millionen Schilling. (Abg. Dr. Wiesinger: Das ist das Bauvolumen für die Verwaltungsgebäude!)

Die Erfolgsrechnung für September! Herr Doktor, ich hoffe, Sie kennen sich soweit bei der Krankenkasse aus, daß Sie wissen, was da drinnen enthalten ist.

Das heißt, wenn wir allein die Abgänge bei der Erfolgsrechnung für September dieses Jahres zusammenzählen, dann kommen wir auf weit über 1 Milliarde Schilling, nämlich genau auf 1153 Millionen Schilling. (Abg. Dr. Schwimmer: Und als ich das im Frühjahr gesagt habe, hat es geheißen, das ist ein Schmäh! – Abg. Dr. Wiesinger: Der Minister

Häuser hat gesagt, es ist alles in Ordnung, alles bestens!)

Ich möchte noch einmal betonen, daß die Entwicklung, die in den letzten Jahren eingetreten ist, zweifellos durch eine Überforderung durch die Vertragspartner zustände gekommen ist. Denn wenn wir auch die Beitragskorrekturen, über die sich Kollege Melter schon geäußert hat, bei der 32. Novelle in Betracht ziehen, so ist trotzdem auch im kommenden Jahr bei Beibehaltung der gleichen Struktur der Krankenversicherung mit keiner Besserung der Situation zu rechnen. Allein die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse wird nach bisherigen Berechnungen im Jahre 1977 einen Abgang von 244 Millionen Schilling haben.

Es ist daher verständlich, wenn die Verantwortlichen in der Sozialversicherung darauf aufmerksam machen, daß neue Belastungen zwangsläufig zu Beitragserhöhungen beziehungsweise Leistungskürzungen führen müßten.

Bei allen Überlegungen über Sanierungsmöglichkeiten möchte ich aber auf ein Problem hinweisen, das dabei keinesfalls übersehen werden darf. Die Arbeitnehmer leisten schon jetzt wesentlich mehr an Beiträgen für die Krankenkasse als die Arbeitgeber. Die Dienstnehmer in der sozialen Krankenversicherung haben im Jahre 1975 zirka um 390 Millionen Schilling mehr zur Finanzierung der Krankenkassen beigetragen als die Arbeitgeber. Diese 390 Millionen Schilling rekrutieren sich allein aus der Rezeptgebühr.

Bei jeder weiteren Überlegung muß daher unbedingt berücksichtigt werden, daß einseitige Belastungen der Unselbständigen vermieden werden sollen. Wenn Überlegungen angestellt werden, die eine Erhöhung der Rezeptgebühr oder die Streichung der Bagatelleverschreibungen beziehungsweise die Streichung von einfachen Medikamenten auf Kassenkosten vorsehen, so müßte dieser weiteren Belastung der Arbeitnehmer jedenfalls eine gleichartige Leistung der Arbeitgeber gegenüberstehen. Bei weitergehenden organisatorischen Veränderungen muß ebenfalls den Grundsätzen der gleichen Beitragsleistung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Rechnung getragen werden.

Wenn nun in der letzten Zeit neue Forderungen an die soziale Krankenversicherung seitens ihrer Vertragspartner herangetragen wurden, so möchte ich auch dazu eine Feststellung machen.

Der Abgang in der Erfolgsrechnung der Gebietskrankenkassen zeigt deutlich, daß bisher an die Vertragspartner, seien es die Ärzte, seien es die Krankenanstalten oder seien es die Apotheken, mehr gegeben wurde, als auf der

Pichler

anderen Seite durch Einnahmen abgedeckt werden konnte.

So beträgt allein – und das ist ja allen, die sich mit den Problemen befassen, bekannt – die Steigerung für die ärztliche Hilfe im Jahre 1975 zirka 20 Prozent. An die Krankenanstalten wurde im Jahre 1975 und im Jahre 1976 um 20 Prozent mehr gegeben, und über die Ausgaben für Medikamente hat der Hauptverband erst in letzter Zeit eine Veröffentlichung herausgegeben, die ebenfalls ein enormes Anwachsen dieser Kosten aufzeigt.

Die Einnahmen der Kassen sind aber im gleichen Zeitraum wesentlich geringer gestiegen, und dadurch ist zwangsläufig ein Auseinanderklaffen zwischen Einnahmen und Ausgaben entstanden.

Für die Verpflegskostenersätze wurden zum Beispiel vor zehn Jahren, also im Jahre 1966, zirka 18,25 Prozent der Beitragseinnahmen ausgegeben. Im Jahre 1976 sind es aber bereits 26 Prozent der Einnahmen, die die Kassen für die Verpflegskostenersätze ausgeben. (Abg. Dr. Wiesinger: *Wissen Sie, wie die Steigerung der Verpflegskostenersätze von 1975 auf 1976 war? Wissen Sie den Prozentsatz? – 360 Prozent!*) Daher ist es logisch, daß sie mehr zahlen! Ich habe die Unterlagen über die Leistungen der Kassen hier, aber ich möchte Ihnen schon auch sagen, daß die Beitragseinnahmen der Kassen in diesen zehn Jahren um 232 Prozent gestiegen sind, die Ausgaben für die Spitäler aber um 373 Prozent. Das heißt, daß die Kassen für die Spitäler um 141 Prozent mehr ausgegeben haben, als auf der anderen Seite durch Beitragseinnahmen gedeckt ist.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß alle Kassen 1975 die Verpflegskostenersätze um 20 Prozent angehoben haben und 1976 um weitere 20 Prozent. Wer hier rechnet, der kommt zum Ergebnis, daß innerhalb von zwei Jahren eine Erhöhung von 43 Prozent gegeben wurde. (Abg. Dr. Wiesinger: *Was ist denn die Ursache?*) Das Ergebnis dieser Haltung der Kassen ist, daß die Länder nunmehr versuchen, erst recht ihre eigenen Finanzen auf Kosten der Krankenkassen zu entlasten, und ich möchte sagen, sie mißbrauchen damit offensichtlich die Landesgesetzgebung zu einer Erpressung der Krankenkassen. (Abg. Dr. Wiesinger: *Das wissen Sie doch sehr gut, daß das nicht stimmt, was Sie sagen!*)

Herr Doktor, ich sage deutlich, daß die Landesgesetzgebung hier offensichtlich mißbraucht wird, um auf Kosten der Krankenkasse die eigenen Finanzen zu schonen, und die niederösterreichische ÖVP, die Niederösterreichische Landesregierung hat dabei wohl die

extremste Form gewählt. (Abg. Dr. Schwimmer: *Hat die ÖVP in Kärnten auch die Mehrheit, Herr Pichler? – Abg. Dr. Wiesinger: War das in Kärnten korrekt oder nicht?*)

Herr Doktor, ich sage Ihnen noch einmal: Die Länder versuchen – meiner Meinung nach unter Mißbrauch der Landesgesetzgebung –, ihre eigenen Finanzen auf Kosten der sozialen Krankenversicherung zu entlasten. Und unser Standpunkt, Herr Doktor, ist unverändert, wir vertreten die Auffassung, daß im Grundsatzgesetz zum Krankenanstaltengesetz diese Frage in eindeutiger Form geregelt ist.

Ich werde noch darauf zu sprechen kommen, daß hier nicht nur die Funktionäre in der sozialen Krankenversicherung und nicht nur der Hauptverband, sondern auch die Regierung der Auffassung ist, daß mit dieser Gesetzgebung Mißbrauch getrieben wird, und daß aus diesem Grund die Bundesregierung gegen diese Gesetzgebung der Länder Einspruch erhoben hat. (Abg. Dr. Wiesinger: *Auch in Kärnten?* – Abg. Dr. Kohlmaier: *Machen Sie kein Parteipolitikum daraus!*) Herr Doktor, hören Sie sich an, hören Sie sich an, welche Auswirkungen die Landesgesetzgebung zum Beispiel in Niederösterreich hätte. (Abg. Dr. Wiesinger: *Aber wer hat die Länder in diese Situation geführt? Der Herr Androsch, weil er die 28 Prozent nicht zahlt! – Abg. Dr. Kohlmaier: Machen Sie kein Politikum daraus!*)

Herr Dr. Kohlmaier und Herr Dr. Schwimmer, ich würde Ihnen empfehlen, daß Sie mit dem Kollegen Gassner bei der niederösterreichischen ÖVP einmal einen Kurs über Sozialversicherung und über das ASVG halten, denn die haben es dort dringend notwendig. (Abg. Dr. Schwimmer: *Machen Sie bei der Kärntner SPÖ einen!*)

Wenn der Landeshauptmann Maurer, wenn der Präsident des Landtages gestern – im übrigen sogar im Radio –, wenn der Klubobmann der ÖVP im Landtag von Niederösterreich die Behauptung aufstellen, daß der Bund verfassungsmäßig verpflichtet wäre, den Kassen jene Gelder zu geben, die durch die Landesgesetzgebung weggenommen werden, dann, meine Herren, ist es verständlich, daß es zu Ergebnissen wie zum vorliegenden in der Landesgesetzgebung kommt. (Abg. Dr. Wiesinger: *Die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse hat Propaganda mit Flugzetteln gemacht! Ist das in Ordnung? Können Sie das vertreten?*)

Herr Doktor, ich würde Sie bitten... (Abg. Dr. Wiesinger: *Ob das in Ordnung ist?*) Herr Doktor, ich würde Sie bitten, wenn Sie hier die Behauptung aufstellen, daß die Krankenkasse Niederösterreich mit Versichertengeldern Par-

3824

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Pichler

teipropaganda betrieben hat, dafür den Beweis anzutreten. (Abg. Dr. Schwimmer und Abg. Dr. Kohlmaier: Den werden wir antreten!) Das würde ich Sie bitten.

Wenn Sie der Auffassung sind, daß eine Mitteilung an die Versicherten über die tatsächlichen Dinge Parteipropaganda bedeutet, dann haben Sie eine eigene Auffassung von der Informationsverpflichtung der Kasse gegenüber ihren Versicherten.

Ich möchte hier schon auf die Auswirkungen dieser Landesgesetzgebung vom 14. Oktober dieses Jahres kommen, und diese Gesetzesbestimmungen, meine Herren, hat die ÖVP mit ihrer Mehrheit . . . (Abg. Dr. Gruber: Warum in Niederösterreich?) Hören Sie zu, Herr Dr. Gruber! Ich werde Ihnen sagen, warum gerade die niederösterreichische Landesgesetzgebung als die extremste und unsozialste bezeichnet wird. (Abg. Dr. Gruber: Halten Sie hier eine Brandrede gegen die SPÖ Kärnten! Ich würde an Ihrer Stelle da überhaupt nicht hinausgehen!) Aber Herr Doktor, ich sage Ihnen noch einmal . . . (Ruf bei der ÖVP: Das ist ein Wunder, daß Sie überhaupt da herinnen sitzen!) Hören Sie doch bitte zu! (Abg. Dr. Gruber: Ich sage es noch einmal: Wenn ich in der Situation wäre wie Sie, Herr Kollege Pichler, würde ich gar nicht hinausgehen!)

Aber Herr Dr. Gruber, jetzt hören Sie einmal zu! Sie sind offensichtlich entweder genauso wenig informiert (Abg. Dr. Gruber: Wir sind sehr gut informiert!), oder Sie sind durch Ihre Störversuche bestrebt, meine Ausführungen zu verhindern beziehungsweise zu erschweren. (Abg. Dr. Schwimmer: Sie wollen zu Kärnten reden! – Ruf bei der ÖVP: Er redet ja über Niederösterreich! – Abg. Dr. Kohlmaier: Ja, eben! – Ruf bei der ÖVP: Warum denn nicht? – Ruf bei der SPÖ: Er wird schon selber wissen, wozu er reden soll! – Lebhafte Rufe und Gegenrufe.) Jetzt darf ich dann wohl wieder weiterreden. (Abg. Dr. Gruber: Sie dürfen immer!)

Ich möchte also noch einmal festhalten, daß durch das Landesgesetz in Niederösterreich, das mit den Stimmen der ÖVP beschlossen wurde (Abg. Dr. Gruber: Und von Kärnten?), eine 33prozentige Erhöhung der Verpflegskostenersätze rückwirkend beschlossen wurde. Damit es sich auszahlt – 33 Prozent sind offensichtlich der ÖVP in Niederösterreich zuwenig gewesen –, hat man dieses Gesetz gleich rückwirkend mit 1. Jänner 1975 in Kraft gesetzt.

Die Mehrbelastungen, die aus diesem Gesetzesbeschuß entstehen würden, würden für die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse für die Jahre 1975, 1976 und 1977 allein bei den

Verpflegskostenerlässen eine Mehrausgabe von einer halben . . . Herr Dr. Gruber! Jetzt haben Sie Gelegenheit, sich anzuhören, wie die Auswirkungen sind. (Abg. Dr. Gruber: Ich höre es mir eh an!) Das würde also eine Mehrbelastung von einer halben Milliarde Schilling für diese drei Jahre bedeuten, und wenn man die Entbindungsheimpflege hier ebenfalls mitrechnet, dann würde sich dieser Betrag noch auf 526 Millionen Schilling erhöhen.

Meine Herren von der ÖVP! Wenn Sie glauben, daß Sie speziell auf die Kärntner Landesregierung hinweisen müssen, dann darf ich Ihnen sagen, daß die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse bereits seit zehn Jahren 60 Prozent der Verpflegskosten als Verpflegskostenerlast zahlten, daß aber diese 60 Prozent der Niederösterreichischen Landesregierung zuwenig waren, sodaß sie mit Landesgesetz festgelegt hat, daß der Verpflegskostenerlast mindestens 80 Prozent der amtlich festgelegten . . . (Abg. Dr. Kohlmaier: Weil sie der Androsch gekürzt hat, Herr Pichler! – Abg. Dr. Schwimmer: Hat der Androsch gekürzt oder nicht, Herr Pichler, von 28 auf 18 Prozent?) Ich sage, die Niederösterreichische . . . (Abg. Dr. Kohlmaier: Hat der Androsch gekürzt oder nicht, Herr Pichler?) Auf das kommen wir auch noch. (Abg. Dr. Schwimmer: Wurde da auch ein Flugblatt gemacht, Herr Pichler?)

Aber meine Herren! Kennen Sie die Auswirkungen des niederösterreichischen Gesetzes in bezug auf Androsch? Androsch müssen wir noch Geld zurückgeben. (Abg. Dr. Gruber: Warum haben Sie dann das nicht in Ihr Flugblatt hineingeschrieben, das vom Androsch?) Dem Androsch müßte man nach der niederösterreichischen Gesetzgebung Geld zurückgeben. Androsch hat offensichtlich nach Meinung der niederösterreichischen ÖVP zuviel bezahlt. (Abg. Dr. Gruber: Warum steht das nicht in Ihrem Flugblatt drinnen, daß der Bund gekürzt hat?) Herr Dr. Gruber, Herr . . . (Abg. Dr. Gruber: Na, Na, Na, dann stottern wir ein bissel!) Der Bund hat das geleistet, was ihm zusteht, darüber wird beim Kapitel Gesundheit noch sehr deutlich gesprochen werden. (Abg. Dr. Gruber: Mit der Art kommen Sie bei uns nicht durch!) Sie können ja zuhören. Sie können den Tatsachen hier . . . (Ruf bei der SPÖ: Kollege Gruber! Das Kapitel Unterricht kommt auch noch!)

Die Tatsachen sind die, daß, wenn es mit der Landesgesetzgebung zu einem Beharrungsbeschuß der Landesregierung kommt, die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse finanziell ruinierter ist und daß es nur eine Möglichkeit gibt, diesem finanziellen Ruin entgegenzutreten,

Pichler

nämlich daß wir hier Maßnahmen beschließen müßten, die aber ebenfalls nicht tragbar sind. (Abg. Dr. Gruber: Reden Sie über das Bundesgrundsatzgesetz!) Nachdem den Mehrausgaben . . . (Abg. Dr. Gruber: Ersoll sich mit dem Androsch auseinandersetzen!) Herr Dr. Gruber! Sie müssen an diesem Kurs, den ich Herrn Dr. Kohlmaier für die Niederösterreichische empfohlen habe, auch teilnehmen (Abg. Dr. Gruber: Sie brauchen mir gar keinen Kurs zu verordnen!), dann werden Sie von der sozialen Krankenversicherung wahrscheinlich ein bissel was verstehen.

Interessant ist: Der Dr. Kohlmaier kennt genau wie der Dr. Schwimmer die Problematik und der Kollege Gassner ebenfalls. (Abg. Dr. Schwimmer: Aber Sie kennen sie offensichtlich nicht. Der Androsch hat um 10 Prozent von 28 auf 18 gekürzt. – Abg. Dr. Kohlmaier: Und das ist das Problem! Das ist die Ursache der Misere!)

Herr Dr. Kohlmaier! Weil Androsch im Jahre 1975 noch 28 Prozent an Abgaben bezahlt hat, müßte der Bund beziehungsweise Androsch auf Grund des Landesgesetzes von Niederösterreich – ich sage noch einmal, wenn es in Kraft treten würde – allein von der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse für das Jahr 1975 einen Betrag von 39 Millionen Schilling zurückbekommen, eben weil er nach dieser Rechnung zuviel bezahlt hätte. Für ganz Niederösterreich würde er allein für das Jahr 1975 80 Millionen zurückbekommen müssen, und im Jahr 1976 würde sich der Bund 76 Millionen Schilling ersparen, das heißt also, insgesamt würde der Bund auf Grund dieses Landesgesetzes eine Ersparnis von 212 Millionen Schilling haben. Die Landesregierung würde sich ebenfalls einen Betrag ungefähr in der Größenordnung von 314 Millionen Schilling ersparen, aber die Krankenkasse müßte all diese Millionen bezahlen, ohne daß es dafür eine Deckung gibt. (Ruf bei der ÖVP: Damit kommt der Androsch auch nicht aus dem Konkurs heraus!)

Meine Damen und Herren! Die Auswirkungen dieses Gesetzesbeschlusses sind so kraß, daß man sich wirklich nicht vorstellen kann, daß dieses Landesgesetz bei echter Überlegung und Beratung und trotz der Erkenntnis dieser Auswirkungen beschlossen wurde.

Da diesen Ausgaben keine Mehreinnahmen gegenüberstehen – wir können bekanntlich unsere Einnahmen nicht selber feststellen –, müßten einfach Leistungskürzungen vorgenommen werden. Über diese Gefahr, sehr verehrte Damen und Herren, sind die Versicherten der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse informiert worden.

Es müßten Einsparungen bei der Krankenun-

terstützung, beim Entbindungsbeitrag, bei den Bestattungskosten, bei den Zahnersätzen, bei der Kieferorthopädie, bei den Hilfsmitteln und bei der erweiterten Heilfürsorge vorgenommen werden.

Die Erholungsheime der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse müßten sowohl für die Kranken als auch für die Kinder geschlossen werden, und es müßte das noch nicht eröffnete Sonderkrankenhaus für Rheumakranke in Baden ebenfalls zugesperrt werden. Daß die Einstellung der Kuraufenthalte und der Kurkostenzuschüsse und die Streichung der Kinder- und Erholungsaktionen davon nicht ausgenommen wären, ist leider eine Tatsache. (Abg. Dr. Schwimmer: Erzählen Sie keine Horrorgeschichten!)

Herr Dr. Schwimmer! Wir haben das durchgerechnet, die Mehrkosten, die durch dieses Landesgesetz im Jahr 1977 entstünden, würden bei ungefähr 180 bis 190 Millionen Schilling liegen. Diese Mehrkosten könnten nur durch solche Leistungseinschränkungen hereingebrochen werden. Aber die niederösterreichische Landesgesetzgebung ist ja, wenn sie schon einmal am Werk ist, auch in anderer Hinsicht gründlich. (Abg. Dr. Wiessinger: Das ist kein Vorwurf, wenn ein Gesetz gründlich ist! Bravo! – Beifall bei Abgeordneten der ÖVP.) Sie können dem Herrn Maurer, dem Herrn Ludwig und besonders dem Herrn Brosig dann nachher im Verlauf der Debatte noch ein paarmal Beifall klatschen.

Dem Landesgesetz entsprechend ist eine Schiedskommission vorgesehen, weil es in der Grundsatzgesetzgebung so etwas gibt. Daß dort von drei Mitgliedern gleich zwei der Landesregierung angehören müssen, ist bei der Haltung der niederösterreichischen ÖVP eine Selbstverständlichkeit, und ebenso selbstverständlich ist, daß der Landeshauptmann Vorsitzender in dieser Schiedskommission ist. Aber immerhin kann er auch jemand anderen mit dem Vorsitz in dieser Schiedskommission betrauen. (Abg. Dr. Schwimmer: Kennen Sie das Salzburger Gesetz?)

Wir dürfen nun in der Gebietskrankenkasse, wenn es zu keinem Einvernehmen kommt, Einspruch gegen eine Entscheidung der Schiedskommission erheben. Diesen Einspruch darf man wieder beim Landeshauptmann Maurer, also bei der Landesregierung einbringen. Daß das Land selbst gleich Partei beim Einspruchsverfahren ist, ist wohl auch eine Selbstverständlichkeit, so wie es selbstverständlich ist, daß die Geschäftsstelle dieser Schiedskommission ebenfalls bei der Landesregierung ist.

3826

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Pichler

Wenn das alles zu keinem Ergebnis führt, dann beschließt der Landeshauptmann gleich aus eigener Vollmacht die Festsetzung der Verpflegskostenersätze, die müssen aber wiederum mindestens 80 Prozent des amtlichen Verpflegskostenersatzes betragen. Und es steht drinnen: „... ist auch auf die wirtschaftliche Situation“, aber nicht vielleicht der Sozialversicherungsträger „Bedacht zu nehmen ...“ sondern ausschließlich auf die wirtschaftliche Situation der Krankenanstaltenträger. (Abg. Dr. Wiesinger: Herr Abgeordneter! Sie haben anscheinend das falsche Konzept! Das ist die Rede für die Vertretung zum Landtag!)

Herr Dr. Wiesinger! Sie können ja Gesetze lesen. Beschaffen Sie sich beim Kollegen Gassner das Landesgesetz, das Gott sei Dank, möchte ich sagen, noch nicht in Kraft getreten ist, und stellen Sie sich dann her und kommentieren Sie dieses Gesetz. Das würde ich Ihnen empfehlen. (Abg. Dr. Schwimmer: Warum hat denn Kärnten einen Beharrungsbeschuß gefaßt?)

Nun komme ich zu dem, was ich schon eingangs gesagt habe. Der Herr Landeshauptmann, der Präsident des Landtages und der Klubjurist des Landes oder auch gleich der Vizepräsident der Arbeiterkammer, der dem ÖAAB angehört, sind der Meinung, daß die Krankenversicherung ein Kind des Bundes wäre; der Bund wäre der Vater, und der Vater hätte dem Buben nun das notwendige Geld dafür zu geben. (Abg. Dr. Prader: Wem kommt denn die Kompetenz zu?)

Ich hoffe, Sie haben gestern die Radioübertragung gehört, und wenn nicht, verschaffen Sie sich das Band: Der Präsident des Landtages hat im Radio die Behauptung aufgestellt, daß der Bund verfassungsmäßig verpflichtet sei, die Krankenkassen mit jenen finanziellen Mitteln auszustatten, die halt die Länder dann beschließen und die die Länder brauchen. (Abg. Dr. Schwimmer: Wer ist denn sonst für die Finanzen zuständig?)

Herr Dr. Schwimmer! Diese Frage stellen Sie? Bisher war ich der Meinung, daß Sie auch in Ihren Zwischenrufen am Boden der Sachlichkeit bleiben, jetzt muß ich daran ernstlich zweifeln. (Abg. Dr. Wiesinger: Was ist Ihrer Meinung nach richtig?)

Wir im Parlament sind dafür zuständig. (Beifall bei der ÖVP.) Sie klatschen jetzt einer Beitragserhöhung bei der sozialen Krankenversicherung Beifall. Wie anders, Herr Dr. Gruber, als durch eine Beitragserhöhung wären diese Mehrausgaben zu decken? Im Unterausschuß des Sozialausschusses, wo es um Zehntelpro-

zente geht ... (Abg. Dr. Gruber: Jetzt ist die Sache klargestellt! Der Bund ist zuständig und zahlt nicht!)

Herr Dr. Gruber! Entweder verstehen Sie es wirklich nicht, oder Sie stellen sich nur so dumm. Vielleicht ist es bei den Bauern anders. Bei den Arbeitern und bei den Angestellten ist es nun einmal so, daß die Finanzierung ausschließlich auf Grund der Beiträge durch die Dienstnehmer und durch die Dienstgeber erfolgt. Sie wissen ganz genau, daß mit diesen Beiträgen auch noch Aufgaben des Bundes mitfinanziert werden, bei Mutterschafts- und Jugendlichenuntersuchungen zahlen die Krankenkassen für Aufgaben des Bundes noch 50 Prozent der Kosten. (Abg. Dr. Gruber: Herr Kollege! Sie müssen ein anderes Thema anschneiden! Sie geben doch uns dauernd recht! – Genau das haben wir gesagt! Wechseln Sie das Thema! – Abg. Dr. Koren: Einsicht kommt nie zu spät!)

Sie reden dem das Wort, was Sie anderwärts angeblich sosehr verurteilen, nämlich daß durch zusätzliche Beiträge zusätzliche Belastungen entstehen sollen. Das, was hier seitens der Niederösterreichischen Landesregierung in die Wege geleitet wurde, ist eine Erpressung, indem man versucht, die soziale Krankenversicherung, die soziale Sicherheit von 850.000 Männern und Frauen dazu zu benutzen, für die eigenen Kassen mehr Geld zu sichern.

Ich habe schon davon gesprochen, daß durch diese Landesgesetznovelle der Bund wesentliche Mittel zurückbekommen müßte und dies alles auf Kosten der Krankenversicherung. Daß dieser Gesetzesbeschuß, meine Herren, nicht nur bei Ihnen unangenehme Reaktionen ausgelöst hat, sondern auch in Niederösterreich zu einer Empörungswelle geführt hat, ist wohl verständlich. (Abg. Dr. Prader: Herr Abgeordneter Pichler! Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung gesagt, er würde ein Finanzierungskonzept vorlegen!)

Wenn sich Herr Dr. Kohlmaier darüber mokiert, daß seitens der Arbeiterkammer die Betriebsräte auf Ihre Informationspflicht hingewiesen wurden, dann ... (Abg. Dr. Schwimmer: Man hat sie aufgefordert, sich zu empören!)

Herr Dr. Schwimmer: Ich möchte Sie und die Herren von der ÖVP nur fragen: Wer hat dann die Dienstgeber in der Krankenversicherung aufgehoben? (Ruf bei der ÖVP: Niemand! – Abg. Dr. Schwimmer: Bei uns ist das nicht üblich!)

Niemand? Die Stellungnahme, die die Arbeitgeber in der Krankenversicherung abgegeben haben, ist Ihnen hoffentlich auch bekannt. (Abg. Dr. Kohlmaier: Aber ohne Aufforderung von

Pichler

oben! Das ist der Unterschied zwischen uns!
Das ist genauso eine Information an die Dienstgeber, wie auch die Information seitens der Arbeiterkammer erfolgt ist.

Auch in der Stellungnahme der Dienstgeber wird darauf hingewiesen, daß eine Lösung des Krankenanstaltsproblems bezüglich der Spitalsfinanzierung nicht auf Kosten der sozialen Krankenversicherungen erfolgen soll. (Abg. Dr. Schwimmer: *Richtig! Das sagen wir ja!*) Die Dienstgeber verwenden stellenweise die gleichen Formulierungen, wie sie auch seitens der Arbeiterkammer verwendet wurden. (Abg. Dr. Schwimmer: *Das ist schon richtig, aber ohne Knopfdruck, Herr Pichler!* – Abg. Dr. Wiesinger: *Ich weiß, daß Ihnen das nicht angenehm ist, daß die ÖVP in dieser Frage einig ist! Bei uns ist das eben so!*) Gegen die Krankenversicherung sind sich offensichtlich alle einig; diesen Eindruck habe ich. (Abg. Dr. Wiesinger: *Sie haben gerade vorgelesen, daß wir nicht dagegen sind!*)

Meine Herren! Ich würde Sie noch einmal ersuchen, daß Sie die Auswirkungen dieses Landesgesetzes selber beurteilen und daß Sie sich nicht darüber in Zwischenrufen ergehen, die lediglich den Zweck haben, von der Sache abzulenken. (Abg. Dr. Gruber: *Ich habe Ihnen schon gesagt, Sie hätten über das Thema nicht reden sollen, Herr Kollege!*)

Wie schlecht das Gewissen der ÖVP Niederösterreichs in dieser Angelegenheit ist, meine Damen und Herren, geht wohl auch daraus hervor, daß man dem Betriebsrat, der eine halbseitige Resolution an die Landesregierung und an den Landtagsklub der ÖVP geschickt hat, eine Antwort von 22 Seiten gegeben hat, daß man versucht hat, auf diesen 22 Seiten das schlechte Gewissen loszuwerden, aber ohne daß man dabei auf die Auswirkungen der Sozialversicherung, gegen die der Betriebsrat protestiert hat, eingegangen wäre. (Abg. Dr. Bauer: *Das ist der Unterschied!* – Abg. Dr. Schwimmer: *Es ist das keine Antwort! Sie sind gegen ausführliche Information, heißt das!*)

Herr Dr. Schwimmer! Das, was in diesen 22 Seiten drinnen steht, ist eine Augenauswischelei, die vom ÖVP-Klub versucht worden ist, aber keine Stellungnahme zu den Problemen. (Abg. Dr. Schwimmer: *Bitte lesen Sie vor!*) Der Inhalt dieses Antwortschreibens des ÖVP-Klubs ähnelt sehr Ihren Zwischenrufen, nämlich, daß Sie auch davon ausgehen und sagen: Reden wir von etwas anderem, aber reden wir nicht von den Problemen, um die es dabei geht! (Abg. Dr. Gruber: *Reden wir von der Zuständigkeit! Sie haben selber bestätigt, daß der Bund zuständig ist!* – Abg. Dr. Bauer: *Aussackeln die Leute*

und nichts zahlen wollen! – Abg. Dr. Gruber: Der Androsch die Leute!

Wer hat da von „Aussackeln“ und von „Nichts-zahlen-wollen“ gesprochen? Sie meinen, daß die Niederösterreichische Landesregierung die Versicherten der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse aussackelt, weil sie selber für ihre Aufgaben nichts zahlen will. (Abg. Dr. Schwimmer: *Der Androsch am Dienstag! Alle Staatsbürger werden ausgesackelt mit eurer Stimme!*)

Wir werden uns jedenfalls dagegen zur Wehr setzen, daß mittels solcher Beschlüsse die soziale Krankenversicherung ausgehöhlt wird! Wir werden uns dagegen zur Wehr setzen, daß durch solche Beschlüsse die Leistungen der sozialen Krankenversicherung in Gefahr geraten!

Ich möchte daher anerkennend feststellen, daß die Bundesregierung mit dem Einspruch gegen diese offensichtlich mißverstandene, jedenfalls aber kleinkarierte Gesetzgebung der Landesregierung ihre objektive Haltung gegenüber der sozialen Krankenversicherung bewiesen hat. (Abg. Dr. Bauer: *Was ist die Belastungswelle der Regierung?*)

Den Sozialminister aber möchte ich auf jeden Fall ersuchen, Überlegungen anzustellen, wie die Sozialversicherung – wenn nötig, auch durch die Gesetzgebung – vor Überforderung durch ihre Vertragspartner geschützt werden kann. Soziale Sicherheit und sichere Sozialversicherungen gehören untrennbar zusammen, und diesen Zusammenhang lassen wir auch nicht durch erpresserische Versuche seitens der Niederösterreichischen Landesregierung in Gefahr bringen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Mankowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Wiesinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Wiesinger (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Oberösterreichisches Tagblatt“, 11. November 1976. Schlagzeile: „Eine alarmierende Bilanz: Zu viele unserer Kinder sind krank.“

„Kronen-Zeitung“, 17. 11. 1976: „82 Prozent der Österreicher halten sich für krank: Kaum zwei von zehn Österreichern fühlen sich vollkommen gesund.“

23. November 1976 „Arbeiter-Zeitung“: „Alkoholalarm: 120.000 sind trunksüchtig.“

30. 11. 1976: „In Wien schlägt der Krebstod viel häufiger zu als in Landgemeinden.“

3828

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Wiesinger

Das waren nur einige Schlagzeilen aus österreichischen Tageszeitungen der letzten Zeit. Daraus sieht man, welchen Stellenwert die Gesundheit und die Gesundheitspolitik in der Bevölkerung haben und welches Unbehagen und welche alarmierenden Nachrichten hier kolportiert werden.

In der Folge einige Briefe, die mich in den letzten Tagen erreicht haben. Sie werden gestatten, daß ich die Namen aus verständlichen Gründen nicht erwähne.

Ein Witwer nach einer Frau, die an einer Nierenerkrankung verstorben ist, wendet sich in bitteren, anklagenden Worten an die Frau Bundesminister, in Abschrift auch an den Abgeordneten Sekanina und an mich. Herr Professor Deutsch, ein bekannter, renommierter Internist, Chef der Ersten Wiener Universitätsklinik, beantwortet ausführlich diese Vorwürfe, wobei ich auf die medizinischen Details hier nicht eingehen will. Ich möchte nur eines daraus zitieren, denn das zieht sich wie ein roter Faden durch diesen Brief. Und hier ist es um eine Frau gegangen, die gestorben ist. Ich zitiere:

„Bedauerlicherweise ist die Bettenzahl so beschränkt, daß die an sich gelegentlich notwendige Aufnahme von ambulanten Dialysepatienten am Abend nach Dialysen oft einfach unmöglich ist.“

In der Folge: „In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß die Bettensituation im Neubau des Allgemeinen Krankenhauses nach der von höchsten Stellen verfügten Bettenreduktion sich natürlich noch weiter verschlechtern wird.“

In der Folge: „... bereits 3 Notbetten am Plateau aufgestellt waren und es nicht zweckmäßig erschien, eine so schwer kranke Patientin am zugigen Gang unterzubringen.“

„... infolge des Bettenmangels,“ „... „einem Notbett auf der Klinik.“ Der Brief eines Klinikchefs.

Der zweite Fall, auch aus den letzten Tagen, wo sich wieder ein Witwer, der seine Frau verloren hat, anklagend an uns wendet und sagt: Meine Frau ist – seiner Meinung nach – gestorben, weil der Dienst am Wochenende in den Spitäler nicht so – seiner Meinung nach – funktioniert, wie er funktionieren sollte.

Ich möchte auch hier auf die medizinische Problematik nicht eingehen, aber zeigen, daß die Menschen das Gefühl haben, hier stimmt was nicht.

Dritter Fall: Eine 44jährige Frau, die an einer schweren Herzkrankheit und an Blutarinut leidet, wird mit der Begründung – 44 Jahre –,

daß sie ein Pflegefall ist, aus dem Krankenhaus hinausgeschmissen, wie sie wörtlich schreibt, mit der Bemerkung: „Gscherte, schert's euch z'Haus“, ihr gehört nicht nach Wien.

Und in diesem Zusammenhang – die Patientin wurde mit einem Blutbild von 1,4 Millionen Erythrozyten, also Blutkörperchen, sehr schwer krank entlassen – schreibt Herr Dr. Muzik, der Ombudsman, den man in Wien eingerichtet hat:

Wir sind einhellig der Ansicht, daß die Patientin ein Pflegefall ist und als solche in eine niederösterreichische Landespflegeanstalt aufgenommen gehört.

Nur hat sie keine Möglichkeit, dort aufgenommen zu werden, denn sie ist eine Invalidenrentnerin, und ihre Mutter, mit der sie zusammenlebt, ist eine bäuerliche Zuschußrentnerin mit dem Mindesteinkommen, das man auf diesem Sektor leider noch bezieht.

Das waren nur einige Beispiele aus der täglichen Praxis: Zuwenig Betten, die Organisation funktioniert nicht, die chronisch Kranken sind ausgesteuert.

Ich habe das deshalb an die Spitze meiner Ausführungen gestellt, weil in letzter Zeit der Eindruck entstanden ist, daß sich alle Verantwortlichen nur mehr mit dem Geld beschäftigen, mit der Finanzierungsfrage. Sicher ist die Finanzierungsfrage ein wesentliches Problem. Aber für uns ist der Mensch, der in das Krankenhaus hinein will, der eine ärztliche und eine gesundheitliche Versorgung braucht, das Maß aller Dinge. Und um den müssen wir uns kümmern. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann das Krankenhausproblem nicht isoliert sehen. Eine Lösung des Krankenhausproblems kann nur dann erreicht werden, wenn wir es im Zusammenhang mit einer integrierten Reorganisation des gesamten Gesundheitswesens sehen. Und hier scheiden sich die Geister zwischen den Sozialisten und der Österreichischen Volkspartei.

Unser Modell in der gesundheitlichen Versorgung – schlagwortartig – schaut so aus: In der ersten Hauptkampfslinie im Kampf gegen die Krankheit steht der praktische Arzt. In der zweiten Linie steht der Spezialist, der Facharzt, die medizinisch-technische Einrichtung. Und erst in dritter Linie kommt das hochqualifizierte Krankenhaus mit jenen Einrichtungen, die als letzte eingesetzt werden müssen, wenn die beiden vorderen Linien nicht mehr zum Erfolg kommen.

Sie von der Sozialistischen Partei stehen auf dem Standpunkt, daß das Zentrum der gesund-

Dr. Wiesinger

heitlichen Versorgung das Krankenhaus ist, also die teuerste, die hochqualifizierte Einrichtung, um die sich wie Satelliten alle übrigen medizinischen Dienste zu gliedern haben.

Und hier explodiert uns die Sache: Genau nach dem Krankenanstaltengesetz, wodurch dieses Grundmodell nämlich zum Tragen gekommen ist, kam die Kostenexplosion. Daher mein dringender Appell: Wir können nur im Zusammenwirken einer Gesamtstrukturreform des Gesundheitswesens das Spitalsproblem lösen. Denn was passiert denn jetzt?

Fast jeder sozialistische Landespolitiker versucht jetzt, neue Wege der Finanzerschließung zu finden: Da wird von einer Kopfsteuer gesprochen, da wird von einem Zuschlag zur Einkommensteuer gesprochen, es wird von allen möglichen Dingen gesprochen. Dann kommt noch etwas – und das ist das Gefährliche –: Denn jetzt taucht der Urmarxismus plötzlich wieder auf. Hier wird behauptet, das Krankenhaus ist mit der Schule gleichzusetzen. Das heißt, es ist eine öffentliche Aufgabe – so wie bei der Schule –: Der Staat hat das Krankenhaus voll zu finanzieren. Es ist überhaupt keine Angelegenheit der Krankenkassa oder sonstiger Träger, hier etwas zu tun.

Herr Abgeordneter Blecha! Diese Äußerungen sind gemacht worden. Das ist die gesellschaftspolitische Komponente, die jetzt plötzlich ins Spiel kommt. Man versucht, aus der Krisensituation ganz einfach jetzt einen Sprung weiter in den Marxismus zu machen. – Da werden wir nicht mittun! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wie schwierig die Problematik ist – und ich sage das jetzt bitte nicht in Form einer Kritik, sondern nur als Feststellung –, zeigt folgendes: Wir stehen heute vor der Tatsache, daß man auf einmal glaubt, Großprojekte nicht mehr weiterführen zu können. Wir haben uns in einer dringlichen Anfrage mit der Frage Allgemeines Krankenhaus beschäftigt. Jetzt kommen auf einmal der Herr Bürgermeister Gratz und der Herr Stadtrat Mayr und sagen: Ja das können wir ja gar nicht weiterbauen, weil wir es uns nicht mehr leisten können. Wir können es ja einmal gar nicht in Betrieb nehmen, weil wir es ja nicht zahlen können. – Ob natürlich die Erklärung: Die Stephanskirche hat auch nur einen Turm und ist trotzdem funktionsfähig!, im Zusammenhang mit einem Krankenhaus paßt, möchte ich eher bezweifeln.

Aber so ist die Situation. Wir stehen heute vor der Situation, daß die Verantwortlichen nicht mehr wissen, wie sie mit dieser Materie fertig werden sollen. Das moderne Krankenhaus Zell am See wurde gebaut. Und jetzt sagt die Gemeinde: Ja, wir können nicht aufsperren! Die

Gemeinde kann nämlich die Betriebskosten nicht finanzieren. Es geht ganz einfach nicht. Nur durch eine Vorauszahlung des Landes ist es überhaupt möglich, etappenweise dieses Krankenhaus in Betrieb zu nehmen.

Sehen Sie, welche Problematik da auf uns zukommt? Und erkennen Sie, welche Notwendigkeit einer raschen und einer intensiven Zusammenarbeit sich ergibt, um hier weiterzukommen?

Und da bin ich schon beim Verantwortlichen für diese Zusammenarbeit, beim Herrn Bundeskanzler. Er hat es übernommen, die Spitalsfinanzierung zu lösen. Da habe ich nun hier das Protokoll seiner Ausführungen von vorgestern. Und da steht:

Im kommenden Jahr, im vorigen Jahr, damit wir es ganz konkret sagen – ich weiß nicht, was da konkret ist: ist es jetzt das kommende Jahr oder das vorige Jahr? –, waren es 1,8. Das heißt, daß diese Regierung ungefähr fünfmal, mehr als das, wenn ich die Investitionen dazurechne, soviel den Spitalserhaltern für die Spitäler zur Verfügung gestellt hat als die früheren Regierungen.

Jetzt befällt mich ein tiefes Unbehagen, weil ich das Gefühl habe, daß der Herr Bundeskanzler sich in dieser Frage nicht auskennt und daß vor allem seine Berater ihm nicht das Richtige sagen. Hätte er den Abgeordneten Sekanina gefragt, hätte der ihm sicher gesagt, daß diese Zahl völlig falsch ist. Die stimmt ganz einfach nicht. Er hat nämlich auf einer falschen Seite im Budget nachgeschaut; das ist ganz etwas anderes. In Wirklichkeit ist es so: Für die Krankenanstalten-Investitionsförderung werden 250 Millionen Schilling, für Zweckzuschüsse 680 Millionen ausgegeben; das ergibt zusammen 930 Millionen Schilling und nicht 1,8 Milliarden Schilling. Meine Damen und Herren! Wenn man sich bei einer so wichtigen Materie gleich um die Hälfte irrt, ist es für mich doch eher bedenklich.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, was unser Parteibmann gesagt hat, weil man das nicht oft genug sagen kann: Im Vergleich zu diesen 930 Millionen Schilling beträgt im selben Jahr das Bundestheaterdefizit 946 Millionen Schilling. Es ist daher um rund 20 Millionen höher als obiger Bundesaufwand für die Krankenanstalten. (Abg. Wille: So schlecht sind die Theater auch wieder nicht!)

Ich glaube, daß sich der Herr Finanzminister auch in diesem Zusammenhang nicht in die Ecke stellen und belustigt zuschauen kann, wie sich da in der Arena jetzt die Länder und die Krankenkassen in den Clinch gehen. Sie sind ja beide die Benachteiligten. Ich gebe dem Herrn

3830

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Wiesinger

Abgeordneten Pichler recht, wenn er sagt, daß die Krankenkassen in Schwierigkeiten kommen. Ja natürlich! Aber auch die Länder sind in Schwierigkeiten. Und wie sind sie in diese Schwierigkeiten gekommen? – Man darf doch nicht vom Symptom ausgehen. Man muß die Ursache sagen. Die Ursache ist die, daß der Herr Finanzminister um 10 Prozent weniger bezahlt als 1975. Und das ist die Tatsache. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Aber Sie haben wiederholt Zigarettenpreiserhöhungen durchgeführt (Abg. Dr. Prader: *Ohne Protest!*), ohne daß sich jemand besonders darüber aufgeregt hat (Abg. Dr. Kohlmaier: *Ohne Protestversammlungen!*), weil es unter dem Deckmantelchen der Gesundheitspolitik gegangen ist. Nur ein paar Zahlen, was hier an Geld eingegangen ist: Im Jahre 1971 waren es 450 Millionen Schilling, im Jahre 1974 waren es 700 Millionen Schilling, im Jahre 1975 werden es 500 Millionen Schilling und im nächsten Jahr voraussichtlich 600 Millionen Schilling sein.

Dann erklärt die Frau Bundesminister trocken, wie es im „Kurier“ vom 30. November 1977 steht: „Ich habe mich auch früher nicht stark dafür gemacht“, daß diese Mittel der Gesundheitspolitik zugeführt werden. (Abg. Dr. Kohlmaier: *Das ist aber traurig!*) Das ist also sehr, sehr bedauerlich.

Ich möchte hier ganz offen feststellen, Frau Bundesminister: Ich werde mich nicht wesentlich mit Ihnen bezüglich Ihrer Amtsführung auseinandersetzen, denn wir haben vor einigen Wochen ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir Ihrer Amtsführung zutiefst mißtrauen und nicht glauben, daß Sie imstande sind, die Probleme zu lösen. Die sozialistische Fraktion hat Ihnen das Vertrauen gegeben. Daher ist für uns die sozialistische Fraktion Bürge und Zahler in dieser Frage. (Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Gruber: *Die Zahler sind leider alle!* – Weitere Rufe bei der ÖVP: *Leider!*)

Ich möchte nun auf eine Aktion, auf die Sie mit Recht in der Idee stolz sind, daß Sie das versuchen durchzusetzen, nämlich auf die Gesundenuntersuchungen eingehen. Es ist notwendig, daß man das immer wieder sagt, weil ich glaube – und hier decken sich die Meinungen aller Mediziner –, daß die Gesundenuntersuchung die Zukunft der Medizin ist. Die Vorsorgemedizin, die prophylaktische Medizin hat eine ganz, ganz wesentliche Bedeutung. Nur wie schaut es jetzt aus?

2,9 Prozent der Österreicher haben an diesen Untersuchungen teilgenommen. Frau Bundesminister! Sie haben jetzt verkündet, Sie werden auch die 19jährigen zur Untersuchung heranzie-

hen. Ich weiß nicht, ob das notwendig ist, ob das gut ist. Ich werde mich dem Grunde nach nicht dagegen aussprechen.

Ich verstehe nur eines nicht: Als ich vor einem Jahr anlässlich der Debatte über dieses Kapitel den Entschließungsantrag eingebracht habe, daß man wenigstens das Anspruchsalter der Männer von 45 auf 30 Jahre senken sollte, hat die gesamte sozialistische Fraktion dagegen gestimmt. Damals waren selbst die 30jährigen nicht würdig, einer Untersuchung unterzogen zu werden, und jetzt auf einmal sind wir bei den 19jährigen. (Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)

Aber was mir viel wesentlicher erscheint, ist die Frage der Programmerstellung. In diesem Punkt trennen sich unsere Meinungen, Frau Bundesminister. Sie glauben, daß das Programm, das wir jetzt machen, ausreichend ist, und ich sage Ihnen, daß es nicht ausreichend ist.

Ich teile hier völlig die Meinung von Kollegen, die nicht unserer Couleur angehören, sondern die Ihnen zuzurechnen sind, die aber als Praktiker sich mit diesen Dingen beschäftigen. Ich denke an den Professor Schnack, den ich von der Klinik her sehr gut kenne, der auf diesem Gebiet wirklich ausgezeichnete Arbeit geleistet hat. Er sagt: „Diese bundesgesetzliche Untersuchung ist leider – wie halt so oft – eine typische österreichische Lösung. Ein sinnvolles Programm ist den Kollegen in der Praxis durchaus zumutbar.“

Und der Chefarzt der Wiener Gebietskrankenkasse, ein angesehener Arzt, erklärt: „Das Gesundenuntersuchungsprogramm des Ministeriums ist sicherlich nur ein Beginn.“

Auch ich bin hier der Meinung: Es ist ein Beginn. Aber dann wäre es doch zweckmäßiger, nicht den Personenkreis auszuweiten, sondern das Programm zu verbessern. Darauf muß es hinauskommen. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Ein Ausspruch, der in der „Bunten“ vom 14. Oktober 1976 zitiert wurde und von Ihnen nicht widerlegt wurde, ist mir völlig unverständlich. Da steht: „No, wenn ich mich besonders angestrengt hätte, vielleicht wären wir dann in den ersten fünf Jahren auf zehn Prozent gekommen.“

Frau Minister! Warum haben Sie sich nicht angestrengt? Das ist ja Ihre Aufgabe, nicht? (Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter: *Das werde ich Ihnen gleich sagen!* – Abg. Dr. Gruber: *Weil es zu anstrengend ist!*)

Wir haben aber Werbekosten für die Gesundenuntersuchungen in ganz erheblichem Ausmaß. Dafür sind Millionenbeträge ausgegeben

Dr. Wiesinger

worden: 9 Millionen für die Werbung für die Gesundenuntersuchungen und 8 Millionen für die statistischen Auswertungen. Und das Ergebnis ist wirklich nicht befriedigend.

Hier muß sich etwas ändern. Wir fordern eine Verbesserung des Untersuchungsprogramms, und wir fordern auch, und das geht in die Richtung des Herrn Sozialministers, die Aufhebung der Zweckbindung, denn es ist sinnlos, bei der derzeitigen finanziellen Lage der Krankenversicherungen Beträge für die Gesundenuntersuchungen zweckgebunden zu horten, die nicht ausgeschöpft werden, und auf der anderen Seite mehr oder weniger doch mit Beitragserhöhungen zu spekulieren.

Vorsorgeuntersuchung ist auch ein Teil der Krebsbekämpfung. Wir haben in unserem Gesundheitsprogramm die Forderung nach einem Krebszentrum, einer ökologischen Klinik aufgestellt, die ermöglichen soll, daß man auch den praktischen Ärzten draußen jederzeit Behandlungsschemata zur Verfügung stellen kann, daß hier die Chancengleichheit in der medizinischen Betreuung gewährleistet ist, daß jeder einzelne Krebskranke mit den bestmöglichen Mitteln zur Krebsbekämpfung behandelt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Und was ist herausgekommen? Ein Boltzmann-Institut im Krankenhaus Lainz. Dabei möchte ich in diesem Zusammenhang nicht unterstellen, daß sich die Kollegen dort nicht bemühen. Natürlich bemühen sie sich. Aber das ist doch nur eine Alibihandlung. Die sind doch gar nicht imstande, das zu tun, was sie tun müßten. Sie selbst haben ja gesagt, das ist nur der Keim einer zukünftigen Lösung.

Bitte, ich sage Ihnen, wir bieten Ihnen hier volle Unterstützung an, daß wir zu diesem Krebszentrum kommen, denn es ist nicht mehr anzuschauen, daß wir in der Krebsstatistik international leider Gottes führend sind. Daran muß sich etwas ändern.

Aber es muß sich anders ändern, Frau Bundesminister, als bei der Polioimpfung. Sie haben gesagt – auch im Zusammenhang mit den Gesundenuntersuchungen –, die Österreicher sind halt schlampig und wollen das Ganze nicht machen. Dann haben Sie eine Polioimpfungskktion angesetzt und mit Unterstützung der Massenmedien eine ungeheuer gute Beteiligung erreicht – und dann geht Ihnen der Impfstoff aus. (Bundesminister Dr. Ingrid Ledolter: *Doch nicht mir!*) Natürlich! Man muß doch vorsorgen, das ist ja die Aufgabe des Ministeriums. Da geht es ja nicht um Kompetenzen, sondern da geht es nur um ein bißchen Aktivität, mit den Leuten zu reden und das ein bißchen zu organisieren und in die Hand zu nehmen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Und jetzt eine Frage, die ich an den Herrn Sozialminister richte.

Herr Minister! Sie waren etwa zehn Jahre hindurch Präsident des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, entscheidender Spitzenmann in diesem Gremium. Und kaum sind Sie designierter Minister, stellen Sie sich hin und sagen im Ton der Anklage: „Die Stunde Null ist ausgebrochen.“

Herr Minister, was haben Sie denn in diesen zehn Jahren gemacht, in denen Sie Chef des Hauptverbandes waren? Sie waren geistiger Vater der Häuser-Enquete 1970. Ich kann mich noch genau erinnern: Sie haben Vorsitz geführt, Sie haben mitgearbeitet. Was ist denn aus dieser Enquete geworden? Jetzt sind Sie Minister und machen wieder eine Enquete. Da wird wahrscheinlich das gleiche herauskommen: nämlich nichts!

Zehn Jahre haben Sie Zeit gehabt, etwas zu tun, und jetzt stellen Sie sich hin und sagen: So geht es nicht weiter, die Stunde Null ist ausgebrochen.

Ich hege nur die Befürchtung und habe die Angst, daß Sie am Ende Ihrer Ministerlaufbahn sich dann hinstellen und sagen werden: Jetzt ist die Stunde Null der Sozialpolitik ausgebrochen. Und genau das wünsche ich den Österreichern nicht. (Abg. Dr. Schranz: *Sie werden nie in die Verlegenheit kommen!*) Man soll da ein bißchen vorsichtig sein. Die Dinge ändern sich schneller, als Sie glauben. (Beifall bei der ÖVP.)

Etwas hat mich völlig verblüfft, Herr Minister. Sie haben, wie gesagt, sich selbst desavouiert, indem Sie gesagt haben, in den letzten zehn Jahren ist in der Strukturreform der Krankenkasse nichts weitergegangen. Ich teile Ihre Meinung. Es ist wirklich nichts weitergegangen. Wir hoffen, daß mit unserer Mithilfe in Zukunft vielleicht doch etwas weitergehen wird.

Aber es ist ja noch etwas ganz Entsetzliches passiert, und das verstehe ich nicht, Herr Minister, aber vielleicht haben Sie die Möglichkeit, mich aufzuklären. Sie waren ein anerkannter, loyaler, sachkundiger Verhandlungspartner der Ärzte. Plötzlich werden Sie Minister, ändern komplett Ihr Wesen und greifen diese Gruppe – gegen die man ganz einfach keine Gesundheitspolitik machen kann; man kann ohne oder gegen die Ärzte keine Gesundheitspolitik machen –, greifen diese Ärzteschaft im Kollektiv massiv an, unterstellen ihnen Honorarschwindleien und alle möglichen Dinge.

Ich verstehe das nicht. Wozu? Was soll denn das? Wenn ich mich mit dieser Gruppe am 10. Dezember zusammensetzen und verhandeln will, dann erkläre ich vorher – mit einem kleinen

3832

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Wiesinger

Schmunzeln –, daß sie Gauner sind? Das wird dem Stil der Verhandlungen nicht gut tun. Ich glaube, Herr Bundesminister, daß Sie hier Ihre Haltung doch ändern sollten.

Aber Sie geben ja den Ärzten Wechselbäder, so kleine Massagen. Erst beschimpfen Sie sie, dann reagiert die Österreichische Ärztekammer ganz vehement und sagt: Unter diesen Umständen können wir nicht verhandeln, dann sagen Sie per Telephon in das „FS 2“ – ich habe das selber gehört –: Es ist ein Mißverständnis!, und in einer kulanten Art: Wir wollen wieder zusammenarbeiten. Und drei Tage später geben Sie über die Presse eigentlich wieder einen ganz schweren Abreiber an die Ärzte heraus.

Herr Minister! Sie sind am Beginn Ihrer Tätigkeit in der Regierung. Ich glaube, diesen Stil sollten Sie nicht beibehalten. Er zeigt von wenig politischem Fingerspitzengefühl, und ich höre, daß man auch in den Reihen der Regierung die Meinung vertritt, daß Sie sich vielleicht etwas weniger und etwas weniger oft in der Öffentlichkeit zu Wort melden sollten. (Bundesminister Dr. Weißenberg: Auch *Siel*)

Zur Sachfrage Krankenkasse möchte ich eines klar feststellen. Auch wir sind der Meinung, daß die Honorarfrage und das Honorierungssystem der Ärzte einer Überprüfung unterzogen werden sollen, wobei ich hier klar und eindeutig feststelle: Wir vertreten den Standpunkt, daß ein leistungsgerechtes Honorarsystem erstellt werden soll, unter Berücksichtigung der Einzelleistung. Das ist eine klare Feststellung, und wir werden Sie dabei in jeder Form unterstützen.

Nur eines, sehr geehrter Herr Minister, wird sicher nicht gehen: daß Sie die Österreicher zwingen wollen, sich ein Jahr bei einem Arzt eintragen zu lassen. Damit werden Sie nicht durchkommen. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Pichler: Herr Dr. Wiesinger! Was haben Sie plötzlich gegen den Hausarzt?)

Herr Abgeordneter Pichler! Als Sie da am Rednerpult waren, hat sich gezeigt, daß Sie in der Sache nicht sehr beschlagen sind.

Wir haben nichts gegen einen Hausarzt, aber ich habe etwas dagegen, daß die Freiheit des Menschen untergraben wird, daß er zum verwalteten Menschen wird, daß er ein Jahr an einen Arzt gebunden wird, ob er ihn mag oder nicht mag. (Beifall bei der ÖVP.) Da gehe ich nicht mit Ihnen mit! Und da gehen wir von der Österreichischen Volkspartei nicht mit, denn für uns ist der Begriff der Freiheit etwas Essentialles. (Abg. Tonn: Beweisen Sie das! Das sind leere Phrasen, die Sie hier dreschen!)

Herr Abgeordneter Tonn! Ich weiß, Sie sind ein sehr fleißiger Abgeordneter, Sie gehen in

viele Versammlungen, und da hören Sie ja von Ihren eigenen Mitgliedern, wie man auf diese Registrierungspflicht reagiert hat. Sie wissen es ja, es ist Ihnen nur nicht angenehm, daß wir es hier sagen. Aber Sie wissen, daß bis tief in Ihre eigenen Reihen hinein mit dieser Registrierung des Menschen die Bevölkerung nicht einverstanden ist. Daher werden Sie es nicht durchsetzen können.

Ansonsten liegen mir persönlich noch zwei Probleme am Herzen: Das ist die Frage der Rehabilitation und die chronisch Kranken, die ich hier nur erwähnen möchte. Ich glaube, daß das Problem „Rehabilitation“ zwar in der nächsten ASVG-Novelle einer schrittweisen Lösung zugeführt wird, daß wir aber hier alle gemeinsam ein Ergebnis finden sollten, das zu einer positiven Lösung der Behindertenfrage führt.

Und jetzt von den reinen Sachproblemen weg noch eine ganz kurze grundsätzliche Feststellung: Die Sozialisten sind eine Partei, die zwar mit der Freiheit und mit dem Freiheitsbegriff gewisse Schwierigkeiten hat (Zwischenrufe bei der SPÖ), die aber das Problem Demokratie immer wieder in den Mund nimmt. (Zwischenruf des Abg. Brauneis.) Herr Abgeordneter! Die Frage der Freiheit ist ein Problem jeder marxistischen und kollektivistischen Ideologie! (Zustimmung bei der ÖVP.) Das wissen Sie ganz genau!

Aber ich möchte hier nicht über die Freiheit reden. Ich habe Ihnen nämlich gezeigt, wie Sie sie in der Praxis wegnehmen wollen. (Ruf bei der SPÖ: ... über Freiheit zu reden!) Natürlich! Das ist mein gutes Recht, und das werde ich sooft hier machen, wie ich am Pult stehe! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Gruber: Sehr notwendig ist das!) Man kann die Frage Freiheit nicht oft genug in Erinnerung rufen und muß das immer und immer wieder tun, denn wir haben alle genug schlechte Erfahrungen gesammelt. (Ruf bei der SPÖ: ... von der Demokratie geredet!) Aber wir reden von der Demokratie, ja, da bin ich schon dort!

Die Sozialisten kennen die Demokratie nur dort, wo sie noch nicht die totale Macht ergriffen haben. Aber wo sie die totale Macht ergriffen haben, da haben sie keine Freude mehr mit der Demokratie. (Zustimmung bei der ÖVP. – Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Herr Matzner sagt: „Sozialismus ist vollen-dete Demokratie.“ (Zwischenrufe der Abg. Anneliese Albrecht.) Ja, ich komme mit Beispielen: In der sozialen Krankenversicherung, Frau Abgeordnete Albrecht, ist ein Drittel der Mitglieder, die Pensionisten, nicht imstande, an der Zusammensetzung der Selbstverwaltungskörper mitzuwirken! Wir wollen mehr

Dr. Wiesinger

Demokratie in der Krankenversicherung! (*Heflige Zwischenrufe bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Ordnungsruf für den Abgeordneten Wille!*)

Herr Abgeordneter Wille! Ich bedaure es aufrichtig, daß ich Ihnen präpotent erscheine, denn Sie sind an und für sich ein sehr sympathischer Mensch, aber es bleibt Ihnen unbenommen, mich einzustufen. (*Abg. Kraft: Arbeiterkammer, meine Herren!*)

Aber das ist die Frage. Das tut Ihnen weh und das merkt man ja aus Ihren Reaktionen. Aber wir werden nicht aufhören, über die Demokratie zu reden! Auch in jenen Bereichen, wo Sie die Mehrheit haben! (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. A. Schläger: Ordnungsruf für Wille!*)

Und das geht ja noch weiter. Die Frage der Briefwahl ist gestern schon angeklungen. Ja warum sind Sie denn gegen die Briefwahl? In der ganzen Welt funktioniert es, nur die Österreicher sollen lauter Schwindler sein? Hier sollen nur Schwindel und Wahldurchstechereien vorkommen? – Nein: Weil Sie noch nicht genau wissen, ob Ihnen das gut oder nicht gut tut, darum sind Sie gegen die Briefwahl! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und dann haben wir den Bundesaltenrat. Der Herr Bundeskanzler hat mir in einer Anfragebeantwortung mitgeteilt: Na ja, vom ÖVP-Pensionistenbund hat ja eigentlich mit mir noch gar niemand geredet. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*)

Daraufhin wurde sofort ein Brief geschrieben, und man hat gesagt: Bitte, Herr Bundeskanzler, Sie haben in der Regierungserklärung gesagt: Sie wollen einen überparteilichen Bundesaltenrat machen. Laden Sie uns zu einem Gespräch ein!

Es ist ein halbes Jahr her, und dieser Brief ist bis heute nicht beantwortet! Ich weiß, der Herr Bundeskanzler beantwortet sehr viele Briefe, 400 oder wieviel, aber diesen Brief hat er bis heute noch nicht beantwortet! (*Zustimmung bei der ÖVP. – Ruf bei der ÖVP: Eine „Briefdemokratie“!*)

Aber er telefoniert ja auch sehr gern. Wir wären ja auch zufrieden gewesen mit einem Telephonanruf. (*Abg. Dr. Schwimmer: Das ist der Unterschied zu dem Brief der Landesregierung! Das ist unangenehm! Da werden Sie nervös!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für uns sind diese Fragen: mehr Demokratie in der Sozialversicherung, mehr Mitspracherecht für die alten Menschen, Ausübung des Urrechtes der Demokratie, das Wahlrecht, durch Briefwahl, ganz einfach wichtige, ganz wichtige

Dinge, die nicht von der Tagesordnung verschwinden werden. (*Ruf bei der SPÖ: Warum haben Sie es eigentlich nie gemacht?*) Herr Abgeordneter! Seit dem Jahre 1952 wird diese Frage hier im Haus diskutiert. Der Abgeordnete Fiedler ist ein lebender Zeuge dafür, wie lang diese Frage von uns verfolgt wird. Aber wir haben noch keinen Konsens von Ihrer Seite gefunden. Also nicht uns die Schuld in die Schuhe schieben! (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir haben das nicht erst jetzt erfunden, das ist uns eine wichtige Sache. (*Abg. Dr. Gruber: Er ist noch zu jung im Parlament!*)

Aber um wieder auf die Gesundheits- und Sozialpolitik zurückzukommen: Sie haben den Kampf gegen das Sterben vor der Zeit nicht nur verloren, sondern Sie haben ihn aufgegeben (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer*), und das ist für uns noch viel tragischer. Sie haben ihn aufgegeben, Sie haben resigniert! Ich merke das am besten am Argumentationsnotstand der Abgeordneten der Sozialistischen Partei.

Der Herr Abgeordnete Sekanina, der ja früher sehr engagiert in dieser Frage war, kommt zu keinem Ausschuß mehr, er nimmt nicht einmal mehr am Budgetausschuß teil, in seiner letzten Verteidigungsrede in der Frage Mißtrauensantrag gegen die Frau Minister hat er sich sehr schwer getan.

Der von mir hochgeschätzte Kollege, der Herr Abgeordnete Dr. Steyrer, hat in der gleichen Debatte zu politischen Demagogien Zuflucht nehmen müssen, indem er sich mit der Pensionsregelung unserer Generalsekretäre befaßt hat (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), aber in der Frage selbst haben Sie den Argumentationsnotstand! Sie können nicht mehr weiter.

Und Sie sind ja auch nicht einmal bereit, Ihren Abgeordneten zu helfen! Wenn man zugeschaut hat, wie Sie, da Ihr Klubpräsidium nicht anwesend ist, den Herrn Abgeordneten Pichler von Ihrer Fraktion im Stich gelassen haben, zeigte es sich doch, daß Sie das schlechte Gewissen plagt in dieser Frage und daß Sie hier nicht weiterkönnen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Bei aller Kritik und bei aller Schärfe und bei allem Nachdruck, womit wir unsere Argumente hier vorbringen müssen, weil wir uns gegenüber der Bevölkerung verantwortlich fühlen, müssen wir alle eines zur Kenntnis nehmen: Die Utopie, daß alles machbar ist – das haben wir erkannt –, ist gescheitert. Es ist eben nicht alles machbar, sondern wir haben Prioritäten zu setzen und wir sollen realistisch und nüchtern gemeinsam die Probleme erkennen und die Grenzen des Möglichen aufzeigen und zu Lösungen finden. (*Abg. Thalhamer: So nüchtern!*) Wir wollen eines erreichen – und das, meine sehr

3834

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Wiesinger

geehrten Damen und Herren, können wir nur gemeinsam: der Bund, die Länder und die Gemeinden; auf Grund der derzeitigen Verfassungslage ist das so notwendig, und wir sind bereit, hier mitzutun –, wir müssen in gemeinsamer Arbeit eines erreichen: daß zwischen der gesundheitlichen Leistung und der materiellen Belastung des einzelnen Bürgers ein Gleichgewicht hergestellt wird, damit wir auch in Zukunft den medizinisch-technischen Fortschritt gleichmäßig, chancengleich an alle Bürger in diesem Staate heranbringen können. Danke schön. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Steinhuber. Er hat das Wort.

Abgeordneter Steinhuber (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich zu meinem eigentlichen Thema sprechen werde, nämlich Arbeitnehmer- schutz, Arbeitsinspektorat, muß ich doch als Belegschaftsvertreter auf die Ausführungen des Herrn Dr. Kohlmaier eingehen.

Ich habe so eine sozialpolitische und national-ökonomische Zauberei wie von Ihnen, Herr Dr. Kohlmaier, noch nie gehört. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Es wäre wert, daß Sie sich, Herr Dr. Kohlmaier, diese Ausführungen patentieren lassen, denn diese Ausführungen erinnern mich an die Hetzreden der Kommunisten in den Betrieben in früheren Jahren. Das soll mit aller Deutlichkeit hier festgestellt werden. (*Beifall bei der SPÖ. – Pfui-Rufe bei der ÖVP.*) Ich vergleiche Ihre Rede mit diesen Hetzreden! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Von den Kommunisten wurde genau das gleiche in den Betrieben behauptet, wie es hier der Dr. Kohlmaier gemacht hat, meine sehr verehrten Damen und Herren! Damals wurde gesagt: Die Preise steigen mehr als die Löhne, die Preise laufen den Löhnen davon! (*Ruf bei der ÖVP: Nervös!*), und Herr Dr. Kohlmaier hat hier nichts anderes behauptet als das.

Damals hieß es: Es geht uns immer schlechter! – Das gleiche sagte auch Herr Dr. Kohlmaier.

Ich kenne die Argumentationen der Kommunisten, aber dafür sind sie ja hin! Jetzt sind sie von den österreichischen Arbeitern und Angestellten abgewählt worden. Wir haben sie nirgends mehr oder kaum mehr in den Betrieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Und das ist der Beweis, daß man mit so einer Demagogie nicht arbeiten kann. (*Abg. Vetter: Sagen Sie das draußen in den Betrieben den Arbeitern! Da werden Sie ausgelacht!*) Das kann ich da auch sagen im Hohen Haus. Wenn der

Herr Dr. Kohlmaier seine Behauptungen bringen kann, dann kann ich das auch sagen, und ich kann seine Behauptungen widerlegen, weil sie nicht der Wahrheit entsprechen. Das werde ich immer tun, und Sie können mich nicht aus der Ruhe bringen: Ich habe da sechs Mikrofone! (*Beifall bei der SPÖ. – Heiterkeit. – Zwischenruf des Abg. Kraft.*)

Ich möchte das, was der Herr Dr. Kohlmaier hier gesprochen hat, jetzt nicht mit vielem Zahlenmaterial widerlegen. Ich möchte das gar nicht tun. Ich sage Ihnen ein einziges Beispiel, weil es heißt, daß es uns immer schlechter gehe. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ja, plärrn Sie weiter! Ich bin stärker! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Vor 20 Jahren haben wir einen Parkplatz gebaut – ich brauche gar kein anderes Zahlenmaterial –, der ist dreimal vergrößert worden, jetzt unter der Regierung Kreisky ist er wieder verdoppelt worden, und wir haben so viele Autos, daß sie auf dem Parkplatz trotzdem keinen Platz haben, sie müssen auf der Straße rund um die Fabrik geparkt werden. Das ist die Wahrheit! (*Zwischenruf des Abg. Kraft.*)

Aber bitte, der Herr Dr. Kohlmaier hat hier behauptet – ich möchte doch darauf etwas eingehen –, daß die Steuern und die Abgaben unter der sozialistischen Regierung von 36 Prozent auf 40 Prozent erhöht wurden. Nicht ganz, aber – richtig: Das ist eine Erhöhung um 10 Prozent. Und in Österreich schreibt die – wie heißt das? Momenterl: Arbeitsmuseum für Wissenschaft und ... (*Ruf bei der ÖVP: Forschung!*) Forschung. Bitte, ich habe das jetzt gerade herausgegriffen: Die Preise sind in diesem Zeitraum von 1970 bis 1975 um 42 Prozent gestiegen. Nehmen wir die Abgaben und die Steuern mit 10 Prozent dazu, sind das 52 Prozent.

Die Lohnerhöhungen sind in diesem Zeitraum um 105 Prozent gestiegen. Das heißt, daß die Belastungen der österreichischen Bevölkerung 52 zu 105 Prozent stehen. Um das Doppelte sind die Löhne gestiegen. Das ist die Arbeit, die die sozialistische Regierung geleistet hat.

Herr Dr. Kohlmaier hat des weiteren behauptet, daß die Gewerkschaft dazu da ist, um diese Regierung zu loben. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gewerkschaft wird jede Regierung loben, die eine Politik macht im Interesse der Arbeiter und Angestellten, aller arbeitenden Menschen in Österreich. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und diese Regierung macht derartige Politik, daher sagen wir als Gewerkschafter ja zu dieser Regierung.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich doch zu meinem Thema

Steinhuber

kommen: Arbeitnehmerschutz. Der Arbeitnehmerschutz in den Betrieben ist von so großer Bedeutung, daß ich jetzt dazu sprechen werde.

Ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen, wieviel in den letzten Jahren oder, besser gesagt, von 1970 bis jetzt auf diesem Gebiet geschehen ist.

Es ist natürlich sehr leicht: Man kann die positiven Auswirkungen dieses Arbeitnehmerschutzgesetzes nicht so messen wie zum Beispiel die Pensionserhöhungen von 1966 bis 1970 oder von 1970 bis 1976. Das kann man messen in Prozenten, in Geldbeträgen, aber den Schutz, der auf Grund der Inspektionstätigkeit durch die Arbeitsinspektorate für die arbeitenden Menschen geboten wird, den kann man nur sehr ungleich messen. Aber wir können nachweisen, daß es besser geworden ist. (Abg. Kraft: *Höhere Steuern kann man messen!*) Ich vergleiche sie jetzt mit den Richtsatzbeziehern. Das kann man sehr deutlich messen, und dann werde ich darauf eingehen.

Die Richtsatzbezieher haben in der Zeit der ÖVP-Regierung eine Erhöhung von 20 Prozent innerhalb von vier Jahren bekommen: von 1068 S auf 1283 S, das sind 215 S Erhöhung.

In der Zeit der SPÖ-Regierung sind die Richtsätze von 1283 S auf 2625 S gestiegen. (Abg. Dr. Schwimmer: *Das ist eine simple Manipulation!*) Das ist eine Erhöhung um 1342 S, also eine Erhöhung um 104 Prozent. Das heißt, daß im Jahresdurchschnitt bei der ÖVP die Richtsätze um 5 Prozent und bei der SPÖ-Regierung im Jahresdurchschnitt um 15 Prozent gestiegen sind, Herr Kollege Dr. Schwimmer. (Abg. Dr. Schwimmer: *Ist ja falsch, Herr Steinhuber!*) Das heißt, daß die SPÖ-Regierung für die Richtsatzbezieher dreimal mehr geleistet hat als die ÖVP-Regierung. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kraft: *Falsche Zahlen!*)

Ich beweise es Ihnen mit anderen Zahlen. Der Bund hat im Jahre 1970 einen Zuschuß von 10 Milliarden Schilling geleistet. (Abg. Dr. Schwimmer: *Das ist die Unwahrheit!*) Jetzt leistet der Bund 25 Milliarden Schilling, das ist eine Erhöhung um 147 Prozent. Also bitte, so schaut das aus. (Abg. Kraft: *Sie müssen die Richtzahlen nennen!*)

Warum sage ich das? – Ganz einfach deshalb, weil man keine genauen Vergleichswerte in bezug auf den Arbeitnehmerschutz hat.

Aber eines möchte ich noch sagen: Die Tätigkeit der Arbeitsinspektoren für den Arbeitnehmerschutz ist von ganz besonderer Bedeutung. Es ist sicher, daß durch den Fleiß und das Bemühen unserer Arbeitsinspektoren die vielge-

staltigen und in den meisten Fällen schweren Aufgaben in dem Bereich des Arbeitnehmerschutzes stets vortrefflich gemeistert werden. Wir haben dadurch sicherlich auch weniger Arbeitsunfälle in den Betrieben.

Wir Betriebsführer, aber auch die Direktoren und die Sicherheitsvertrauenspersonen werden, wenn ich so sagen darf, mit der Zeit betriebsblind, denn wir können feststellen, daß die Arbeitsinspektoren bei ihren Betriebsbesuchen Anregungen, Sicherheitsmaßnahmen und Verbesserungsvorschläge machen, auf die wir, die wir im Betrieb beschäftigt sind, wie gesagt, schon durch eine Betriebsblindheit gar nicht mehr gekommen wären.

Viele schwere Arbeitsunfälle – davon bin ich überzeugt – konnten durch rechtzeitiges Aufzeigen, also durch die Inspektionstätigkeit verhindert werden.

Auch bei tödlichen Unfällen, die sich in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Betrieb ereignen, bei den sogenannten Wegunfällen, ist ein Rückgang – und das ist sehr erfreulich – von 180 auf 162 zu verzeichnen.

Für mich ist es selbstverständlich, daß durch die erhöhte Inspektionstätigkeit und durch das moderne Arbeitsschutzgesetz die Entwicklung bei den Arbeitsunfällen rückläufig ist. Auf Grund des Arbeitnehmerschutzgesetzes müssen in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitnehmern – das ist in dem neuen Gesetz jetzt verankert – Sicherheitsvertrauenspersonen bestellt werden. In Betrieben mit regelmäßig mehr als 500 Arbeitnehmern muß ein sicherheitstechnischer Dienst, in Betrieben mit regelmäßig mehr als 750 Arbeitnehmern ein betriebsärztlicher Dienst eingerichtet werden. Das muß sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, auswirken, denn dieses Gesetz haben wir hier im Hohen Haus beschlossen. Bei mehr als drei Sicherheitsvertrauenspersonen ist ein Sicherheitsausschuß zu errichten.

Wir haben durch das neue Gesetz jetzt in vielen Betrieben diese Maßnahmen ergriffen. Wir haben in Österreich zum Beispiel in 4108 Betrieben insgesamt 8755 Sicherheitsvertrauenspersonen bestellt. In 240 Betrieben haben wir einen sicherheitstechnischen Dienst errichtet, und in 218 Betrieben ist neben dem sicherheitstechnischen Dienst auch ein betriebsärztlicher Dienst installiert worden.

Das Arbeitnehmerschutzgesetz verlangt bei Betrieben bestimmter Art, daß wohl ein betriebsärztlicher Dienst einzurichten ist, jedoch kein sicherheitstechnischer. Solche betriebsärztlichen Dienste gibt es in Österreich in 25 Betrieben, und in 469 Betrieben ist ein Sicherheitsausschuß eingesetzt.

3836

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Steinhuber

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Auswirkungen des Arbeitnehmerschutzgesetzes. Im Jahre 1974 hatten wir in Österreich 111.779 Unfälle. Im Jahre 1975 etwas weniger, nämlich 104.557 Unfälle.

Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle ist auch rückläufig. Wir hatten 1974 364 und 1975 323 Unfälle mit tödlichem Ausgang. 1973 hatten wir das Arbeitnehmerschutzgesetz beschlossen. Auch im Jahre 1974 war sowohl die Zahl der Arbeitsunfälle insgesamt als auch die Zahl der tödlichen Unfälle geringer als 1973. Wie gesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Rückgang setzte sich im Jahre 1975 fort.

Ein anderes Problem ist die Tatsache, daß in manchem Betrieb neben der normalen Werkstattentität und dergleichen auch noch ein Fließband installiert ist. Die Zunahme der Unfälle am Fließband ist weitaus größer als bei der übrigen Werkstättenarbeit.

Diese Tatsachen zeigen ganz klar und deutlich, daß Arbeitnehmer, die an den Rhythmus bestimmter Arbeitsmaschinen gebunden sind, also am Fließband oder bei elektronischer Datenverarbeitung, ganz besonderen Belastungen ausgesetzt sind.

Wiederum eine Anregung im Interesse eines wirksamen Arbeitnehmerschutzes: Es wäre zu begrüßen, wenn das Bundesministerium für soziale Verwaltung die Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen veranlassen würde, wo dann auf objektive Weise das Ausmaß dieser Belastungen festgestellt werden könnte.

Das Untersuchungsergebnis wird dann zeigen, welche weiteren Maßnahmen in den Betrieben notwendig sind, um einen wirksamen Schutz für diese Arbeitnehmergruppe zu erreichen.

Ein Problem erscheint mir besonders wichtig. Ich möchte es hier im Hohen Hause erörtern.

Durch Pressemeldungen vor etwa zwei Jahren wurde darauf aufmerksam gemacht, daß bestimmte Personengruppen einer Bleigefährdung ausgesetzt sind. Es sind dies Taxifahrer, Polizisten und Personal der Straßenreinigung. Da es sich bei diesem Personenkreis größtenteils um unselbstständig Erwerbstätige handelt, wäre das Bundesministerium für soziale Verwaltung als das für den allgemeinen Arbeitnehmerschutz zuständige Ressort berufen, diesbezüglich auch wissenschaftliche Untersuchungen zur genauen Feststellung des Grades dieser Gefährdung durchzuführen. Ich glaube, daß das bereits in Angriff genommen wurde.

Wie Sie wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist in Wien ein Polizist in Ausübung

seines Dienstes an einer stark frequentierten Kreuzung bewußtlos zusammengebrochen. Er wurde mit starker Bleivergiftung in ein Spital eingeliefert. Ich möchte danach darauf hinweisen, wie notwendig das ist.

Abschließend will ich feststellen, daß durch Einführung von Sicherheitsvertrauenspersonen des sicherheitstechnischen und des betriebsärztlichen Dienstes mit einer Verbesserung der in den Betrieben getroffenen Schutzmaßnahmen gerechnet werden kann und daß dadurch eine Verringerung der Unfallzahlen und der Berufskrankheiten zu erwarten ist.

Mit dem Dank an die Arbeitsinspektoren für ihre umfangreiche Tätigkeit im Interesse des Dienstnehmerschutzes geben wir Sozialisten dem Kapitel XV gerne unsere Zustimmung. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Freiheitliche Partei wird neben dem Kapitel Soziales auch das Kapitel Gesundheit ablehnen. Wir haben das zu wiederholten Malen begründet.

An den Grundsätzen unserer kritischen Ablehnung hat sich auch im abgelaufenen Jahr nichts geändert, und an unserem Skeptizismus hinsichtlich des Jahres 1977 ist nichts besser geworden.

Der Budgetanteil ist absolut und relativ geschrumpft. Der Herr Finanzminister hat zwar unter den verschiedensten Titeln zweckgebundene Mittel dem Steuerzahler abgenommen, sei es unmittelbar über Steuern, sei es über sonstige Abgaben – die Gesundheit müsse eben dem Österreicher etwas wert sein, hat man gemeint –, aber von 100 Budgetschillingen wenden wir ganze 67 Groschen für die Aufgaben der Gesundheitspolitik auf.

Ich gebe zu, diese Zahl ist etwas irreführend, und zwar deshalb, weil eine ganze Reihe von Agenden der eigentlichen Gesundheitspolitik ja nicht mehr zum Gesundheitsminister, sondern zum Sozialminister resortieren. Das bringt natürlich mit sich, daß die Kritik, die wir ganz allgemein der Gesundheitspolitik entgegenbringen, auch den Herrn Sozialminister – ihn ganz wesentlich! – einschließt, und zwar ungeachtet des Umstandes, daß er erst kurze Zeit im Amt ist.

Das Register der Versäumnisse der Frau Gesundheitsminister kann man beliebig lang ansetzen. Ein paar Dinge hat mein Vorredner von der ÖVP schon angetönt.

Der Kampf gegen das Sterben vor der Zeit ist

Dr. Scrinzi

längst aufgegeben worden, der Kampf ist, wenn ich von ganz kleinen und, wie ich wieder, auch auf die Gefahr des Mißverständnisses hin, sage, problematischen Erfolgen im Bereich der Peri- und Neonatologie absehe, - verloren worden. Ebenso - und das hängt eng damit zusammen - der Kampf gegen den Krebs. Hier mußten erst Zeitungen und Massenmedien Sie, Frau Minister, ein bißchen unter die Arme nehmen, damit die jahrelangen Versäumnisse, für die Sie verantwortlich sind, einigermaßen ausgeglichen werden können.

Von der Tragödie Ihres Kampfes gegen das Rauchen will ich gar nicht reden. Das Resultat Ihrer Raucherfibel waren 300 Millionen Zigaretten mehr in einem Jahr.

Von der Tragödie der Gesundenuntersuchung, die mit 2,6 Prozent nicht einmal einen Achtungserfolg aufzuweisen hat, im Haus zu sprechen, haben wir schon Gelegenheit gehabt.

Daß Sie nicht in der Lage waren, obwohl es hier eine Willensübereinstimmung aller Parteien gab, den Normkostenplan vorzulegen, haben Sie zu verantworten, wobei ich nicht die Schwierigkeiten verkenne, die Ihnen gemacht wurden, die sich aus der Kompetenzlage ergeben. Aber ich habe Ihnen den Vorwurf zu machen, daß Sie es dann verabsäumt haben, die Hilfe des Parlamentes in Anspruch zu nehmen.

Doch diese Regierung pflegt einen selbstherrlichen Stil. Dafür sind zahlreiche Beispiele auch schon während dieser Debatte erbracht worden. So findet es der Herr Finanzminister nicht der Mühe wert, dem Hohen Hause die Ehre seiner Anwesenheit zu geben. Hier wird eben selbstherrlich regiert und das Parlament bestenfalls als ein unvermeidliches Anhängsel betrachtet.

Die großangekündigte Investitionslenkung zur Koordinierung im Bereich des Spitalswesens hat sich genau besehen nur als Fortsetzung - wenn auch mit mehr Mitteln; das gebe ich zu - des in diesem Bereich üblichen proporzgesteuerten Gießkannenprinzips erwiesen, und von wirklich steuernden oder lenkenden Maßnahmen, die Ihnen dieser nicht sehr aufregende, aber immerhin wirksame Betrag erlaubt hätte, kann gar keine Rede sein.

Zum Thema Umweltschutzgesetz haben Sie auf eine Anfrage, die wir Ihnen gestellt hatten, am 24. August 1973 geantwortet:

„Die Vorarbeiten zur Ausarbeitung eines umfassenden Umweltschutzgesetzes sind soweit gediehen, daß in meinem Ministerium zurzeit an einem ersten Textentwurf gearbeitet wird.“

Heute wissen wir nicht einmal, ob es diesen ersten Textentwurf noch gibt beziehungsweise was das Schicksal dieses Ministerialentwurfes,

der sehr rasch in der Lade verschwand, in den seither vergangenen mehr als 3 Jahren geworden ist.

In der so wichtigen Frage: Atomkraftwerke - ja oder nein?, Gesundheitsrisiko, stehen Sie völlig daneben. Meine Versuche im Haus, Sie aktiv durch parlamentarische Interventionen in diese für ganz Österreich wichtige Auseinandersetzung einzuschalten, haben Sie mit formalen Hinweisen auf das Strahlenschutzgesetz beziehungsweise darauf, daß Sie diesen ausreichend finden, abgetan. Und erst als dieses Thema unter dem Schock der schwedischen Wahlen für den Herrn Bundeskanzler anscheinend eine gewisse wahltaktische Bedeutung bekam, hat man in der Bundesregierung von Seiten des Kanzlers zu schalten begonnen.

So könnte man diese Liste fortsetzen. Man kann sie aber nicht fortsetzen, ohne das gerüttelt Maß von Schuld, das der Herr Sozialminister - der vergangene wie der neue - an dieser Entwicklung trägt, zu erwähnen.

Der neue Herr Sozialminister kommt zwar aus der „Hocharistokratie“ des Kassenwesens. Er ist uns, auch mir, von dort als außerordentlich sachkundiger und eigentlich konzilianter Verhandler bekannt.

Was uns sehr erstaunt, Herr Minister, ist, daß Sie es für zweckmäßig oder gar zielführend erachtet haben, vom ersten Tag an auf Kollisionskurs zu gehen. Ich hoffe nicht, daß Sie durch die Lektüre des Herrn Ivan Illich - „Die Enteignung der Gesundheit“ - dazu animiert wurden. Dort heißt es in der „Einleitung“ im ersten Satz - und um den besonderen Verdiensten dieses Herrn willen hat man ihn ja jüngst auf die Steirische Akademie eingeladen -:

„Die Zunft der Ärzte ist zu einer Hauptgefahr für die Gesundheit geworden.“

In Konsequenz schreibt dann Herr Ivan Illich, dieser Tausendsassa auf allen Gebieten, der zwar im eigenen Erziehungsbereich kläglich gescheitert ist, weil eben die Ärzte die einzige und größte Gefahr für die Gesundheit sind, man müsse die Konsequenz ziehen und erkennen, daß es „nicht weniger wichtig ist, die ärztliche Zunft als Zielscheibe für eine radikale Entmachtung zu wählen: . . .“.

Diese „radikale Entmachtung“ ist mit stillschweigender Duldung der Frau Bundesminister - diese Meinung gewinne ich, wenn ich an subventionierte Filme wie „Krankenhausreport“, an die Diffamierung von leitenden Ärzten denke, wie sie nun geradezu zur Tagesordnung in der berühmten Sendung des Herrn Dr. Zilk geworden ist - zur Kenntnis genommen worden, und der neue Sozialminister schließt sich dem

3838

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Scrinzi

mit pauschalen Verdächtigungen der Ärzteschaft an.

Ich sage Ihnen, Herr Sozialminister, ein ganz offenes Wort: Ich weiß, daß es natürlich auch im Ärztestand Dinge gibt, die wir kritisieren, die wir beklagen, die wir in gemeinsamer Anstrengung tunlichst im allgemeinen Interesse, vor allem im Interesse der Kranken beseitigen wollen. Doch das wird nicht damit erreicht, wenn Sie sich hinstellen und in dieser Form die Ärzte insgesamt, also diese „Zunft“, angreifen. Ich glaube, da sind Sie schlecht beraten.

Sie sind auch schlecht beraten, wenn Sie zuerst mit der Ärzteschaft über die Massenmedien verkehren. Es wäre sehr viel zweckmäßiger, wenn man die Dinge auf den Tisch legt.

Herr Minister! Sie kennen ja die Sozialgesetzgebung, Sie kennen die Vertragsinstrumente, die die Beziehungen zwischen Ärzteschaft und Kassen regeln, sehr genau. Sie wissen, daß dort Vorsorge getroffen ist, daß dem Mißbrauch gesteuert und daß jenen – Gott sei Dank – wenigen Kollegen, die sich Verstöße zuschulden kommen lassen, auch mit den entsprechenden Mitteln begegnet werden kann.

Es wäre sehr viel besser im konkreten Fall, an Hand der gegebenen gesetzlichen und vertraglichen Möglichkeiten klare Entscheidungen zu treffen, als in diese allgemeine Welle des Verdächtigmachens, des Verunsicherns, die ja, nebenbei gemerkt, zum Grundrezept des orthodoxen Marxismus-Leninismus gehört, einzuschwenken.

Ich würde es sehr begrüßen, Herr Minister, wenn der 10. Dezember tatsächlich auch der Tag sein sollte, wo der Kurs, den Sie eingeschlagen haben – vielleicht ist es nur Ihre Unerfahrenheit im eigentlichen politischen Raum, die Sie da so ausrutschen ließ –, ein Ende fände und wir uns zu einer konstruktiven Arbeit zusammensetzen im gemeinsamen Interesse der Patienten.

Es ergibt sich jetzt natürlich – vielleicht vor allem für die Kollegen von der ÖVP – die Frage: Warum hat die Freiheitliche Partei bei dieser sehr harten Kritik an der Frau Gesundheitsminister dem seinerzeit hier eingebrachten Mißtrauensantrag nicht beigepflichtet? Ich möchte das noch einmal wiederholen und kurz mit ein paar Worten begründen.

Grund 1: Es war der falsche Adressat, denn ich glaube, daß viele dieser Fehlleistungen, die wir mit Recht der Frau Gesundheitsminister vorwerfen, auf ihre mangelnden Kompetenzen und das fehlende Geld zurückzuführen sind. Das heißt also, der Mißtrauensantrag hätte in erster Linie gegen den Kanzler, der für die Kompetenzverteilung verantwortlich ist, und gegen den Herrn

Finanzminister gerichtet werden müssen, der auch die unter dem Titel der Gesundheitspolitik dem Bürger abgenommenen Gelder zum Stopfen seiner Budgetlöcher verwendet.

Zweiter Grund: Das ist eine politisch pragmatische Erfahrung: Greife einen Minister einer Regierung an und du hast das Beste getan, um ihn dort sicher zu zementieren. Ich glaube, das war einer der Effekte, der mit dieser Anfrage erreicht wurde.

Und dritter Grund – und damit komme ich auch zu dem, was ich gewissermaßen als Schlußsatz an Sie, Frau Bundesminister, als Kollegin richten möchte: Ich kenne Ihre schwierige Situation und wir als Opposition sind in einer doppelt schwierigen Situation, weil politische Ohrfeigen auszuteilen, ist einer Dame auf der Ministerbank gegenüber immer schwer, das werden auch gewisse rote Blaustrümpfe verstehen. Aber ich glaube, Sie sollten eine Chance wahrnehmen, die Sie immer noch haben: Sie sollten durch Ihren freiwilligen Rücktritt nicht gegen die Kritik der Opposition, so überheblich wollen wir gar nicht sein, aber gegen die Art, wie Sie als Ministerin, wie Sie als Ärztin und wie Sie als weibliche Ressortministerin von Ihrer eigenen Regierung und Fraktion behandelt werden, protestieren. Das schiene mir eine kulante Lösung. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich werde mich, weil die Kritik an dieser Ressortführung ja keinen Anfang und kein Ende haben dürfte, auf zwei Dinge beschränken, die, wie ich glaube, auch im Öffentlichkeitsbewußtsein eine gewisse Aktualität gegenwärtig haben, und wo ich, Frau Bundesminister, sagen muß, Sie haben leider auch in dem Bereich zu wenig Eigeninitiative und zu wenig Standfestigkeit entwickelt. Ich weiß, daß Sie es als erfahrene Kollegin, als erfahrene Krankenhausleiterin, als angesehene Fachärztin besser wissen, als Sie es als Mitglied einer sozialistischen Bundesregierung sagen oder sagen dürfen.

Thema 1: Ärzteüberschuß – ja oder nein. Ich bin mir darüber im klaren, daß auch auf diesem Gebiet wie überall Prognosen mit großen Plus-Minus-Zeichen zu versehen und problematisch sind. Aber wenn wir die allgemeine Entwicklung anschauen, wenn uns die OECD-Berichte sagen, daß im freien Europa 1985 etwa 40.000 beschäftigungslose Ärzte, die derzeitige Entwicklung vorausgesetzt, erwartet werden, wenn wir in der Bundesrepublik im Jahre 1972 36.000 arbeitslose Akademiker hatten, unter ihnen eine beachtliche Anzahl von Ärzten, wenn wir aus der zentralen Arbeitsvermittlung für Akademiker wissen, daß im selben Jahr 1972 10.000 Akademiker Arbeit über diese Zentralstelle gesucht haben und nur ein Drittel

Dr. Scrinzi

vermittelt werden konnte, wenn wir in Schweden 10.000 arbeitslose Akademiker mit einem nicht unbeachtlichen Ärzteanteil haben, wenn in Italien 1972 42 Prozent der Absolventen der hohen Schulen und wiederum sehr viele Mediziner arbeitslos waren, dann kann man auch an Hand der eigenen Vorausberechnungen, auch bei Einräumen, daß die Zahlen da und dort nach oben oder nach unten korrigiert werden müssen, nicht sagen, daß es dieses Problem bei uns nicht gäbe. Nie hat – und auch hier hat man die Standesvertretung gleich verdächtigt – die Kammer behauptet, das Problem gebe es heute, morgen oder übermorgen.

Wir müssen aber langfristig planen, denn schließlich ist es ein langes und kostenaufwendiges Studium. Aber für die achtziger Jahre müssen wir voraussagen, daß wir uns einem solchen Überangebot, und zwar einem beachtlichen Überangebot, gegenübersehen werden.

Ob im Hintergrund, wie es in der polemischen Auseinandersetzung von Seiten der Ärzteschaft angetönt wurde, Spekulationen altmarxistischer Provenienz eine Rolle spielen, nämlich die Reservearmee zu schaffen – die Zustände hatten wir schon, ich erinnere mich an die Zeiten des Kampfes um die Kassenverträge, wo man zu den unglaublichsten Bedingungen die damals in Massen aus dem Krieg zurückgefluteten und beschäftigungslosen Ärzte in Verträge genötigt hat –, möchte ich Ihnen gar nicht unterstellen.

Ich gebe auch zu, daß wir strukturelle Probleme haben, darüber haben wir geredet. Wir haben 700 offene Kassenarztstellen, vorwiegend in den ländlichen Gebieten, wir haben zweifellos einzelne Fächer unterbesetzt, Zahnärzte, mein eigenes Fachgebiet Neuro-psychiatrie leidet ganz besonders unter Nachwuchsmangel, wir haben auch da und dort in bestimmten Randspitälern noch Probleme, aber wir haben etwa auch im Bereich der Betriebsärzte, des Werksärztewesens und im Rahmen der Gesundheitsdienste und der Prophylaxe durchaus noch einen Zusatzbedarf. Auch das ist unbestritten.

Aber trotzdem ist das Problem nicht dadurch zu lösen, daß jetzt immer wieder Studenten uferlos zum Medizinstudium animiert werden. Denn schauen Sie, es ist ja nicht getan, daß Sie jetzt 300 Ausbildungsstellen schaffen. Das mag verdienstvoll sein. Hier setzen Sie ja eine von der sozialistischen Regierung zunehmend praktizierte Usance fort, nämlich den nach der ganzen Sachlage und nach der Verfassung gar nicht Zuständigen zum Zahlen oder Mitzahlen heranzuziehen. Aber bitte, wenn die Länder hier einsteigen und bereit sind, Ihre 300 zusätzlichen Ausbildungsstellen durch 50prozentige Kosten-

beteiligung mitzufinanzieren, dann ist es gut; damit lösen wir nicht einmal das Problem der derzeit vor den Türen der Spitäler wartenden Ärzte.

1977 haben wir 1500 Promoventen zu erwarten, 500 natürliche Abgänge durch Tod, Pension, die wir aber nicht durch die Frischpromoventen ersetzen können, denn die müssen ja erst einmal die gesetzliche Berechtigung zur Berufsausübung erwerben und ihre gesamte Ausbildung, sei es zum praktischen oder Facharzt, absolvieren. Das heißt, Sie brauchen für mindestens 1200 von diesen am Beginn des Jahres 1978 wieder – sagen wir grob – 1000 Ausbildungsstellen.

Und jetzt erhebt sich doch die Frage:

Brauchen wir nur Ärzte oder brauchen wir gut, wenn es geht, besser ausgebildete Ärzte?

Wenn wir seinerzeit, als die ärztliche Ausbildungsordnung erstellt wurde, einen Bettenschlüssel von 1 : 30 als oberste Grenze hatten, und man sagen kann, die Grenze war mit Rücksicht auf die damalige – damalige! – Kostensituation der Spitalserhalter hoch gewählt, dann sind wir heute an einer unteren Grenze – wir haben Spitäler mit einem Arzt-Bettenschlüssel 1 : 5, 1 : 6, 1 : 7, 1 : 10 –, wo man einfach eine gediegene Ausbildung nicht mehr gewährleisten kann. Zur Lösung dieses schwerwiegenden Problems, Frau Bundesminister, haben Sie noch kein Rezept auf den Tisch gelegt.

Nun, wie immer man das Problem sieht: Auf der einen Seite nach Vorausberechnungen Mitte 1980 8000 Ärzte zuviel, Sie sagen 4000 zu wenig; wir haben vielleicht noch Zeit, darüber zu reden. Aber wie wir morgen und übermorgen die kommenden weit über den Ersatzbedarf und über den finanzierten Zusatzbedarf liegenden Promoventen ausbilden werden, dieses Problem ist vollkommen ungelöst.

Man fragt sich – abgesehen davon, daß es ja nicht angenehm ist, sich als Doktor med. univ. bei Arbeitslosenämtern zu melden, wie ich es neulich mit einem jungen Kollegen erlebt habe –, sind hier nicht auch gewaltige Investitionen dahinter?

Wir haben in Österreich keine – jedenfalls mir bekannten – Kostenberechnungen, was ein medizinisches Studium, eine medizinische Ausbildung kostet.

Aber aus Vergleichen mit anderen Ländern können wir sagen, etwa 2,2 bis 2,5 Millionen Schilling. Ist es volkswirtschaftlich vertretbar, solche Investitionen zu tätigen, wenn dann diese jungen Mediziner arbeitslos sind oder zumindest jahrelang auf Ausbildungsstellen warten müssen, oder dann Gewaltlösungen zu finden

3840

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Scrinzi

sind, weil man die Pleite der sozialistischen Bildungspolitik nicht eingestehen will, und sie einer mangelhaften und schlechten Ausbildung unterzieht, deren Zahler der Kranke sein wird.

Zweites Problem: Krankenhausfinanzierung. Da wende ich mich natürlich auch an den Herrn Sozialminister, und zwar nicht polemisch, Herr Minister, weil ich einfach meine, daß die Frage, um die es geht, für uns alle wirklich eine Lebens- und eine Überlebensfrage ist.

Wir wissen, daß wir im Zusammenhang mit der Krankenhausfinanzierung derzeit einen Punkt erreicht haben, an dem die fundamentale Reform an Haupt und Gliedern unvermeidlich ist. Das behauptet nicht etwa nur ich und das ist nicht nur meine Entdeckung. Ich habe einen Kronzeugen, Herrn Direktor Brooks, der seinen sehr interessanten Beitrag in der „Sozialen Sicherheit“ vom 24. 6. zur Frage Finanzierung und Reform mit folgendem Satz schließt:

„Die Frage ist nur: Noch vor dem finanziellen break-down der Sozialversicherung oder erst später.“

Wir stehen hier also auf dem gleichen kritischen Standpunkt. Sie werden mir aber erlauben, daran zu erinnern, daß auf genau diese Situation von freiheitlicher Seite vor zehn, zwölf Jahren eindringlich hingewiesen wurde. Jede meiner Budgetreden ist geleitet gewesen vom Kehrreim: Die Reform an Haupt und Gliedern, die grundsätzliche Reform am System ist unvermeidlich, wenn wir nicht Krankenversicherung und Spitäler in die Katastrophe hineinschlittern lassen wollen. Da wurden wir natürlich als Kassandrarufer, Schwarzmaier bezeichnet oder verdächtigt, daß wir soziale Errungenschaften in Zweifel ziehen oder in Frage stellen wollen. Mitnichten.

Ich freue mich, auch eine andere Übereinstimmung erreicht zu haben. 1975 österreichischer Krankenhaustag. Zur Diskussion eingeladen auch Gesundheitssprecher des Hohen Hauses und Teilnehmer auch derselbe Artikelverfasser Dkfm. Direktor Brooks.

Ich habe die damals gerade für einen Arzt nicht sehr populäre Forderung aufgestellt: Wir werden die Probleme im Gesundheitswesen ohne Kosten-Nutzen-Rechnung à la longue nicht bewältigen können.

Nun, Dkfm. Brooks hat zwar sehr elegant, aber recht polemisch in Zweifel gestellt, ob die Berechtigung, eine solche Kosten-Nutzen-Rechnung anzustellen, überhaupt möglich sei, denn Krankenversicherung oder Spitäler arbeiten ja überhaupt nicht auf Nutzen, es sei also auch das schwer zu erfassen, wie solle eine solche Kosten-Nutzen-Rechnung aussehen.

Und siehe da, im gleichen Artikel ist es der gleiche Direktor, der mit meinen damaligen Argumenten diese Kosten-Nutzen-Rechnung fordert und als unumgänglich notwendig darstellt, weil wir nur über den Umweg einer solchen Kosten-Nutzen-Rechnung eines der Probleme, das so lebhaft diskutiert wird, lösen werden können, wenn wir die nicht auf Gewinn angelegten Krankenhäuser, die ihre Defizite in den letzten 15 Jahren, glaube ich, verneufacht haben, im Wege eines Abgangserstattungs- oder eines Kostenerstattungssystems sanieren sollen.

Ich glaube, Sie, der Hauptverband, jedenfalls Direktor Brooks, und auch wir sind der Meinung, es kann sich nur um ein Kostenerstattungsverfahren handeln, denn jedes andere Verfahren – und das haben wir in der Vergangenheit erlebt – animiert ja die Spitalerhalter – ich will nicht sagen bewußt – mangels Selbstkontrolle, mangels Kostenbewußtsein all jener, die am Kostenprozeß eines Krankenhauses beteiligt sind, diese Kosten eben nicht mit der nötigen Sorgfalt niedrigzuhalten.

Dabei handelt es sich nie um ein Niedrighalten von Kosten zu Lasten des Kranken; darüber sind wir uns, glaube ich, einig.

Aber wenn wir ein solches System praktizieren wollen, dann muß uns die zuständige Ministerin oder der zuständige Sozialminister eben jenen Normkostenspiegel liefern. Die Berechtigung dieses Spiegels, den wir Ihnen abnötigen müßten – das Zugeständnis, ihn zu erstellen –, begründet auch Direktor Brooks, indem er in demselben Artikel darauf hinweist, daß nicht unbeachtliche Kostendifferenzen in den verschiedenen Krankenhäusern beim Erbringen der an sich gleichen Leistung bestünden. Also brauchen wir ihn als Voraussetzung. Daß das versäumt wurde, daß wir hier jahrelang hinten nachhinken, ist der Frau Bundesminister anzulasten, und das kostet vor allem die Spitalerhalter und letzten Endes die Steuerzahler wieder Hunderte von Millionen Schilling.

Nun, wie ist die Ausgangssituation? Welche Fakten haben wir, wenn wir uns der Kostenfrage im Krankenhaus zuwenden? Diese Fakten müssen wir im Auge behalten, damit wir bei der Remedur nicht zur falschen Therapie kommen.

Fakten sind: Österreich ist das Land mit der größten Ärztedichte in Europa. Mit 86.700 Betten im Jahre 1974 lag Österreich in bezug auf den Bettenschlüssel im Spitzenfeld. Wir haben also an sich genug Betten und trotzdem immer wieder – heute sind ja Fälle zitiert worden – akuten Bettenmangel. Dabei sind die Betten mit 84 Prozent einigermaßen nach Erfahrungssätzen international verglichen gut ausgelastet.

Dr. Scrinzi

Wir haben aber in Österreich mit einem durchschnittlichen Krankenhausaufenthalt von 21 bis 22 Tagen, glaube ich, einen ganz wesentlichen Kostenfaktor erfaßt und sollten unser Bemühen dahin konzentrieren, diese weit über internationalen Schnitten liegende Krankenhausdurchschnittsaufenthaltsdauer zu reduzieren, wiederum nicht etwa um Untersuchungsverfahren zu verschlechtern oder Behandlungsverfahren zu Lasten der Wiederherstellung abzukürzen, sondern, wie ich glaube, durch Verbesserung der Organisation im internen Spitalsbetrieb, durch bessere Koordinierung mit dem prästationären Betrieb.

Ich glaube, es ist eine ganz einfache Rechnung, was allein schon das Herabdrücken dieser Dauer um ein oder zwei Tage in Schillingen ausgedrückt ausmachen würde. Sie werden mir recht geben, hier geht es um Milliardenbeträge.

Nun auch zu einem Faktor, der eher ein bißchen verschwiegen wird, der, ich gebe zu, nicht sehr populär zu erörtern ist, und zwar der relativ hohe durchschnittliche jährliche Krankenstand, der immerhin in Österreich nach Ihrer Statistik vom Hauptverband vom 27. August 1976 18 Tage beträgt. Sie weisen aus, daß er 1974 auch 18 Tage betragen hätte. Ich will nicht sagen, daß man hier manipuliert hat, aber hier hat man doch, sagen wir, kosmetische Korrekturen durchgeführt.

Schauen Sie, rechnet man das nämlich an Hand der von Ihnen gelieferten Zahlen durch, so ergeben sich für 1974 17,89 Krankenstandstage, das haben Sie auf 18 aufgerundet. Für 1975 ergeben sich 18,48, das haben Sie um 0,48 abgerundet. Addiere ich das, dann ergibt sich immerhin, daß Sie hier eine Korrektur von mehr als einem halben Tag vorgenommen haben. Was das aber bei einer Zahl von 25,500.000 Krankenstandstagen in Schillingen gemessen bedeutet, brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

Also, wir sollten hier nicht, sagen wir der Einfachheit halber, auf- und abrunden, wie es uns gerade ins Zeug paßt, sondern wir sollten bei der Wahrheit bleiben. Auch hier haben wir eine Entwicklung – über die Ursachen ist heute nicht Zeit zu reden –, die wir verfolgen müssen, denn immerhin muß es uns doch besorgt machen, daß in Österreich von 1000 Arbeitern im Jahr 1088 krank werden. Das heißt also, es muß entweder eine so hohe Morbidität bei der Arbeiterschaft vorliegen, oder es stimmt hier etwas nicht.

Ich glaube aber nicht, Herr Sozialminister, daß es die Steuerung von Leistungen der Ärzte ist, die hier verantwortlich beziehungsweise ausschließlich oder vorwiegend verantwortlich zu machen ist, sondern daß es Systemmängel

sind, daß wir einfach das Selbstkontrollsyste m verbessern müssen, daß wir das soziale Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen mehr als bisher aktivieren müssen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir haben ein weiteres Phänomen, und das ist etwas, das uns alle natürlich sehr berührt: Der Kostenanteil, den die Krankenversicherung durch ihre Verpflegssätze im Wege von Verhandlungen mit den Spitalerhaltern aushandelt und dann bezahlt. Dieser Anteil an den tatsächlichen Kosten ist in den letzten 20 Jahren laufend heruntergegangen, und zwar von etwa durchschnittlich 80 Prozent vor 20 Jahren auf heute durchschnittlich 40 bis 50 Prozent der echten Kosten.

Trotzdem, und das ist mit Recht Ihre Sorge, ist der prozentuelle Ausgabenanteil für die Spitäler, obwohl Sie immer mehr und mehr von der Gewährung eines kostendeckenden Verpflegssatzes abgerückt sind, angestiegen. Ich sehe, daß Sie hier in einer Schere sind, die Ihnen Sorge macht; nur durch Beschuldigungen, Angriffe und Verdächtigungen werden wir hier keine Lösung finden. Wir werden das auch – da unterscheide ich mich auch von den Vorschlägen, die die ÖVP macht – nicht lösen, indem wir das berühmte Drittabschlagen fortsetzen, das heißt indem jeweils einer den anderen zum Hauptkostenträger machen will, denn wenn wir redlich sind, was tun wir denn?

Ich gebe zu, manche Länder wären heute in der Lage, aus ihren relativ guten Landesbudgets da und dort ein paar Millionen Löcher zu stopfen, aber im Grunde ist es ja alles unser Geld! Daß die Gemeinden es heute nicht mehr können, ist uns längst schon klar, denn die sind bereit, ihre Krankenhäuser liebend gerne zu verschenken; das ist auch auf dem letzten Krankenhaustag gesagt worden.

Also weg von dem Versuch, durch Drittabschlagen das Problem zu lösen, und hin zur Redlichkeit. Fort mit den ideologischen Schranken, denn das sind ausschließlich solche, die einer wirklich zielführenden Reform im Wege stehen, oder, und das ist eine gesellschaftspolitische Weichenstellung, wo Sie bei der Freiheitlichen Partei keine Unterstützung finden werden, es wird eben das Krankenhaus kostenlos und über den Steuerzahler direkt finanziert. Dann haben wir aber jeden Versuch, eine gesunde Selbstkontrolle aufzubauen, von vornherein aufgegeben!

Es ist ja auch nicht ganz so, wie übrigens Direktor Brooks in dem Artikel nachzuweisen versucht, nämlich daß sich die Einnahmen der Sozialversicherung nicht proportional mit der Lohnentwicklung bewegen. Das ist nur sehr bedingt richtig. Ein paar Vergleichszahlen von

3842

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Scrinzi

1960 bis 1975. Es hat sich das Bruttonationalprodukt um 300 Prozent erhöht, das Budget um 308, das Pro-Kopf-Einkommen um 340, die Steuereinnahmen um 384, die Krankenversicherungseinnahmen um 404 Prozent. Also proportional, an diesen Indikatoren gemessen, sind sie nicht zurückgeblieben. Ich weiß aber, daß im Vergleich dazu – es sind Zahlen, die ich aus einer Statistik, die gedruckt ist, herausgenommen habe – die Verpflegskosten in den Spitäler um 618 Prozent gestiegen sind.

Das ist also richtig, insofern sind sie zurückgeblieben.

Aber – ich sage es noch einmal – das Problem lösen wir nicht, indem wir jetzt andere Kostenträger suchen, sondern nur indem wir prüfen, woher diese weit überproportionalen Erhöhungen kommen. Daß die sozialistische Regierung mit ihrer Pandorabüchse in den letzten Jahren unter Vorgriff auf die Zukunft und unter Belastung der kommenden Generation eine gigantische Schuldenwirtschaft gesetzt hat, das steht außer Zweifel. Aber das führt in diesem Rahmen zu weit.

Herr Sozialminister und Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz! Namens der Freiheitlichen Partei kann ich Ihnen ein paar Denkanstöße geben. Sie stellen zum Teil Wiederholungen von Plänen dar, die wir schon 1972 in unserem Gesundheitsplan vorgelegt haben, die wir dann im Freiheitlichen Manifest des Jahres 1974 ausgeführt haben. Sie wurden durch die weitere Entwicklung nur in ihrer Richtigkeit bestätigt.

Ich glaube, wir sollten an die Krankenhausfinanzierung von folgenden Voraussetzungen herangehen, und wir stellen dabei außer Streit: Erstens: Der Investitionsaufwand der Krankenhäuser ist aus allgemeinen Steuermitteln zu tragen, er kann nicht den einzelnen Krankenhaushaltern und er kann auch nicht indirekt auf dem Umweg über die Verpflegskostensätze dem Kranken, also dem Benutzer, aufgelastet werden. Zweitens: Die Betriebskosten, ausgedrückt in den Verpflegskostensätzen, muß und soll der Benutzer zahlen. Das heißt, die müssen gezahlt werden über die gesetzlichen und über die privaten Krankenversicherungen und von den wenigen Selbstzahldern, die sie uns noch übrig gelassen haben, denn knapp drei Prozent der Bevölkerung sind ja nicht zwangsversichert. Sie müssen durch ein sozial gestaffeltes Kostenbeteiligungssystem auch in erträglichen Grenzen gehalten werden.

Drittens: Wir müssen Wege einer Kostensteuerung ohne großen administrativen Apparat finden. Hier ist einfach zu überlegen: Wieweit kann von einer bestimmten Krankenhausdauer

an die Haushaltsersparnis angerechnet werden? Wieweit können wir die Kostenbewußtheit der Spitalserhalter, vor allem der leitenden Ärzte, aber auch jedes einzelnen bis zur Schreibkraft, bis zur Laborantin dadurch steigern, daß wir es mit regressiven Verpflegskostensätzen zu einem negativen Geschäft werden lassen, wenn Dinge über Gebühr und unnötig, also durch Schlamperei, durch mangelnde Koordination, durch fehlerhafte Organisation, durch Friedhofsruhe am Samstag und Sonntag anfallen.

Es ist auch zu überlegen, ob man, ich sage es noch einmal, eine zumutbare und soziale Kostenbeteiligung nicht umgekehrt progressiv gestalten könnte und dadurch auch den Gesundheitswillen und das Kostenbewußtsein des betroffenen Patienten aktivieren könnte.

Vierter Punkt: Ich glaube, es besteht Übereinstimmung, wir müssen die prästationäre Diagnostik in die stationäre einbauen, um den riesigen Kostenaufwand zu verringern, der verursacht wird, bis es zur Krankenhauseinweisung kommt, und der dann quasi null und nichtig wird, weil die ganze Maschinerie, die ganze diagnostische Analysenmaschine erneut in Bewegung gesetzt wird. Hier müssen wir natürlich durch EDV-fähige Befunderstellung, Arztberichte und so weiter im Nebenbereich Voraussetzungen schaffen.

Da sind wir schon an einer der Grundfragen unglücklich gelöster Kompetenz: der prästationäre Patient fällt auf dem Umwege über die Krankenversicherung in die Kompetenz des Sozialministers, der stationäre fällt zum Teil in die Kompetenz des Gesundheitsministers, zum Teil in die Kompetenz von Ländern, Gemeinden und sonstigen Krankenhausaltern.

Wir müssen fünftens – das ist zwar immer wieder verkündet, aber weitgehend nicht durchgeführt worden – neben dem kostenaufwendigsten Intensivbett, das gigantische Kosten macht, von denen sich der Laie keine Vorstellung macht, über das Akutbett, das je nach Station immer noch sehr teuer ist, das echte Pflegebett stellen, wobei wir aus diesem System erweiterter echter Pflegebetten, glaube ich, organisch das Belegkrankenhaus wachsen lassen sollten, in dem der Kranke von seinem behandelnden Arzt fortbehandelt wird und wo in weitem Umfange der größte Kostenfaktor, nämlich die Personalbelastung, durch ein ausgebautes Selbstbedienungssystem wesentlich herabgemindert werden könnte.

Sechstens: Wir müßten die zunehmend an Bedeutung gewinnende Aufgabe der Spitalsambulanzen, die wir, wie auch Kollege Wiesinger gesagt hat, sozusagen als die dritte Relaisstation betrachten, kostenmäßig entlasten, indem wir –

Dr. Scrinzi

das ist auch im Hause hier schon von meiner Seite, auch von anderen vielleicht, gesagt worden – die ambulante Unterbringung dieser Patienten in Gasthäusern, Pensionen und so weiter ermöglichen, die uns einen Bruchteil von dem kostet, was ein Patient, der zu einer Nachbestrahlung, zu einer sogenannten Blutwäsche oder was immer es ist, ins Krankenhaus kommt, kostet.

Und daß das auch von seiten des Kranken notwendig ist, das zeigt ein sehr tragischer Fall der letzten Tage, er wird Ihnen nicht neu sein. Eine an einem bösartigen Krebs erkrankte junge Frau muß zur Nachbestrahlung nach Wien, fährt heraus. Die Bestrahlung ist notwendig, sie kann aber auf der Station bei Professor Kärcher kein Bett kriegen, sie wird heimgeschickt, oder, wird ihr gesagt, Sie können ins nächste Hotel gehen und dann, wenn die Behandlung fertig ist, die Rechnung der Kasse vorlegen, wo ja in einem gewissen Umfang die Kosten refundiert werden können.

Aber wer kann denn heute 5000 S, 6000 S, 7000 S Hotel vorauszahlen und dann Monate warten, bis ihm das refundiert wird?

In den USA funktioniert dieses Beleg-Krankenhausssystem mit der Möglichkeit dieser Sonderform der Ambulanzbehandlung in rund 280 Spitälern.

Und siebentens und letztens, und damit bin ich dann am Ende, meine Damen und Herren: Ich glaube, wir sollten die Spitäler zu autonomen Wirtschaftskörpern machen und sollten diese Wirtschaftskörper unter die Kontrolle von Aufsichtsräten stellen. Ich glaube, in diesen Aufsichtsräten haben natürlich die gesetzlichen Krankenversicherungsträger eine wesentliche Fraktion zu stellen. Es sind die Spitalerhalter drinnen, die im Spital für die Behandlung Mitverantwortlichen; es können die Patienten und die privaten Versicherungen drinnen sein.

Dann haben wir eine Kontrolle, wo also Effizienz oder Ineffizienz, Kostenbewußtsein oder nicht der Krankenhäuser wirklich einer permanenten und einer ideologiefreien Kontrolle unterliegen, die nicht Rücksicht zu nehmen braucht, ob das jeweils einer Mehrheits- oder Minderheitsfraktion irgendwo in einem Landtag oder im Parlament paßt.

Meine Damen und Herren! Wenn wir – und wir tun das aus Überzeugung – das Kapitel Gesundheit ablehnen – die Gründe habe ich kurz dargelegt –, so möchten wir auf der anderen Seite betonen: wir sind jederzeit bereit, konstruktiv zu arbeiten, wenn Sie bereit sind, aus den Ankündigungen, die gerade in der jüngsten Zeit aus Ihren Reihen kamen, wirklich Taten zu machen: nämlich zur grundlegenden Reform im

ganzen Gesundheits-, Krankenversicherungs- und Krankenhauswesen zu kommen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Bundesminister Dr. Leodolter.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid Leodolter: Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme zu einigen Fragen Stellung.

Herr Abgeordneter Dr. Wiesinger! Sie haben Zeitungen zitiert, die sich mit Gesundheitsproblemen beschäftigen. Ich glaube, das sollte nicht negativ beurteilt werden. Sie haben es so gebracht, Herr Abgeordneter, als ob das die Verschlechterung des Gesundheitszustandes der österreichischen Bevölkerung beweisen würde.

Der Grund dafür ist sicher darin zu suchen, daß das Gesundheitsbewußtsein der Bevölkerung gestiegen ist, wesentlich gestiegen ist, und das führt dazu, daß man sich an den Mandatar wendet, daß man sich an den Gesundheitsminister wendet und ihm sicher auch das mitteilt, was einem am Herzen liegt. Ich sehe darin eine positive Reaktion.

Auch früher gab es wahrscheinlich Unregelmäßigkeiten im Gesundheitssystem; vielleicht wurden sie nicht an die Behörde oder an den Mandatar gemeldet.

Was die Analysen betrifft, die heute in den Zeitungen wiedergegeben werden: Hätte man früher entsprechende Analysen über den Gesundheitszustand gemacht und sie publiziert, so hätte man auch damals erfahren, wie es um den Gesundheitszustand der Bevölkerung steht. Wir sind als Gesundheitsressort doch sehr froh, daß die Ergebnisse solcher Analysen publiziert werden, weil wir glauben, daß sich die Menschen in ihrem Verhalten an diesen Ergebnissen orientieren können und sich auch wirklich daran orientieren.

Zum Untersuchungsprogramm der Gesundheitsuntersuchungen, worüber wir halt gar nicht einer Meinung sind, möchte ich sagen, daß ich nach wie vor für ein kleines Screeningprogramm und erst in zweiter Linie für ein gezieltes intensiveres Programm bin. Da stimmen mir viele Ärzte zu, und sie sind auch für ein solches Programm, das ja im übrigen nicht ich allein gemacht, sicher aber miterarbeitet habe.

Ich darf mir da als Arzt doch eine große Erfahrung zumuten, und deshalb bin ich eben gegen ein großes Laboratoriumsprogramm, ein erweitertes Laboratoriumsprogramm, weil ich auch durch die Erfahrungen und die Ergebnisse, die auf diesem Gebiet veröffentlicht und gemacht wurden – denn es werden anderswo

3844

Nationalrat XIV. GP - 41. Sitzung - 3. Dezember 1976

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter

schon solche Programme durchgeführt – nicht überzeugt werden konnte – ich sage das ganz ehrlich – und weil ich auch möchte, und auch das sage ich auch zum wiederholten Male, daß die praktischen Ärzte diese Untersuchungen durchführen können. Ich will nicht, daß das nur mehr an die Laboratorien geht.

Heute sind die praktischen Ärzte überfordert, ich weiß es. Wir haben zuwenig praktische Ärzte und müssen uns um mehr Ärzte kümmern, die in die Praxis gehen und die dann diese Gesundheitsuntersuchungen durchführen können. Darum hat es sich auch gehandelt.

Ich glaube, wir haben auf dem Gebiet der Förderung des Praktikers viel getan, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Was das Onkologische Zentrum anlangt: Ich glaube, man dürfte es wirklich nicht als Alibihandlung bezeichnen. Das Zentrum arbeitet zwei Jahre; es hat einen sehr guten Ruf. Wie Sie selbst gesagt haben, sind dort ganz ernst zu nehmende Leute beschäftigt und tätig. Ich glaube – da stimme ich wieder ganz mit Ihnen überein –, daß aus diesem Zentrum eben ein Behandlungszentrum werden müßte, wie wir es uns alle vorstellen: ein Krebsbehandlungszentrum.

Zur Polioaktion: Wir sind äußerst froh, daß diesmal die Mitwirkung der Massenmedien diese Aktion so erfolgreich begleitet hat und daß dadurch die Teilnahme an der Impfung so stark war, sodaß den Ländern die Impfstoffe ausgängen sind. Das kann man doch auch nicht negativ beurteilen. Da muß man doch sagen, daß das äußerst erfreulich ist. Die Impfung wird um eine Woche oder zwei Wochen verlängert werden, und dann wird der Impfstoff vom Bundesministerium nachgeschafft werden, denn die Länder fordern ja bei uns die Menge des Impfstoffes an. Wir teilen ihnen die Menge ja nicht zu. Also ich glaube nicht, daß man das so beurteilen sollte.

Nun zur Frage des Rauchens. Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi! Sie haben ja von der „Tragödie“ des Rauchens gesprochen: Ich darf vielleicht doch ganz sachlich sagen: Jedes Jahr ist der Zigarettenverkauf um 4 Prozent gestiegen. 1974 ist er erstmals zurückgegangen, und zwar um 0,6 Prozent, im Jahre 1975 um 3,5 Prozent. Wir sind also in diesen zwei Jahren um 4 Prozent heruntergekommen.

Sicherlich haben hier die Aufklärungskampagne des Ministeriums und alle Aktivitäten, die auf diesem Gebiet getätigten wurden, eine Rolle gespielt. Ich weiß das schon.

1976 steigt leider der Zigarettenkonsum wieder, er wird allerdings nicht so hinaufgehen,

und er fängt ja jetzt auch schon wesentlich tiefer an, denn wir müßten ja heute schon wesentlich höher in der Steigerungsrate sein als früher. Er wird vielleicht um 2 bis 3 Prozent hinaufgehen, was mir auch nicht gefällt. Ich gebe das als Gesundheitsminister gerne zu.

Zur Ärzteausbildung möchte ich sagen, daß wir die 300 Stellen zur Verfügung gestellt haben, weil wir wußten, daß Promovanten warten. Wir kannten aber nicht die genaue Zahl und können heute sagen, es dürften doch nicht so viele Promovanten, die gewartet haben, gewesen sein, weil nicht so ein Andrang auf die Ausbildungsstellen besteht. Aber wir haben noch Ausbildungsstellen in Reserve, wo sich der Bund mit der Hälfte der Ausbildungskosten beteiligt. Ich glaube, daß inzwischen auch in den Spitälern wieder Ausbildungsplätze freigemacht werden, und daß hier immer wieder eine Kontaktnahme mit den Ausbildungsplätzen, mit den in Ausbildung stehenden Ärzten und mit dem Gesundheitsressort gepflogen werden muß, möchte ich auch gerne sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Vetter.

Abgeordneter Vetter (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn man den SPÖ-Rednern Glauben schenken könnte, geht es den Österreichern so gut wie noch nie und der Kampf der Bundesregierung gegen die Armut habe mit einem großartigen Sieg der sozialistischen Regierung geendet. Wenn man diesen Wortmeldungen Glauben schenken sollte, gibt es in Österreich seit Jahren nur stabile Preise und nicht eine Inflation, die eher steigt als fällt, gibt es in Österreich nur steigende Löhne und keine Einkommensverminderung durch ungerechtfertigte Steuerprogression und immer neue Belastungswellen ungeheuren Ausmaßes. (Abg. Dr. Fischer: Wann ist es den Leuten besser gegangen?)

Wenn man diesen sozialistischen Rednern, Herr Klubobmann, heute zuhörte und vor zwei Tagen, dann müßte man glauben, es hat diesen 30. November, Herr Klubobmann Dr. Fischer, diesen schwärzesten Tag, den teuersten Tag, den Österreich je erlebte, einfach nicht gegeben. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Fischer: Keine Antwort! Wann ist es den Leuten besser gegangen? Nennen Sie mir das Jahr!)

Herr Klubobmann Fischer! Ich komme dann, wenn ich ein Flugblatt behandle, das heute in den Zügen gefunden wurde, noch einmal darauf zurück, welch schlechtes Gewissen Sie haben, sonst hätten Sie nicht mit dem Flugblatt eine Aufklärungsaktion gestartet. Aber die Realität

Vetter

schaut ja ganz anders aus: steigende Preise, eine andauernde Inflation, kaum ertragbare Steuerbelastungen, und dieser Dienstag (*Abg. Dr. Fischer: Keine Antwort ist auch eine Antwort!*), dieser letzte Tag im November des Jahres 1976, der der Bevölkerung 10 Milliarden Schilling an neuer Belastung brachte, zeigt uns den sozialistischen Weg, wie man in Österreich die Armut „bekämpft“. Dieser sozialistische Weg, verehrte Damen und Herren, verschlechtert für Hunderttausende Österreicher in unserem Lande die finanzielle und damit auch die soziale Situation. Es kann daher nicht oft . . . (*Abg. Pansi: Nach Ihren Darstellungen war es in den dreißiger Jahren sogar besser als heute, weil Sie sagen: der schwärzeste Tag!*)

Herr Kollege Pansi! Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß diese Regierung und ihre Politik nicht mehr sozial genannt und bezeichnet werden dürfen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dabei erkennt man am grauen Steuerhorizont bereits die neuen Belastungswolken. Ich entnehme der „Kronen Zeitung“ vom 30. 11. 1976, daß der Herr Bundeskanzler auf einer Pressekonferenz mitteilte, daß die bislang nur diskutierte Lkw-Steuer bereits beschlossene Sache sei, daß die Mehreinnahmen aus der Zigarettenpreiserhöhung zur Deckung des Budgetdefizits verwendet werden und zur Deckung des Spitalsdefizits neue Einnahmequellen erschlossen werden müßten.

Bundesminister Androsch ist daher nicht nur der größte Schuldenmacher in Österreich, nicht nur der größte Preistreiber aller Zeiten, seine Phantasie, Steuern zu erfinden, Gebühren, Steuern zu erhöhen, kennt einfach keine Grenzen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! In den letzten beiden Tagen wurde auch das Wort „Vollbeschäftigung“ meiner Meinung nach allzuoft strapaziert. Und auch hier schaut die Realität etwas anders aus. Neben großer Unsicherheit in manchen Bereichen gibt es strukturelle oder auch regionale Arbeitslosigkeit, und ich kann dies an einem Beispiel beweisen.

Daß auch Sie, meine Herren von der sozialistischen Regierungsfraktion, diesen schwarzen oder roten Dienstag – Sie können sich das bitte aussuchen – nicht allzu leicht verkraften, zeigt ein Flugblatt, das heute in allen Frühzügen nach Wien aufgelegt ist. Ich möchte grundsätzlich einmal feststellen, daß ich die Verteilung solcher Flugblätter oder das Vorhandensein solcher Flugblätter für einen Mißbrauch einer öffentlichen Einrichtung halte. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist das erste.

Zum zweiten möchte ich feststellen, daß der

Inhalt unrichtig ist und daher ein sehr untaugliches Mittel ist, die Belastungswelle zu verniedlichen. Aber zum Begriff „Vollbeschäftigung“. Ich zitiere aus der „Arbeiter-Zeitung“ vom 2. Dezember: Staatssekretär Veselsky wies die Behauptung zurück, in den Grenzregionen seien Arbeitsplätze abgebaut worden.

Meine Damen und Herren! Ich bringe Ihnen ein Beispiel von einer Feuerzeuge produzierenden Fabrik in Heidenreichstein. Dieser Betrieb, der vor wenigen Monaten noch 1000 Mitarbeiter beschäftigte, muß einen Zweigbetrieb in Waidhofen an der Thaya mit 170 Mitarbeitern schließen, muß in Heidenreichstein, auch im oberen Waldviertel, 100 Frauen und Männer entlassen, und weitere 200 können nur im Turnus vierwochenweise zu je 100 beschäftigt werden beziehungsweise müssen Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Es ist dies derzeit das größte Problem des nördlichen Waldviertels, vor allem verstärkt auch dadurch, daß die Arbeitsmarktlage im nördlichen Waldviertel in bezug auf Ersatzarbeitsplätze leider nicht ermutigend ist und daher für fast 300 Frauen und Männer oder für fast 250 Familien ein trauriges Weihnachtsfest vor der Tür steht.

Ich fand am 13. November in der „Sozialistischen Korrespondenz“ eine Bemerkung über eine Diskussion mit dem Herrn Bundeskanzler. Ich zitiere wortwörtlich.

„Den Vorschlag, einer in Schwierigkeiten geratenen Feuerzeugfabrik in Heidenreichstein so zu helfen, daß jeder ein Feuerzeug kaufen soll, auch wenn er gar keines braucht . . ., griff Kreisky („Eine gute Idee“) auf; er werde dem Unternehmen eine Werbekampagne vorschlagen . . .“

Ich möchte mich konkret zu diesem Vorschlag gar nicht sehr ausschweifend äußern. Meiner Meinung nach übersteigt er noch in seiner „Sachlichkeit“ jenen Vorschlag vor einigen Jahren während der Energiekrise, als der Herr Bundeskanzler die Männer aufforderte, sich naß zu rasieren, statt Trockenrasierer zu verwenden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich vertrete die Meinung, daß im Interesse dieser 300 Frauen und Männer, im Interesse von 250 Familien, die im kommenden Jahre keinen sicheren Arbeitsplatz mehr haben, vom Herrn Bundeskanzler ein sachlicherer und konkreterer Vorschlag und mehr Verantwortung erwartet werden könnten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Ich darf an Sie die Frage richten, ob auch Sie diesen Vorschlag zur Besserung der Situation für gut halten und welche Vorstellung Sie als Sozialminister,

3846

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Vetter

zuständig für die Arbeitsmarktpolitik, haben, um dieses Problem in Kürze oder zumindest in längerer Zeit einer Lösung zuführen zu können.

Ich möchte aber noch diesen Vorschlag, mit dem sich der Herr Bundeskanzler identifiziert, aufgreifen. Ich weiß, daß der Herr Bundeskanzler immer sehr rasch und sehr viel spricht und immer eine Menge Gags hat, daß er aber zum konkreten Handeln manchmal nicht kommt. Und ich bin davon überzeugt, er hat sicherlich sich selbst und seinen Ministerkollegen noch keine Feuerzeuge gekauft. Ich habe mir daher die gängigsten Modelle dieser Fabrik heute in der Trafik besorgt. Herr Sozialminister! Ich möchte mir erlauben, Ihnen dann diese Feuerzeuge zu übergeben, damit wenigstens einige Mitglieder der Bundesregierung dem Vorschlag entsprechend handeln, und ich darf Sie höflichst bitten, auch dem Herrn Bundeskanzler eines davon zu überreichen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Nun zum Kapitel Gesundheit: Der Anteil – das wurde heute bereits erwähnt – am Gesamtbudget im Verhältnis zu den Vorjahren hat sich verringert, Frau Bundesminister. Das ist eine Tatsache, die beweist, wie unrichtig es ist, wenn die Bundesregierung davon spricht, die Gesundheit, gesundheitspolitische Probleme, die Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung stehen im Mittelpunkt.

Mit dem heute zur Debatte stehenden Budget 1977 können keine Schwerpunkte gesetzt werden und können auch die anhängigen großen Probleme nicht gelöst werden. Sie haben es bisher nicht geschafft, Frau Bundesminister, auch das Budget 1977 berechtigt zu keinerlei Hoffnung, einer Lösung näherzukommen.

Ich möchte vor allem die Situation der Krankenanstalten erwähnen. Ich glaube, ich brauche sie nicht zu wiederholen. Sie ist allgemein und hinlänglich bekannt. Aber außer Erklärungen seitens der Bundesregierung und der Frau Bundesminister kann man keine Erfolge verzeichnen.

Ich verweise auf die Regierungserklärung 1970, auf die Regierungserklärung 1971. In beiden wurden eine Reorganisation des Krankenanstaltenwesens und ein Finanzierungskonzept versprochen. Aber in der zweiten Krankenanstaltengesetznovelle, der einzige Erfolg nach außen hin, konnten auch diese Probleme nicht gelöst werden. Denn, Frau Bundesminister, in einer Einschaltung vom 5. April 1974, als damals die zweite KAG-Novelle propagiert wurde, heißt es: „Stärkere Finanzierung durch den Bund: mehr Geld für den Betrieb und mehr Geld für den Bau von Spitätern.“

Hohes Haus! Ich stelle die Frage: Gilt das auch für das Jahr 1977? – Nach dem vorliegen-

den Budget meiner Meinung nach nicht. Und in beiden konkreten Fällen, in der Finanzierungslösung und in der Erstellung der bundeseinheitlichen Normkosten durch Verordnung, Frau Bundesminister, konnten Sie dem Willen des Gesetzgebers nicht Folge leisten, wie es in der zweiten Novelle zum KAG zum Ausdruck gekommen ist.

Das Versäumnis liegt also bei Ihnen. Ja es ist noch schlechter. Sie haben geduldet, daß die erhöhten Zweckzuschüsse der Jahre 1974 und 1975 wieder abgebaut werden konnten, ungetacht der ungeheuren Kostenexplosion auf dem Spitalsektor.

Nur ein paar Zahlen aus meinem engeren Bundesland Niederösterreich: So steigt zum Beispiel der Zuschuß des Landes Niederösterreich zum Spitälerabgang für das Jahr 1977 gegenüber 1976 um 36,6 Prozent. Frau Bundesminister, Sie machen immer viel Propaganda mit den 250 Millionen Schilling, die für Investitionen im Budget seit einigen Jahren vorhanden sind. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen: Das ist keine rein freiwillige Leistung des Bundes, sondern beruht auf einer Nebenvereinbarung zum Finanzausgleich 1973, das konnte damals in den Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Finanzminister eben erreicht werden.

Was sind 250 Millionen Schilling für das gesamte Bundesbudget? Die dreimalige Zigarettenpreiserhöhung hat mindestens den fünf- bis sechsfachen Erfolg gebracht, Frau Bundesminister. Und diese Milliarde Schilling ist einfach verschwunden, wird zum Stopfen der Budgetlöcher verwendet.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Noch einmal zurück zu diesem Beschuß des Niederösterreichischen Landtages beziehungsweise der Mehrheit im Niederösterreichischen Landtag. Kollege Pichler sprach vorhin von Erpressung, von Mißbrauch der Landesgesetzgebung. (*Abg. Samwald: Wo sind denn die Ziffern?*)

Kollege Samwald, Sie können dann rauskommen und nach mir sprechen. (*Abg. Sekanina: Kollege Vetter, üben Sie nicht die Funktion des Präsidenten aus!*)

Meine Damen und Herren! Ich komme nochmals zurück auf die Ausführungen von Kollegen Pichler, einem meiner Vorredner. Er sprach von Erpressung und Mißbrauch der Landesgesetzgebung. Ich möchte den Kollegen Pichler fragen, ob die Vorgangsweise der Mehrheit im Niederösterreichischen Landtag gesetzlich war oder nicht (*Beifall bei der ÖVP*), ob dies auf dem Boden des Gesetzes steht. Es ist eine ungeheure Beschuldigung, einem Landtag vorzuwerfen, er würde sich der Erpressung und

Vetter

des Mißbrauches bedienen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf dem Herrn Kollegen Pichler, der Obmann der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse ist, noch etwas in Erinnerung rufen, was er anscheinend vergessen hat. Ich frage ihn, ob es stimmt, ob im Jahre 1968 ein sozialistischer Landesrat in Salzburg den Antrag gestellt hat, für die Versicherten 100 Prozent abzudecken und für Mitversicherte 80 Prozent, und ob der Nachfolger dieses sozialistischen Landesrates, gleichfalls ein Sozialist, im Jahre 1971 den Antrag gestellt hat, die Abdeckung auch für Mitversicherte von 80 Prozent auf 90 Prozent anzuheben. Ich möchte ihn fragen, was er zur Stellungnahme in Kärnten sagt.

Und wo bleiben jetzt die Proteste der Arbeiterkammer, wo bleiben die Proteste des Gewerkschaftsbundes gegen die Maßnahmen der Länder Salzburg und Kärnten? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich kann ihm nur eines sagen: Die niederösterreichischen ÖVP-Abgeordneten haben vom Antrag der Salzburger Sozialisten eben abgeschrieben. Das gebe ich ohne weiteres zu.

Und wenn er von den Nöten, von den finanziellen Schwierigkeiten der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse gesprochen hat, dann möchte ich ihm auch eines in Erinnerung rufen – ich entnehme das einem Rechnungshofbericht –: Es dürfte die Gebarung der Gebietskrankenkasse in St. Pölten nicht gerade sehr sparsam geführt werden. Wie auch der Rechnungshofbericht kritisiert, hat der Herr Obmann einen Verkauf eines Grundstückes an die Naturfreunde zu verantworten, das wenige Tage später mit rund 2 Millionen Schilling Gewinn weiterverkauft worden ist. (*Abg. Kern: Interessant ist das!*)

Meine Damen und Herren! Auch das gehört, wenn man schon über die finanziellen Sorgen der Gebietskrankenkasse spricht, in diesem Zusammenhang erwähnt.

Aber ich möchte damit das Kapitel abschließen. (*Abg. Samwald: Das ist diffamierend!*) Herr Kollege Samwald, das ist nicht diffamierend, lesen Sie den Rechnungshofbericht. (*Abg. Kern: Stimmt es oder stimmt es nicht, Herr Samwald?*)

Ich möchte abschließend zu diesem Thema feststellen: Wenn man die Verhaltensweise der Salzburger Sozialisten einfach ignoriert, die Verhaltensweise der Kärntner Sozialisten unter den Tisch fallen läßt und sich nur über die Beschlüsse in Niederösterreich aufregt, dann muß ich feststellen, daß die Sozialisten oftmals ein scheinbar unterentwickeltes Gefühl für

Objektivität und Gerechtigkeit aufzuweisen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Es wurde heute schon die Punktzahl beziehungsweise der Beschuß der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten vom Freitag, dem 26. November 1976, vortragender Sekretär Kourinsky, von meinem Kollegen Dr. Kohlmaier behandelt. Das ist jene Aufforderung, jenes Schreiben, mit welchem die Betriebsräte aufgefordert werden, Unruhe zu stiften, mit welchem die Betriebsräte aufgefordert werden, eine künstliche Empörungswelle zu erzeugen. Und ich möchte Sie fragen, Herr Bundesminister, ist das nicht ein Mißbrauch der Einrichtung der Betriebsräte?

Die sozialistischen Gewerkschafter behaupten immer, sie vertreten die Meinung, die im Volke vorhanden ist (*Abg. Kraft: Schon lange nicht mehr!*), der Meinungsbildungsprozeß käme von unten nach oben, Herr Klubobmann Dr. Fischer.

Das ist der Beweis dafür, daß das Gegenteil der Fall ist. (*Abg. Dr. Prader: Sie haben zu protestieren!*) Die Direktiven, Anforderungen kommen von oben und müssen unten dann durchgeführt werden. Das ist Demokratie bei Ihnen, Herr Dr. Fischer. (*Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenrufe des Abg. Samwald.*) Herr Kollege Samwald! Bringen Sie Beispiele. So etwas ist ein Skandal. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. – Weitere Zwischenrufe des Abg. Samwald und Gegenrufe von Abgeordneten der ÖVP.*)

Frau Bundesminister! Sie waren säumig. Sie haben die gesetzten Fristen, die in der zweiten KAG-Novelle gesetzt worden sind, nicht eingehalten. Sie haben die Verhandlungen mit den Ländern abgebrochen beziehungsweise nicht wieder aufgenommen. Sie haben das Angebot der Österreichischen Volkspartei zur Mitarbeit bei der Lösung dieser schwierigen Frage nicht angenommen. Wir haben immer wieder betont, daß wir für Zusammenarbeit sind bei der Behandlung dieser schwierigen Frage. Letzten Endes liegt jetzt die Verantwortung beim Herrn Bundeskanzler, der aber auch seit September, seit seiner Ankündigung, mit den Ländern reden zu wollen, nichts mehr unternommen hat.

Das ist einfach zuwenig für eine Regierung, die vor Jahren behauptet hat, die bestvorbereitete Regierung zu sein! (*Abg. Samwald: Sie ist schon sieben Jahre im Amt! – Abg. Kern: Das ist ja das Traurige!*)

Frau Bundesminister! Ganz kurz ein anderes Problem. Einen breiten Raum im Budgetausschuß nahm auch die Debatte über die ärztliche Versorgung ein. Sie haben heute bereits zu diesem Problem Stellung genommen. Ich kann

3848

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Vetter

aus Erfahrung und auch auf Grund von Beispielen aus dem ländlichen Raum im oberen Waldviertel nur immer wieder sagen: Die Bevölkerung hat ein Anrecht auf Chancengleichheit, auf gleiche Behandlung in der ärztlichen Versorgung.

Die Bevölkerung interessiert auch gar nicht, was Sie unternehmen, oder ob Sie dazu Kompetenzen haben oder nicht. Wir haben ein Gesundheitsministerium, wir haben eine für die Gesundheit zuständige Ministerin (*Zwischenruf des Abg. Pansi*), haben aber, Herr Kollege Pansi, weite Bereiche im ländlichen Raum, wo zuwenig Praktiker vorhanden sind und wo damit die ärztliche Versorgung nicht gewährleistet ist. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) In meiner Heimatstadt Gmünd stehen um halb sechs Uhr, um sechs Uhr Menschen auf der Straße, bei Kälte, bei Regen. Es sind kranke Menschen, die zum Arzt müssen, nicht weil sie wollen, sondern weil sie müssen. Ihnen ist vollkommen wurscht, ob die Frau Minister die fehlenden Kompetenzen hat oder nicht hat. Sie hat vier Jahre Zeit gehabt, sich solche Kompetenzen zu besorgen. Sie haben die Mehrheit im Parlament, nicht wir! Und das ist der große Unterschied. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Pansi: Sie wissen nicht, daß es eine Veränderung nur mit Zweidrittelmehrheit gibt! – Abg. Dr. Schwimmer: Aber doch nicht das Ministeriengesetz, Herr Pansi!*)

Frau Bundesminister! Ein Problem noch zum Abschluß. In letzter Zeit wurde in den Massenmedien wiederholt das Problem der Ablagerung von Atommüll erörtert. Kollege Dr. Mussil hat vor zwei Tagen auf dieses Problem bei der Behandlung des Kapitels Bundeskanzleramt hingewiesen, weil immer wieder auch das Waldviertel in Niederösterreich als möglicher Ablagerungsplatz genannt wird.

Frau Bundesminister! Meine Damen und Herren! Seit vielen Jahren wird durch größte Anstrengungen öffentlicherseits und privaterseits versucht, in diesem unterentwickelten Gebiet, in diesen Notstandsgebieten durch die Förderung des Fremdenverkehrs dieser Bevölkerung neue Chancen zu geben. Die geplante Atommülllagerung würde der Bevölkerung dieses Gebietes, die sich ihre bescheidenen Erfolge hart erkämpft hat, den endgültigen wirtschaftlichen Ruin bringen und den Lebensraum entziehen.

Ich darf Sie fragen, Frau Bundesminister, Sie um Stellungnahme zu diesem Problem der Atommüllablagerung ersuchen.

Zum Budget 1977 zwei abschließende Sätze: Es bietet keine Möglichkeit, die großen Probleme einer Lösung näherzuführen. Dazu kommen Ihre geringe Durchschlagskraft, Frau

Bundesminister – das habe ich Ihnen auch schon einige Male vorgehalten –, und die schlechte Behandlung durch Ihre Regierungskollegen.

Frau Bundesminister! Sie haben am 4. November eine große Chance versäumt, nutzlos vorübergehen lassen, nämlich die Konsequenzen aus dem ÖVP-Mißtrauensantrag zu ziehen. Sie haben auch die Chance, im Budget 1977 Schwerpunkte zu setzen, nicht genutzt. Daher ist die Ablehnung dieses Budgets durch die Österreichische Volkspartei eine logische Konsequenz. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Vetter überreicht Bundesminister Dr. Weißenberg Feuerzeuge.*)

Präsident Probst: Wenn das Feuerzeuge sind: Wir haben eine Feuerwehr im Hause.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sekanina. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Sekanina (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf vorerst einmal auf die Bemerkungen des Kollegen Vetter eingehen im Hinblick auf die Firma Eisert.

Wenn man das hier vom Rednerpult aus bitte so feststellt und aus dem Zusammenhang gerissen interpretiert und darlegt, dann muß natürlich der Uninformierte, der mit den Problemen nicht Beschäftigte, der die Einzelheiten nicht Kennende den Eindruck gewinnen, daß es hier tatsächlich seitens dieser Bundesregierung zu Versäumnissen gekommen ist, zu Versäumnissen, die letztlich dann dazu führen, daß die Beschäftigten der genannten Betriebe – ich brauche das ja nicht mehr wiederholen – nun ihren Arbeitsplatz verlieren und daß vor allem die Gefahr besteht, daß sie diese Arbeitsplätze in längerer oder kürzerer Zeit nicht mehr bekommen.

Ich darf daher bitte darauf eingehen, daß die Vorgangsweise in diesem Unternehmen folgendermaßen praktiziert wurde – ohne Namen zu nennen; aber das können Sie, Herr Kollege, ja leicht kontrollieren –: Es hat der zuständige Direktor in einer Betriebsversammlung mitgeteilt, daß der Betrieb in diesen genannten Bereichen geschlossen werden muß. Gleichzeitig darf ich bitte daran erinnern, daß dieses im französischen Besitz sich befindliche Unternehmen diese wirtschaftliche Entscheidung getroffen hat. Man kann ja bitte nicht hierhergehen und beim Rednerpult so tun, als wären die 200 oder 300 Arbeitsplätze deswegen weg, weil der Kreisky den ganzen Tag nichts tut, weil der Bundeskanzler nicht bereit ist, aktiv zu sein. (*Zwischenruf des Abg. Vetter.*) Man muß ja bitte, Herr Kollege Vetter, den Werdegang hier erzählen. Ich mache das stellvertretend für Sie,

Sekanina

weil Sie das nicht getan haben. Sie haben nur gesagt: Die Regierung ist schuld, die Regierung macht nichts, die Arbeitsplätze sind dahin, und das ist ganz einfach eine Situation. (*Widerspruch des Abg. Vetter.*) Wenn Sie es auch nicht ganz so gesagt haben, Kollege Vetter, so wollten Sie das so in einer gewissen Form ausdrücken.

Meine Damen und Herren! Zur Aufklärung, damit auch die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei mit den tatsächlichen Realitäten und Verhältnissen konfrontiert sind und nicht morgen vielleicht in ihrer Zeitung lesen, die Sozialisten sind schuld, daß bei der Firma Eisert die Arbeitsplätze verlorengegangen sind. (*Abg. Brandstätter: Die Politik der Regierung ist schuld!*)

Verehrter Herr Kollege Vetter! Ein Auftrag von 3,5 Millionen Stück Feuerzeugen – wahrscheinlich eine Position in der Größenordnung für dieses Unternehmen, die, wenn sie nicht verkauft wird, eine sehr schwerwiegende Situation heraufbeschwört –, von amerikanischen Auftraggebern zuerst einmal ausgesprochen, wurde dann nicht realisiert und nicht praktiziert. Interessanterweise (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer*) – ich habe das nicht kontrolliert; ich sage nur: interessanterweise – hat sich die Umschulungsfrage deswegen erschwert, weil die Besitzer dieses Unternehmens in diesem Zusammenhang derzeit noch oder zu diesem Zeitpunkt eine ablehnende Haltung an den Tag gelegt haben. Aber die zuständige Arbeiterkammer, die zuständige Gewerkschaftsorganisation, der ÖGB – und bitte auch in einem Gespräch mit dem Herrn Bundesminister Dr. Weißenberg –, haben die Frage der Unterstützung und der Umschulung ventiliert. Ich darf bitte als Vertreter der zuständigen Fachgewerkschaft im Arbeiterbereich sagen: Selbstverständlich werden auch wir uns mit dieser Frage im Detail beschäftigen.

Warum habe ich das gesagt, meine Damen und Herren? Deswegen, weil ich glaube, daß die Öffentlichkeit ein Recht hat, wohl zu wissen, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung, wenn konkrete Beispiele aufgezeigt werden, ergeben hat. Ich bin der Meinung, daß es dienlich ist einer korrekten Information, daß man die Detailfragen und die gesamten Zusammenhänge aufzeigt. Aber das bitte . . . (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Sie können Zwischenrufe machen und schreien, aber den Sekanina werden Sie vom Reden nicht abhalten können, das gelingt Ihnen nicht, wirklich nicht. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das wollen wir ja auch nicht!*)

Bevor ich auf die zweite mir wesentlich

erscheinende Argumentation eingehe – auf Ihre und die zweite des Herrn Dr. Kohlmaier –, darf ich auf die Bemerkungen des Herrn Dr. Wiesinger eingehen.

Ich muß Ihnen sagen, Herr Dr. Wiesinger, und ich sage das das erstmal, obwohl ich schon einige Zeit die Auszeichnung genieße, in diesem Hohen Haus zu sein: Was Sie heute getan haben, Herr Dr. Wiesinger, das war Dokumentation einer von Ihnen praktizierten Doppelzüngigkeit: nämlich in den Gesprächen, die da und dort notwendig sind, den hart kritisierenden, aber doch zu einer Regelung bereiten Arzt zu dokumentieren, und hier an das Rednerpult des Hauses zu gehen und in der Argumentation auf Sachlichkeit, Seriosität völlig zu vergessen. Das ist nach meinem Dafürhalten ein völlig unangebrachter Stil in diesem Hause! (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich darf Ihnen das, Herr Dr. Wiesinger, auch aus einem anderen Grunde sagen. (*Zwischenruf des Abg. Kraft.*) – Das bleibt Ihnen völlig unbenommen. –

Herr Dr. Wiesinger! Sie haben es für notwendig befunden zu sagen: Der Sekanina hat sich früher viel mehr Zeit genommen für die Gesundheitspolitik. (*Abg. Dr. Wiesinger: ... mehr engagiert!*) Er hat sich mehr engagiert, um Ihre Worte zu verwenden. Der Sekanina hat jetzt überhaupt keine Zeit mehr. Das wirkt ja so gut in der Öffentlichkeit, im Fernsehen, via Fernsehschirm. (*Abg. Dr. Wiesinger: Das habe ich nicht gesagt!*) Lassen Sie mich bitte den Satz beenden: Er kommt ja kaum mehr zur Budgetdebatte, und bei den Sitzungen des Gesundheitsausschusses ist er überhaupt nicht mehr da.

Ich darf also festhalten: Sie wissen so gut wie ich, daß wir seit dem vorigen Jahr drei Sitzungen des Gesundheitsausschusses hatten. In einer der Sitzungen war ich nicht anwesend. Ich habe mich, bitte, bei dieser Sitzung entschuldigt, weil ich im Auftrage meiner Gewerkschaftsorganisation zu diesem Zeitpunkt im Ausland gewesen bin. Bei der Budgetausschusssitzung war ich am Beginn anwesend und mußte dann im Zusammenhang mit Verhandlungen, die ich im Bereich der Wiener Gebietskrankenkasse zu führen hatte, von dieser Sitzung weggehen. Es wäre fair von Ihnen gewesen, Herr Dr. Wiesinger, zu sagen: Bei dieser und jener Sitzung war der Sekanina nicht anwesend, aber es kann ja möglich sein, daß er vielleicht diese oder jene Verpflichtung hatte.

Mich stört diese Ihre Argumentation nicht. Nur der Stil, den Sie hier produzieren, ist nach meinem Dafürhalten auf einem Niveau angelangt, das ich nach jahrelanger Tätigkeit in diesem Hause nicht für sinnvoll und zweckmäßig erachte. (*Beifall bei der SPÖ.*)

3850

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Sekanina

Noch etwas, Herr Dr. Wiesinger, muß ich Ihnen sagen. (Abg. Kraft: *Das kommt von der Ämterkumulierung!* – Abg. Libal: *Die Ämterkumulierung hat der Wiesinger!*)

Sie haben sinngemäß erklärt, Herr Dr. Wiesinger, daß die Sozialisten, die Sozialistische Partei, die sozialistischen Funktionäre – das meinten Sie ja, und da können Sie sich jetzt nicht ausreden, da können Sie nicht sagen: So habe ich es nicht formuliert, hier haben wir den Sinn Ihrer Aussprüche festgestellt, den Inhalt, Ihre innere Bewegung, Ihre innere Einstellung dazu – nur dort für Demokratie sind, wo sie noch nicht an der Macht sind.

Herr Dr. Wiesinger, das ist eine Beleidigung für Zehntausende sozialistischer Wählerinnen und Wähler und deren Funktionäre. Ich glaube, das mit Recht sagen zu dürfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Dr. Wiesinger! Ich halte Sie nicht dafür prädestiniert, uns einen Vortrag über Demokratie zu halten.

Sie sollten – erlauben Sie mir einen einzigen Satz, völlig emotionslos, das gilt vor allem für Sie, Herr Dr. Wiesinger, wenn Sie solche Aussprüche gebrauchen – in erster Linie – das sage ich Ihnen still und leise – einmal vor Ihrer eigenen Türe kehren, da haben Sie Beschäftigung genug, bevor Sie uns Demokratie lehren. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben eine freiwillige Redezeitbeschränkung auf uns genommen, ich möchte mich also bemühen, das im wesentlichen einzuhalten.

Aber nun zu den Bemerkungen des Herrn Dr. Kohlmaier, die er heute im Zusammenhang mit der Behandlung der genannten Kapitel hier dem Hohen Haus übermittelt hat.

Zusammenfassend interpretiert hat Herr Dr. Kohlmaier gemeint, daß die sozialistischen Gewerkschaftsfunktionäre in all den Bereichen, wo sie tätig sind, ihrer Aufgabe nicht gerecht werden. Herr Dr. Kohlmaier sagte: Die sozialistischen Gewerkschaftsfunktionäre, die hier sitzen, haben nichts anderes im Kopf und im Sinn, als dieser sozialistischen Regierung die Mauer zu machen. Es wäre ja unsere Aufgabe, so sagten Sie, Herr Dr. Kohlmaier, mehr Bewegung in die Betriebe zu bringen, mehr Aggressivität zu zeigen, entscheidenderes Auftreten für die Arbeitnehmerinteressen an den Tag zu legen und kein so freundliches Klima mit dieser Regierung, wie Sie das feststellen und ähnliche Dinge mehr. Schlußendlich meinten Sie: Diese sozialistischen Gewerkschafter sind im übertragenen Sinn nichts anderes als Handlanger dieser Regierung.

Herr Dr. Kohlmaier, meine erste Frage: Sollen

wir gegen diese Regierung antreten? Sollen wir uns gegen diese Regierung wehren, im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation in Österreich, die doch bitte nicht separiert gesehen werden darf – Herr Dr. Kohlmaier, das wissen Sie genauso gut wie ich –, eingeordnet ist in weltweite Ereignisse? Wir haben, Herr Dr. Prader, von dieser Regierung nichts erbettet, wir haben verlangt als Gewerkschafter. Wir haben gesagt, als 1974 und 1975 weltweit die schwerste und die größte Rezession eingetreten ist: Sorge dafür, Bundesregierung, daß es in Österreich bitte nicht zu jenen Einbrüchen im Bereich des Arbeitsmarktes kommt wie weltweit woanders.

Ich darf daran erinnern, daß es im Jahresdurchschnitt 1975 in Österreich eine Arbeitslosenrate von 2 Prozent gibt, die weltweit in viel höheren Prozentsätzen vorhanden ist, daß es im Jahre 1976 dank dieser Aktivitäten, die wir begehr und verlangt haben, gelungen ist, in Österreich eine Arbeitslosenrate von 1,1 Prozent zu erreichen, mit 2,740.000 Beschäftigten die höchste Beschäftigungsziffer seit Jahrzehnten. Gegen diese Regierung sollen wir uns wehren? – Nein! Wir stellen fest: Diese Regierung hat unserem Verlangen Rechnung getragen und Tausende Arbeitsplätze gesichert. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Kohlmaier: Jetzt haben Sie die Richtigkeit meiner Worte bestätigt, Herr Sekanina!)

Nächste Frage, Herr Dr. Kohlmaier. Bevor Sie, Herr Dr. Prader, mit zuviel Temperament auf meine Ausführungen antworten, darf ich zwei zeitliche Perioden vergleichen.

Herr Dr. Kohlmaier! Wenn man sich hier herstellt und so tut, als hätten die sozialistischen Gewerkschaftsfunktionäre überhaupt nichts anderes mehr im Kopf, als den Arbeitern und Angestellten, Beamten, den Arbeitnehmern, etwas Schlechtes zu tun, und das so darstellt, als wäre es in den Jahren der sozialistischen Regierung zu überhaupt nichts Besserem mehr gekommen, sage ich Ihnen, wie das ist.

Von 1965 bis 1970 oder von 1966 bis 1970 haben Sie alleine regiert. Wie leicht wäre es für uns jetzt, hätten Sie schon vorher die Probleme gelöst, deren Lösung Sie heute von uns verlangen. (Abg. Dr. Kohlmaier: Was war denn nicht gelöst? – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Zum zweiten: Vergleichen Sie, Kollege Kraft, was Sie auf dem Sektor der Arbeitsmarktpolitik zustande gebracht haben. Die Lautstärke nützt Ihnen bei mir nichts. Wir vergleichen, bitte, Herr Kollege, mit Ziffern.

Im Jahre 1965 betrug die durchschnittliche Beschäftigungsziffer in Österreich – schreiben Sie das bitte auf, Kollege Kraft – 2,381.000

Sekanina

Beschäftigte. Nach vier Jahren ÖVP-Regierung gab es 2,389.000 Beschäftigte, das sind um rund 7728 Arbeitsplätze mehr. Das war Ihre Leistung. Unbestritten. (Abg. Dr. Kohlmaier: *Das ist doch die Landflucht! Herr Sekanina, Ihnen fehlt doch das Wissen!*)

1970 haben wir begonnen, da gab es 2,389.000 Beschäftigte, 1976 2,736.000, wir haben durch unsere Politik rund 300.000 Arbeitsplätze mehr geschaffen. Das bitte notieren Sie und stellen Sie für Ihren Bereich fest. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Kohlmaier: *Und die abgewanderten Selbständigen?*)

Jetzt sollen wir diese Regierung angreifen, die diese Politik betrieben hat? Ich weiß, Herr Dr. Kohlmaier, was Sie mitunter in Ihrer Argumentation, aber auch Ihre Fraktionskollegen so in Rage bringt, ich weiß, was Sie so aufregt: Ihr Konzept, Ihr oppositioneller Stil lautet: möglichst viel Unsicherheit in die Bevölkerung hineinragen, möglichst die erbrachten Leistungen reduzieren. Sie verkraften das nicht. Seit 1970 tragen Sie keine Regierungsverantwortung mehr. 1971 wurden Sie wieder nicht gewählt, 1975 wurden Sie wieder nicht gewählt. (Abg. Libal: *1979 werden Sie wieder nicht gewählt werden!*)

Ich kann mir vorstellen, daß das an Ihren Nerven zehrt, ich kann mir vorstellen, daß das Substanz kostet. Aber wir, meine Damen und Herren, verweisen darauf, daß wir eine Sozialpolitik, eine Gesundheitspolitik, aber auch eine Wirtschaftspolitik betrieben haben im Interesse dieser österreichischen Bevölkerung. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend noch zwei grundsätzliche Bemerkungen: Jeder ÖVP-Redner, der heute hier bereits an diesem Rednerpult gesprochen hat, hat gesagt – das war die Quintessenz der „großen“ Formulierungen –: Schuld, daß die Spitäler finanziell nicht mehr zu Rande kommen, ist niemand anderer als dieser Hannes Androsch, weil dieser Finanzminister Dr. Androsch die Zuschüsse von 28 Prozent auf 18,75 Prozent maximal reduziert hat.

Ja bitte, so einfach nicht, meine Herren, nicht so einfach, Österreichische Volkspartei! Tun Sie nicht so, als ob es erst seit gestern in Österreich Spitäler gäbe, die gibt es schon länger. Bitte erinnern Sie sich: Die Grundsatzgesetzgebung hat der Bund, die Durchführungsgesetzgebung liegt bei den Ländern. Fragen Sie einmal in Ihrem Bereich und in Ihren Landesverwaltungen, wie sich dort die Situation entwickelt hat.

Darf ich Ihnen nur zur Orientierung und als Antwort auf Ihre Argumentation, diese rund 10 Prozent vom Finanzminister seien schuld, folgende Zahlen nennen: 323 Krankenhäuser,

15 Milliarden S kostete der Betrieb, in diesen 323 Krankenhäusern waren 63.500 Personen beschäftigt, auf 1000 Betten in österreichischen Spitäler kommen 734 Beschäftigte, von diesen 734 Beschäftigten in diesen Krankenhäusern auf 1000 Betten entfallen 41,1 Prozent für Verwaltungs- und Wirtschaftspersonal; in diesen 323 Krankenhäusern liegen die durchschnittlichen Personalkosten zwischen 70 und 75 Prozent, in manchen Landeskrankenhäusern bei 83 Prozent.

Glauben Sie nicht, daß wir uns alle mitsammen den Kopf darüber zerbrechen müssen, wie wir die wichtigste, die größte Post in diesen Spitäler in den Griff bekommen? Nicht die 15 Milliarden werden wir senken, und nicht der Zuschuß des Finanzministers alleine wird das Problem lösen, sondern wir müssen die Zuwachsraten bei den Kosten in den Griff bekommen, von 74 auf 75 stieg nämlich diese Kostenposition (Ruf bei der ÖVP: *Unter Ihrer Regierung!*), das haben Sie ja nie gesagt, um 21,7 Prozent.

Unsere Vorstellung daher: Keine so politisch orientierten Aktivitäten wie in einzelnen Bundesländern – es erübrigt sich jeder Zwischenruf.

Ich habe das sehr vorsichtig formuliert, damit Sie nicht zu sehr noch zu anderen Zwischenrufen kommen. Aber ich möchte Ihnen sagen: Diese Bundesregierung, das zuständige Ressort, die Krankenversicherungsträger, aber auch die von Ihnen politisch dominierten Länder müssen endlich bereit sein, mitzuwirken an der Lösung der Frage, nicht hochtrabende Erklärungen abgeben, Loyalität demonstrieren und bei den Gesetzesbeschlüssen völlig anders und völlig falsch handeln. Das ist meine Auffassung, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Kapitel Soziales im allgemeinen darf ich noch sagen: Herr Dr. Kohlmaier hat gemeint, wir sollten viel mehr gegen diese Regierung auftreten. Die Regierung ist bitte für uns natürlich in einer gewissen Form ein Verhandlungspartner, Gesprächspartner. Und wir sind auch gar nicht der Auffassung, daß wir hier in diesen Fällen bei diesen Gesprächen zurückhaltend gewesen sind. Aber wir haben Arbeitszeitverkürzung verlangt, und das ist auch geschehen während dieser Regierungszeit. Wir haben zum Beispiel die Überstundenvergütung neu geregelt.

Darf ich an das große Gesetzeswerk Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall erinnern.

Darf ich an die Gesetzgebung erinnern im Zusammenhang mit der Abfertigung, Teilzeitbeschäftigung, Kurs- und Ausgleichsrecht.

Darf ich an das neue Urlaubsrecht erinnern, das 1977 am 1. Jänner in Kraft tritt. Pflegefrei-

3852

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Sekanina

stellung, Heimarbeitsgesetzgebung, Arbeitslosenversicherung, an die Arbeitsmarktpolitik und deren positive Auswirkungen, 1 Milliarde 8 Millionen S werden wir vorbereitet haben für 1977, wenn es in diesem Bereich Notwendigkeiten gibt.

Darf ich aber auch die Familienleistung, Karenzurlaubsgeld, Familienbeihilfen, an die Mutterschutznovelle erinnern? Darf ich bitte an die Sozialversicherungsbereiche und die Fürsorgeeinrichtungen erinnern? An die Veränderungen der Pensionen und ähnliche Dinge mehr, Herr Dr. Kohlmaier. Und die Regierung sollten wir „aggressiver“ behandeln! Wir haben aber noch einen zweiten Partner, darf ich abschließend sagen. (Abg. Dr. Prader: *Einen gleichen Maßstab sollen Sie anlegen!*)

Herr Dr. Prader! Wir haben noch einen zweiten Partner. Bei dem haben wir uns bemüht, in den letzten Jahren unsererseits ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein an den Tag zu legen. Ich sage Ihnen das jetzt als Vorsitzender der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter im ÖGB. Ein hohes Maß an Verantwortung! Wir haben größtmögliche Verständnis für die Belange und Bedürfnisse der Wirtschaft gehabt. Die nächste Runde steht vor uns. Ich verspreche Herrn Kohlmaier, dort werden wir jene Aggressivität an den Tag legen, die er sich so sehr wünscht, denn dort haben wir bei weitem noch nicht das alles bekommen, was wir uns vorstellen. Ob dann diese Politik eine sinnvolle ist, wird sich erst in späteren Zeiträumen herausstellen. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Abschließend zum Bereich Soziales und Gesundheit darf ich sagen: Wir von der sozialistischen Fraktion ... (Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.) Trotz Ihrer Zwischenrufe und Ihrer Einstellung sind wir der Meinung, daß diese Politik richtig ist, wir werden sie weiterhin unterstützen, wir werden aber auch an diese Regierung unsere Forderungen im Interesse der Arbeitnehmer stellen. Wir sind davon überzeugt, daß diese Regierung unsere Vorstellungen viel besser erfüllt, als es jemals eine ÖVP-Regierung getan hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Als nächster zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich in der gebotenen Kürze mit den Fragen der Umweltschutzpolitik befassen.

Umweltschutz ist heute ein Schlagwort geworden und in aller Munde. Das hat eigentlich etwas Gutes und etwas Schlechtes. Gut daran ist, daß durch dieses Schlagwort vom Umweltschutz das Bewußtsein der Öffentlich-

keit auf ein entscheidendes Problem gelenkt wird. Schlecht scheint mir – diese Gefahr sehe ich immer drohender kommen –, daß das Schlagwort vom Umweltschutz die sachgerechte Behandlung dieses großen Problemkreises zu erschlagen droht. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Im übrigen ist Umweltschutz eine zu ungeheure Umschreibung des großen Aufgabenbereiches, der damit verbunden ist. Man spricht ja heute bereits von der Umweltpolitik, und es ist die Frage an den Anfang der Überlegungen zu stellen, warum diese Umweltpolitik heute so gewaltig in den Vordergrund getreten ist.

Wir sehen uns mit der Tatsache konfrontiert, daß wir Menschen einfach alles, was uns umgibt, gewissermaßen in Betrieb genommen haben. Zuerst haben wir nur die Wälder gerodet, das Land bestellt, dann haben wir das Land als Ganzes in Betrieb genommen, schließlich die Lufthülle, heute den erdnahen Weltraum. Wir haben alle Wässer in Betrieb genommen, reguliert, aufgestaut und umgeleitet. Die Meere sind wir bereit bis in ihre Tiefen zu nutzen.

Last not least ist es uns gelungen, sogar das als Nutzungsquelle aufzuschließen, „was die Welt im Innersten zusammenhält“, wie Goethe Faust sagen läßt – „Wissen möcht' ich, was die Welt im Innersten zusammenhält!“ –: Die Bindungskräfte des Atoms haben wir erschlossen.

Und aus all dem resultiert nunmehr die Gefahr, daß wir Menschen an die Grenzen unseres Lebensraumes allüberall angestoßen sind. Wir neigen dazu, diese Grenzen zu überschreiten und damit unsere eigene Existenzgrundlage zu zerstören.

Das Fazit aus dieser knapp umrissenen Einsicht kann nur heißen: Wir dürfen heute nicht mehr alles machen, was wir technisch machen könnten. Damit sind wir mitten in den konkreten Aufgaben der Umweltschutzpolitik.

Wir haben nun in Österreich ein Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz – ich will mich nur mit den Umweltschutzfragen beschäftigen –. Während auf der einen Seite auf Grund der globalen Situation völlig klar ist, daß es nur ein Motto geben darf, nämlich das Motto: Umweltschutz geht vor Eigennutz!, müssen wir bei der politischen und sachlichen Behandlung dieser neuen politischen Aufgaben hier in Österreich eine andere weit traurigere Feststellung machen: Wir haben zwar ein Umweltschutzministerium, es gibt einen Minister für Umweltschutz, aber er hat keine Kompetenzen. Angesichts dieses Zustandes muß man leider Gottes sagen: Ohne Kompetenzen ist dieses Ministerium für Umweltschutz für gar nichts nutz!

Dr. Stix

Einen Blick auf den Kompetenzdschungel und auf die Kompetenzohnmacht, denen sich Frau Minister Leodolter gegenüberstellt und derer wegen ich sie persönlich bedauere: Nicht von ungefähr war es und hat es sich auch in jüngster Zeit wieder ergeben, daß wir Freiheitlichen nicht so sehr die Schuld bei der Frau Minister sehen – das ist ein eigenes Kapitel –, wir sehen die Schuld vielmehr bei der Schaffung eines solchen Ministeriums ohne genügende Kompetenzausstattung.

Ich möchte dazu aus dem „ibf“ zitieren, was auf dem Innsbrucker Kongreß zum Umweltschutz-Recht gesagt wurde, einem Kongreß, der in diesem Jahr stattgefunden hat. Wörtlich dazu:

„Eine Sirene, die allen Autos stehenzubleiben gebietet, bis sich die Bleiwalken verzogen haben, ist bei uns noch Utopie, solange erst ein Bundesland (Tirol) ein Umweltschutzgesetz besitzt und in zwei weiteren (Salzburg, Steiermark) daran gearbeitet wird. Bis Föderalisten und Zentralisten ihre Kompetenzen abgeklärt haben werden, kann in Österreich Umweltschutz überhaupt nur im Zusammenhang mit anderen Bestimmungen wahrgenommen werden: Etwa im Rahmen des Arbeiter- und Angestelltenschutzes auf dem Arbeitsplatz, in der Raumordnung, den Gewerbeordnungen oder durch Verkehrsbestimmungen. Gegen Luftverunreinigung und Lärm aus mehreren Quellen zugleich gibt es aber derzeit überhaupt keinen Schutz.“

Soweit das Zitat von dem Innsbrucker Umweltschutzkongreß vom März dieses Jahres.

Es haben nun eine ganze Reihe von Maßnahmen eingesetzt, um diesen Kompetenznotstand in den Griff zu bekommen. Ich darf daran erinnern, daß es einen Dreiparteienantrag des Nationalrates vom März 1972 gibt, damals initiiert von meinem Fraktionskollegen Dr. Scrinzi, der dazu aufforderte, die rechtliche Lage auf dem Kompetenzsektor bezüglich Umweltschutz zu klären.

Einige Jahre später gab es dann ein solches Gutachten des Interministeriellen Komitees zu dem Thema Rechtliche Situation – Kompetenzen Umweltschutz.

Wenn man dieses Gutachten durchblättert, finden Sie Seitenweise kursiv gedruckte Stellen, und dabei ist immer angemerkt: Alle diese kursiv gedruckten Texte bedeuten, daß es darüber nicht einmal im Interministeriellen Komitee eine Einigung gegeben hat.

Ich beziehe mich weiters auf die sehr konstruktive Kritik des Geschäftsführers des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen, Herrn Dr. Schäfer. Auch er hat in

einer in der „Review“ Anfang dieses Jahres erschienenen Abhandlung das heutige Umweltschutzrecht in Grund und Boden kritisiert. Ich möchte nur Wortfetzen daraus zitieren.

Er schreibt, daß „Bund und Länder nur Teilespekte ... mosaikartig regeln können“.

Er schreibt weiters: „Schutz vor schädlichen und lästigen Einwirkungen ... können heute gar nicht oder nur unzureichend wahrgenommen werden“.

Er regt an: den Entwurf eines Umweltschutzgesetzes, der eine bundeseinheitliche Regelung für Emissions- und Immisionsbegrenzung beinhaltet, der Sofortmaßnahmen bei Umweltschutzalarm – sprich Gesundheitsgefährdung – ermöglicht, und vor allem eine Verfassungsbestimmung, die eine so eindeutige Grundsatzkompetenz beim Bund ermöglicht, daß es überhaupt zu einer zeitgerechten Willensbildung kommen kann.

Bisher ist das Bundesministerium selber über seine Tätigkeit als Koordinator nicht hinausgekommen. Es hat zwar die Frau Bundes-Gesundheitsminister seit langem ein Gesetz angekündigt, ein Umweltschutzgesetz, das die fehlenden Kompetenzen regeln soll, das diesen Kompetenznotstand bereinigen soll, dieser Entwurf für ein solches Gesetz ist sogar bereits einem Begutachtungsverfahren unterzogen worden, und dieses ist längst abgeschlossen, und nun ruht das Ganze wieder. Es gibt dafür noch keine Regierungsvorlage. Es ist noch kein solches Umweltschutzgesetz als Vorlage hier im Parlament eingebbracht worden. Und wieder geht wertvolle Zeit verloren.

Aber ich wiederhole noch einmal: Ohne diese Kompetenzen ist das Gesundheitsministerium und dieses Ministerium für Umweltschutz einfach zu wenig nutz.

Man sieht ja auch auf der anderen Seite an ganz praktischen Aktionen, daß es sogar an der Koordinationsaufgabe hapert. Ich denke etwa an die jüngsten Äußerungen – sie sind in der Presse ausführlich berichtet und kommentiert worden – von Herrn Bundesminister Dr. Staribacher. Er beschäftigt sich mit den Wegwerfplastikflaschen, die er nicht haben will, wofür ich sehr viel Verständnis habe. Mich freut es, daß er dieses Problem erkannt hat. Er beschäftigt sich auch damit, weil in seinem Ministerium eine jener Mosaikkompetenzen vorhanden ist, wie Dr. Schäfer es formulierte, nämlich die Gewerbeordnung, die auf Teilbereichen eine Lösung ermöglicht. Mir gefällt es, daß sich der Herr Handelsminister mit den unverrottbaren Plastikflaschen beschäftigt. Aber wo ist denn die Koordination?

3854

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Stix

Mir fehlt im gleichen Atemzug dazu eine Erklärung der Frau Minister Leodolter vom Standpunkt ihres Ministeriums aus. Warum schweigt sie dazu? Hat sie an den Vorbereitungen mitgewirkt: ja oder nein? Und warum ist das dann keine konzertierte Aktion?

Ein anderes Beispiel: Was mir weniger gefällt, ist ebenfalls eine Idee des Herrn Handelsministers, für Autowrackbeseitigung von vornherein schon beim Neukauf des Wagens 1000 S abzuführen. Natürlich müssen wir die Autowracks beseitigen. Diesbezüglich gibt es sogar Gesetze, diesbezüglich gibt es sogar Strafbestimmungen. Aber warum muß unter diesem Titel der Autowrackbeseitigung eine neue Steuer eingeführt werden? Von jedem Autokäufer für eine irgendwann einmal stattfindende Wrackbeseitigung – ich wünsche jedem Autofahrer, daß er sein neugekauftes Auto nicht schon einige Tage später verrecken lassen muß – 1000 S einzukassieren, läuft doch auf nichts anderes als auf eine neue Steuer hinaus, und gleichzeitig entbindet es wieder den sogenannten und oft beschworenen mündigen Staatsbürger von der persönlichen Verantwortung und überlastet sie neuerlich auf den Staat, der wieder einmal für alles sorgen soll, sorgen soll für alles, obwohl wir aus den Zahlen aller Budgets in den letzten Jahren und erst recht des kommenden Budgets 1977 sehen, daß dieser Staat aufgrund eines Übermaßes an Aufgaben finanziell restlos überfordert ist.

Also bitte, Frau Bundesminister, wo ist hier bei den Vorstößen des Herrn Handelsministers, die ich teils positiv, teils weniger günstig beurteile, Ihre Rolle, wo haben Sie koordiniert, wie sehen Sie diese Dinge?

Ein weiteres Detail, nur um zu zeigen, wie lange es dauert, bis in Österreich die Lösung wirklich wichtiger Umweltschutzprobleme in Angriff genommen wird: die Altölbesichtigung. Seit Jahren in Nachbarländern geregelt, seit Jahren gibt es einen freiheitlichen Gesetzesinitiativantrag „Altölbesichtigung“. Jetzt, nachdem wir die neue Geschäftsordnung bekommen haben, ist dieser freiheitliche Initiativantrag endlich, glücklicherweise durch einen gemeinsamen Beschuß – über den ich mich freue, was ich anerkennend vermerken möchte – einem Unterausschuß des Handelsausschusses zugewiesen worden, freilich nicht, um ihn dort zu behandeln, sondern um ihn dort so lange ruhen und warten zu lassen, bis die Regierung nachgezogen hat, bis es einen Regierungsentwurf zum gleichen Thema gibt, der dann auch hier in das Haus kommt und dann im gleichen Unterausschuß behandelt wird. Verschleppung über viele Jahre ohne Notwendigkeit.

Aber im Sinne unserer freiheitlichen kon-

struktiven Kritik möchte ich trotzdem anmerken, daß es uns freut, daß nunmehr durch unsere Initiative dieser Prozeß, zu einem Altölbesichtigungsgesetz zu gelangen, doch etwas beschleunigt wurde.

Nun zum letzten Thema, dem ich mich heute in dem knappen Zeitraum, der für Umweltschutz zur Verfügung steht, widmen möchte. Es handelt sich um den Strahlenschutz, um den Schutz vor den Gefahren ionisierender Strahlen, allgemein besser bekannt unter dem Begriff „Radioaktivität“.

Das ist nun eindeutig eine Kompetenz des Umweltschutzministeriums. Ich werde es in Zukunft so halten – damit möchte ich gleich heute beginnen –, daß ich den Herrn Handelsminister, wenn wir die Kernenergiefrage debattieren, nicht behelligen werde mit Fragen um Strahlenschutz und Radioaktivität; dort werde ich mich energiepolitisch und wirtschaftspolitisch mit der Regierung und mit ihm auseinandersetzen. Aber ich werde die Fragen des Strahlenschutzes und des Schutzes der Gesundheit unserer Bevölkerung an das zuständige Ministerium immer wieder herantragen: an die Frau Minister Dr. Leodolter, an das Umweltschutzministerium.

Dazu muß ich gleich sagen: Wir Freiheitlichen waren sehr enttäuscht, als unser Entschließungsantrag, den wir am 4. November anlässlich des Budgetüberschreitungsgesetzes 1976 einbrachten und der darauf abzielte, das Strahlenschutzgesetz zu novellieren, was wir im Interesse einer größeren Sicherheit der Bevölkerung für notwendig hielten, unser Antrag, der ja nur ein Ersuchen an die Regierung beinhaltete, tätig zu werden, der etwas Konstruktives war zur Verbesserung des Strahlenschutzgesetzes, keine Mehrheit in diesem Haus gefunden hat.

Vielen Pressemitteilungen – vor allem, soweit sie weiter zurückreichen – ist zu entnehmen, daß die Frau Minister Dr. Leodolter den Strahlenschutz bei Atomkraft in Österreich für ausreichend hält; ich erwähne etwa die Tagespresse vom März 1975. Ich könnte noch weitere solche Äußerungen zitieren, will aber gleich zum springenden Punkt kommen.

Ich habe den Eindruck, daß die Frau Minister Dr. Leodolter in jüngster Zeit ihre sehr optimistische Haltung von früher bezüglich des angeblich ausreichenden Strahlenschutzes in Österreich mindestens selber ein wenig in Zweifel gezogen, vielleicht sogar – ich würde das gerne aus ihrem Mund hören – revidiert hat.

Es bestärkt mich in dieser Annahme ein Interview des ORF, eine Sendung in „Zeit im Bild 2“ vom 8. September 1976, wo im Zuge einer Diskussion, an der mehrere teilnahmen, die Frau Minister erklärte, es müßten zunächst

Dr. Stix

einmal Vorlagen da sein – ich zitiere wörtlich –, „was mit dem Atom aus reaktivem Material, und zwar mit dem hochaktiven Material, geschieht“.

Dieses Material müsse die Regierung zur Bewilligung des Kernkraftwerkes haben.

Und dann kam die Frage: Was ist, wenn das hochaktive Abfallprodukt im Ausland gelagert wird?

Und die Antwort von Frau Minister: „Wenn es möglich ist, das Material im Ausland zu lassen, dann ist es nicht notwendig, daß Österreich eine Endlagerstätte hat.“

Und dann wieder die Frage: Wenn das Ausland unseren Atomdreck nicht haben will?

Darauf Frau Minister Dr. Leodolter: „Dann muß der Platz, wo die Endlagerstätte sein wird, fixiert sein.“ – Dabei wurde das Waldviertel erwähnt. Demgegenüber erklärte witzigerweise Herr Maurer, daß er sich eher die Antarktis vorstellen könne.

Das zeigt nur, wie völlig verworren auf diesem Gebiet die Ansichten sind und daß es kein Konzept gibt.

Die Informationskampagne der Bundesregierung zur Aufklärung in der Frage Kernenergie hat, abgesehen davon, daß sie bisher in erschütternder Weise verlaufen ist, zwei Dinge völlig klargemacht: daß heute Annahmen nicht mehr gelten, die bei der ursprünglichen Planung Zwentendorfs vorgesehen waren, das heißt, daß die Wiederaufbereitung im Ausland gesichert ist und daß auch die Endlagerung des Atommülls im Ausland stattfinden wird.

Beides wurde klipp und klar von Herren des Podiums bei den Veranstaltungen, die bisher stattgefunden haben, verneint. Wir bauen zwar das Kernkraftwerk, wir nehmen es sogar voraussichtlich Ende 1977, Anfang 1978 in Verwendung, aber es gibt heute noch keinen Vertrag für die Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennelemente, und es ist nicht klar, wo der Atommüll gelagert werden soll. Klar ist lediglich, daß das Ausland gesagt hat: Ihr Österreicher sollt euch euren Atomdreck selber behalten! – Das ist das einzige, was klar ist.

So gesehen verstehe ich jetzt schon, daß die Frau Umweltschutzminister ihre früher sehr optimistische Äußerung zum ausreichenden Strahlenschutz in Österreich allmählich zu revidieren beginnt.

Dieses Thema Strahlenschutz, Frau Bundesminister, wird Ihnen von uns Freiheitlichen noch sehr oft in diesem Hause nahegebracht werden. Denn wenn ich eingangs gesagt habe, die gesamte Umweltschutzproblematik müsse man unter dem Motto sehen: Umweltschutz geht vor

Eigennutz!, dann gilt das in einem ganz besonderen Ausmaße für die Gefahr ionisierender Strahlen aus der Kernkraftnutzung. Denn in diesem Fall haben wir es mit einem besonders verwerflichen Eigennutz zu tun, nämlich mit einem kollektiven Eigennutz, dem kollektiven Eigennutz der lebenden Generation, die für ihren Lebensstandard, um dessen Verbesserung sie bangt, bereit ist, die Zukunft noch gar nicht geborener Generationen auf Jahrhunderte hinaus in Gefahr zu bringen und zu riskieren. (*Lebhafte Zustimmung bei der FPÖ.*) Hiezu gilt – wie ganz allgemein in der Frage des Umweltschutzes – bei der Frage des Schutzes vor Radioaktivität der Satz: Umweltschutz geht vor Eigennutz, auch vor kollektivem Eigennutz. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Steyrer.

Abgeordneter Dr. Steyrer (SPÖ): Herr Präsident! Frau Minister! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Der von mir ebenfalls sehr hochgeschätzte Kollege Dr. Wiesinger hat in seiner Rede die reichhaltige Palette seiner Fähigkeiten demonstriert und sich für höhere Aufgaben in einem Zwischenruf sehr deutlich als geeignet präsentiert.

Ich verstehe seine Enttäuschung darüber, daß er heute nicht dort sitzt, wohin er seine Attacken reitet. Es ist vielleicht diese Enttäuschung, die ihn dazu veranlaßt, heute in einer Kritik sondergleichen dieses Ministerium und die Frau Minister anzugreifen, in einer Weise, die ich als unqualifiziert und als unrichtig ansehe.

Ich möchte ihn aber vor zwei Formulierungen seiner Rede warnen. Er hat in konsequenter Fortsetzung der Ideologiediskussion, die die ÖVP nun am Beispiel Bayerns ununterbrochen praktiziert, zwei Begriffe geprägt, vor denen ich ihn wirklich echt und aus ehrlicher Sorge warnen will.

Ich möchte am Anfang meiner Ausführungen betonen, daß ich jeden Abgeordneten dieses Hohen Hauses, gleich welcher Fraktion er angehört, in seinem Demokratieverständnis und in seinem Freiheitsbegriff voll respektiere. Aber heute den Sozialisten den Freiheitsbegriff vorzuwerfen, ist meiner Meinung nach eine Zumutung, die ich nicht allein namens der Abgeordneten des SPÖ-Klubs, sondern auch namens der österreichischen Sozialdemokratie zurückweisen muß. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich will hier keine Relation zwischen der Christlichsozialen Partei 1934 und der Vaterländischen Front einerseits und der Österreichischen Volkspartei andererseits herstellen, das liegt mir durchaus fern, Herr

3856

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Steyrer

Kollege Dr. Gruber! (Abg. Graf: *Das ist gescheit! Gute Idee!*) Das möchte ich Ihnen allen Herzens sagen.

Die österreichische Sozialdemokratie hat den 12. Februar bewältigt. Sie hat diesen 12. Februar bewältigt, indem sie über ihren Schatten gesprungen ist.

Ich möchte davor warnen, den Sozialisten ein gestörtes Verhältnis zum Freiheitsbegriff vorzuwerfen. Das verbitten wir uns genauso, wie Sie sich das verbitten würden. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Kollege Dr. Wiesinger heute den Humanitätsbegriff für seine Partei allein gepachtet haben will, dann darf ich auch eines erklären: „Humanität“ kommt von „human“, und human ist eine Eigenschaft, die allen Menschen zu eigen sein sollte.

Wenn Sie glauben, daß Sie mehr als der Hälfte des österreichischen Volkes diese Eigenschaft absprechen können, dann kann ich Sie nur herzlich und ehrlich bedauern (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)

Herr Kollege Dr. Wiesinger hat es sich heute sehr, sehr leicht gemacht. Er hat drei Briefe zitiert, in denen über Mißstände im Personalwesen des Krankenhauswesens Klage geführt wird. Wir wissen all das, wir wissen, daß es kein perfektes System der menschlichen Betreuung gibt. Wir wissen alle, daß die zwischenmenschlichen Beziehungen derzeit in einer Krise stecken. Das steht außer Frage. Aber er hat es sich insofern leicht gemacht, als er gesagt hat, die Sozialisten sprechen nur von der Finanzierung und vergessen ganz, daß der Mensch im Mittelpunkt der Betrachtung stehen sollte. – Einverstanden.

Weiß Kollege Dr. Wiesinger nicht, was heute Gesundheit kostet?

Ich möchte ein kleines Beispiel bringen: Ein Scanner, ein Gesamtkörper-Scanner, ermöglicht die Diagnose bösartiger Geschwülste mit einer ungeheuren Präzision. Die Anschaffung eines solchen Gerätes kostet 15 Millionen Schilling! Eine halbstündige Untersuchung eines einzelnen Patienten kostet 10.000 S!

Diese Zahlen beleuchten blitzlichtartig die Situation, in der sich das österreichische Gesundheitswesen, aber auch das Gesundheitswesen in der ganzen Welt befindet. Der rasante Fortschritt der Medizin: Immer neue, immer bessere, aber immer aufwendigere Untersuchungsmethoden haben eine Frage zwingend aufwerfen lassen: Wie weit kann sich unsere Gesellschaft, wie weit kann sich diese Gesellschaft diese Kostensteigerung wirklich noch leisten? Bis zu welchem Grade sind wir imstande, all das zu subventionieren?

Aber eine zweite Frage ist viel zwingender: Können wir es uns leisten, kann es sich unsere Gesellschaft leisten, daß wir Medizin wieder nur für einige Privilegierte haben wollen? Können wir uns leisten, daß der übrige Teil dieser Gesellschaft an einer reduzierten Basismedizin teilnehmen muß?

Die Antwort darauf haben wir Sozialisten gegeben. Wir haben sie in der Form gegeben, daß ein eigenes Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz geschaffen wurde.

Dieses Ministerium wird heute von Ihnen in einer Art kritisiert, die ich einfach ablehnen muß, weil Sie genauso die Schwarzweißmalerei praktizieren, wie Sie es in diesem Haus bei allen anderen Kapiteln dieses Budgets gemacht haben.

Ich glaube Ihnen sagen zu können: Wir haben in diesem Ministerium viele, viele Aktivitäten gesehen – und ich kann Ihnen das als Arzt bestätigen –, die zweifellos Erfolge dargestellt haben. Ich gebe zu: Es ist nichts perfekt auf dieser Welt. Wer kann das von sich sagen? Wer kann die Arroganz haben zu sagen: Wir sind alle perfekt und hundertpercentig?

In dieser Aktion des Gesundheitsministeriums, die sich in einem gigantischen Erfolg niedergeschlagen hat, im Mutter-Kind-Paß – ich muß ihn noch einmal bringen –, hat sich das demonstriert, was sozialistische Gesundheitspolitik sein muß. Sozialistische Gesundheitspolitik – da möchte ich sozusagen im gleichen Aufräumen sagen: es ist natürlich nicht nur sozialistische Gesundheitspolitik, es ist auch die Politik jedes anständigen Menschen, und da schließe ich alle Religionsgemeinschaften mit ein –, diese Politik arbeitet auf die Chancengleichheit in der Medizin hin.

Es ist ein Grundsatz der Sozialisten, daß wir alle das gleiche Recht auf Gesundheit haben müssen. Ich bitte, das noch einmal als das werten zu wollen. Das ist ein Versprechen, das natürlich nicht in Wochen, in Monaten, in Jahren eingelöst werden kann, aber es ist ein großes Ziel.

Ihr Parteiobmann Taus hat einmal gesagt, „Sozialismus sei die große Utopie unseres Jahrhunderts“. Ich weiß nicht, ob ich ihn genau zitiere.

Ich bin mit dieser Definition des Sozialismus vollinhaltlich einverstanden – ausnahmsweise. Denn was ist Utopie? Utopie ist die lehrreiche, aber nicht verwirklichbare Erreichung eines Idealzustandes.

Wenn wir überlegen, in welch rasantem Fortschritt sich heute Erfolge eingestellt haben, die man früher für utopisch angesehen hat,

Dr. Steyrer

müssen wir sagen: Wir Sozialisten sind stolz darauf, Utopisten zu sein, weil wir die Vorstellung einer besseren, einer gerechteren, einer gleicheren Welt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben vor kurzer Zeit in den Zeitungen eine ganz kurze Nachricht gelesen, die ich sicherlich mit wesentlich größerem Unlustgefühl gelesen habe als Sie: daß in Österreich 20 Millionen Schilling für alkoholische Getränke umgesetzt und 10 Millionen Schilling verraucht werden. (Abg. Dr. Gruber: Milliarden!) Milliarden, bitte um Verzeihung! Natürlich! Wir rechnen in Österreich ja nur in Milliarden. Ganz klar. (Ruf bei der ÖVP: Beim Defizit!)

Diese Zahlen werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Arndttdiskussion Ihrer Partei, sie beweisen, daß wir in Österreich noch ein ganz großes Programm der Erziehung vorhaben müssen. Dieses Programm der Erziehung hat das Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz in hervorragender Weise gestartet. Es kann allerdings eines nicht: den Leuten das Rauchen mit Gewalt abgewöhnen. Wir leben ja in einer Demokratie. Es kann nur erziehen und durch eine andere Maßnahme dieses Rauchen etwas verleidet.

Sie haben lautstark die Zigarettenpreiserhöhung beklagt. Ich kann Ihnen sagen: Als ... (Abg. Dr. Schwimmer: Mir ist es schon verleidet worden!) Als passionierter Nichtraucher, als Arzt, der um die Gefährlichkeit dieses Übels weiß, begrüße ich jede Maßnahme, die auch nur einem einzigen Abgeordneten das Rauchen abgewöhnt. (Beifall bei der SPÖ. – Ruf: Es sind schon mehrere! – Heiterkeit.)

Sie können dem Herrn Finanzminister Dr. Androsch sehr, sehr dankbar sein. Das kann ich Ihnen als Arzt sagen. (Abg. Dr. Blenk: Er dankt ihm eh schon! – Heiterkeit.) Der Abgeordnete Dr. Schwimmer ist eben ein leicht erziehbarer Mensch, ein Mensch, der anscheinend die Transparenz hat, durch den blauen Dunst zu sehen. (Neuerliche Heiterkeit. – Abg. Dr. Fischer: Den Typ gibt es aber nicht häufig bei der ÖVP! – Abg. Dr. Gruber: Bei Ihnen gar nicht! – Heiterkeit.)

Es besteht gar kein Zweifel, Sie haben beklagt, daß für die Vorsorgeuntersuchungen zu viel Geld ausgegeben wird, und in einem Atemzug haben Sie beklagt, daß zu wenig Leute zur Vorsorge gehen. Wie kann man in einer Demokratie dieses Problem lösen? Ich habe schon gesagt, man kann ja nicht mit Brachialgewalt die Leute dorthin treiben, denn es besteht gar kein Zweifel, daß es ein Ministerium gar nicht so leicht hat, heute auf dem Gebiete des Rauchens und auf dem Gebiete des Trinkens, des Trinkens alkoholischer Getränke, einen

Erfolg zu erbringen, denn es gibt sehr, sehr viele Kräfte in diesem Land, die sich gegen solche vernünftige Maßnahmen wenden.

Ich gebe zu, daß es heute in dieser geordneten Wirtschaft viele Interessensgruppen gibt, die von diesem Rauchen, von diesem Trinken leben. Es besteht gar kein Zweifel, daß wir hier eine eindeutige Erziehungsaufgabe haben. Wenn man sich fragt, wer ist eigentlich Schuld an dieser Entwicklung, so muß ich sagen, wir alle. Es ist das Elternhaus, das mit seinem Beispiel versagt, es ist die Schule, es ist zweifellos auch das Beispiel in den Massenmedien – gar kein Zweifel –, daß wir hier heute eine Gratiswerbung für die Austria-Tabakwerke haben. Ich bin mir bewußt, daß es über Zigarettenpreiserhöhungen alleine nicht gehen wird. Ganz klar. Aber wenn wir uns dieser Tatsache bewußt sind, dann müssen wir die Gelder für die Propaganda – und das ist in diesem Fall Erziehung – ausgeben.

Ich möchte Ihnen eines sagen. Es sind neue Aktivitäten von seiten dieses Ministeriums geplant. Im Jänner nächsten Jahres wird eine Enquête über Krebsvorsorge erfolgen, in der die Ärzte über dieses wichtige Thema aufgeklärt werden und eine Koordinierung aller Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Volksseuche erfolgt.

Eine Erweiterung des Mutter-Kind-Passes ist sinnvoll und wird vom Ministerium derzeit bearbeitet, und zwar die Ausdehnung der Untersuchungen des Mutter-Kind-Passes auf das zweite und dritte Lebensjahr.

Es ist zweifellos so, daß wir noch viele Probleme haben. Alleine das Gebiet der psychiatrischen Betreuung ist in Österreich ein hervorragendes Gebiet. Das ist gar kein Zweifel, daß wir hier manches noch durchsetzen und manches noch ändern müssen.

Es gibt Diskussionen, wie man diese Versorgung der psychiatrischen Kranken heute besser machen kann. Tag- und Nachtkliniken werden zur Diskussion gestellt, verbesserte ambulatorische Betreuung und vor allem auch eine verbesserte Heimfürsorge. Alles Maßnahmen, die dieses Ministerium bereits in Arbeit oder zum Teil verwirklicht hat.

Wenn heute der Kollege Dr. Wiesinger die Zusammenarbeit sehr melodramatisch an den Schluß seiner Betrachtungen gestellt hat, so möchte ich ihm eines sagen: Wo ist diese Zusammenarbeit in den letzten Jahren geblieben? Hat es überhaupt je eine Gelegenheit gegeben, von seiten Ihrer Partei eine Zusammenarbeit zu praktizieren? Ich erkläre Ihnen: in keinem Fall.

3858

Nationalrat XIV. GP - 41. Sitzung - 3. Dezember 1976

Dr. Steyrer

Diese Zusammenarbeitsparole darf kein Potemkinsches Dorf sein, mit einer Fassade nur für den Wähler. Seht her, ihr Österreicher, wie gut sind wir, wie sind wir um die Zusammenarbeit bemüht.

Und was kommt dann heraus? Es kommen verbale Attacken heraus, es kommt heraus, daß praktisch überhaupt noch nie eine echte Diskussion auf gleicher Basis geführt worden ist. Ich gebe zu, daß Zusammenarbeit nicht eine Einbahn sein kann. Das ist mir völlig klar. Aber versuchen wir - das ist hier schon der Schluß meiner Ausführungen -, das, was Kollege Wiesinger gesagt hat, ernst zu meinen. Versuchen wir wirklich diese Zusammenarbeit; es gibt viele Bereiche.

Ich möchte Ihnen nur eines sagen - ich habe es gekürzt, weil heute viele Abgeordnete schon etwas, glaube ich, unruhig sind -, ein Problem, das mir besonders am Herzen liegt, ist das Problem der Arbeitsmedizin.

Im Bereich der Arbeitsmedizin haben wir durch das Arbeitnehmerschutzgesetz 1973 erstmals die Ansätze einer modernen Arbeitsmedizin gebracht. Aber es gibt hier noch vieles zu korrigieren, und es gibt hier noch vieles auszuarbeiten, und ich fordere Sie hier ehrlich und ernst auf - all die Interessensvertretungen, die dabei mitreden müssen -, dieses Problem mit uns zu bearbeiten.

Die Frau Minister hat einen Mangel gutgemacht, der nach diesem Gesetzmanifest geworden ist. Es hat zum Beispiel bei diesem Betriebsärztesetz, wenn man das so sagen will, keine Ausbildungsordnung für Betriebsärzte gegeben. Die Frau Minister hat im Einvernehmen mit der Österreichischen Ärztekammer im Herbst dieses Jahres eine Tagung für Betriebsärzte durchgeführt, bei der diese Ausbildungsvorgänge diskutiert wurden und auch schon durchgeführt worden sind.

Aber, ich gebe zu, in weiterer Folge werden diese Maßnahmen nicht genügen. Die Schaffung eines eigenen Facharztes für Arbeitsmedizin, eventuell Diskussionen um ein neues System der betriebsärztlichen Betreuung sind zweifellos notwendig und müssen in Angriff genommen werden.

Es ist noch eine Tatsache zu erwähnen. Kollege Dr. Wiesinger hat gesagt, die Sozialisten Österreichs haben nur einen einzigen Gedanken im Gesundheitswesen: Sie wollen die zentrale, die dominierende Stellung der Krankenhäuser haben, und erst in weiterer Folge kommt der praktische Arzt und der Facharzt.

Kollege Sekanina und ich haben eindeutig festgestellt, daß für uns der praktische Arzt in

der Versorgung der Bevölkerung absoluten Vorrang genießt, und das betone ich als Kassenarzt, als einziger Kassenarzt in diesem Haus. Wir glauben, daß ein gut funktionierender praktischer Arzt noch immer das beste System der Vorsorge darstellt.

Aus diesem Grunde möchte ich sagen: Wir bekennen uns zu diesem System, und wir begrüßen alle Maßnahmen, die dieses Ministerium gesetzt hat, um den praktischen Arzt zu subventionieren und zu fördern.

Es dürfte Ihnen entgangen sein, daß dieses Ministerium 300 neue Ausbildungsplätze in den Spitäler für praktische Ärzte subventioniert, um endlich diesem drückenden Strukturmangel in der Versorgung der Bevölkerung Österreichs entgegenzutreten.

Aber es gibt ein zweites Problem. Es muß durch die Ausarbeitung eines Stellenplanes gesichert werden, daß diese praktischen Ärzte nach ihrer Ausbildung auch eine zweckentsprechende Betätigung in Österreich finden.

Nun zum Abschluß. Kollege Dr. Wiesinger, meine geschätzten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Ihr Angebot zur Zusammenarbeit nehmen wir ehrlich und ernst an, und ich hoffe, daß daraus etwas entstehen wird. Nicht die verbalen Attacken gegen eine Frau Minister, die ihre Sache meiner Meinung nach und nach der Meinung vieler österreichischer Ärzte und dem größten Teil der österreichischen Bevölkerung hervorragend führt, nicht so, sondern sachlich und in ruhiger Diskussion. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kammerhofer.

Abgeordneter **Kammerhofer (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Dr. Steyrer, Sie haben jetzt eben versucht, den Begriff „Freiheit“ zu besetzen und für sich in Anspruch zu nehmen. (Abg. Dr. Steyrer: Falsch! Für alle!) Ich möchte Ihnen sagen: Das wird Ihnen nicht gelingen! (Abg. Dr. Steyrer: Falsch!) Dann sind wir einer Meinung.

Wir sind auch einer Meinung, wenn Sie behauptet haben, Sie würden sich nicht einverstanden erklären, daß Sozialismus Utopie ist. Sozialismus ist Utopie! (Abg. Dr. Steyrer: Sie kennen die Definition der Utopie nicht!) Es wäre verlockend, jetzt mit Ihnen zu diskutieren, wir bräuchten nur mehr Zeit dafür.

Aber ich möchte den Herrn Bundeskanzler zitieren. Der Herr Bundeskanzler hat vor einigen Wochen bei einer Diskussion mit der Katholischen Aktion gesagt, er sei sich bewußt, daß es die klassenlose Gesellschaft nie geben werde,

Kammerhofer

aber es sei nicht verboten, sie anzustreben. (Abg. Dr. Steyrer: *Das ist das, was ich gesagt habe!*) Und das ist das, Herr Dr. Steyrer, wo wir uns wieder einig sind.

Nur eines, bitte, müssen Sie zur Kenntnis nehmen: Daß das, was Sie im Hohen Hause machen, das, was Sie an Gesetzen machen, gesellschaftsändernd ist, so stark gesellschaftsändernd ist, daß es die anderen nicht mehr als Freiheit empfinden, besonders nicht die aus dem kleinen und mittleren Bereich, aus dem Dienstleistungsbereich und dem Mittelstand. Der Herr Bundeskanzler sucht jetzt Weggenossen, die ihn begleiten, um ein Ziel zu erreichen: Dieses Ziel heißt Macht. Und Macht ist mit Freiheit nicht verträglich.

Nur sagt er den Leuten, die ein Stück des Weges mit ihm gehen, nicht, daß es kein Zurück mehr gibt. Wir wollen nicht den Weg der klassenlosen Gesellschaft gehen, uns ist er zu gefährlich. Wir sind der Meinung, daß die Sozialpartnerschaft, die freie soziale Marktwirtschaft, die bis jetzt in Österreich aufgebaut wurde, dem besser entspricht. Auch die Sozialversicherung und die Sozialgesetzgebung ist besser als eine klassenlose Gesellschaft. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Aber ich möchte jetzt meine Zeit nicht dazu verwenden, wir könnten vielleicht einmal darüber diskutieren, Herr Dr. Steyrer. (Abg. Dr. Steyrer: *Glauben Sie, daß man die Welt nicht mehr besser machen kann?*) Die Welt ist immer zu verbessern, es ist nur die Frage wie. Herr Dr. Steyrer, nur wenn 51 Prozent 49 Prozent justament beglücken wollen, dann muß das nicht Freiheit sein, wenn man die bekriegt. Ich möchte noch einmal sagen: Die empfinden es nicht so. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und jetzt zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Sekanina.

Der Abgeordnete Sekanina hat behauptet – eine seiner vielen Behauptungen –, daß es während der Zeit der sozialistischen Alleinregierung 261.000 Unselbständige mehr gegeben hat. Ich möchte hier diese Legendenbildung beenden. Ich kann diese Ziffer leicht aufklären: 145.000 Selbständige haben ihre Pfründe und guten Jobs aufgegeben, sind unselbständig geworden, und die Wohnbevölkerung ist um 113.000 gewachsen. Addiert man diese zwei Posten, 145.000 und 113.000, so ergibt sich die ominöse Ziffer der Mehrbeschäftigen von 258.000.

Und, Herr Abgeordneter Sekanina, noch ein Wort zu Ihnen. Was sollen diese Drohungen gegenüber der Wirtschaft? Sie haben im letzten Augenblick mit dem Kollegen Kohlmaier diskutiert und haben angedeutet, Sie werden aggres-

siver werden und diese Wirtschaft wird das zu spüren bekommen.

Herr Abgeordneter Sekanina! Sie sind einer jener, die genau wissen, daß eine tote Kuh keine Milch gibt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Und ich finde das noch gar nicht so gefährlich. Gefährlich sind nur jene, Herr Klubobmann Fischer, die glauben, eine künstliche Kuh, die statt Euter Fonds hat, gibt auch Milch. Das sind die Gefährlichsten.

Und jetzt noch zu einem meiner Vorfriedner. Der Abgeordnete Dr. Schranz, der am Montag noch sehr freudig mitgestimmt hat, als es diese 10 Milliarden Schilling Belastung für die Bevölkerung zu beschließen gab, geht heraus und behauptet, die Jahre 1970 bis 1975 wären die fruchtbarste Zeit der Sozialpolitik und der Sozialversicherung je gewesen. Er hat auf die Inflation vergessen, er hat sich an den Zahlen hochgerankt und war der Meinung, dieses Budget müßte das Problem, den Kampf gegen die Armut, lösen. Diese Ziffern sind ausgehöhlt durch die Inflation, und ich glaube, wir sollten erkennen, daß die Erfolge in der Sozialversicherung gemeinsam aufgebaut wurden. Es wäre hoch an der Zeit, wieder daran zu arbeiten, denn die ersten Sprünge sind in dieser Sozialversicherung und Sozialpolitik sichtbar.

Es war doch sicherlich erschütternd, als der Kollege Pichler, der Obmann einer Gebietskrankenkasse in Niederösterreich ist, herausgekommen ist. Er hat seine Probleme aufgezeigt: Die Nichtfinanzierbarkeit, die Schwierigkeit; er hat die Überlegungen angedeutet, daß es zu Leistungsverschlechterungen kommen soll. Ich glaube, er ist inzwischen daraufgekommen, daß der Grund für dieses ganze Debakel der Herr Minister Androsch ist, der die Bedarfszuweisungen um 10 Prozent gekürzt hat. Dadurch sind die Sozialversicherung, die Krankenkassen und die Spitäler in Schwierigkeiten gekommen. Und der wahre Grund für diese ganze Misere ist die Inflation, meine sehr geehrten Damen und Herren, die diese Regierung nie in den Griff bekommen hat.

Ich kann mich noch erinnern: Vor etwa zwei, drei Jahren hat es geheißen, eine importierte Inflation. Jetzt haben wir in den ganzen umliegenden Ländern Stabilität. Ich frage: Warum importieren wir nicht Stabilität? Bei den Importen von Inflation war diese Regierung sehr rasch, sie vergißt aber darauf, Stabilität zu importieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was sollen wir von dieser Regierung halten, was sollen wir von diesem Regierungschef halten, der am 10. September 1970 erklärt hat: „Budgetdefizite mit 8 oder 9 Milliarden sind

3860

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Kammerhofer

doch ein Wahnsinn.“ Am 18. Jänner 1975 hat der Herr Finanzminister laut „Kronen-Zeitung“ noch ein Defizit von 25 Milliarden Schilling als „Horrorziffer“ bezeichnet, und 1975 betrug das Budgetdefizit 37,2 Milliarden Schilling. Es wird 1976 sogar ein Abgang von 46 Milliarden Schilling erwartet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe wirklich oft das Gefühl, es ist hier ein Kabarett. 9 Milliarden sind ein Wahnsinn. – Bitte: Was sind 46 Milliarden Schilling Defizit? Und wie glaubhaft sind diese Aussagen?

Nun zum Kapitel Soziales und Sozialversicherung.

Das Kapitel Soziales liegt auf dem Tisch des Hauses. Die Stunde der Wahrheit ist gekommen. Ich glaube, mit einem Budget von 37 Milliarden Schilling müßte der Kampf gegen die Armut zu gewinnen sein. Es stellt sich nur die Frage: Wird es gelingen, oder wird wieder so wie bis jetzt die Inflation der Sieger sein?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir nun, meine Behauptungen zu untermauern.

Ich darf Sie hier mit den Ziffern betreffend Sozialversicherung und Soziales konfrontieren. Es ist bestimmt nicht uninteressant, sich dann die Frage zu stellen: Mit der Erhöhung, mit der gigantischen Erhöhung dieser Beträge, hätte es doch gelingen müssen, das Problem der Armut und der Sozialversicherung in Österreich zu lösen. Es stellt sich wirklich die Frage: Wird es gelingen, oder was ist der Grund, warum es nicht gelungen ist?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 10 Milliarden Schilling 1970, 12 Milliarden Schilling 1971, 13 Milliarden Schilling 1972, 15 Milliarden Schilling 1974, 17 Milliarden Schilling 1975, 23 Milliarden Schilling 1976, und präliminiert für 1977 der Rekordbetrag von 26 Milliarden Schilling für die Sozialversicherung. Und, Herr Kollege Pansi: Für fast gleiche Leistungen!

Ich möchte nicht bestreiten, daß es Leistungsverbesserungen gegeben hat, aber sicherlich nicht um mehr als das Doppelte. Wir haben kleine Leistungsverbesserungen. Aber wenn Sie die Ausgangssumme von 1970 mit 10 Milliarden Schilling nehmen, und 1977 sind es 26 Milliarden Schilling, so muß ich mich fragen: Wo liegt der Fehler, daß im wesentlichen nur gleiches damit erfüllt werden kann?

Das gleiche zum Kapitel Soziales. 1970 – ich nenne wieder abgerundete Ziffern – 5 Milliarden Schilling, 5 Milliarden Schilling 1971, 6 Milliarden Schilling 1972, 6 Milliarden Schilling 1973, 7 Milliarden Schilling 1974, 8 Milliarden

Schilling 1975, 9 Milliarden Schilling 1976 und 10 Milliarden Schilling 1977. Ist die reale Leistungsverbesserung so groß, daß sie das Doppelte erreicht hat? Herr Kollege Pansi! Ich glaube, das wagt kein Mensch zu behaupten.

Und darum stelle ich wieder die Behauptung auf, daß auch diesmal die Inflation wieder der Sieger sein wird und nicht die Armut besiegt werden kann.

Nun zu den realen Erhöhungen – ich bin auch bereit, hier Unterlagen zu liefern; ich glaube, in Österreich kann jeder rechnen und schreiben; ich bin bereit, diese Unterlagen prüfen zu lassen –, und zwar die Pensionen nominell, die Erhöhung des Verbraucherpreisindex und der reale Zuwachs.

Ich fange bewußt bei 1966 an: Die Erhöhung der Pension 7 Prozent, die Erhöhung des Verbraucherpreisindex 2,2 Prozent, der reale Zuwachs 4,7 Prozent. 1967: Erhöhung der Pension 8,1 Prozent, Erhöhung des Verbraucherpreisindex 4,0 Prozent, realer Zuwachs 3,9 Prozent. 1968: 6,4 Prozent Erhöhung der Pension, Erhöhung des Verbraucherpreisindex 2,8 Prozent, realer Zuwachs 3,5 Prozent. 1970: 5,4 Prozent Erhöhung der Pensionen, 4,4 Prozent Erhöhung des Verbraucherpreisindex, realer Zuwachs 1 Prozent.

1971: Pensionserhöhung 7,1 Prozent, Erhöhung des Verbraucherpreisindex 4,7 Prozent, realer Zuwachs 2,3 Prozent. 1972: Erhöhung der Pensionen 7,4 Prozent, Verbraucherpreisindex 6,3 Prozent, realer Zuwachs 1 Prozent. 1974: Erhöhung der Pensionen 10,4 Prozent, Erhöhung des Verbraucherpreisindex 9,5 Prozent, realer Zuwachs 0,8 Prozent.

1975: Erhöhung der Pensionen 10,2 Prozent, Verbraucherpreisindex 8,5 Prozent, realer Zuwachs 1,6 Prozent;

1976: Erhöhung der Pensionen 11,5 Prozent, Erhöhung des Verbraucherpreisindex 7,5 Prozent, realer Zuwachs 3,7 Prozent;

1977: prognostizierte Erhöhung der Pension 7 Prozent, Erhöhung des Verbraucherpreisindex 6,5 Prozent, realer Zuwachs 0,5 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist die reale Lohnentwicklung nach dem Verbraucherpreisindex. Aber Sie wissen genauso wie ich, daß es noch mehrere Indizes gibt, besonders den für den Pensionisten interessanten Dienstleistungsindex. Der Dienstleistungsindex ist auf 264 Prozent gestiegen. Ich glaube, diesen Faktor müßte man für den Rentner und Pensionisten berücksichtigen. (Abg. Pansi: Es gibt auch einen Pensionsindex, und da liegen wir weit darüber mit dem Index!)

Kammerhofer

Herr Kollege Pansi! Ich bezweifle ihn nicht, ich möchte nur aufzeigen, korrekt aufzeigen, daß die Inflation unsere Anstrengungen so geschmälert oder teilweise ganz weggenommen hat. Und jetzt müßte man klären, wer schuld ist an der Inflation. (Zwischenruf des Abg. Pansi: – Abg. Dr. Fischer: Geben Sie die Zahlen dem Kollegen Mock und dem Kohlmaier!)

Wer schuld ist an der Inflation? Herr Klubobmann Fischer! Die falsche Wirtschaftspolitik der Regierung Kreisky hat sicher dazu beigetragen, daß sämtliche Anstrengungen ... (Abg. Pansi: Wie schaut es denn international aus, Kollege Kammerhofer?)

International? – Ich habe Ihnen schon gesagt, wir sollen Stabilität importieren, nicht Inflation. Deutschland, Schweiz, die ganzen umliegenden Länder haben mehr Stabilität als wir, und es würde nur daran liegen ... (Abg. Pansi: Wer noch?)

Aber Herr Kollege Pansi! Vielleicht hier ein praktisches Beispiel – wie es der Herr Bundeskanzler so gern tut, vor allem wie er es mit seiner Torte gemacht hat -: Zwei Frauen kriegen dasselbe Wirtschaftsgeld, die eine hat am 31. noch Reserven, die zweite muß aber schon am 20. beim Kaufmann aufschreiben lassen. (Abg. Pansi: Und wie viele Arbeitslose gibt es in Deutschland? – Abg. Dr. Gruber: Sozialdemokratische Regierung!)

Herr Kollege Pansi! Auch diese Ziffern könnte ich Ihnen nennen. Aber ich habe Ihnen schon gesagt ... (Zwischenruf des Abg. Pansi: – Abg. Dr. Kohlmaier: Dort ist eine sozialdemokratische Regierung! Schmidt!) Herr Kollege Pansi! Einmal möchte ich Ihnen noch das Beispiel mit den zwei Hausfrauen verdeutlichen: Die eine kann nicht wirtschaften, die SPÖ kann auch nicht wirtschaften. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, stellt sich noch die Frage der weiteren Finanzierung der Sozialversicherung, des Gesamtstaatshaushaltes überhaupt. Ich glaube, ich kann kurz darauf eingehen. Die heutige Staatsverschuldung mit 165 Milliarden Schilling und der Zinsendienst mit Rückzahlungen und mit Zinsendienst ergeben doch täglich schon 70 Millionen Schilling. Um diese 70 Millionen Schilling täglich könnte ich 70 Einfamilienhäuser bauen, Herr Kollege Pansi!

Und wie wird das weiter gehen? – Die Verschuldung wird größer werden. Sie wird so groß werden, daß wir im Budget keinen Spielraum mehr haben, denn schon jetzt sind 84 Prozent des Budgets gesetzliche Aufgaben, und etwa 11 Prozent ist der Schuldendienst mit den Rückzahlungen. Bitte, das Rad kann sich nur schneller in Richtung der Inflation drehen. Aber

für mich stellt sich jetzt in der Sozialpolitik die Frage der Zukunft, weil das System der freien Marktwirtschaft angezweifelt wurde.

Da darf ich an Sie, Herr Bundesminister, jetzt einige Fragen richten: Immer mehr Stimmen werden laut, zum Beispiel der Herr Kollege Blecha und der Herr Bundeskanzler, die von Systemänderungen sprechen, die die freie soziale Marktwirtschaft verdammten, die Fonds-lösungen anstreben, die der Meinung sind, dadurch könnte der sozialistische Weg gegangen oder dadurch könnten die Mittel beschafft werden, um der Sozialversicherung das zu geben, was sie in Zukunft braucht. Ich kenne Ihre Bestrebungen, Sie haben sie letztes Mal im Ausschuß deutlich zum Ausdruck gebracht, gerade in Fragen der Konkursversicherung, nämlich daß, wenn irgendwelche Schwierigkeiten in Betrieben auftreten, ausschließlich der Unternehmer und das Management schuld sind.

Ich kenne Ihre Überlegungen in der Konkursversicherung. Sie haben mich nur leicht aufhorchen lassen, weil Sie gesagt haben, es wäre auch eine andere Finanzierung als diese Fonds-lösung möglich. Sie haben fast angedeutet, daß es sinnvoll wäre, diese 400 Millionen Schilling, die heuer im Familienlastenausgleichsfonds überbleiben, das heißt aus dem Fonds überbleiben, der mit 0,4 Prozent für die Wohnungsbeihilfen der Rentner und der Arbeitslosen gespeist wird, zu verwenden, daß etwa daran gedacht werden könnte, hier die Mittel herauszunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Denken Sie an die Strukturprobleme, die in Zukunft zu bewältigen sind. Denken Sie an die Nahversorgung, denken Sie an die Dienstleistung. 150.000 der Selbständigen haben ihren Beruf aufgeben müssen, haben ihre Arbeitsplätze verloren!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt darf ich vielleicht noch einmal den Begriff des Unternehmers prägen, der immer mehr angefeindet wird und dessen Notwendigkeit in der Wirtschaft immer mehr in Frage gestellt wird. Er ist letzten Endes der Mensch, der bereit ist, Risiko zu tragen, der seinen Arbeitsplatz selbst finanziert und in der Folge auch für andere Arbeitsplätze schafft. Ich bin der Meinung, wir brauchen diese Leute, wir brauchen sie als Unterbau für unseren Oberbau, das ist die Sozialversicherung, wir brauchen sie, um diese zu finanzieren.

Ich bin der Meinung, daß Sozialversicherung und Wirtschaft nicht zu trennen sind. Ich bin aber auch der Meinung, daß die Belastbarkeit ihre Grenzen erreicht hat. Wir haben uns im Ausland im Export disqualifiziert, wir haben durch Schillingaufwertung und andere Gesetze

3862

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Kammerhofer

Märkte verloren und geben letzten Endes dem Management schuld. Wir haben das Management, den Unternehmer geschult, als die Regierung falsche Wirtschaftsgesetze beschloß; ich erinnere etwa nur an die Baubremse, die sehr links gezogen hat. Dort sind Firmen in Schwierigkeiten gekommen, und ich sehe nicht ein, daß man dann in jedem Fall behauptet, der Unternehmer trage die Schuld für die Fehlleistungen der Regierung. Denn die ist auch sehr gern bereit, sich Federn an den Hut zu stecken, wenn es darum geht, eine größtmögliche Anzahl von Arbeitsplätzen aufzuweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines möchte ich noch tun, nämlich Sie an den Brief erinnern, den Nenning – ich hätte fast gesagt: der „Wurschtl“ Nenning, denn der Herr Bundeskanzler hat ihn einmal so bezeichnet; einmal bezeichnete er ihn auch als Freund – an die jungen Unternehmer geschrieben hat: „Stück um Stück krepieren.“ Es ist ein Brief, der sehr eindeutig aussagt, in welche Richtung der Sozialismus marschieren muß und marschieren wird. Und dazu möchte ich sagen, daß ich diesen Weg und diesen Marsch nicht als Freiheit empfinde.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich aber der Meinung: Sozialpolitik muß gemeinsam betrieben werden! Sie muß dort die Grenzen haben, wo sie eine Hypothek für die Jugend wird, und die Aufgabe der Zukunft wird es sein, die Sozialgesetzgebung zu humanisieren, zu harmonisieren und wieder lesbar zu machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Weißenberg. Bitte.

Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Weißenberg: Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte, da ich mich mit dieser Wortmeldung zum erstenmal dem Hohen Haus vorstelle, einige allgemeine Bemerkungen voranschicken.

Meinem Amtsvorgänger, Ing. Häuser, war es vergönnt, den Großteil seiner Zielvorstellungen, die er sich gesetzt hatte, auch realisieren zu können.

Die Herren Abgeordneten Schranz und Sekanna haben darauf hingewiesen, daß in der Geschichte unseres Landes noch nie eine Zeit gewesen ist, in der in so kurzer Zeit so viel an Sozialpolitik verwirklicht werden konnte. Es freut mich als Nachfolger des Vizekanzlers Sozialminister Häuser feststellen zu dürfen, daß ihm der Dank jedenfalls der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung sicher sein wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Mit diesem Dank verbinde ich auch die Feststellung, daß alle Versuche, zwischen Häuser und mir einen grundsätzlichen Gegensatz zu konstruieren, scheitern werden und

scheitern müssen, weil wir beide unsere Einstellung aus derselben politischen Bewegung und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gewonnen haben.

So ist es daher auch selbstverständlich, daß ich auf die Frage, welche Sozialpolitik ich beabsichtige, geantwortet habe: Ich werde mich bemühen, dort fortzusetzen, wo Häuser aufgehört hat. Ich werde mich bemühen, alle noch offenen Forderungen der Regierungserklärung und des ÖGB-Programms anzupacken und so weit als möglich auch zu realisieren, wobei natürlich die Entwicklungen unserer Gesellschaft immer neue Probleme stellen werden und alte Lösungen neu überdacht werden müssen.

Diese Sozialpolitik weiterzuführen ist sicherlich eine schwierige und gewaltige Aufgabe, eine Aufgabe, die nicht losgelöst von der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik vor sich gehen kann, allerdings einer Wirtschaftspolitik, die unter der allgemeinen sozialistischen Zielsetzung steht, daß der Mensch das Maß aller Dinge ist und daher auch die Wirtschaftspolitik soziale Zielsetzungen haben wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Es kommt nämlich in der Gesellschaftspolitik nicht nur darauf an, das Sozialprodukt ständig zu erhöhen, sondern auch darauf, die Lebensqualität zu verbessern, Humanverpflichtungen zu erfüllen und das Sozialprodukt gerecht zu verteilen. Um dies zu erreichen, sind nicht nur wirtschaftliche Investitionen, sondern auch soziale Investitionen notwendig. Im Sinne dieser sozialen Investitionen sehe ich die Notwendigkeit, die Sozialpolitik vorwiegend prophylaktisch zu orientieren: durch Gesundheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz, durch Unfallverhütung, durch aktive Arbeitsmarktpolitik, durch Rehabilitation.

Herr Abgeordneter Wiesinger! Gerade diesem Gebiet werde ich sicherlich in der nächsten Zeit besondere Aufmerksamkeit widmen, und ich hoffe, daß die Länder, die die Hauptkompetenz auf diesem Gebiete haben, die Bemühungen meinerseits zu koordinieren, auch aufgreifen werden.

Ich möchte auch die Arbeitsinspektionstätigkeit verstärken, Herr Abgeordneter Steinhuber, weil das auch zur prophylaktischen Sozialpolitik einen bedeutenden Beitrag leisten wird.

Es geht also durch diese Maßnahmen nicht nur um die Erfüllung humaner Verpflichtungen, sondern gleichzeitig auch darum, der Wirtschaft auf Dauer größere Belastungen zu ersparen. Bekanntlich wird ja durch eine Verstärkung der Transfereinkommen auch stabile Kaufkraft geschaffen und somit zum Wirtschaftswachstum ganz erheblich beigetragen.

Bundesminister Dr. Weißenberg

In einer solchen Politik gilt für mich die Maxime: Wenn Rentabilität und Humanverpflichtungen zueinander in Konkurrenz stehen, dann müssen die Humanverpflichtungen jedenfalls den Vorrang haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich hoffe, daß mich jene, die sich immer für eine qualitative Sozialpolitik ausgesprochen haben, im Hinblick auf die Erfüllung der Humanverpflichtungen dabei unterstützen werden. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Für die Sozialpolitik der Regierung gilt ferner die Maxime, daß in ihrem Mittelpunkt der Mensch steht und die Sozialpolitik einen Beitrag dazu zu leisten hat, den Menschen die Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen und zu fördern.

Die sozialpolitischen Ziele der sozialistischen Regierung sind demnach soziale Gerechtigkeit, Beseitigung und Verhinderung jeglicher Diskriminierung – dazu gehört zum Beispiel auch das Problem Arbeiter und Angestellte –, weil es heute einfach nicht mehr vertretbar ist, daß für eine Gruppe bessere Bedingungen im Sozial- und Arbeitsleben bestehen als für die anderen, wenn beide Gruppen gleiche Voraussetzungen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das ist nicht, Herr Abgeordneter Kohlmaier – wie Sie mir bei der Vorstellung der Regierung damals vorgehalten haben –, Gleichmacherei, sondern das ist die Erfüllung der Humanverpflichtungen, und das ist die Erfüllung des Programms, jegliche Diskriminierung zu vermeiden. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Es geht um die Schaffung von Voraussetzungen zur Chancengleichheit in Beruf, Bildung, Ausbildung und Aufstiegsmöglichkeit. Es geht um die Existenzsicherung durch Vollbeschäftigung, garantiertes Einkommen und soziale Sicherheit und es geht um die Wandlung der Objektstellung der Arbeitnehmer in eine Subjektstellung durch Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen und natürlich auch im Bereich des Betriebes.

Eine solche Sozialpolitik soll keineswegs die Eigenkräfte der einzelnen Menschen ersetzen, sondern, ganz im Gegenteil, die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich diese Kräfte überhaupt entwickeln können, damit sich jeder seinen Platz in der Gesellschaft selbst gewinnen kann.

In diesem Sinne hat sich die Sozialpolitik über die ursprünglichen klassischen Ziele einer reinen Arbeitnehmerpolitik schon seit langem hinausentwickelt und ist zum Hauptbestandteil unserer modernen Wohlfahrtsstaatspolitik geworden.

Eine solche Wohlfahrtsstaatspolitik wird aber

immer auf der Seite der Schwächeren stehen. Der Kampf gegen die Armut kann nur durch die Solidarität der Reicher gewonnen werden. Das Prinzip der Umverteilung von den begüterten zu den ärmeren Schichten, von den Gesunden zu den Kranken, von den Beschäftigten zu Arbeitslosen und zu den aus dem Arbeitsplatz ausgeschiedenen älteren Personen ist daher nicht, so wie Sie, Herr Abgeordneter Kohlmaier, in der Nationalratssitzung vom 6. Oktober gesagt haben, ein Prozeß, daß immer größere Teile unseres Einkommens unserer eigenen Verfügung entzogen werden und der kollektiven Verfügung übertragen werden. Ganz im Gegenteil! Das ist der notwendige soziale Ausgleich, um gesellschaftliche Spannungen, die unser Staatsgefüge erschüttern könnten, zu vermeiden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wer dieses Prinzip leugnet, leugnet auch gleichzeitig die seit Jahrzehnten, zum Teil sogar seit einem Jahrhundert vor sich gegangene Entwicklung in unserem Sozialsystem, im System der Sozialversicherung, in dem System der sozialen Vorsorgungseinrichtungen.

Wer Maßnahmen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik verlangt, wer staatliche Hilfe für die Altenversorgung verlangt, muß auch bereit sein, dem Staat die notwendigen Mittel zur Verteilung zur Verfügung zu stellen. Worauf es dabei ankommt, ist es, daß diese Mittel nach sozialen Gesichtspunkten aufgebracht werden.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß man unter sozialen Gesichtspunkten keineswegs die Vorgangsweise verstehen kann, wie es zum Beispiel der Niederösterreichische Landtag versucht, das Spitalsproblem zu finanzieren. Der Beschuß des Landtages ist mit Mehrheit gefaßt worden.

Herr Abgeordneter Vetter! Sie haben gesagt, zur Objektivität soll man dazu erwähnen, wie die Beschlüsse in Salzburg zustande gekommen sind. Zur Objektivität möchte ich Sie daran erinnern, daß auch der Salzburger Landtag mit Mehrheit den Beschuß gefaßt hat, ein ähnliches Landesgesetz zur Finanzierung der Spitäler zu beschließen, ein Gesetz, das den Anfang gemacht hat, in Tirol fortgesetzt wurde und nunmehr seinen Höhepunkt in Niederösterreich gefunden hat.

Aber, meine Damen und Herren, wenn der Vorschlag, der Vorstoß Niederösterreichs, der ja zweifellos von den anderen Ländern nachvollzogen werden wird – denn wenn einmal der Beginn gemacht wird, ist ja die Lawine nicht mehr aufzuhalten –, Schule in Österreich macht – ich fürchte, das wird unausbleiblich werden –, dann hat Niederösterreich eine Lawine losgetre-

3864

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Bundesminister Dr. Weissenberg

ten, die dazu führt, daß insgesamt von der Krankenversicherung nach der heutigen Valuta um 4 Milliarden Schilling mehr aufgebracht werden müßten. Von der Krankenversicherung, deren Beitragszahler proportionale Beiträge zu ihrer Versicherung leisten, die abgeschnitten sind bekanntlich mit der Höchstbeitragsgrundlage.

Das heißt, ein Finanzierungssystem für die Spitäler zu wählen, das die Ärmeren stärker heranzieht als die Reicherer, das heißt, daß man verzichtet darauf, Finanzierungssysteme, die progressiv die Reicherer stärker heranziehen als die Ärmeren, in die Waagschale zu werfen.

Meine Damen und Herren! Das ist zweifellos eine Belastungslawine, die losgetreten wurde, die sicherlich keinen Vergleich sonst in unserer Sozialpolitik bisher gehabt hat, daß man nämlich eine Lawine in der Form lostritt, daß man die ärmeren Schichten mehr zahlen läßt als die reicherer.

Und nun zu den ganzen Fragen der Sozialversicherung, die hier angeschnitten worden sind. Der Herr Abgeordnete Wiesinger hat mich daran erinnert, daß ich als Präsident des Hauptverbandes vor einiger Zeit von der „Stunde Null“ gesprochen habe, und mich gefragt, was sei denn in den ganzen Jahren, in denen ich Präsident war, geschehen, um diese „Stunde Null“ zu vermeiden?

Ich glaube nicht, daß heute meine Funktion als Präsident des Hauptverbandes zur Diskussion steht, aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß die Enquete, die 1971 von meinem Vorgänger Häuser durchgeführt wurde, sich mit den Problemen der Krankenversicherung so auseinandergesetzt hat, daß immerhin die 29. Novelle als Produkt dann von diesem Hohen Haus beschlossen werden konnte. Nun aber hat damals diese Enquete noch nicht in voller Tragweite erkannt, was sich in der Zwischenzeit herausgestellt hat.

In den letzten zehn Jahren sind etwa die Einnahmen der sozialen Krankenversicherung um 275 Prozent gestiegen; die Ausgaben für die ärztliche Hilfe um 298 Prozent, die Ausgaben für Heilmittel um 315 Prozent, die Ausgaben für Anstaltpflege um 375 Prozent, also alle Ausgabenpositionen unserer Krankenversicherung haben sich weit, weit über das hinausentwickelt, was die Einnahmen im Rahmen der Lohn- und Gehaltsbewegungen gebracht haben. Es hat sich eine Schere ergeben, auf die mehrmals schon in der Diskussion hingewiesen wurde, eine Schere, die, wenn sie sich fortsetzt, dazu führen müßte, entweder die Leistungen zu kürzen, die Beiträge zu erhöhen oder nach anderen Maßnahmen zu suchen, um sie schließen zu können.

Und deshalb, Herr Abgeordneter Wiesinger, um die Leistungskürzungen zu vermeiden und um Beitragsbelastungen zu vermeiden, habe ich die Interessenvertretungen und die Vertragspartner der Sozialversicherung eingeladen, am 10. Dezember ein gemeinsames Gespräch zu führen, wie man die Probleme bewältigen kann. Und das ist der Grund. Nicht, daß die Enquete 1971 versagt hätte, sondern daß die Entwicklung sich in einem so rasanten Tempo abgespielt hat, daß neue Maßnahmen gesetzt werden müssen.

Aber mein Ziel, meine Damen und Herren, besteht nicht darin, die Versicherten neuerlich mit Beiträgen zu belasten, wie es auf Grund der niederösterreichischen Vorgangsweise notwendig werden würde, sondern mein Ziel besteht darin, daß man versuchen muß, durch interne Maßnahmen der Krankenversicherung die Scherentwicklung aufhalten zu können. Und deshalb habe ich keineswegs die Absicht gehabt und möchte das hier im vollen Bewußtsein sagen, mit der Ärzteschaft auf Kollisionskurs zu geraten. Ich habe auch keine Pauschalverdächtigungen ausgesprochen. Man muß nur das, was in Zeitungen geschrieben wird, immer auch dort anhören, wo es ausgesprochen wurde.

Ich hatte bei einer Pressekonferenz zu den Problemen der Krankenversicherung Stellung genommen und auf die Fragen, die an mich gerichtet wurden: Was gedenken Sie, Herr Minister, dazu beizutragen?, darauf hingewiesen, daß Maßnahmen gesetzt werden müssen, um Leistungskürzungen und Beitragserhöhungen zu vermeiden.

Welche Maßnahmen könnten das sein?, wurde ich gefragt. Ich habe darauf hingewiesen, daß allgemein bestimmte Probleme diskutiert würden – und das habe ich auch ausdrücklich in der Pressekonferenz erwähnt –, und wären die Herren Ärzte zu dieser Pressekonferenz gekommen, hätten sie an Ort und Stelle davon erfahren und nicht erst aus nicht ganz richtig wiedergegebenen, zumindest aus dem Zusammenhang gerissenen Worten, die in den Zeitungen gebracht wurden, ihr Wissen geschöpft.

Ich habe darauf hingewiesen, daß in der Öffentlichkeit über bestimmte Probleme diskutiert wird, und das kann niemand bestreiten, der mit der Öffentlichkeit in Kontakt ist.

Vielfach ist mir in Versammlungen, vielfach in unmittelbaren Diskussionen gesagt worden, daß größte Zweifel daran bestehen, ob wirklich für jeden Versicherten, wenn er seinen Krankenschein behebt – und manche sollen das angeblich zum Quartal automatisch besorgen –, auch tatsächlich immer Leistungen medizinischer Art erbracht werden. Ich habe nie behauptet, daß es so ist, ich habe lediglich

Bundesminister Dr. Weißenberg

festgestellt, daß das in den Versammlungen ständig an mich herangetragen wird.

Und das, meine Damen und Herren, kann sich ein Sozialminister oder überhaupt irgendein verantwortlicher Politiker nicht leisten, daß er dann, wenn er solche Informationen bekommt, den Kopf in den Sand steckt und sich dem Vorwurf aussetzt, nichts dazu beigetragen zu haben, solche Zustände zu ändern.

Herr Abgeordneter Wiesinger! Weil Sie gemeint haben, ich habe mich zu oft zu Wort gemeldet – ich will jetzt nicht sagen, wer das von uns beiden öfter getan hat –: Ich habe mich deshalb, Herr Abgeordneter, zu dieser Frage zu Wort gemeldet, weil es in meiner Verantwortung, die mir vom Herrn Bundeskanzler und vom Herrn Bundespräsidenten übertragen wurde, liegt, daß ich den Finger auf diese Wunde lege, damit man gemeinsam zu Entscheidungen kommt, um Fragen, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden, befriedigend lösen zu können. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun wurde an mich auch die Frage hinsichtlich des Honorarsystems gerichtet. Natürlich steht die ganze Ausgabenentwicklung bezüglich der ärztlichen Hilfe auch mit dem Honorarsystem in Verbindung. Und wenn vorhin die Frage der Krankenscheine angeführt wurde, so steht diese natürlich ebenfalls mit dem Honorarsystem in Verbindung. Ich habe dazu nicht einen bestimmten Vorschlag gemacht, das kann mir niemand sagen. Die Damen und Herren aus Vorarlberg, wo zum erstenmal die Frage eines anderen Honorierungssystems zur Sprache gekommen ist, können dies ja bestätigen. Ich habe nie vorgeschlagen, ein Registrierungssystem einzuführen, sondern ich habe vorgeschlagen, über ein Eintragungssystem zu diskutieren, ein System, das sich in Holland bewährt hat und das schon vor einiger Zeit auch in Österreich von maßgeblichen Funktionären der Ärzteschaft und von maßgeblichen Funktionären der Sozialversicherung studiert wurde.

Ein solches System der Eintragung in der Liste eines Arztes hätte zur Folge, daß der Arzt zunächst ein Grundpauschale für die Eintragung bekommt und im übrigen ein echtes Leistungshonorar für die tatsächlich erbrachten Leistungen. Ein Honorarsystem, wie es unserer Leistungsgesellschaft, die ja immer auch von Ihrer Seite betont wird, besonders entsprechen würde. Aber ich habe nie davon gesprochen, daß eine solche Eintragung eine Bindung auf ein Jahr erzielen soll oder erzielen muß. Ich habe lediglich gesagt, ein solches System könnte auch dazu beitragen, dem Hausarzt, der, glaube ich, ja doch unsere ideale Zielvorstellung ist, die Arbeit erleichtern zu können.

Und nun noch einige Fragen zum Spitalswesen, das ja bekanntlich nicht in die Kompetenz des Sozialministeriums gehört, das aber doch insofern den Sozialminister auch angeht, als ja die Krankenversicherung gerade durch den Spitalssektor am meisten betroffen ist.

Der Herr Abgeordnete Scrinzi hat gesagt, daß schon vor einiger Zeit davon gesprochen wurde, man müßte vom Abgangsdeckungssystem abgehen. Genau das war auch immer mein Standpunkt, als ich noch Sozialversicherungsfunktionär gewesen bin, und genau das ist auch der Grund, warum die Lösung des Spitalsproblems nicht auf dem niederösterreichischen Weg gefunden werden kann, denn wenn man in die Spitäler die Mittel hineinsteckt, ohne zu kontrollieren, was damit geschieht, dann wird man wahrscheinlich keinen Beitrag dazu leisten, daß dort auch wirklich wirtschaftlich gearbeitet wird.

Ein kleines Beispiel, das mir der Herr Präsident Piaty persönlich gesagt hat – damit möchte ich auch gleich zum Ausdruck bringen, daß ich mit Herrn Präsidenten Piaty über die Krankenversicherungsprobleme nicht über die Zeitungen und Medien gesprochen habe, sondern daß ich in dauerndem Kontakt mit ihm bin.

Herr Präsident Piaty hat mir einmal von einem Landeskrankenhaus in der Steiermark erzählt, wo jede medizinische Abteilung eine Intensivstation bekommen sollte, was nach seinen Aussagen ungefähr 40 Personen zusätzlich zur Bewältigung der Aufgaben in den Intensivstationen zur Folge gehabt hat. Es ist die Frage, ob in diesem Krankenhaus nicht schon eine Intensivstation zuviel gewesen wäre, der Größenordnung entsprechend. Jedenfalls gibt es genügend umliegende Krankenhäuser, dort die Intensivfälle entsprechend behandeln zu können.

Ist das die Möglichkeit, wie man die Krankenanstalten sanieren kann? Ich glaube – an solchen Beispielen sieht man es –, dort stecken die Möglichkeiten, wie man nicht nur der Krankenversicherung, sondern wie man der gesamten Bevölkerung die Ausgaben für unseren Gesundheitssektor doch beträchtlich ermäßigen könnte.

Ein anderes Beispiel, das mir erst vor kurzem auch demonstriert wurde, ist ein oberösterreichisches Krankenhaus, ein Krankenhaus – man höre und staune –, das keinen Abgang hat; es ist das Krankenhaus in Kirchdorf. Es mögen dort besondere Umstände vorliegen, jedenfalls ist es in der Praxis möglich, solche Krankenanstalten auch so zu führen, daß sie abgangslos gebaren können.

Der Herr Abgeordnete Scrinzi hat dann noch

3866

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Bundesminister Dr. Weissenberg

die Krankenstandstage in Frage gestellt. Ich kann ihm versichern, daß die Aussendung des Hauptverbandes über die Krankenstandstage durchaus richtig ist. Man hat nur eines vergessen, was bei Ihnen einen gewissen Irrtum erzeugen konnte: die letzten Ziffern beinhalten nämlich auch schon die Krankenstandstage, die nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz nunmehr statistisch relevant geworden sind, nämlich die ersten drei Tage einer Erkrankung oder überhaupt die kurzfristigen Erkrankungen, die nur ein, zwei oder drei Tage gedauert haben, die aber bisher in der Statistik nie erfaßt wurden, weil sie für die Sozialversicherung nicht relevant geworden waren.

Der Herr Abgeordnete Melter hat an mich die Frage gestellt und hat den Ausdruck gebraucht, daß mit der 32. ASVG-Novelle ein Raub an den Beiträgen der Versicherten vorgenommen wird. Er hat den Vergleich gezogen: Was sagt denn die Sozialistische Partei, die doch 1968 gegen die Maßnahmen der ÖVP demonstriert hat, nun 1977 dazu?

Herr Abgeordneter Melter! Sie waren ja damals dabei und wissen ganz genau, daß im Jahr 1968 die damalige Parlamentsmehrheit vom Pensionsanpassungsgesetz abgegangen ist, das 1965 beschlossen wurde, und ein Finanzierungskonzept für die Pensionsversicherung aufgestellt hat, das in Etappen herbeiführen wollte, daß zu einem Drittel der Bund, zu einem Drittel die Arbeitgeber und zu einem Drittel die Arbeitnehmer die Pensionsversicherung finanzieren sollten. Damals ist man aus finanziellen, budgetären Gründen davon weggegangen und hat es der Pensionsversicherung unmöglich gemacht, entsprechende Reserven aufzubauen, die es nun wiederum möglich gemacht hätten, in den kritischen Jahren, in denen wir uns jetzt befinden, statt den Staatszuschuß in Anspruch zu nehmen, auf die Reserven zu greifen. Das war nicht einmal, bitte, das war eine Dauereinrichtung, die abermals gemacht wurde, an der wir heute in unserem Finanzierungssystem der Pensionsversicherung noch leiden. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Und noch etwas, meine Damen und Herren. Dieses damals kritisierte Gesetz hat außerdem verfügt, daß die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, weil sie Überschüsse erzielt hat, 200 Millionen Schilling an die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter zur Erleichterung des Bundeszuschusses überweisen mußte, eine Maßnahme, meine Damen und Herren, die mit Sozialpolitik und dergleichen überhaupt nichts zu tun gehabt hat, die überhaupt nur mehr fiskalisch erklärbar ist, weil die Beziehungen zwischen Unfallversicherung und Pensionsversicherung ja in keiner Weise gestatten würden, Beiträge einfach zu transferieren.

Es sind damals ja auch die Arbeitnehmerkollegen, die in den Arbeiterkammern dazu Stellung genommen haben, durchaus dieser Kritik beigetreten.

Aber worum es jetzt geht, Herr Abgeordneter Melter, das ist, wie Sie ja wissen – es steht auch in den Erläuterungen zur Regierungsvorlage –, einer Strukturänderung, die sich ergeben hat, Rechnung zu tragen. Wenn nunmehr die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten an die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter Beiträge überweisen soll, dann deshalb, weil ja bekanntlich der Strom vom Arbeiterstatus zu dem Angestelltenverhältnis immer stärker geworden ist, weil sich ja auch gleichzeitig die Bewegung ergeben hat, daß man Arbeiter – ohne an ihrem Arbeitsstatus etwas zu ändern – zu sogenannten Ehrenangestellten gemacht hat, zum Teil nur deshalb, weil es im Sozialversicherungsrecht eben für Angestellte billigere Beiträge als für Arbeiter gegeben hat.

Eine solche fiskalische Maßnahme darf und kann nicht nur die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter tragen, und deshalb wird das Gesetz, das – wie ich hoffe – in der nächsten Parlamentssitzung beschlossen werden kann, vorsehen, daß ein Strukturausgleich durch Überweisung von Beiträgen von der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten an die der Arbeiter erfolgen wird. Ich glaube, daß man damit, Herr Abgeordneter Melter, den Vergleich zu 1968 wirklich nicht ziehen kann. Es hat sich in beiden Fällen um völlig andere Dinge gehandelt.

Nun, meine Damen und Herren, noch einige Bemerkungen zu der Frage der Zuschußrenten, einer Frage, die auch in der letzten Zeit sehr stark die Gemüter bewegt hat.

Das eigentliche Zuschußrentenproblem – darin sind die Vertreter der Bauernschaft mit uns völlig einig – besteht im Grunde genommen in der Frage der Anrechnung des Ausgedingens, einer Anrechnung, die im Rahmen der Zuerkennung einer Ausgleichszulage eine Rolle spielt. Denn bekanntlich hat ja auch jeder Zuschußrentenempfänger gleich wie jeder ASVG-Pensionist oder Bauerpensionist den Anspruch auf ein Einkommen in der Höhe des Ausgleichszulagenrates. Aber wie bei jedem anderen Pensionssystem wird auch bei den Zuschußrentnern natürlich jedes Einkommen angerechnet, und dadurch wird natürlich auch beim Zuschußrentner neben der Rente, die – wie ich zugebe – nicht besonders hoch ist, die noch in der Zeit der ÖVP-Regierung beschlossen worden ist, auch das Ausgedinge angerechnet, ein Ausgedinge, das durch das Bauern-Pensionsversicherungsgesetz pauschaliert bewertet wird.

Bundesminister Dr. Weissenberg

Diese pauschalierte Anrechnung ist damals sicherlich aus guten Gründen gekommen, denn die Herren von der ÖVP haben in der Debatte zu diesem Gesetz ausdrücklich gesagt, es handelt sich bei der Zuschußrente um ein Bargeld, das dem alten Bauern übergeben werden soll, während er eigentlich von dem lebt, was das Ausgedinge darstellt.

Weil nun sicherlich in einigen Fällen das Ausgedinge nicht erbracht werden kann, wie zum Beispiel dann, wenn es überhaupt keinen Übernehmer mehr gibt, wenn der Übernehmer verstorben oder der Betrieb zugrunde gegangen ist, oder vielleicht in einigen Fällen auch nicht erbracht werden kann, weil die Übernehmer nicht die nötigen Mittel haben, entsteht für die betroffenen Zuschußrentner zweifellos eine Notlage.

Aber – das muß ich wiederholen – ebenso wie für die ASVG-Pensionisten und für alle anderen Pensionisten gilt der in Österreich seit langem bestehende Grundsatz, daß bei Notlage die Sozialhilfe der Länder einzuspringen hat. Dieser Grundsatz, meine Damen und Herren, steht nicht nur in den Gesetzen drinnen, sondern wurde auch ausdrücklich von den Herren Landeshauptleuten, die vor kurzem in Tirol eine Tagung gehabt haben, bestätigt. Daran läßt sich nicht rütteln, auch wenn man aus politischen Gründen diese Tatsache nicht wahrhaben will.

Jeder Zuschußrentner, dem das Ausgedinge nicht voll erbracht wird, hat daher nach dem geltenden Recht Anspruch auf die Landessozialhilfe. Und das, meine Damen und Herren, ist keineswegs etwas Ehrenrühriges. Denn erst vor kurzem haben auch ÖVP-Landeszeitungen die ÖVP-Landesbeschlüsse über Sozialhilfegesetze emphatisch und begeistert begrüßt.

Aber, meine Damen und Herren, wissen Sie, wie viele Zuschußrentner heute eine solche Landessozialhilfe tatsächlich beziehen? Es sind – jetzt bitte muß ich eine Pause machen, damit Sie die Ziffer wirklich erkennen können – in ganz Österreich derzeit 97 Personen, 97 Zuschußrentner, die bisher den Weg zur Sozialhilfe gefunden haben.

Und dafür gibt es nur eine Erklärung: Entweder wurde die Zahl der notleidenden Zuschußrentner aus politischen Gründen bewußt weit übertrieben, oder es haben die zuständigen Vertretungen versagt, ihre Berufsangehörigen darauf aufmerksam zu machen, daß sie Rechtsansprüche an die Sozialhilfe stellen könnten. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Und das, glaube ich, muß man in der Diskussion bezüglich der Zuschußrentner beachten. (Zwischenrufe bei der ÖVP. – Abg. Dr. Tull: Wenn es nicht stimmt, dann widerlegen Sie es, Frau Wieser! Bringt Sie Beweise dafür!)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, nunmehr davon sprechen, daß insgesamt 40.000 Zuschußrentner einen solchen Anspruch auf die Überbrückungshilfe stellen werden – wobei die Voraussetzungen für die Gewährung einer Überbrückungshilfe dieselben sind wie die Voraussetzungen für eine Sozialhilfe, nur vielleicht ein bißchen anders formuliert –, wenn Sie also sagen, daß 40.000 Zuschußrentner nunmehr einen Anspruch – keinen Anspruch, sondern eine Leistung – auf diese Überbrückungshilfe bekommen sollten, dann muß ich die Frage stellen, ob Ihnen dann auch bewußt ist, wenn diese Ziffern stimmen würden, wie ungeheuerlich das Versagen gewesen sein muß, daß diesen 40.000 bisher der Weg zur Sozialhilfe nicht aufgezeigt worden ist. (Zustimmung bei der SPÖ. – Anhaltende Zwischenrufe der Abg. Dr. Zittmayr und Helga Wieser.)

Meine Damen und Herren! Ich kann es einfach nicht glauben, daß es wirklich . . . (Abg. Dr. Zittmayr: Sie haben doch die Umwandlung in Bauerpensionen versprochen!) Das ist etwas ganz anderes, Herr Abgeordneter! – Ich kann es einfach nicht glauben, daß es 40.000 Bauern geben kann, die von ihren Kindern so sehr im Stich gelassen werden, so sehr im Stich gelassen worden sind, daß sie heute Hunger leiden müssen. (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.) So viel Hartherzigkeit kann es nicht geben. (Abg. Dr. Zittmayr: Wie versprochen, so gebrochen!) So viel Hartherzigkeit kann es nicht geben, und ich glaube an das Gute im Menschen. Ich glaube daher nicht daran, daß es tatsächlich 40.000 solcher Menschen gewesen sein könnten. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. – Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Wie erwähnt, gilt für die Zuschußrentner auch das Ausgleichszulagenrecht. (Abg. Dr. Zittmayr: Herr Minister, Sie haben es versprochen! – Abg. Helga Wieser: Der Bundeskanzler hat es versprochen!) Die Richtsätze für die Ausgleichszulagen sind mehrmals von der sozialistischen Regierung erhöht worden. Damit sind auch Leistungen für die Zuschußrentner erbracht worden. Es ist völlig unwahr, wenn man behauptet, daß für die Zuschußrentner nichts geschenkt ist. Es wurde für die Zuschußrentner das Ausgleichszulagenrecht gleich wie für die anderen verbessert. (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Wenn man also verschweigt, daß die Zuschußrentner an der Sozialpolitik der Regierung beteiligt gewesen sind, dann spricht man bewußt die Unwahrheit!

Aber, meine Damen und Herren: Der Kampf der Regierung gegen die Armut hat sich auf alle Gruppen erstreckt, nicht nur auf die Zuschuß-

3868

Nationalrat XIV. GP - 41. Sitzung - 3. Dezember 1976

Bundesminister Dr. Weißenberg

rentner. (Beifall bei der SPÖ. - Heftiger Widerspruch bei der ÖVP. - Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)

Dazu, meine Damen und Herren, einige Ziffern. Zunächst zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Melter, der gesagt hat, daß die Mittel der Sozialversicherung gegenüber anderen Vergleichspositionen abgesunken sind.

Herr Abgeordneter Melter! Im Jahre 1965 hat der Anteil der Mittel der Sozialversicherung gemessen am Bruttonationalprodukt, in Prozentsätzen ausgedrückt, 11,2 Prozent betragen. Durch die sozialistische Regierung war es möglich, diesen Anteil 1975 - es ist das die letzte Ziffer, die wir zur Verfügung haben - auf 13,5 Prozent zu erhöhen. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun noch zur Frage der Armut: Während sich in den fünf Jahren der ÖVP-Regierung die Löhne um brutto 36 Prozent erhöht haben, sind die Löhne in den nächstfolgenden ersten fünf Jahren der sozialistischen Regierung um 74 Prozent gestiegen.

Während 91,2 Prozent der Beschäftigten und ihrer Angehörigen im Jahr 1969 von der Krankenversicherung geschützt waren, sind es inzwischen 96,9 Prozent.

Die durchschnittliche Alterspension - das wurde heute schon erwähnt - hat sich in der ÖVP-Zeit um 33 Prozent erhöht, hat sich in den ersten fünf Jahren der SPÖ-Regierung um 53 Prozent erhöht (Beifall bei der SPÖ) und wird 1977 um 87 Prozent höher sein als zu dem Zeitpunkt, zu dem die sozialistische Regierung ihre Tätigkeit aufgenommen hat. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Gruber: Davon sind 60 Prozent Inflation, Herr Minister!)

Die durchschnittliche Jahrespensionsanpassung in der ÖVP-Zeit betrug 6,8 Prozent, die durchschnittliche Anpassung in der SPÖ-Zeit beträgt 10,2 Prozent. (Erneuter Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Gruber: Wenn Sie den Inflationsfaktor berücksichtigen, ist es weniger!) Ich komme darauf schon noch zurück, Herr Abgeordneter. Ich komme darauf zurück.

Der Ausgleichszulagenrichtsatz für den Alleinstehenden hat in der ÖVP-Zeit um 43 Prozent zugenommen, in den ersten fünf Jahren der SPÖ-Regierung um 77,4 Prozent. (Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ich weiß schon, es paßt Ihnen nicht, die Wahrheit zu hören, aber hören Sie sich das bitte vielleicht doch an (Abg. Dr. Gruber: Herr Minister! Tun Sie uns nicht abkanzeln! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe von Abgeordneten der SPÖ.)

In den ersten fünf Jahren der SPÖ-Regierung 77,4 Prozent (weitere heftige Protestrufe bei der

ÖVP), von 1970 . . . (Abg. Dr. Gruber: So geht das nicht! - Abg. Sekanina: Pudeln Sie sich nicht auf! - Weitere heftige Zwischenrufe von Abgeordneten der ÖVP und Gegenrufe von Abgeordneten der SPÖ.)

Präsident (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Bitte um Ruhe! (Abg. Sekanina: Sie sind in meinen Augen ein perfekter Demagogue, Herr Dr. Gruber! - Abg. Dr. Koren: Ordnungsruf für Sekanina! So geht das nicht! - Anhaltende Rufe bei der ÖVP: So geht es wirklich nicht! - Abg. Dr. Schwimmer: Einen Ordnungsruf für Sekanina! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Bundesminister Dr. Weißenberg (fortsetzend): Meine Damen und Herren! In der SPÖ-Zeit von 1970 bis 1977 ist der Ausgleichszulagenrichtsatz um 118,7 Prozent gestiegen. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. - Gegenrufe des Abg. Sekanina. - Abg. Dr. Schwimmer: Das brauchen wir uns nicht gefallen lassen!)

Nun hat der Herr Abgeordnete Kammerhofer gesagt . . . (Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Dr. Gruber. - Abg. Sekanina: Gehen Sie hinaus, Herr Gruber! - Gegenrufe des Abg. Dr. Schwimmer.) Der Herr Abgeordnete Kammerhofer hat gesagt, es sind das ja nur Nominalzahlen, die ich jetzt bringe; diese Beträge, diese Steigerungsraten sind ja durch die Inflation aufgesaugt worden. (Rufe bei der ÖVP: Das ist ein Skandal! - Abg. Dr. Tußl: Was Sie gemacht haben von 1966 bis 1970, das war ein Skandal!)

Der Herr Abgeordnete Schwimmer hat in einem Zwischenruf während der Rede des Herrn Abgeordneten Schranz gesagt: Herr Schranz, Sie müssen das einmal ausrechnen! - Ich habe mich dieser Aufgabe nunmehr unterzogen und habe ausgerechnet, wie bei den Ausgleichszulagen das Verhältnis zur Bruttosteigerung und zur Kaufkraftsteigerung ist.

Die durchschnittliche Jahreskaufkraftsteigerung der Ausgleichszulagenbezieher war 3,28 Prozent in der Zeit von 1966 bis 1970 und 4,4 Prozent in der Zeit von 1970 bis 1977.

In der Kriegsopfersversorgung - denn auch die Kriegsopfersversorgung ist ja ein Bestandteil unseres Kampfes gegen die Armut - war die durchschnittliche Steigerung der Renten 10,75 Prozent während der Zeit von 1966 bis 1970. Ein durchaus respektabler Betrag, wenn man das mit der Inflationsrate vergleicht. Aber in der SPÖ-Zeit von 1970 bis 1977 sind bei den Kriegsopfersversorgungsleistungen die Steigerungen 21,71 Prozent gewesen, also rund das Doppelte. (Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Bundesminister Dr. Weißenberg

Noch eine Ziffer, die den Kampf gegen die Armut belegen hilft. Die Zahl der Ausgleichszulagenempfänger hat 1969, gemessen am Gesamtstand an Pensionen, 25,4 Prozent betragen, 1975 nur mehr 21,7 Prozent: es gibt also wesentlich höhere Pensionsleistungen, als es damals der Fall gewesen ist, und das, obwohl Sie alle wissen, meine Damen und Herren, daß die AZ, die Ausgleichszulagenrichtsätze, in der Zwischenzeit mehrmals über die Anpassung hinaus angehoben wurden und damit natürlich mehr Personen auch in die Ausgleichszulage hätten hineinfallen müssen. Aber genau das Gegenteil ist eingetreten: es ist der heutige Anteil 21,7 Prozent gegenüber dem früheren Anteil von 25,4 Prozent.

Meine Damen und Herren! Das ist der an Zahlen bewiesene Kampf der Regierung gegen die Armut, der sicherlich noch nicht gewonnen ist. Ich befürchte auch – das gebe ich zu –, daß er leider niemals wird gewonnen werden können, weil ja die Armutrelationen und die Begriffe, was Armut ist, sich mit dem steigenden Wohlstand der Gesamtbevölkerung natürlich auch ändern werden.

Meine Damen und Herren! Nun auch wieder einen Vergleich, damit man sieht, wie man die Probleme der Armut bekämpfen kann. Die Ziffern bezüglich der Tätigkeit, die die Regierung geleistet hat, habe ich Ihnen gegeben. Wie schauen demgegenüber die Richtsätze der Sozialhilfe der Länder aus? Darauf wurde schon hingewiesen, der Herr Abgeordnete Schranz hat das allgemein erwähnt, ich möchte das aber an Hand von Ziffern belegen.

In Niederösterreich beträgt, obwohl der ASVG-Richtsatz für Alleinstehende 2625 S ausmacht, der Sozialhilferichtsatz 2018 S, in Oberösterreich 2135 S, in Salzburg 1955 S, in der Steiermark gibt es zwei verschiedene, den allgemeinen: 1810 S, den gehobenen: 2160 S, in Tirol beträgt der Richtsatz 2100 S, in Vorarlberg 2070 S. Ich weiß schon, daß zu den allgemeinen Sozialhilfeleistungen noch individuelle Leistungen hinzukommen können, das möchte ich keineswegs bestreiten. Aber man muß ja die Relationen in den absoluten Ziffern sehen, und das zeigt doch, daß in den Ländern, die ich genannt habe, der Kampf gegen die Armut doch ein bißchen anders ausschaut als der Kampf, den die Regierung gegen die Armut geleistet hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Und zum Schluß noch eine Bemerkung. (Abg. Dr. Schwimmer: Warum haben Sie Kärnten und Burgenland ausgelassen?) Kann ich Ihnen auch sagen, natürlich. Der Satz im Burgenland beträgt 1625 S (Abg. Dr. Schwimmer: Aha!), dazu kommt ein Betrag von 195 S für Erwerbsunfähige oder für im Pensionsalter stehende

Personen. Er kommt also damit durchaus dem gleich, was in der Steiermark oder in Salzburg ... (Abg. Dr. Gruber: Sie haben es ja so dargestellt, als ob nur die ÖVP-Länder solche Sätze hätten!) Es bleibt Ihnen völlig anheimgestellt, meine Ausführungen zu ergänzen. (Abg. Dr. Gruber: Das ist Ihre Objektivität, Herr Minister! – Abg. Dr. Schwimmer: Reinst Manipulation von der Regierungsbank! – Abg. Dr. Gruber: Eine reine Manipulation, was Sie betreiben!)

Meine Damen und Herren! Damit mir nicht Manipulation vorgehalten wird, gebe ich Ihnen die anderen Zahlen auch noch bekannt. Kärnten hat allgemein 1840 S, der gehobene Richtsatz beträgt 2180 S, liegt also über dem, was ich vorher bei anderen Bundesländern gesagt habe; da braucht man sich also durchaus nicht zu verstecken.

In Wien liegt der Richtsatz bei 1896 S plus Zuschlag von 680 S und erreicht damit ... (Abg. Dr. Gruber: Wie sind die Zuschläge in anderen Ländern? In Niederösterreich, bitte?) Die Zuschläge in anderen Ländern sind auf der Statistik, die ich habe, deshalb nicht drauf, weil es solche Zuschläge in genereller Form nicht gibt (Abg. Dr. Schwimmer: Das ist ja nicht wahr!), sondern höchstens in individueller Form. (Abg. Dr. Schwimmer: Wieder Manipulation! – Abg. Dr. Gruber: Reine Manipulation, was da betrieben wird!)

Meine Damen und Herren! Sie können jederzeit diese Richtsätze überprüfen, es stehen Ihnen ja wahrscheinlich sowohl die Länder zur Verfügung als ... (Abg. Dr. Gruber: Die Manipulation besteht darin, daß Sie zunächst nur ÖVP-Länder genannt haben!) Ich habe es nicht für notwendig befunden, Wien besonders zu nennen, weil das der Herr Abgeordnete Schranz bereits getan hat. (Weitere Zwischenrufe. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Aber im übrigen, Herr Abgeordneter, habe ich versucht, gegenüberzustellen, was die sozialistische Regierung gemacht hat und was in einigen von der ÖVP dominierten Ländern geschehen ist.

Meine Damen und Herren! Ich wollte mit diesen Ziffern beweisen, daß die Regierung den Kampf gegen die Armut ernstgenommen hat, ihn zwar noch nicht gewonnen hat, aber ihn mit diesem Elan, den sie bisher gehabt hat, weiterführen wird. Danke. (Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Sekanina einen Ordnungsruf für den Zuruf: Sie sind ein ausgesprochener Demagoge!

3870

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Präsident

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Meißl. (Abg. Dr. Zittmayr: *Der Anton erteilt seinem Stellvertreter einen Ordnungsruf, den kann er sich einrahmen und im Fußballverband aufhängen!*)

Abgeordneter Meißl (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn das Kapitel soziale Verwaltung zur Diskussion steht, so ist es wohl selbstverständlich, daß auch eine brennende Frage mitbehandelt wird, die zurzeit die Öffentlichkeit und die Menschen in unserem Lande berührt. Ich hätte mich fast gewundert, wenn dieses Problem nicht gekommen wäre, aber ich war sehr überrascht, daß die Situation der Zuschußrentner gerade vom Herrn Bundesminister angezogen wurde, und zwar nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“.

Den Kampf gegen die Armut hat Ihr Ressort in dieser Frage nicht bestanden. Das muß eindeutig festgestellt werden. Hier sind die Sozialisten in Verzug geblieben. Sie haben dieses Problem nicht so geregelt, wie es aus Gründen der Solidarität notwendig gewesen wäre. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Es ist nicht meine Absicht, dieses Problem neuerlich groß aufzurollen. Wir haben bereits bei der Vorstellung der neuen Bundesminister darüber gesprochen, und wir haben bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Überbrückungshilfe darüber diskutiert.

Nur muß man sich über eines im klaren sein, und das muß in diesem Hause festgestellt werden: daß hier – ich sagte es bereits – ein Versäumnis vorliegt. Denn wenn auch – und das muß auch festgestellt werden – die Anfänge dieses Gesetzes in einer Zeit liegen, in der die ÖVP verantwortlich war und zu lange gewartet hat, um diese Fragen entsprechend zu regeln, liegen doch Zusagen vor, Herr Bundesminister – nicht von Ihnen, sondern vom Herrn Bundeskanzler und von Ihrem Vorgänger –, dieses Problem zeitgerecht zu lösen. Ich weiß, es liegt jetzt eine Vorlage, die verhandelt wird, bezüglich der Bauern-Pensionsversicherung im Haus, um hier eine stufenweise Regelung herbeizuführen. Nur ist es so, daß bisher in dieser Frage – und das sind immerhin sechs oder sieben Jahre Verantwortlichkeit der sozialistischen Bundesregierung – nichts geschehen ist.

Daher, glaube ich, muß man doch feststellen: Es ist irgendwie in diesem proklamierten Kampf gegen die Armut, den Sie nicht bestanden haben, das schlechte Gewissen gewesen, das Sie heute veranlaßt hat, hier so aggressiv vorzugehen.

Wenn man die ganze Entwicklung und vor allem die letzte Entwicklung noch einmal kurz Revue passieren läßt, darf man eines feststellen:

daß die Diskussion über die Frage der Zuschußrenten und im besonderen über die Frage der sogenannten Überbrückungshilfe, die wir am Dienstag hier beschlossen haben, in einer Art und Weise geführt wurde, die für die Betroffenen und letzten Endes auch für die Verantwortlichen und für die sozialistische Bundesregierung unwürdig war.

Man hat den Streit ja so ausgetragen, daß am Anfang einmal eine Zeitlang über die Kompetenzfrage geredet wurde. Ich möchte sagen, es gab drei Phasen dieser Entwicklung.

Die erste Phase, die Anfang Oktober stattgefunden hatte, war der Streit um die Kompetenzen. Damals lauteten – und ich möchte nur kurz zitieren – die Schlagzeilen der Zeitungen: „Wer zahlt jetzt für die Zuschußrentner? Tauziehen zwischen Bund und Ländern“, „Weiter Streit um Bauernrenten“, „VP-Landeshauptleute stellen Kreisky Ultimatum“. Eine andere Meldung – und das ist nur ein Teil – aus der „AZ“: „Wie Bauernrentnern zu helfen wäre – ÖVP hat SP-Antrag vorläufig hinausgeschoben“. Und vielleicht noch eine letzte Meldung dazu: „Zuschußrenten: Ultimatum an den Kanzler oder Soforthilfe.“

Der Streit ging zunächst um die Zuständigkeit, ich bezeichne das als den Streit um die Frage der Kompetenz. Das war die erste Phase dieser Entwicklung. (Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)

Die zweite Phase war, daß man dann in der Öffentlichkeit versucht hat, einander gegenseitig die Schuld zu geben, aufgemacht unter dem Titel, möchte ich sagen: „Wir helfen den Armsten!“, und daß man mit den gegenseitigen Beschuldigungen gleich fortgesetzt hat. Ich zitiere hier wieder nur ganz kurz ein paar Überschriften von Pressemitteilungen – also unter dem Titel: „Wir helfen den Armsten“ –: „Christkindl für Zuschußrentner – 15 Millionen vom Bund, wenn Länder ...“ – die „AZ“ war das.

„Rasche Hilfe für Zuschußrentner: Regelung bis zum Jahresende?“ – wieder die „AZ“.

Oder: „Zuschußrentner: drei Millionen aus Oberösterreich – die Bundesländer haben sich eingeschaltet.“

„Zu Weihnachten 6000 S für die ärmsten Zuschußrentner“.

Und so ging es noch weiter: „Bauernhilfe: 6000 S pro Kopf sofort.“

Meine Damen und Herren! Hier hat man Erwartungen geweckt, die man, wie man schon weiß, jetzt nicht erfüllen kann, und ich möchte die Phase III – das ist die Phase der Verwirklichung der Durchführung dieses Gesetzes über

Meißl

die Überbrückungshilfe – als „Dilemma der Durchführung“ bezeichnen.

Man weiß heute schon, daß die Sozialversicherungsanstalt der Bauern auf Grund der eingelangten Anträge größte Schwierigkeiten haben wird, wobei die Meinungen auseinandergehen, wieviel es endgültig sein werden. Der Herr Sozialminister hat dazu Stellung genommen und meinte, es könnten im Grunde genommen nur 97 sein: Er hat sich auf jene Leute bezogen, die bisher die Sozialhilfe, die Fürsorge der Länder in Anspruch genommen haben.

Meine Damen und Herren! Das darf man doch jetzt nicht den Betroffenen anlasten, daß sie nicht zur Fürsorge gegangen sind, wenn man die Mentalität der alten Menschen in unserem Lande, also vor allem der Bauern, kennt und weiß, wie schwer es für sie ist, selbst betteln zu gehen, hinzugehen und zu sagen: Ich komme mit meiner Zuschußrente nicht aus, weil eben das und das eingetreten ist! Das kann man von ihnen einfach nicht verlangen, daß sie diesen Weg hätten wählen sollen. (Zustimmung bei der FPO.)

Es liegt sicherlich in der Verantwortung von Organisationen, ihnen dabei behilflich zu sein. Aber der Betreffende hätte selbst den Antrag auf Unterstützung durch die Fürsorge stellen müssen.

Unter diesen Umständen kann man, Herr Bundesminister, nicht sagen: Es sind im Grunde genommen nicht einmal 100 Leute, die wirklich so arm sind, daß sie nach diesem Gesetz einen Anspruch auf die Überbrückungshilfe haben werden.

Hier, so meinen wir, hat man etwas gemacht, was sich in der Durchführung als sehr schwierig erweisen wird, denn man kennt ja schon ungefähr die Zahlen. Es wird in der Öffentlichkeit darüber diskutiert, wieviel es endgültig sein werden, wieviel sie bekommen werden.

Nur etwas steht heute schon fest: Die 6000 S werden vielleicht nur ganz wenige kriegen. Der größere Teil wird weit darunter liegen, und der noch größere Teil – das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen – wird wahrscheinlich durchfallen.

Man hat Hoffnungen geweckt, die man nicht erfüllen kann, und deshalb meinen wir, daß dieses Gesetz, das da gemacht wurde, das auch unsere Zustimmung gefunden hat, in der Durchführung die größten Schwierigkeiten bedeuten und am Ende vielleicht mehr Ärgernis unter den Betroffenen hervorrufen wird als Freude über das sogenannte Christkindlgeld.

Meine Damen und Herren – und vor allem ist

das an die Adresse des Sozialministers gerichtet –: Eine solche Aktion darf man nie mehr machen, sondern man muß das Problem endgültig regeln! Ich weiß schon, es liegt eine Regierungsvorlage im Haus, über die zurzeit verhandelt wird, eine Novelle zur Bauern-Pensionsversicherung, und ich weiß auch, daß hier ein erster Schritt gemacht wird, in einem Stufenplan doch endlich das zu verwirklichen, was von Sozialminister Häuser und auch vom Bundeskanzler immer versprochen, immer in Aussicht gestellt wurde.

Und vielleicht ist die Frage hier einmal aufzuwerfen: Gibt es eine Zusage des Herrn Bundeskanzlers? – Der Herr Präsident Minkowitsch hat das in aller Öffentlichkeit über den Fernsehschirm gesagt. Er hat sich beschwert. Wir haben gesehen, mit welchem Ernst er das vorgebracht hat.

Also gibt es hier eine Zusage? Dann wäre es vielleicht auch interessant, Herr Bundesminister: Wissen Sie etwas davon? Gibt es eine konkrete Zusage des Bundeskanzlers, der Bundesregierung und des Sozialministers, diese Frage sofort – und so ist es ja auch kommentiert worden –, das heißt im nächsten Jahr zu lösen? Vielleicht können Sie dazu auch noch eine Antwort geben.

Wir meinen daher, daß diese Frage zu regeln ist. Und in diesem Zusammenhang möchte ich ein paar Worte zur Novelle über die Bauern-Pensionsversicherung sagen.

Wir wissen, daß die Diskussion – man kennt die Regierungsvorlage – in der Öffentlichkeit im Gange ist, daß man auf der einen Seite anerkennt, daß doch jetzt endlich konkret gesetzlich etwas getan werden muß, daß man aber auf der anderen Seite schon weiß, daß das für die Hofbesitzer, für die Bauern infolge der vorgesehenen Erhöhung der Beiträge eine große Belastung bringen wird. Ich möchte an Sie den Appell richten, Herr Bundesminister, in dieser Frage – die Verhandlungen laufen ja noch im Ausschuß – doch noch einmal zu überlegen, ob man den Besitzern heute eine Erhöhung von fast, glaube ich, 75 oder 80 Prozent oder unter Umständen bis 100 Prozent, wenn man alles zusammenrechnet ... (Abg. Thalhammer: *Da müssen Sie mir sagen, wer es zahlen soll! Dann können wir darüber reden!*) Das weiß ich schon, und wir haben auch die Volkspartei aus dieser Verantwortung nie entlassen, nämlich daß man zu spät vorgesorgt hat. Es wurde von mir auch wieder festgestellt.

Aber es gibt auch etwas, was man Solidarität nennt, und Solidarität mit den Ärmsten und der Kampf gegen die Armut sind ja im Programm der Sozialisten drinnen! Der Herr Bundesminister hat sich heute wiederholt damit befaßt, weil

3872

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Meißl

er weiß, daß dieser Kampf noch nicht gewonnen ist.

Also hier hätte die Solidarität der gesamten Bevölkerung wirksam zu werden, statt von Haus aus Beiträge in einem Ausmaß anzuheben, wie es wahrscheinlich einfach nicht erbracht werden kann.

Oder man nimmt auf der anderen Seite in Kauf, daß die Abwanderung vom Lande weiter stattfindet. Dabei stellt man aber heute fest, daß man letzten Endes die Bauern braucht, denn sie haben ja nicht nur die Ernährung sicherzustellen, sondern sie haben auch die heute vielleicht schon weit wichtigere Aufgabe des Schutzes unserer Umwelt zu erfüllen, sie haben die Erhaltung der Erholungslandschaft für die Industriegesellschaft – und hieraus möchte ich auch einen Solidaritätsanspruch ableiten – sicherzustellen.

Daher, meine Damen und Herren – und ich wollte ja nur zu dieser Frage im konkreten sprechen –, möchte ich sagen: Es war zweifellos ein Versäumnis der Bundesregierung, diese Frage nicht rechtzeitig zu lösen. Die Durchführung der Überbrückungshilfe wird nicht den gewünschten Erfolg bringen. Wir freuen uns über jede Auszahlung, die erfolgt, nur bringt das einerseits die Sozialversicherungsanstalt der Bauern in große Schwierigkeiten. Das ist ganz klar. Denn wie soll es wirklich eine echte Überprüfung geben?

Ich habe mir den Bogen mitgenommen, Herr Bundesminister, der von Organisationen ausgeschickt wurde, der von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern ausgeschickt wurde. Wie gern füllt man denn als Betroffener diese Angaben alle aus?

Und die weit wichtigere Frage: Bestätigen wird es die Gemeinde. Es heißt hier: „Amtlich bekannte Tatsachen werden bestätigt, die anderen Angaben sind glaubhaft“.

Ich möchte nichts unterstellen, aber da wendet man doch einfach ein System an, das letzten Endes natürlich auch Möglichkeiten der Sympathiebestätigung, der Gefälligkeitsbestätigung, wenn ich es so nennen darf, beinhaltet. Das heißt: In der Durchführung wird diese Überbrückungshilfe für die Bauern, die sicherlich gut gemeint war – darüber besteht gar kein Zweifel –, für die Betroffenen nicht den gewünschten Erfolg bringen.

Der Appell an Sie, Herr Minister, bezüglich der endgültigen Regelung der Frage der Zuschußrentner lautet: Bei diesen Verhandlungen über die Novelle zur Bauern-Pensionsversicherung, die ja noch stattfinden, wirklich die Dinge so zu regeln, daß sie für alle Betroffenen den

gewünschten Erfolg bringen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Treichl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Treichl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bei der Behandlung der Beratungsgruppe VII, der Kapitel „Soziales“ und „Sozialversicherung“, möchte ich mich in erster Linie mit einigen arbeitsrechtlichen Fragen auseinander setzen, denn gerade auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes ist in den letzten Jahren durch fortschrittliche und arbeitnehmerfreundliche Gesetze ganz Entscheidendes geleistet worden.

Gestatten Sie mir aber vorerst einige Bemerkungen zur Vollbeschäftigungspolitik, die in den letzten Tagen, aber natürlich auch heute schon sehr strapaziert wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war und ist das große Anliegen dieser Bundesregierung, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, die Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern, denn arbeitslos zu sein ist ein sehr bitteres Los für Menschen, die bereit sind, zu arbeiten, aber keine Arbeit finden können.

Diese Regierung hat alle Anstrengungen unternommen, um diesen unseren Vorstellungen gerecht zu werden. Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses, haben all diese arbeitsplatzsichernden Maßnahmen abgelehnt. Es ist zum Glück für unsere Arbeitnehmer und dank der gesetzten Maßnahmen dieser Regierung nicht das eingetreten, was noch vor knapp einem Jahr von der ÖVP prophezeit wurde: ein ganz düsteres Bild, schwarz in schwarz möchte man fast sagen.

Da sprach Herr Dr. Taus, Parteichef der ÖVP: Nach dem 5. Oktober gibt es keine Vollbeschäftigung mehr. Oder da erklärte zum Beispiel mein Landsmann, Kollege Feurstein, ÖVP-Abgeordneter, am 5. Dezember im Plenum:

Die im Budget vorgesehenen Unterstützungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz werden nicht ausreichen. – Die Vollbeschäftigung kann nicht gehalten werden. „Die Arbeitsplätze werden in einem Maße fehlen, wie wir das in Österreich schon seit Jahren und Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben.“ Die Arbeitslosenrate wird 1976 3 Prozent betragen, ja zeitweise sogar 4 Prozent. Sie wird aber vor allen Dingen „im Jahresdurchschnitt 1976 um 50 Prozent größer sein als im Jahre 1975.“

Das, meine Damen und Herren, möchte ich

Treichl

doch gesagt haben. Das sind nur einige Ausschnitte dieser von Ihnen immer wiederholten Behauptungen.

Was ist also wirklich eingetreten? Wie schaut die tatsächliche Entwicklung aus?

Eine Rekordbeschäftigung, meine sehr geehrten Damen und Herren, im September von 2.744.869 Personen in diesem Staate. Das hat es in Österreich noch nie gegeben.

Im Oktober dieses Jahres waren um über 47.000 Menschen mehr beschäftigt als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Die Arbeitslosenrate wird im Jahresschnitt 1976 nicht 4 Prozent und nicht 3 Prozent, sondern, wenn es gut geht, höchstens 2 Prozent betragen.

Wir haben entgegen Ihren Behauptungen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, die Arbeitslosigkeit nicht exportiert. Denn Ende Oktober 1976 waren 188.000 Gastarbeiter bei uns beschäftigt, um 5000 mehr als im Oktober 1975 und um rund 40.000 mehr als im Februar oder März dieses Jahres.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, nehmen Sie bitte zur Kenntnis. Diese Zahlen sprechen für sich. Denn wenn man selbst in einer Zeit schwerster Rezession nie auf eine Arbeitslosenrate kommt, wie sie unter der ÖVP-Regierung auch in einer wirtschaftlich guten Zeit üblich war, dann ist das einfach eine großartige Leistung. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich meine damit also: Sicherung der Arbeitsplätze, Schaffung neuer Arbeitsplätze, das haben wir Sozialisten versprochen und gehalten.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier heute angesichts der Tatsache, daß es im OECD-Bereich 15 Millionen Arbeitslose gibt, die Maßnahmen dieser Regierung als Generalausrede zur Sicherung der Vollbeschäftigung bezeichnet, so ist das, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, gelinde gesagt, ein sehr starkes Stück, das ist eine Unerhörtheit!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotz dieser sehr erfreulichen Zahlen auf dem Arbeitsmarkt bei uns in Österreich möchte ich in diesem Zusammenhang doch noch auf ein Problem zu sprechen kommen, das mir als Vorarlberger Abgeordneter am Herzen liegt. Es ist dies die Talfahrt der Löhne gerade in Vorarlberg, im ehemals „Goldenen Westen“, wie eine Vorarlberger Tageszeitung am 10. November geschrieben hat.

Vorarlberg ist, wie aus einer Statistik der Vorarlberger Handelskammer hervorgeht – die Broschüre nennt sich „Vorarlberg in Zahlen“, also sicherlich ein unverdächtiger Zeuge –, zu einem Niedriglohnland geworden. Während ein

Industriearbeiter im österreichischen Durchschnitt im September 1975 – auf diesen Zeitraum bezieht sich diese Statistik – 41,37 S pro Stunde verdiente, mußte sich sein Vorarlberger Kollege mit 37,71 S begnügen.

Der Facharbeiteranteil beträgt in Vorarlberg 12 Prozent, der österreichische Schnitt liegt bei 30 Prozent. Die Vorarlberger Industrie investiert um ein Drittel weniger als die Industrie im gesamten anderen Bundesgebiet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, das sind doch sehr alarmierende Zahlen, und es wäre wohl hoch an der Zeit, wenn es auch in einem von der ÖVP dominierten Land entsprechende Impulse seitens der Landesregierung, der Handelskammer, der Industriellenvereinigungen – und wer immer dafür verantwortlich ist – geben würde und sich die Verantwortlichen Gedanken darüber machen wollten, wie diesen Übelständen abgeholfen werden kann. Hier wäre ein sehr reiches Betätigungsgebiet für den Arbeiter- und Angestelltenbund vorhanden.

Hohes Haus! Diese Budgetdebatte gibt Gelegenheit, über dringende sozialpolitische Anliegen der kommenden Jahre zu sprechen.

Der Gesetzgeber hat in den vergangenen Jahren bedeutsame legistische Vorhaben auf den verschiedensten Gebieten verwirklicht. Auch das Gebiet des Arbeitsrechtes – das möchte ich betonen – ist dabei sehr gut herausgestiegen, denn sowohl im Bereich des Individualarbeitsrechtes als auch des kollektiven Arbeitsrechtes sind bedeutsame Fortschritte erzielt worden.

Ich darf kurz erinnern: Novellen zum Angestellten- und Gutsangestelltengesetz, das Entgeltfortzahlungsgesetz, das den Arbeitern endlich im Falle einer Erkrankung das Entgelt sichert, Novellen zum Heimarbeitsgesetz, Bäckereiarbeitsgesetz oder auch das Arbeitslosenversicherungsgesetz vom Frühjahr dieses Jahres und viele andere.

Mit der Beschußfassung wichtiger Gesetze, meine Damen und Herren, am 7. Juli 1976 ist es der österreichischen Bundesregierung bereits im ersten Jahr ihrer derzeitigen Amtszeit gelungen, wichtige, sehr wichtige Punkte, wie ich meine, der Regierungserklärung vom 5. November 1975 auf sozialpolitischem Gebiet zu erfüllen.

Ich nenne hier nur zwei Schwerpunkte: Einmal die Novellierung zum Arbeitsverfassungsgesetz, womit den älteren Arbeitnehmern in Betrieben, die der Betriebsverfassung unterliegen, ein erhöhter Kündigungsschutz vermittelt wurde, und das zweite Gesetz von besonderer sozialpolitischer aber auch kodifikatorischer Bedeutung ist das gesamte, von uns gemeinsam

3874

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Treichl

beschlossene Urlaubspaket; das Urlaubspaket oder die Frage des Gebührenurlaubes, des Mindesturlaubes von vier Wochen.

Für Herrn Taus ist das am 26. April eine Nebenfrage in dieser, wie er sagte, wirtschaftlichen Lage, und am 28. April, zwei Tage später, ist es allerdings eine sehr, sehr wichtige Frage, die man gewissenhaft prüfen müsse. – Sie sehen hier den Widerspruch.

Dieses Urlaubspaket, das wir beschlossen haben, ist meines Erachtens von sehr großer sozialpolitischer Bedeutung, denn zum erstenmal in der Geschichte des Arbeitsrechtes ist ein inhaltlich so großer und wichtiger Komplex des Arbeitsvertragsrechtes in einem Gesetz zusammengefaßt und für eine derart große Zahl von Arbeitnehmern gemeinsam ohne rechtliche Unterschiede geregelt worden. Auch hier gilt wieder „Versprochen und gehalten“.

Der Herr Bundesminister Dr. Weissenberg hat unter anderem im Budgetausschuß und natürlich darüber hinaus auch schon in der Öffentlichkeit seine Absicht bekundet, weitere Teilbereiche der Kodifikation des Individualarbeitsrechtes vorzubereiten. In Aussicht genommen sind die Zusammenfassung und Vereinheitlichung sowie Verbesserungen der Einrichtung der Entgeltsicherung und die Neuregelung der mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Zusammenhang stehenden Probleme.

Was die Entgeltsicherung betrifft, so erscheint es notwendig, die Möglichkeit einer weiteren Verbesserung der Entgeltfortzahlung für Arbeiter im Krankheits- und Unglücksfall zu prüfen. Aber im Zusammenhang mit der Entgeltsicherung wäre sicher auch zu erwägen, die vielen Vorschriften zusammenzufassen und in ein entsprechendes System zu bringen.

Es geht dabei um viele wichtige Fragen, wie die Aufrechnung von Ansprüchen des Arbeitgebers gegen den Arbeitnehmer, den Pfändungsschutz, die Regelung von Sicherstellungen seitens des Arbeitnehmers; ich meine hier die Kautionen, Vertragsstrafen und die Rückforderung von Bezügen.

Vor allem aber geht es um die Sicherung der Ansprüche der Arbeitnehmer bei Konkurs und Ausgleich einschließlich ihrer Versicherung. Das ist für uns ein sehr, sehr ernstes Anliegen und hat nichts, sehr geehrter Herr Abgeordneter Kohlmaier, mit unerträglicher Abkassierermentalität zu tun, wie Sie es genannt haben. Denn wer auch beruflich wie ich in der Arbeiterkammer mit diesen armen Teufeln zu tun hat, die im Falle eines Konkurses ihr hart verdientes Geld nicht bekommen, die auf wohl erworbene Ansprüche verzichten müssen (Abg. Dr. Kohlmaier: Wer ist denn gegen die Konkursversi-

cherung?), der versteht die Notwendigkeit der Einführung einer Konkursversicherung für alle Arbeitnehmer. (Abg. Dr. Kohlmaier: Informieren Sie sich!) Herr Kollege Kohlmaier! Sie haben von einer unerträglichen Abkassierermentalität gesprochen. Wir haben schon richtig verstanden, wie Sie das gemeint haben. (Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Da klatschen Sie noch! Wir haben die Anträge in den Arbeiterkammern gestellt! Keine Ahnung!)

Hohes Haus! Die Arbeiten an einem Gesetzentwurf über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses bieten aber auch Gelegenheit, den gesetzlichen Abfertigungsanspruch für Arbeiter – auch für uns ein großes Anliegen – zur Diskussion zu stellen und die Möglichkeit einer sukzessiven Verwirklichung zu überlegen. Damit würde sich die Lage dieser Arbeitnehmer gerade bei Kündigung wesentlich verbessern.

Allerdings – das muß in diesem Zusammenhang betont werden – darf die beabsichtigte Einführung des Abfertigungsrechtes für die Arbeiter keine Zurückstellung der Forderung der Privatangestellten auf Verbesserung der Abfertigungsbestimmungen des Angestellten gesetzes bedeuten.

Es ist, glaube ich, selbstverständlich, daß die Verwirklichung dieser großen Vorhaben die sozialpolitische Kleinarbeit nicht verzögern darf. Ich denke da vor allen Dingen an Novellen zum Mutterschutzgesetz, zum Hausgehilfengesetz, Hausangestelltengesetz, zum Hausbesorgergesetz, zum Heimarbeitgesetz und an andere mehr.

Weitere Regelungen werden in Fragen des Erfinderschutzes, der Vergütung für Verbesserungsvorschläge in den Betrieben erforderlich sein. Ich denke ferner an eine Regelung der Rechtsstellung der freien Mitarbeiter bei den Medien und nicht zuletzt an eine Regelung des doch in Aussicht genommenen Bildungslaubes.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf dem Gebiet der Sozialpolitik wird es auch weiterhin Sozialreformen geben, dafür garantiert diese Bundesregierung.

Die Fortsetzung der Kodifikation des Individualarbeitsrechtes ist vordringlichste Aufgabe. Gleichzeitig muß aber auch das Arbeitsrecht modernisiert werden, das heißt, es soll damit nicht nur eine Zusammenfassung einzelner Gesetzesbestimmungen erreicht werden.

Soziale Reformen sind notwendig, damit der Arbeitsfriede gewahrt bleibt, damit unsere Arbeitnehmer eine entsprechend entlohnte Arbeit haben, nicht stempeln gehen müssen und

Treichl

die soziale Sicherheit in allen Bereichen gewährleistet ist.

Zu diesen Zielen bekennen wir uns. Das ist sozialdemokratische, das ist sozialistische Politik!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im ersten Jahr nach den Neuwahlen Wort gehalten und werden das auch im zweiten, dritten und vierten Jahr dieser Legislaturperiode tun: zum Wohle aller Menschen in unserem Vaterland Österreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schwimmer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Schwimmer (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, die letzten Worte des Abgeordneten Treichl waren nicht ganz so gemeint, wie sie ausgesprochen worden sind. Er hat vom Worthalten geredet.

Ich denke nur wenige Tage, an den 30. November, zurück:

Wenn die SPÖ-Regierung in den nächsten drei Jahren in der gleichen Art und Weise wie bei den vor drei Tagen beschlossenen Belastungen Wort halten wird, wenn sie ihre Versprechungen genauso wenig halten wird, dann kann man nur sagen: Gute Nacht, lieber Steuerzahler in Österreich! *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber nun zu den Ankündigungen des Herrn Sozialministers Weißenberg. Er meinte uns warnen zu müssen, daß alle Versuche, einen Gegensatz zwischen seinem Amtsvorgänger Ing. Häuser und ihm zu konstruieren, scheitern würden.

Keine Angst, Herr Bundesminister! Nach dieser Einführung, die Sie heute hier in der Dauer von über einer Stunde gegeben haben, werden wir nicht versuchen, einen Gegensatz zwischen Ing. Häuser und Ihnen zu konstruieren. *(Abg. Thalhammer: Sie haben eine komische Zeitrechnung!)* Sie haben hier in dieser Stunde genauso unsachlich polemisch agiert, wie es Ing. Häuser immer wieder getan hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Sie haben genauso mit Zahlen manipuliert, wie das Häuser immer wieder getan hat, und Sie haben die gleichen klassenkämpferischen Töne angeschlagen, wie das Ing. Häuser immer wieder machte.

Das ist genau die Art von Sozialpolitik, die wir nicht brauchen.

Heute sind von den sozialistischen Vorrednern immer wieder Gesetze aufgezählt worden, die seit 1970 beschlossen worden sind.

Schwarzweißmalen liegt uns fern, und sicher haben wir hier, sehr oft sogar, gemeinsam sozialpolitische Gesetze beschlossen. Was mir, meine Damen und Herren von der SPÖ-Fraktion, aufgefallen ist: Unter den Gesetzen, die von den sozialistischen Rednern aufgezählt wurden, befanden sich nur solche, die einstimmig beschlossen worden sind. Sie wurden allerdings meistens nie so beschlossen, wie sie vom Amtsvorgänger des Herrn Ministers Weißenberg, vom Ing. Häuser, ins Haus gebracht worden waren. Denn da mußten die Sozialpartner immer wieder Feuerwehr spielen, diese Gesetze wesentlich verbessern. Dann haben wir im Ausschuß noch vieles ändern müssen.

Nur jene Gesetze, die unter Mithilfe der Sozialpartner und mit Hilfe der ÖVP sowie zum Teil auch der Freiheitlichen Partei im Hause geändert worden sind, wurden hier von den SPÖ-Rednern aufgezählt. Warum wohl?

Bei jenen Gesetzen, die Häuser so durchgesetzt hat, wie er es sich eingebildet hat, ist es keineswegs so gut gegangen. Die 29. ASVG-Novelle – das wurde heute zum Beispiel schon erwähnt – ging zurück auf ein angeblich fünfjähriges Finanzierungskonzept. Herr Minister Weißenberg! Sie haben sich heute sogar noch leichtsinnigerweise zu diesem Finanzierungskonzept bekannt. Wenn das so funktioniert hätte, wie es sich Häuser stur in den Kopf gesetzt hatte, dann müßten wir jetzt Überschüsse in der Krankenversicherung haben: Milliarden-Überschüsse. Sie wissen ganz genau, welche Zahlen uns damals genannt worden sind.

Milliarden-Überschüsse! Was haben wir? Ein Milliarden-Defizit, drei Jahre nach der 29. ASVG-Novelle.

Das sind die Gesetze, die Sie in der Sozialpolitik mit Ihrer Mehrheit beschlossen haben. Dieser Gesetze haben Sie sich aber heute komischerweise nicht gerühmt. Damit ist kein Staat mehr zu machen, denn all das ist so schiefgegangen, daß es eigentlich nicht mehr schiefer gehen konnte. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Ich halte es auch nicht für günstig, daß Sie die klassenkämpferischen Töne Ihres Amtsvorgängers beibehalten. Die Art und Weise, wie Sie hier gegen die Zuschußrentner polemisiert haben – ich sage: gegen die Zuschußrentner polemisiert haben –, war Klassenkampf in Reinkultur. Was haben Sie gesagt? Sie haben gesagt, in ganz Österreich beziehen 97 Zuschußrentner Sozialhilfeleistungen, Sie haben gesagt, 40.000 beanspruchen jetzt diese Überbrückungshilfe. Das kann entweder nur bedeuten, daß es gar nicht diese Notlage der Zuschußrentner gibt oder daß die Interessens-

3876

Nationalrat XIV. GP - 41. Sitzung - 3. Dezember 1976

Dr. Schwimmer

vertretung hier versagt hätte oder aber, und das war dann der ärgste Klassenkampf, daß diese alten Bauern von ihren Kindern in Stich gelassen worden seien. Eine andere Möglichkeit gibt es für Sie dabei offensichtlich nicht.

Sie haben damit, Herr Minister, das, was Sie einleitend als Grundsatz gesagt haben und zu dem Sie unsere Unterstützung gehabt hätten, wieder Lügen gestraft: daß der Mensch Maß aller Dinge sein soll, das wird von uns in der Sozialpolitik sofort unterstrichen und unterschrieben.

Aber wo haben Sie die Frage der Zuschußrentner in Ihren Ausführungen, in den 44 Minuten, die Sie hier gesprochen haben, am Menschen gemessen, wo haben Sie es am Menschen gemessen? (Beifall bei der ÖVP.)

Sie haben von der Sozialhilfe gesprochen, sie sollen sich doch von der Fürsorge das Geld holen, dabei wissen Sie genau, daß bei der Sozialhilfe Regreßansprüche vorhanden sind. Sie haben von den Ländern gesprochen. Von den Menschen, um die es hier geht, haben Sie dabei nicht gesprochen. Darum habe ich gesagt, Sie haben gegen die Zuschußrentner polemisiert, Sie haben hier einen Klassenkampf gegen die Zuschußrentner geführt.

Warum habe ich Sie davor gewarnt, Herr Minister, nicht in gleicher Art und Weise mit Zahlen zu manipulieren, wie das Ihr Amtsvorgänger getan hat? Sie wollten uns auch noch einmal einreden - zur Untermauerung der offensichtlich zu schwachen Ausführungen der Abgeordneten Schranz, Pichler und Steinhuber -, daß die Pensionen real in der Zeit der SPÖ-Regierung stärker gestiegen wären als in der Zeit der ÖVP-Regierung.

Herr Bundesminister, ich mache nichts anderes, als Arbeitsbehelfe zu verwenden, die uns Ihr Regierungskollege, der Finanzminister Androsch, zur Verfügung gestellt hat.

Was ergibt sich aus der Tabelle der Erhöhung der Pensionen im Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz und der Erhöhung der Verbraucherpreisindex im Arbeitsbehelf zum Finanzgesetz?

Wir hatten 1966 eine reale Steigerung der Pensionen um 4,7 Prozent, 1967 um 3,9 Prozent, 1968 um 3,5 Prozent und 1969 um 3,9 Prozent.

Herr Minister! Wollen Sie die Zahlen wissen aus der Zeit der SPÖ-Regierung? 1 Prozent, 2,3 Prozent, 1 Prozent, 1,3 Prozent, 0,8 Prozent, 1,6 Prozent, allein 1976 kommen die 3,7 Prozent in den Bereich der Zahlen, die wir vier Jahre lang Jahr für Jahr erreicht haben. Und nächstes Jahr: nix bei der SPÖ.

Bilanz der Sozialistischen Partei - mit Ausnahme eines Jahres -: Realzuwächse zwischen Null und 2 Prozent, ÖVP-Regierung zwischen 1966 und 1969 immer zwischen 3,5 Prozent und 4,7 Prozent. Das waren Realsteigerungen, Herr Minister! (Beifall bei der ÖVP.)

Diese Zahlen lassen sich einfach nicht manipulieren, stehen in den Unterlagen des Finanzministers Androsch. Wenn Sie versuchen, die gleichen Manipulationen wie Ihr Vorgänger zu machen, wir sind in der Lage, Ihnen das Gegenteil zu beweisen.

Sie haben ja auch mit den Richtsätzen versucht, gegen die Länder zu polemisieren. Seit die Bundespolitik im größten Dilemma der Geschichte der Zweiten Republik ist - am 30. November haben Sie ja geoffenbart in diesem Hause, wie sehr Sie am Ende mit Ihrem Latein sind -, versuchen Sie ununterbrochen, den Schwarzen Peter den Ländern zuzuschieben. Natürlich werden zuerst die sozialistisch beherrschten Länder bei Ihren Bekanntgaben ausgelassen. Sie haben vorher versucht, den schlechtesten Richtsatz im Burgenland einfach zu verschweigen. Weil dort angeblich vom Herrn Landeshauptmann Kery gute Politik gemacht wird, darum hat er den schlechtesten Richtsatz, also offensichtlich ist die größte Armut im Lande des Herrn SPÖ-Landeshauptmannes Kery. Aber Sie wollten das verschweigen und gegen die Länder polemisieren.

Dann haben Sie die Behauptung aufgestellt, daß es in Niederösterreich, also in den Ländern, wo Sie keine Zuschläge genannt haben, nur den Richtsatz gebe und keine Zuschläge.

§ 12 Niederösterreichisches Sozialhilfegesetz: Der nicht durch den Richtsatz gedeckte Bedarf des notwendigen Lebensunterhaltes, insbesondere Unterkunft, Kleidung und andere notwendige Bedürfnisse, ist durch zusätzliche Geld- oder Sozialleistungen zu decken. (Bundesminister Dr. Weißenberg: Das habe ich ausdrücklich gesagt!)

Herr Minister, Sie haben gesagt, in anderen Ländern gebe es keine solchen Zuschläge. (Bundesminister Dr. Weißenberg: Individuelle Zuschläge!) Natürlich sind die individuell, weil es ja um die individuelle Hilfe für den einzelnen geht. Da kann man nicht einfach nur Zahlen nennen und das irgendwo in den Raum stellen und behaupten, die Länder lassen die Leute verkommen. Das sollte ja sein. Das geschieht aber offensichtlich nur in jenen Ländern, wo die niedrigsten Richtsätze gelten, und Sie haben ja auf unsere Zwischenrufe hin sagen müssen, daß die niedrigeren Richtsätze doch in den sozialistisch beherrschten Bundesländern da sind.

Dr. Schwimmer

Aber jetzt zu den Grundsätzen, wie man Sozialpolitik richtig betreiben sollte. Ich glaube nicht, daß es sehr sinnvoll ist, die Grundsätze Ihres Vorgängers weiter zu verfolgen, wir hätten ja sonst kein Zuschußrentenproblem, wenn bereits Ihr Amtsvorgänger nach anderen Grundsätzen Sozialpolitik gemacht hätte.

Ich verstehe einfach nicht, woher die Sozialisten den Mut zu dieser Doppelzüngigkeit hernehmen. 1969 hat Ing. Häuser, damals als oppositioneller Abgeordneter, Anträge zur Verschlechterung des Bauern-Pensionsversicherungsgesetzes im Hause gestellt, zur gleichen Zeit haben Sozialisten draußen polemisiert, warum nicht sofort die Zuschußrenten in Bauernpensionen umgewandelt werden. Das war allerdings vor der Wahl 1970. Da haben Sozialisten das versprochen. Der Arbeitsbauernbund hat versprochen, und auch der sozialistische Pensionistenverband hat versprochen, beim SPÖ-Wahlsieg die Zuschußrenten umzuwandeln. Also Ihr Versprechen ist sieben Jahre alt. Sie haben überhaupt keine Berechtigung mehr, sich bei irgend etwas auf die Zeit der ÖVP-Regierung auszureden, wenn Sie nicht gewillt sind, sieben Jahre alte Versprechen einzuhalten, Herr Bundesminister. (Beifall bei der ÖVP.)

Mit dem Hinweis auf allgemeine sozialistische Zielsetzungen, Herr Bundesminister, werden Sie uns nicht davon überzeugen können, daß Sie eine gute moderne Sozialpolitik machen werden. Ich glaube, Sie sollten hier eindeutig davon abschwören, mit der Sozialpolitik Versuche zu unternehmen, bloß um die sozialistische Macht weiter auszubauen. Nach den Erfahrungen mit den Sozialisten genügt es uns einfach nicht, wenn Sie „Mitbestimmung“ hier nur als Schlagwort nennen; denn es geht in Zukunft, wenn es ernst gemeint ist, daß der Mensch Maß aller Dinge ist, auch darum, dem einzelnen Arbeitnehmer mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung einzuräumen, ihm einen persönlichen Freiheitsraum einzuräumen, mit Funktionärsmitbestimmung alleine wird die Fremdbestimmung des einzelnen Arbeitnehmers in keiner Weise überwunden werden. Daher geht es hier für uns nicht um Machtpolitik, sondern um echte Gesellschaftspolitik, statt Klassenkampf brauchen wir Solidarität mit dem Schwächeren schlechthin – nicht davon reden –, mit dem bürgerlichen Zuschußrentner, dem Arbeiterpensionisten, dem Angestelltenpensionisten.

Für eine moderne Gesellschaft sollte schlechthin die soziale Notlage allein ausschlaggebend sein, die soziale Hilfsbedürftigkeit allein ausschlaggebend sein, ganz egal, welchem Stand und welchem Beruf der sozial Schwächere angehört oder angehört hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Was ich in der sozialistischen Sozialpolitik überhaupt vermisste, ist das Bemühen, die richtigen Prioritäten zu setzen. Wir haben heute einen Stand der sozialen Sicherheit erreicht, wo es nicht mehr möglich ist, geplante soziale Verbesserungen allein an sich selbst zu messen. Wenn wir heute soziale Verbesserungen planen, dann müssen wir überlegen, was kann dafür vielleicht nicht gemacht werden. Und da können nun unter Umständen durchaus populäre und sozial scheinende Maßnahmen unsozial werden, wenn man andere Maßnahmen deshalb zurückstellen muß.

Wir werden am 13. Dezember, Herr Minister, wenn wir über den Hilflosenzuschuß im Rahmen der 32. Novelle reden, darauf noch zurückkommen, daß etwas scheinbar Soziales heute durchaus unsozial sein kann, wenn deshalb dringend benötigte Hilfe auf der anderen Seite von der Gesellschaft nicht gewährt wird.

Und wofür wir Sozialpolitik in Zukunft auch mehr einsetzen müssen, das ist, einfach dem bedrohten Einzelmenschen mehr Freiheit, mehr Selbständigkeit zu verschaffen.

Und die sozialistische Fraktion im Hause war mehrfach – ich möchte sagen – angerührt, wenn heute über Demokratieprobleme gesprochen worden ist. Sie werden sehr bald Gelegenheit haben, meine Damen und Herren, Ihr verbal betontes Demokratieverständnis unter Beweis zu stellen.

Zu den Bereichen, die ohne Zweifel auch demokratisch geregelt gehören und die dem Herrn Minister für soziale Verwaltung nicht unbekannt sind, weil er ja immerhin sein Berufsleben dort verbracht hat, gehört der Bereich der Arbeiterkammern. Vielfach werden die Vollversammlungen dort sogar als das Parlament für Arbeitnehmer bezeichnet. Aber mit der Demokratie ist dort noch keineswegs alles zum besten gestellt. Außerdem versteht als Demokratie – ich weiß nicht, ob Sie sich dazu verstehen wollen – die Diktatur von 51 Prozent. Wenn das Demokratie ist, dann ist in den Arbeiterkammern auch alles in Ordnung, wenn 51 Prozent allein bestimmen können und die anderen überhaupt nichts zu reden und zu plaudern haben, wenn man sie von jeder Mitbestimmung ausschalten kann. (Abg. Babanitz: Haben Sie nicht Ihre Reden halten können? Haben Sie nicht Ihre Resolutionen einbringen können?)

Herr Babanitz! Das ist offenbar Ihr Demokratieverständnis. Es genügt, Mitbestimmung ist, wenn man reden darf; so weit kommt es vielleicht noch, daß das Wort auch noch verboten wird. (Beifall bei der ÖVP.) Abgestimmt darf werden, aber mitbestimmen, das

3878

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Schwimmer

gehört bei Ihnen nicht mehr zur Demokratie. Da fährt der Zug der absoluten Mehrheit drüber, und die Arbeitnehmer, die nicht sozialistisch gewählt haben, sind damit von der Mitbestimmung in den Arbeiterkammern ausgeschaltet. (Beifall bei der ÖVP.)

Es fängt also mit dem Wahlrecht an, Kollege Babanitz, und da habe ich konkrete Beispiele aus dem Burgenland. Konkrete Beispiele, daß man von Arbeitnehmern den Kammerbeitrag kassiert, bei der Wahl fliegen sie aus dem Wählerverzeichnis, weil sie angeblich leitende Angestellte sind, weil sie Familienangehörige sind. (Abg. Babanitz: Ein Beispiel.) Ja, das bringe ich Ihnen. (Abg. Babanitz: Gleich und nicht erst bringen! – Andauernde Rufe und Gegenrufe.)

Kollege Babanitz, ich spreche frei und habe mir das nicht mitgenommen, Sie bekommen das, Sie bekommen diese Beispiele. Ich werde sie hier im Hause auf den Tisch legen, wir werden ja noch diskutieren, wir werden noch Anträge stellen zur Demokratisierung der Arbeiterkammern. Aber lassen Sie mich jetzt weiterreden, Kollege Babanitz, Sie wollen es offenbar nicht hören, weil es unangenehm ist. Zuerst kassieren, dann das Wahlrecht verweigern, aus der Wählerliste herausschmeißen, und wenn dann die Wahl vorbei ist, schreibt man wieder die Beiträge vor und sagt, ja bittschön, Beitragspflicht und Wahlrecht sind ja ganz verschiedene Dinge. So wird die Demokratie aus Ihrer Sicht gehandhabt, wenn man sie mit 51 Prozent allein versteht. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Babanitz: Wenn Sie diese Beispiele nicht bringen, dann bezeichne ich Sie hier als Lügner!) Diese Beispiele bringe ich Ihnen, Herr Kollege Babanitz, und wenn das nicht so wäre, warum hat man dann bei den Verhandlungen um die Änderung des Arbeiterkammergesetzes abgelehnt zu sagen: Wer Beiträge bezahlt, ist wahlberechtigt. (Abg. Babanitz: Wir reden ja auch noch darüber!) Ich bin gespannt, Kollege Babanitz, das haben ja die Kammeramtsdirektoren, die alle der SPÖ angehören, abgelehnt, diesen Grundsatz zu verankern. Ich werde Sie beim Wort nehmen, Kollege Babanitz. (Abg. Babanitz: Wir werden bei den Verhandlungen darüber reden!) Sind Sie der Meinung, daß, wer Beiträge bezahlt, wahlberechtigt sein soll, ja oder nein? (Abg. Babanitz: Wir reden darüber bei den Verhandlungen.) Ja oder nein? Ja oder nein? Das ist Demokratie: wer Beiträge zahlt, soll auch wählen dürfen. (Beifall bei der ÖVP. – Ruf bei der SPÖ: Sie haben ja überhaupt keine Demokratie.)

Da gibt es kein Zwischending, entweder lasse ich jemanden, der Beiträge zahlt, mitwählen, oder ich lasse ihn nicht mitwählen. Nicht

mitwählen ist undemokratisch, wählen lassen ist demokratisch, wenn er vorher Beiträge bezahlt hat. Ich glaube, da gibt es keine Zwischenmöglichkeiten, Kollege Babanitz. (Abg. Babanitz: Wenn Sie mir kein Beispiel bringen, nenne ich Sie hier einen Lügner!) Das Beispiel kriegen Sie, Kollege Babanitz. Sie werden keine Gelegenheit haben zu schimpfen, nur keine Angst. (Ruf bei der ÖVP: Ordnungsruf an Babanitz! – Abg. Babanitz: Ich habe gesagt, wenn nicht . . ., dann . . .!)

Kollege Babanitz, das ist ein nur aufgeschobener Ordnungsruf für Sie, das wird Ihnen nichts helfen.

Jedenfalls werden wir nicht locker lassen, die Frage der Demokratie in der Vertretung der Arbeitnehmer wird in diesem Hause noch oft genug zur Sprache kommen. Wir werden in allen Punkten, wo wir ein undemokratisches Verhalten vorzuwerfen haben, das auch tun und das auch unter Beweis stellen. Sie werden die Möglichkeit haben, das einfach abzustellen, indem Sie unseren Anträgen dann die Zustimmung geben.

Dem Herrn Minister möchte ich nur für seine Amtszeit nach der heute in meinen Augen mißlungenen Einführung den Rat geben, nicht die klassenkämpferische, nicht die polemische Art der Sozialpolitik wie sein Vorgänger zu betreiben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hellwagner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Hellwagner (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Zuerst eine kurze Wortmeldung zu den Ausführungen des Kollegen Dr. Schwimmer, der kurz vor mir gesprochen hat.

Ich bin der Meinung, er hat eigentlich eine sehr schöne Auffassung von Demokratie, wenn er hier sagt, er versteht unter Demokratie das, daß man entweder ja oder nein sagt. Ich glaube, so einfach ist die Demokratie doch nicht. Und dann hat er gemeint, daß er unter Demokratie das versteht, daß die Mehrheit das beschließt, was die Minderheit beantragt. Auch hier kann ich seiner Meinung nicht ganz folgen. (Abg. Staudinger: Oh ja, das kommt schon vor!) Kommt vor, aber ich kann mich nicht erinnern, Kollege Staudinger, daß die ÖVP-Regierung zwischen 1966 und 1970 so gehandelt hat, sondern ich kann mich erinnern, daß hier Dr. Withalm ganz anders gesprochen hat, also nie so, wie heute die ÖVP spricht.

Dann darf ich noch darauf hinweisen, ich kann mich auch der Meinung des Dr. Schwimmer nicht anschließen, wenn er hier ausgeführt

Hellwagner

hat, daß der Sozialminister Dr. Weißenberg sehr polemisch gewesen wäre (*Abg. Dr. Gruber: Und ob!*), sondern ich habe es klar gehört, der Minister hat sich an Fakten gehalten. Ich glaube, das muß man wohl auch einem Minister noch zugestehen hier im Hohen Hause. Dr. Schwimmer hat sich dann auch sehr beschwert über die Sozialpolitik der sozialistischen Bundesregierung. Na, ich glaube, wenn man in der Sozialpolitik die Zeit der ÖVP-Alleinregierung von 1966–1970 mit den Leistungen der SPÖ-Alleinregierung von 1970–1976 vergleicht, der Unterschied zugunsten der derzeitigen Bundesregierung ein gewaltiger ist, ich könnte fast sagen, hier ist kaum ein Vergleich möglich, weil so viel Ungleichtes einfach nicht verglichen werden kann. (*Abg. Dr. Schwimmer: Kollege Hellwagner, die Liste der Realzuwächse der Pensionen liegt zu Ihrer Linken dort – schauen Sie sich die an, ich habe sie dort liegengelassen.*) Ich habe sie schon angeschaut, aber ich habe bessere Listen bei mir.

Und dann noch etwas, weil immer wieder gesagt wird, die sozialistische Bundesregierung hätte nichts gegen die Armut getan. Ich gehe jetzt von dem aus: Was hat die Mindestpension mit Ausgleichszulage gebracht? 1966 konnte man sich mit der Mindestpension, also mit der Pension mit Ausgleichszulage insgesamt 115 Kilogramm Brot und 115 Liter Milch kaufen. 1968 konnte man sich um diese Mindestpension nur mehr 112 Liter Milch und 112 Kilo Brot kaufen. Während der sozialistischen Bundesregierung ist das laufend angestiegen. Eine Zwischenbilanz 1971 hat ergeben, daß während der sozialistischen Regierung der Realwert der Mindestpension auf 125 Kilogramm Brot und 125 Liter Milch gestiegen ist, und heute kann man sich bereits 180 Kilogramm Brot und 180 Liter Milch um die Mindestpension kaufen. Na, wenn da keine gewaltige Reallohnsteigerung dabei ist, dann verstehe ich wirklich Ihre Auffassung nicht mehr. (*Abg. Dr. Gruber: Lesen Sie die Liste einmal, die dort liegt, die Realsteigerung der Pensionen!*) Ich habe selbst noch andere Listen da. Ich kann mit anderen, mit besseren Listen aufwarten.

Im Sinne gewerkschaftlicher Zielsetzungen, nämlich eine optimale Sicherung der Beschäftigungslage zu erhalten und zu garantieren, hat die sozialistische Bundesregierung seit 1970 die Leistungen und fördernden Maßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung beziehungsweise der Arbeitsmarktförderung optimal ausgebaut und verbessert. Zu den für die Gesamtheit der Arbeitnehmerschaft und der Volkswirtschaft bedeutenden sozialpolitischen Bereiche der aktiven Arbeitsmarktpolitik gibt es eine ganze Reihe von Wechselbeziehungen und Auswirkungen.

Insbesondere möchte ich auf den Grundsatz verweisen, daß neben der praktisch angewandten positiven Wirtschaftspolitik im Interesse der Sicherung der Beschäftigungslage auch viele Bereiche der Sozialpolitik Instrumentarien sind, die auf die Beschäftigungslage bedeutenden Einfluß haben, mittels derer man ebenfalls die Entwicklung des Arbeitsmarktes erfolgreich lenken kann.

In den Jahren 1975 und 1976 war das Hauptaugenmerk der Arbeitsmarktpolitik auf die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und die Sicherung der Arbeitsplätze gerichtet.

Die durch die vier Novellen zum Arbeitsmarktförderungsgesetz erweiterten arbeitsmarktpolitischen Instrumente wurden im Jahre 1975 voll angewendet und ausgenutzt und wurden auch im laufenden Jahr voll eingesetzt.

Die Leistungen und Förderungsmittel der Arbeitsmarktförderung, die alle Jahre seit 1970, seit es die SPÖ-Bundesregierung gibt, stark angehoben wurden – zum Vergleich: auf das Achtfache gegenüber der ÖVP-Alleinregierung –, wurden und werden laufend so eingesetzt, daß sie neben der langfristigen Strukturrentwicklung vor allem zur Arbeitsplatzsicherung und zur Verhinderung des Entstehens neuer Problemgebiete beitragen konnten und beitragen werden.

Auf Grund dieser umfassenden und erfolgreichen Arbeitsmarktförderungspolitik durch die sozialistische Bundesregierung wird dieser Teil der Sozialpolitik, dieses wichtige Instrumentarium der Sozial- und Wirtschaftspolitik von den Arbeitnehmern als auch von der Arbeitgeberseite voll anerkannt. Die Jahre 1974, 1975 und 1976 unterschieden sich in wirtschaftlicher Hinsicht grundsätzlich.

Das Jahr 1974 stand noch im Zeichen einer guten Konjunkturlage, und damit verbunden gab es noch einen angespannten Arbeitsmarkt.

Das Jahr 1975 war bereits durch eine weltweite krisenhafte Rezession gekennzeichnet, und in der Folge zeigten sich auch bedeutende Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt.

Das Jahr 1976 – also das laufende Jahr – brachte erfreulicherweise wieder eine kräftige Wirtschaftsbelebung und damit auch eine spürbare weitgehende Normalisierung des Arbeitsmarktes.

Ich möchte aber dabei nicht übersehen, daß die Überwindung noch vorhandener Schwächen ganz sicher auch von der allgemeinen Entwicklung der europäischen und der Weltwirtschaft abhängig ist. Wir bilden uns nicht ein, daß Österreich allein und auf Dauer imstande sein wird, eine krisenlose Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik betreiben zu können.

3880

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Hellwagner

Am Ende des Jahres 1976, zu einem Zeitpunkt, zu dem man bereits feststellen kann, daß die Rezession im wesentlichen überwunden ist, kann man doch mit Stolz sagen, daß die sozialistische Bundesregierung ihr Versprechen, der Vollbeschäftigung den Vorrang einzuräumen, in eindrucksvoller Weise eingelöst hat.

Das wird besonders deutlich, wenn man die österreichischen Auswirkungen mit jenen vergleicht, die die Rezession auf vergleichbare Industriestaaten gehabt hat. Die Tatsache, daß Österreich im September 1976 mit 2.744.869 unselbstständig Beschäftigten die höchste Beschäftigungszahl, die jemals gezählt wurde, erreicht hat, kann als sicheres Zeichen für die weitgehende Überwindung der Rezession gelten.

Noch nie hat es soviel Arbeitsplätze gegeben. Im Juni/Oktober 1976, trotz einer geringen Abschwächung, sind noch immer um 40.730 Beschäftigte mehr, als der Höchststand des Vorjahrs auswies.

Diese erfolgreiche Überwindung der Rezession ist neben Maßnahmen der allgemeinen Beschäftigungspolitik dem raschen und gezielten Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten durch die Arbeitsmarktverwaltung zuzuschreiben. In der ersten Phase des Konjunkturteinbruchs wurde vor allem durch die Gewährung von Kurzarbeitshilfe erreicht, daß Entlassungen und Betriebszusammenbrüche in großem Umfange verhindert wurden.

Wie schaut diese Hilfestellung im konkreten aus? 1974 wurden 21 Betriebe mit zusammen 2.576 Arbeitskräften mit einem Förderungsbetrag von 9,9 Millionen Schilling gefördert. 1975 wurden bereits 188 Betriebe mit insgesamt 21.575 Arbeitskräften mit 26,3 Millionen gefördert. Bis Juni 1976 waren es bereits 13 Betriebe, die gefördert wurden, davon sind 1.065 Arbeitskräfte betroffen. Insgesamt wurden dafür bis Juni 1976 1.270.000 S ausgegeben.

Um jedoch die freigewordene Arbeitszeit sinnvoll für die berufliche Qualifikation nutzen zu können, wurde das neue Instrument der Auffangschulung entwickelt und auch eingesetzt. Für dieses Instrumentarium wurden 1974 über 57 Millionen, 1975 über 78 Millionen, 1976 bereits über 100 Millionen ausgegeben, und für 1977 sind 115 Millionen Schilling vorgesehen.

Aus volkswirtschaftlichen Überlegungen wurden auch gefährdete Betriebe direkt mit Unterstützung gefördert, und zwar 1974 mit 10 Millionen, 1975 mit 64 Millionen, das Resultat von 1976 liegt leider noch nicht vor.

Das Jahr 1976 hat zu einer kräftigen Erholung geführt. Es gibt der Arbeitsmarktverwaltung die

Möglichkeit, sich zusätzlich neuen Fragen zuzuwenden. Die Hinwendung zu neuen Aufgaben wird sich aus den längerfristig zu erwartenden Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt ergeben. Diese sind vor allem die rasche Zunahme der aktiven Werktätigen insgesamt, die Zunahme der Aktivitätsrate der Frauen, die zunehmende Zahl der Jugendlichen, die Ausbildungsplätze brauchen, Verschiebung der Beschäftigungsstruktur, zunehmende Ansprüche Behindeter bezüglich ihrer Beteiligung am Erwerbsleben, weiters der zunehmende Sog der Ballungsräume mit allen Teilproblemen.

Entsprechend dieser Entwicklung hat die Arbeitsmarktverwaltung drei Schwerpunkte formuliert: Erstens Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung unter besonderer Beachtung der Jugend, zweitens optimale Anpassung des Arbeitsangebotes an die Nachfrage im Bereich der Berufsqualifikation und der regionalen Verteilung, drittens Verbesserung der Eingliederung der Frauen in den Arbeitsmarkt und letztlich die Verbesserung der beruflichen Resozialisierung von Behinderten.

Im kommenden Jahr sollen und müssen 43.000 zusätzliche Arbeitskräfte neue Beschäftigungsmöglichkeiten finden. 109.000 Jugendliche werden 1977 die Schulen verlassen und Arbeitsplätze suchen, über 60.000 davon sind auf Lehrplätzen unterzubringen. Alle Schwerpunkte im nächsten Jahr müssen sich daher primär auf die Lösung der vorgenannten Probleme konzentrieren.

Für die Arbeitsmarktausbildung, für die Lehrausbildung standen zur Verfügung: 1975 280 Millionen, 1976 337 Millionen und 1977 bereits 435 Millionen. Für die Berufsvorbildung standen 1975 72 Millionen, 1976 90 Millionen zur Verfügung, und für 1977 werden bereits 145 Millionen bereitgestellt sein.

Die Steigerung des Mitteleinsatzes der gesamten Arbeitsmarktförderung – auch hier sind gute Vergleiche mit den Jahren der ÖVP-Alleinregierung vorhanden –: 1966 wurden für die Arbeitsmarktförderung lediglich 81,5 Millionen zur Verfügung gestellt, 1969 waren es erst 99,8 Millionen, 1970 waren es 168 Millionen, 1976 bereits 894 Millionen Schilling, und 1977 werden es über 1000 Millionen Schilling sein.

Außerdem wurden beziehungsweise werden für die Wiederherstellung beziehungsweise für die Eingliederung von Behinderten in den Arbeitsprozeß große Summen zur Verfügung gestellt, und zwar: 1975 waren dafür 30,5 Millionen vorhanden, 1976 60 Millionen, und 1977 werden es bereits 90 Millionen Schilling sein.

Hellwagner

Hohes Haus! Das große Ziel der Sozialpolitik ist aber die Humanisierung des Lebens in allen seinen Bereichen. Der Gedanke der menschlichen und menschenwürdigen Gestaltung des Arbeitsplatzes und der Umwelt spielt für alle Erwerbstätigen eine große Rolle. Die Sozialpolitik der sozialistischen Bundesregierung hat zu dieser Zielsetzung schon vieles beigetragen und wird es in Zukunft im vermehrten Maße tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Hafner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Hafner** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! 1970 waren die Sozialisten als die große Gerechtigkeitspartei angetreten. 1976 haben sie ihre Maske endgültig fallen lassen. Die Sozialisten – das ist inzwischen ganz klar geworden – können sich nicht davon absentieren. Sie tragen die alleinige Verantwortung. (Ruf bei der SPÖ: Wofür?) Das sage ich Ihnen jetzt sofort, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungsfraktion! Hören Sie aufmerksam zu! Sie tragen die alleinige Verantwortung für die Finanzkrise dieses Staates. (Zustimmung bei der ÖVP.) Sie tragen die alleinige Verantwortung für die Zunahme der Staatsverschuldung. Sie tragen die alleinige Verantwortung für die Zunahme der Belastung der Staatsbürger. Sie tragen die alleinige Verantwortung für die Krise des Gesundheitswesens in Österreich. (Abg. *Pansi*: Wir sind beim Kapitel Soziales!)

Sehr verehrte Damen und Herren von der Regierungsfraktion! Sie tragen auch die alleinige Verantwortung für die Finanzkrise der Sozialversicherung, aber auch für die Zunahme der Armut in Österreich und auch dafür, daß die Kluft zwischen arm und reich in Österreich größer geworden ist. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Hören Sie ein bissel zu! Verwirrung und Täuschung, das ist die heimliche Lösung der Sozialisten und ihrer Gewerkschafter, weil Sie selbst genau sehen – man muß ja nur heute die Zeitungen lesen –, wohin dieser Weg führt, den Sie eingeschlagen haben. (Ruf bei der SPÖ: Zur Mehrheit!) In der 70. Hauptversammlung des Österreichischen Arbeiterkammertages am 17. November 1976 haben die sozialistischen Gewerkschafter in einer Resolution zur Spitalsmisere den Satz stürmisch begrüßt, daß eine Beitragserhöhung nur als letztes Mittel zur Lösung der Finanzierungsprobleme angesehen werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei

diesen „letzten Mitteln“ ist die sozialistische Regierung offenkundig angelangt. Im Volksmund heißt's, Sie sind Matthäi am letzten. Sie erhöhen alles, was sich erhöhen läßt. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihre Bundesregierung, Ihr Finanzminister nimmt erst gar nicht mehr die Hand aus der Tasche des Österreichers, in der trügerischen Hoffnung, er wird sich schon daran gewöhnen, daß er unter einem so starken Steuerdruck steht, wie Sie ihn nun in den letzten beiden Tagen auf ihn abgeladen haben.

Die Sozialisten haben ein sehr einfaches Rezept. Herr Sozialminister! Bei allem Respekt, aber darüber können auch Sie nicht hinwegtäuschen, wenn Sie sagen, man wird reden müssen. Worüber werden wir reden müssen? Sie haben uns ja schon vor vollendete Tatsachen gestellt. Sie erhöhen die Steuern, die Gebühren, die Tarife und die Beiträge. Und nur in der Rückendeckung, im Feuerschutz Ihrer Mehrheit im Parlament ist es auch möglich und ist es nur vorstellbar, daß Sie immer begieriger werden in Österreich. Eine allzugroße Phantasie entwickeln die Sozialisten beim Schröpfen, aber sie strotzen vor Einfallslosigkeit, wenn es ums Sparen geht. Ihnen, so scheint es uns, ist um das Geld der anderen nichts zu teuer.

Am vergangenen Dienstag und am Mittwoch überschwemmten die sozialistische Regierung und ihre Parlamentsmehrheit das ganze Land mit der vierten und größten Belastungswelle seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Trotz gleichhoch gebliebener Inflation wurde die Sparförderung gesenkt, und was tun die Sozialisten im Parlament: Sie und die Gewerkschafter auf Ihrer Seite des Hauses pfeifen auf die vielen kleinen Bau- und Prämiensparer, sie verteidigen diesen Raubzug Ihrer Regierung und applaudieren dieser Regierung. Jene Betriebsräte aber, die von der Sozialistischen Partei nicht gegängelt werden, sind empört und protestieren. (Zwischenruf des Abg. *Mondl*.)

Das werde ich Ihnen gleich sagen. Die Vermögenssteuer wird um ein Drittel angehoben. Die Sozialisten und ihre Gewerkschafter aber pfeifen sich was um die kleinen Häuselbauer und um die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft im Ausland.

Sie von der sozialistischen Fraktion verteidigen diesen Raubzug und applaudieren dieser Regierung, aber nur jene Betriebsräte von der sozialistischen Fraktion, die nicht von Ihnen gegängelt werden, sind empört und protestieren. Ich werde Ihnen noch sehr genau vorlesen, von welchen Betriebsräten der insgesamt 15.000 Beschäftigten ich spreche. Ich habe viele Briefe in den letzten Tagen erhalten.

Die Gebühren werden von dieser Regierung

Dr. Hafner

um das Fünffache erhöht. Die Sozialisten und ihre Gewerkschafter – so gewinnt man den Eindruck – pfeifen sich was um den kleinen Mann, wenn er jetzt für Beglaubigungen, Taufscheine, Geburts- und Heiratsurkunden, für Ansuchen um die Baubewilligung, um die Ausstellung eines Führerscheines, für den Typenschein, für die Jagdkarte, für ein Staatsprüfungszeugnis, für eine Vollmacht und Reisepässe bis um das Fünffache mehr bezahlen muß. Hören Sie gut zu: Bis um das Fünffache mehr! Sie verteidigen diesen Raubzug und applaudieren dieser Regierung. Aber jene Betriebsräte, die nicht von Ihrer Fraktion gegängelt werden, sind empört und protestieren.

Unerschöpflich ist diese Regierung im Einfallsreichtum des Schröpfens, ja sie kreiert sogar eine Kreditsteuer, wie Sie wissen, von 0,8 bis 1,5 Prozent. Und Sie von der sozialistischen Fraktion applaudieren der Regierung, verteidigen diesen Raubzug. Jene Betriebsräte aber, die von Ihrer Fraktion nicht gegängelt werden, protestieren, sie sind empört. (*Rufe bei der SPÖ: Das haben Sie schon zum zweiten Mal gesagt!*)

Ich kann es Ihnen ja nicht eindringlich genug sagen. Die Zeitungen haben Ihnen das auch schon gesagt, was Sie eigentlich in den letzten Tagen hier in diesem Haus getan haben. Sie haben ja Dinge beschlossen, von denen Sie gar nicht gewußt haben, welche Auswirkungen sie haben werden. Sie haben Ihren eigenen Finanzminister überhaupt erst einmal fragen müssen: Na, was haben wir denn beschlossen? Das ist der Parlamentarismus, wie Sie ihn verstehen.

Ich kann Ihnen sehr genau sagen, welche Betriebe das sind: das Vermessungsamt von Graz, das Weingut Stürgkh in der Steiermark, die landwirtschaftliche Fachschule Grabnerhof, die Weinbauschule Silberberg, die Fraktion christlicher Gewerkschafter in der Landessektion Unterricht in der Steiermark, der Betriebsrat der Landwirtegenossenschaft in Wies-Eibiswald, der Betriebsrat des Lagerhauses Zwettl in Niederösterreich. (*Ruf bei der SPÖ: Unbekannt!*)

Herr Kollege Haberl, weiter in Niederösterreich: der Betriebsrat der Forstarbeiter des Stiftes Schlägl in Niederösterreich, der Betriebsrat des Gutes Seckau mit 50 Arbeitern und zehn Angestellten in der Steiermark, der Betriebsrat der Genossenschaft Ehrenhausen mit 44 Arbeitern und 41 Angestellten, 100 Beschäftigte der Lagerhausgenossenschaft Pregarten. (*Rufe bei der SPÖ: Sie haben doch alles bestellt! Alles bestellt!*)

Weiters: der Betriebsrat der Lagerhausgenossenschaft mit 55 Arbeitern und 35 Angestellten in Stainz in der Steiermark, die Personalvertretung der Universität Graz, der Betriebsrat der

Genossenschaft Voitsberg mit 125 Beschäftigten, der Betriebsrat der Maschinenfabrik Andritz, der Betriebsrat von Waagner-Biro. (*Wiederholte Rufe bei der SPÖ: Alles bestellt!*)

Hören Sie genau zu: der Zentralbetriebsrat der Kontrollassistenten in Oberösterreich, der Betriebsratsobmann des Landeskontrollverbandes mit 213 Angestellten in der Steiermark, die 200 Bediensteten des Dienststellenausschusses in den Grazer allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. (*Abg. Sekanina: Sie haben doch gestern im Hotel telephoniert um halb zehn Uhr!*) Werden Sie doch nicht nervös! Werden Sie doch nicht nervös! Hören Sie sich doch das an, meine sehr verehrten Herren! (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Sekanina: Sie haben doch gestern telephoniert! – Abg. Graf: Lassen Sie die Abgeordneten überwachen? – Präsident Minkowitsch gibt das Glockenzeichen.*)

Plötzlich ist der Herr Kollege Sekanina wieder da! Aber schauen Sie, hören Sie sich das an: der Betriebsrat der Steierischen Landwirtschaftskammer mit 700 Arbeitern und Angestellten . . . (*Abg. Sekanina: Sie haben doch gestern telephoniert! – Abg. Graf: Woher wissen Sie das? – Abg. Dr. Fischer: Durch seinen Zimmernachbarn!*)

Sie hören offenkundig die Telephone ab, aber offenkundig am falschen Draht, lieber Herr. (*Abg. Sekanina: Sie kriegen eine Leistung zusammen als Telephonist!*) – (*Rufe bei der ÖVP: Telephone abgehört!*) – (*Ruf bei der SPÖ: Bestellte Telegramme!*)

850 Kolleginnen und Kollegen des Angestelltenbetriebsrates der Agrosserta, Dienststellenpersonalvertretung beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung mit 8000 Beschäftigten – 8000 Beschäftigten –, und schließlich das letzte – Herr Kollege Sekanina, schauen Sie . . . (*Abg. Sekanina: Geben Sie zu, daß Sie telephoniert haben!*) – (*Abg. Dr. Tull: Sie haben gestern deswegen so viel telephoniert, weil es noch billiger ist!*) – gezeichnet vom Obmann des Angestelltenbetriebsrates und gezeichnet vom Obmann des Arbeiterbetriebsrates des Landeskrankenhauses Graz mit 4400 Beschäftigten. Sie alle protestieren gegen jene Belastungswelle, die Sie in diesem Hause losgetreten haben, meine sehr verehrten Damen und Herren! (*Zustimmung bei der ÖVP. – Ruf bei der SPÖ: Warten Sie auf Ihre Telephonrechnung!*) – (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Schauen Sie, Herr Kollege Sekanina, wenn Sie glauben, daß Sie Ihre Methoden auf die anderen übertragen können, dann sind Sie im Irrtum! Bei Ihnen geschieht ja wirklich nur all das, was Sie von oben her befehlen, bei uns gibt

Dr. Hafner

es noch die Freiheit der Betriebsräte, daß sie sich selbst rühren dürfen. Jawohl, nehmen Sie das zur Kenntnis! (Beifall bei der ÖVP.)

Setzen Sie sich nieder und hören Sie einmal zu! Auch wenn Ihnen das unangenehm ist, hören Sie sich das ganz genau einmal an. Sie glauben ja, Herr Kollege Sekanina, Sie Ämterkumulierer glauben ja, die Interessen der Arbeitenden in diesem Staate vertreten zu können. Aber ich sage Ihnen eines: Es gibt genug Arbeiter und Angestellte, die genau wissen, daß Sie zur neuen Klasse zählen, die die Arbeiter und Angestellten in diesem Staate schon lange nicht mehr vertritt. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Sekanina: Gestern haben Sie die Telegramme bestellt! Geben Sie zu, daß Sie gestern telephoniert haben! - Ruf bei der SPÖ: Kollege Hauser hat Sie zuwenig an den Ohren gezogen!)

Wenn Sie, die Sozialisten und Ihre Gewerkschafter, in diesem Hause applaudieren, weil die Telephongebühren erhöht werden, weil der Salzpreis erhöht wird, weil die Bahntarife erhöht werden, wenn Sie dabei applaudieren, dann allerdings, meine sehr verehrten Damen und Herren, versteht man die Begehrlichkeit dieser Bundesregierung!

Aber ich sage Ihnen etwas: Als ich das in den Zeitungen gelesen und hier im Hause miterlebt habe, habe ich mich aber auch an eine Antwort eines polnischen Wissenschaftlers erinnert. (Zwischenruf des Abg. Sekanina.) Herr Kollege Sekanina, warum lassen Sie mich denn nicht ausreden? Habe ich Sie so getroffen? Ja? (Abg. Dr. Tull: Sie haben so laut geredet, daß der Nachbar alles gehört hat!) Herr Kollege Tull, ich werde Ihnen jetzt einmal etwas sagen: Sie haben vor drei Tagen hier im Hause gesagt, die ÖVP hätte keine Phantasie, um sich etwas einzufallen zu lassen und um Vorschläge zum Sparen zu machen. Herr Kollege Tull, jetzt sage ich Ihnen einmal etwas: Hören Sie lieber Ihrem Bundeskanzler Kreisky genau zu, er hat Ihnen genau gesagt, wo Sie sparen können, hier einen Hunderter und dort einen Tausender. Das hat er Ihnen gesagt, und tun Sie das endlich! (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Tull: Der Kreisky hat nicht telephoniert, Sie haben ja telephoniert!)

Sehr verehrte Damen und Herren! Auch Sie habe ich damit gemeint, Herr Kollege Sekanina! Auch Sie habe ich damit gemeint, sehr geehrter Herr Sekanina! Beruhigen Sie sich, setzen Sie sich ganz ruhig auf Ihren Stuhl nieder, und zeigen Sie einmal, daß Sie Größe besitzen und auch zuhören können. Schauen Sie, das haben Sie sicher auch einmal in einer Rednerschulung beim ÖGB gelernt: sich niedersetzen und zuhören können. (Abg. Sekanina: Vom Hotelzimmer aus haben Sie telephoniert!)

Lieber Herr Kollege Sekanina! Sie, Ihre Fraktion, aber auch das ganze Haus stellen sich bei dieser Politik und bei Ihrer Unterstützung dieser Bundesregierung folgende Frage ... (Abg. Dr. Tull: Gestern haben Sie telephoniert! Wer zahlt Ihre Telephonrechnung?)

Das ist sehr nett, das ist sehr nett! Aber Sie müssen sich von Ihrem Sekretär die Fragen soufflieren lassen, die Sie mir stellen, Sie sind wirklich ein armer Mensch, muß ich sagen. Sie gehören auch schon zu den Armen in Österreich, wenn Sie sich von Ihrem Sekretär die Fragen soufflieren lassen müssen! (Abg. Sekanina: Sie haben eine Telephonrechnung, die muß gigantisch sein! - Heiterkeit bei der SPÖ.)

Lieber Herr Kollege Sekanina! Die haben Sie wahrscheinlich als Obmann der Gebietskrankenkasse! (Abg. Sekanina: Um zehn Uhr haben Sie gestern telephoniert; Sie haben eine Telephonrechnung, die muß gigantisch sein!)

Wenn Sie, Herr Kollege Sekanina, in diesem Hause applaudieren, wenn diese Regierung die Telephongebühren erhöht, den Salzpreis erhöht - ich muß das wiederholen, denn ich habe den Eindruck, Sie haben nicht richtig zugehört -, wenn Sie applaudieren, wenn die Bahntarife erhöht werden, dann versteht man diese grenzenlose Begehrlichkeit dieser Regierung!

Aber dann erinnere ich mich auch an die Antwort eines polnischen Wissenschaftlers, auf die Frage, die ich ihm gestellt habe, nämlich welche Funktionen denn die Gewerkschaften in den Oststaaten hätten. Wissen Sie, was er mir dazu gesagt hat? Ich sage Ihnen nur, was dieser polnische Wissenschaftler mir gesagt hat. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Schauen Sie, Sie brauchen mir nicht zu drohen, ich bin selbst Gewerkschaftsmitglied, Herr Kollege Hofstetter, Sie brauchen mir hier wirklich nicht zu drohen. Das können Sie sich von vornherein gleich abgewöhnen. Hier nicht! (Abg. Hofstetter: Das werde ich nicht machen!) Das werde ich bestimmen, daß ich mir von Ihnen keine Drohungen sagen lasse. Nehmen Sie das zur Kenntnis! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage Ihnen jetzt die Antwort, die mir dieser polnische Wissenschaftler auf meine Frage gesagt hat. Er hat mir gesagt, daß in den Oststaaten die Gewerkschaften die Funktion hätten, den Willen der Regierung und der Partei ungebrochen auf die Arbeiter zu übertragen und zu übermitteln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war die Antwort dieses polnischen Wissenschaftlers, und sie ist mir in dieser Szenerie hier im Hause in den letzten Tagen eingefallen. Das

3884

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Hafner

werden auch Sie noch gestatten müssen, diese Gedankenfreiheit, Herr Sekretär Hofstetter! Nehmen Sie das zur Kenntnis! (Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Hofstetter: Sie haben vollkommen recht, falsche Entscheidungen kann Ihnen niemand verbieten!)

Unverständlich, unverantwortlich und daher auch unakzeptabel ist das Spiel – und damit komme ich zu einem neuen Thema –, das diese sozialistische Regierung mit den Spitäler und Krankenanstalten und damit auch mit unserer Gesundheit treibt.

Am Mittwoch haben Sie hier, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, die Zigarettenpreise erhöht, das fünfte Mal seit dem Jahr 1971. Eine Zweckbindung lehnte der Finanzminister bisher immer ab. Er liebt das freie Spiel, offenkundig das unkontrollierte Spiel seiner Hände in den Brieftaschen der Österreicher.

Auch Bundeskanzler Kreisky weiß immer rechtzeitig in der Öffentlichkeit davon zu reden, man müsse prüfen, was dem Österreicher seine Gesundheit wert sei. Immer rechtzeitig dann spricht er davon, wenn eine neue Zigarettenpreiserhöhung vor der Tür steht, so auch jetzt.

Vorgestern meinte er hier im Hohen Hause, die Gesundheit sei ein hoher Wert, man müsse prüfen, welche Opfer die Bevölkerung bereit wäre, dafür zu erbringen. Hier wortwörtlich, ich habe ihn gehört.

Und am nächsten Tag, um die Verwirrung total zu machen, rückte die „Arbeiter-Zeitung“ mit der Schlagzeile heraus: Subvention auch für Zigaretten.

Das ist Demagogie. Sie können doch mir nicht weismachen, daß die „Arbeiter-Zeitung“ nicht weiß, daß von jedem Packerl Zigaretten, das etwa 14 S kostet, der Finanzminister allein 10 S kassiert.

Aber vorgestern jonglierte der Herr Bundeskanzler Kreisky hier im Hause, man merkte ihm auch seine Verlegenheit an, mit den Zahlen über die Aufwendungen des Bundes für die Krankenanstalten. Jedenfalls wußte man nachher genau so wenig wie vorher.

Wie sieht die Wirklichkeit aus und die tatsächliche Entwicklung? Jetzt möchte ich Ihnen einmal einige Zahlen sagen und Sie mit einigen Zahlen konfrontieren. Es stimmt schon, der Finanzminister hat sich die Hände nicht binden lassen. Er hat gesagt, die Erhöhung der Zigarettenpreise soll nicht zweckgebunden sein. Aber Sie haben die öffentliche Meinung doch so weit hingebrochen, daß man meinte, eigentlich gehört es ja doch dafür, und daher ist es den Leuten ja wahrscheinlich leichter gefallen, das

zu bezahlen. Aber was sind die Fakten, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungsfraktion, die Sie dieser Regierung, dieser Räuberregierung die Stange halten?

Im Jahre 1971 hat der Bund 220 Millionen Schilling für die Spitäler aufgewendet. Die Zigarettenpreiserhöhung hat 450 Millionen ausgemacht, 230 sind versickert. Wo? 1972, 250 Millionen für die Spitäler, 450 haben Sie kassiert für die Zigaretten, 200 Millionen sind versickert. Im Jahre 1973 ... (Abg. Dr. Tull: Er hat „Räuber“ gesagt! Was heißt das: „Räuberregierung“? – Abg. Dr. Schwimmer: Herr Tull, das war vor 5 Minuten!)

Aber regen Sie sich doch nicht so auf, aber schauen Sie, heute sind doch schon viel wildere Ausdrücke hier gefallen! Beruhigen Sie sich, setzen Sie sich wieder nieder!

Im Jahre 1974 hat der Bund für die Spitäler in Österreich 765 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, von der Zigarettenpreiserhöhung im selben Jahr und mit der bisherigen Preiserhöhung zusammen aber 1150 Millionen kassiert. Versickert sind also 385 Millionen. (Abg. Dr. Tull: Herr Präsident! Ich hoffe, Sie haben das Wort „Räuberregierung“ gehört! Er hat deziert erklärt: „diese Räuberregierung“!) Jawohl, dabei bleibe ich.

1975 haben Sie für die Spitäler – das war diese Sondergesetzgebung – 1,2 Milliarden Zuschüsse bekommen. Der Finanzminister Androsch kassierte rund 1,7 Milliarden an Zigarettenpreiserhöhungen. 455 Millionen versickerten. (Abg. Dr. Tull: Soweit darf die Narrenfreiheit nicht gehen!)

1976 eine Senkung, eine Absenkung des Beitrages des Bundes auf 807 Millionen Schilling, eine Senkung um über 30 Prozent.

Die Zigarettenpreiserhöhung – hören Sie sich das gut an, Herr Abgeordneter Dr. Tull – machte 1,7 Milliarden Schilling aus. Im Budget versickerten 893 Millionen.

Und für 1977 stellt der Bund 930 Millionen zur Verfügung, die Einnahme durch die Zigarettenpreiserhöhung macht mit dieser Erhöhung, die Sie vorgestern im Hauptausschuß beschlossen haben, 2,3 Milliarden aus, im Bundesbudget versickern, ohne für die Gesundheit verwendet zu werden, 1,4 Milliarden Schilling.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Haus brennt, die Krankenanstalten steuern einem Abgang von 4,5 Milliarden zu, die Krankenversicherung hat ein Defizit von etwa 1 Milliarde.

Was tut der Bund in dieser Situation? Er proklamiert, der Sozialminister spricht von

Dr. Hafner

Gesprächen, aber zugleich werden die Länder in Schwierigkeiten gebracht. Bei einem rasanten Anstieg der Spitalskosten kürzt der Bund seine Zuschüsse um 32 Prozent. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Skandal! Das Haus brennt! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Der Bund aber zieht seine Löschzüge zurück. Die Gesundheitsschillinge versickern in der österreichischen Sahelzone, in der verwilderten Dünenlandschaft des Bundesbudgets.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Minister Weißenberg hat heute in sehr polemischer Art und Weise das erstmal zu Fragen der Sozialpolitik Stellung genommen. Ich bin aber auch Ihrer Meinung, daß die Frage der Krankenanstalten sicher ein heißes Eisen ist und daß es eine Frage ist, wie sie in Zukunft wirtschaftlich besser und zielführender geregelt werden kann.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Auffassung sozialistische Landespolitiker vor allem in der Steiermark von der Bewältigung dieser sicher nicht leichten Aufgabe haben, ist erschütternd. Der Landesobmann, Ihr Landesobmann der steirischen SPÖ, Landeshauptmann-Stellvertreter Sebastian gibt das Spitalsreferat ab. Wissen Sie, warum er es abgibt? (Abg. Dr. Tull: Soll er Sie um Genehmigung fragen?) Herr Abgeordneter, wissen Sie, warum er es abgibt? (Abg. Dr. Tull: Natürlich wissen wir es!)

Ja, wissen Sie es, haben Sie das gelesen? – Weil es ihm zu wenig publikumswirksam ist, gibt es der Herr Landesobmann der Sozialisten ab.

Sein Landesparteisekretär springt ihm dann auch noch zur Seite und sagt: Nein, nein, wir haben nicht davon gesprochen, das wäre zu wenig publikumswirksam, sondern wir haben nur gesagt, das Spitalsressort ist zu wenig öffentlichkeitswirksam. Ein gigantischer Unterschied, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Aber Spaß beiseite, das Spitalsressort ist ein Schlüsselressort in der Steiermärkischen Landesregierung. Der Budgetrahmen beträgt 2,6 Milliarden Schilling bei einem Gesamtbudget von 13 Milliarden. Von den rund 15.000 Landesbediensteten sind mehr als die Hälfte, nämlich fast 8000, in den steirischen Landeskrankenanstalten tätig. (Abg. Zingler: Wem sind denn die unterstellt?) Und da behauptet die Sozialistische Partei, dieses Referat sei zu wenig publikumswirksam, Herr Abgeordneter Haberl.

Ich frage Sie: Was ist da zu wenig publikumswirksam, das Referat oder der Referent in dem Falle? (Beifall bei der ÖVP.)

Man muß sich doch allen Ernstes fragen: Geht es hier um die Popularität eines sozialistischen Spitzenpolitikers oder um die wirtschaftliche Führung dieser Spitäler? Und dafür war er bisher verantwortlich. Das wissen Sie ja auch ganz genau! (Beifall bei der ÖVP.)

Den Sozialisten ist offenkundig – zumindest in der Steiermark ist es so – der politische Erfolg wichtiger als die Gesundheit der Bürger in diesem Lande. Welche Auffassung von politischem Mandat tritt denn da zutage?

Man muß sich ja wirklich schon fragen: Ist das Volk für die Sozialistische Partei da, oder sind die Politiker für das Volk da? Wenn das Demokratieverständnis der Sozialisten in Österreich dieses ist, dann wird man sich wehren müssen, bevor es zu spät ist.

Und zum Abgeordneten Pichler, der heute hier schon gesprochen hat, möchte ich auch eines sagen. Herr Abgeordneter Pichler, wenn Sie jemanden auf Kurs schicken wollen, dann schicken Sie den Sebastian auf einen Kurs, schicken Sie ihn auf einen politischen Grundkurs. Der soll einmal lernen, was Demokratie heißt. (Abg. Pölz: Das ist eine Frechheit!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluß, damit Sie sich wieder beruhigen können. Ich möchte Ihnen zum Abschluß folgendes sagen: Im Volksmund erzählt man sich schon einen Witz – ich würde sagen, das ist heute kein Witz mehr –: Zwischen einem Österreicher und einer Zitrone gibt es wirklich keinen Unterschied mehr: beide werden ausgepreßt und sind sauer. (Beifall bei der ÖVP.)

Als ich vorgestern in der „Kronen-Zeitung“ den Herrn Finanzminister Androsch mit umgestülpten und leeren Taschen abgebildet gesehen hatte, erinnerte ich mich daran, daß die Tiroler, unsere Tiroler Freunde schon einmal einen „Johann mit der leeren Tasche“ vertrieben haben. (Zwischenruf bei der SPÖ.) Es war im 14. Jahrhundert, Herr Kollege, wenn Sie so fragen. Im 14. Jahrhundert haben sie einen „Johann mit der leeren Tasche“ vertrieben. (Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Ich höre, daß sich die Tiroler nach seiner Vertreibung wieder das Recht der Mitwirkung an neuen Gesetzen zurückgeholt haben. – Hören Sie von der sozialistischen Fraktion gut zu. (Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.) Denken Sie an das Gebührengesetz! Die Tiroler haben sich nach der Vertreibung des „Johann mit der leeren Tasche“ wieder das Recht der Mitwirkung an neuen Gesetzen, wieder das Recht der Mitwirkung bei der Beschiebung über neue Steuern und an einer Kontrolle der

3886

Nationalrat XIV. GP - 41. Sitzung - 3. Dezember 1976

Dr. Hafner

Verwaltung zurückgeholt. Aber sie haben ihn erst vertreiben müssen.

Wir von der Österreichischen Volkspartei gewinnen jedenfalls den Eindruck, daß dieses Land nur mehr mit einer Vertreibung eines „Johann mit der leeren Tasche“ zu retten ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Minkowitsch: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Libal zu Wort gemeldet.

Ich weise darauf hin, daß eine tatsächliche Berichtigung gemäß § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten darf.

Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Libal (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Abgeordnete Dr. Hafner hat behauptet – weil wir ihm zugerufen haben, daß er die Telegramme telephonisch bestellt hat –, daß wir die Telephone abhören. Tatsächlich war es aber so, daß ich im selben Hotel wohne, zufällig im Nebenzimmer liege und um 10 Uhr abends gehört habe, wie der Herr Abgeordnete Dr. Hafner Graz angerufen und den Herrn Gemeinderat Altmann gebeten hat, ihm Telegramme zu schicken. (Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayer. – Heiterkeit.) Dabei erklärte er, daß er heute schon 25 bestellte Telegramme bekommen hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Samwald. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Samwald (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte gleich anfangs meiner Rede auf die Ausführungen des Kollegen Hafner eingehen, der gesagt hat: Als 1970 die Sozialistische Partei als Sieger angetreten ist. Ich möchte ihn korrigieren. Die Sozialistische Partei hat nicht nur 1970 gewonnen, sondern auch 1971, und hat, wenn Sie wollen, auch 1975 hier in der Republik Österreich die absolute Mehrheit bekommen.

Wenn er damit gemeint hat, wir würden jetzt die Maske fallen lassen, die Staatsschulden steigen, die Belastung der Staatsbürger wird immer größer, es gibt eine große Krise im Gesundheitswesen Österreichs, die Armut in Österreich steigt, dann möchte ich Ihnen eines sagen, Kollege Hafner: Sie gehen hier an der Zeit vorbei. Wenn wir auf eines stolz sind, dann auf diese sozialistische Alleinregierung, die hier in diesen sieben Jahren auf dem Gebiete der Bildung das Bildungsprivileg gebrochen hat. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Das weiß der Samwald!) Wir sind stolz darauf, Herr

Dr. Gruber, daß es dieser Regierung gelungen ist, in der größten Krise nach 1945 hier in Österreich die Vollbeschäftigung zu sichern, und wir sind auch stolz darauf, daß wir heute im Schilling eine der härtesten Währungen der Welt haben. Wenn Sie wollen: Ich kann Ihnen keinen besseren Gradmesser nennen als den Weltspartag. Österreich hat auch hier wieder alle Rekorde gebrochen. Wir verfügen über die höchsten Spareinlagen in Europa. Letzten Endes können wir auch stolz sein – und da können Sie noch soviel, meine Damen und Herren von der ÖVP, an das Rednerpult treten –, daß wir in diesem Lande in diesen sieben Jahren auch den sozialen Frieden erhalten haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich verstehe aber auch eines nicht: daß sich hier ein Akademiker zu der Behauptung aufraffen kann, bei der sozialistischen Alleinregierung handle es sich um eine „Räuberregierung“. Mit dieser Feststellung, Herr Kollege Hafner, haben Sie selbst Ihr Maß und Ihr Niveau bestimmt.

Ich möchte aber nun zurückkommen zu meinen Ausführungen zum Budgetkapitel Gesundheit. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ich bitte Sie, Sie werden das gleich hören, wenn Sie mir zuhören, statt zu schreien, Sie brauchen mir keinen Applaus geben. Aber auf alle Fälle möchte ich mich jetzt Problemen zuwenden, die sicher von Bedeutung sind. Wir erleben es ja immer wieder, daß Dr. Gruber bei allen Kapiteln hier seine Zwischenrufe leistet – es ist sein gutes Recht –, aber ich möchte ihm eines sagen:

Wenn hier heute der Herr Kollege Dr. Wiesinger und der Kollege Vetter wieder Kritik am Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz geübt haben, dann möchte ich Ihnen doch sagen – und das sollten Sie doch endlich einmal auch ehrlich betrachten und ehrlich aussprechen –, daß es sich gerade in der Frage der Gesundheitspolitik um einen speziellen Bereich handelt und daß es gerade in der Frage der Gesundheitspolitik keinen Knopf geben kann, auf den man drückt, und morgen ist das Ergebnis da. Denn wir wissen genau, daß gerade in den Fragen der Gesundheitspolitik heute Probleme auf uns zukommen, die wir erstens in Zukunft nur gemeinsam werden lösen können und die zweitens schwierig sind und manchmal, in manchen Gebieten, jahrelanger Vorarbeiten bedürfen, damit wir auch jenes Format und jenen Idealzustand erreichen können, Kollegen, den wir uns alle wünschen. (Abg. Kraft: Sie wollen ja nicht gemeinsam!) Wir wollten schon gemeinsam, aber Sie stellen sich hier in Opposition und gegen alle Leistungen, die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz erbracht werden. Sie verniedlichen diese immer wieder.

Samwald

Wir können wirklich sagen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei: Seit es dieses Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz gibt, sind sehr viele Aktivitäten – sehr viele Aktivitäten! – gesetzt worden. Ich glaube auch, daß wir gerade in diesem Jahrzehnt doch auch eines zur Kenntnis nehmen müssen: daß unter dieser sozialistischen Alleinregierung dieses Bundesministerium geschaffen worden ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich wollte das jetzt nicht, aber ich muß trotzdem eingehen auf die Jahre 1966 bis 1970. Ihnen oder Ihrer Regierung ist das damals nicht eingefallen. Wissen Sie, wo in diesen vier Jahren von 1966 bis 1970 Ihr Schwerpunkt in der Gesundheitspolitik gelegen ist? – Ein einziges Gesetz haben Sie beschlossen: das Strahlenschutzgesetz. Sonst nichts! Es war ein Stillstand in der Gesundheitspolitik in den Jahren 1966 bis 1970. Unrichtig ist auch in diesem Zusammenhang, daß wir – und das, glaube ich, ist die Feststellung, die der Herr Kollege Dr. Wiesinger, aber auch der Kollege Vetter getroffen hat . . . (Abg. Dr. Gruber: Haben Sie schon etwas vom Tuberkulosegesetz gehört?) Das ist bei uns noch zweimal novelliert worden, aber bei Ihnen nicht. (Abg. Dr. Gruber: Das haben wir vorher beschlossen!) Dann haben Sie eben noch ein zweites Gesetz beschlossen. (Abg. Dr. Gruber: So einfach machen Sie es sich!) Aber es sind ja auch zwei Gesetze in dem Zeitraum nicht viel. (Abg. Dr. Gruber: Wenn nicht einer das sitzt, der das weiß, sagen Sie etwas Falsches!) Herr Dr. Gruber! Aber so einfach, wie es sich bei Ihnen der Herr Dr. Wiesinger macht, der sich hier an das Rednerpult stellt und sagt, die Budgetansätze für das Gesundheitsministerium sind zu niedrig und zu wenig dotiert, kann man es sich nicht machen. Dieses Bundesministerium kann man nicht nach den Budgetziffern messen, sondern vor allen Dingen nach den Aktivitäten, die gesetzt worden sind. (Abg. Dr. Gruber: Sie sind eben nicht gesetzt worden!) Es gibt genug Aktivitäten. Ich werde sie Ihnen gleich aufzählen:

Die Einführung der Vorsorgeuntersuchungen (Abg. Dr. Gruber: Die Lautstärke ersetzt kein Argument!), den Mutter-Kind-Paß – verniedlichen Sie das nicht, Herr Dr. Gruber –, die Säuglingssterblichkeit ist um 30 Prozent zurückgegangen – wir haben diesbezüglich wirklich die ersten Erfolge erzielen können –, zwei Novellen zum Tuberkulosegesetz, das Impfschadengesetz, das Krankenpflegegesetz (Rufe bei der ÖVP: Lauter!) – bei Ihnen muß man ja schreien bei so vielen Zwischenrufen (neuerliche Rufe bei der ÖVP: Lauter!) – sowie die 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz.

Wenn Sie wollen – weil es mir gerade auch

noch einfällt, Herr Dr. Gruber – das Apotheken gesetz, das Tierärztekongress, das Epidemiegesetz und das neue Lebensmittelgesetz. Gerade das neue Lebensmittelgesetz hat auch bei uns in Österreich neue Maßstäbe gesetzt und wird vor allen Dingen auch international sehr anerkannt. (Abg. Dr. Gruber: War ein ÖVP-Vorschlag!)

Meine Damen und Herren! Das ist es, was wir Ihnen vorwerfen: daß Sie von 1966 bis 1970 alle diese Aktivitäten verschlafen haben. (Abg. Kraft: Was täten Sie, wenn Sie keine Ausreden hätten?)

Darüber hinaus, Herr Abgeordneter, liegen auch hier noch weitere Regierungsvorlagen. Nicht 1966 und 1970 . . . (Abg. Kraft: Ausreden, sonst nichts!) Sie werden im Jahre 2000 sagen: 30 Jahre Regierung Dr. Kreisky sind genug!, wenn Sie so weitertun! (Zustimmung bei der SPÖ. – Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)

Zugleich aber, meine Damen und Herren, wäre es sicherlich auch unrealistisch zu sagen, daß alle Fragen, die die Gesundheitspolitik in Österreich betreffen, bereits auch einer Lösung zugeführt worden sind. So präpotent sind wir gar nicht, Herr Dr. Gruber. (Abg. Dr. Gruber: Es scheint bloß so!) Wir wissen sehr genau, daß noch viele Probleme einer Lösung harren, und wir geben auch unumwunden zu, daß manche Lösungen aus finanziellen Gründen, aber auch aus dem Streit über Kompetenzen bisher nur Teillösungen gewesen sind.

Ich möchte es aber auch diesmal betonen und ich habe es auch in der letzten Budgetdebatte 1975 zum Ausdruck gebracht, daß die Frau Bundesminister und ihre Mitarbeiter, aber besonders auch die sozialistische Fraktion, sich immer von einem haben leiten lassen: daß in der Frage der Gesundheit jedem Menschen in Österreich ohne Rücksicht auf seine soziale Herkunft die gleichen Chancen, aber auch die gleichen Erkenntnisse der Wissenschaft zur Verfügung stehen müssen.

Wenn hier von den Rednern der Opposition heute auch die sehr akute und vor allen Dingen auch sehr aktuelle Frage der finanziellen Situation der österreichischen Krankenanstalten angeschnitten worden ist, so sage ich auch dazu ganz offen und ehrlich, daß sicherlich die finanzielle Situation der Krankenanstalten Österreichs alles andere als nur erfreulich ist. Aber so einfach, wie es sich auch hier der Herr Kollege Dr. Wiesinger und der Herr Kollege Vetter machen, geht es natürlich auch nicht. Sie wissen selbst: Der Krankenanstaltenplan war seinerzeit der erste positive Schritt in dieser Richtung. Diesem Plan folgte später die Krankenanstaltengesetznovelle, und in nächster Zeit, wenn wir dieses Problem in den Griff bekommen,

3888

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Samwald

men, soll auch eine Normkostenverordnung erlassen werden. (Abg. Vetter: 30. November 1975!)

Kollege Vetter, ich glaube, daß gerade die Normkostenverordnung im Konsens in der Frage der Kompetenzen zu regeln und zu ordnen sein wird. Da gibt es überhaupt kein Mißverständnis, da sind wir uns doch alle einig.

Lassen Sie mich darüber hinaus sagen – mein Kollege Pichler hat das heute hier schon ausgeführt –: So einfach, wie sich die ÖVP in Niederösterreich und der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich Maurer die Finanzierung der Krankenanstalten vorstellen, so, meine Damen und Herren von der ÖVP, geht es auch nicht. Denn einen Beschuß herbeizuführen, daß der Verpflegskostensatz für die Krankenkassen von derzeit 60 Prozent rigoros auf 80 Prozent rückwirkend mit 1. Jänner festgesetzt wird, wissen Sie, was das bedeutet, Herr Kollege Dr. Wiesinger? Eine Nachzahlung aus den Jahren 1975 und 1976, einen Mehraufwand von 310 Millionen Schilling und für 1977 190 Millionen Schilling, also insgesamt eine halbe Milliarde Schilling.

Und wissen Sie, was das im gleichen Atemzug, wenn ich es hier aussprechen darf, bedeutet? Daß die Krankenkassen ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können, daß die Leistungen herabgesetzt werden müssen, daß das ein echter Angriff auf soziale Einrichtungen dieses Landes ist! (Abg. Vetter: Blabla!)

Das ist kein Blabla, Herr Kollege Vetter, ich werde Ihnen dann später Zahlen nennen. Die Durchführung dieses Beschlusses, das können Sie nicht bestreiten, hätte zur Folge, daß nicht nur die Kassenleistungen gekürzt werden müßten, sondern darüber hinaus auch eine wesentliche Beitragserhöhung erforderlich wäre, die sowohl von den aktiven Versicherten, aber in noch größerem Maße von den Pensionisten dieses Landes zu tragen wäre. Das ist Ihre Politik. (Beifall bei der SPÖ.)

Richtig ist absolut, das ist auch für mich keine Frage, daß die Defizite der Spitäler immer mehr anwachsen und zur erdrückenden Last der spitalerhaltenden Gemeinden werden. Die Schuld dafür und die Entwicklung dem Bund zuzuschreiben, ist für den Herrn Landeshauptmann Maurer bezeichnend. Aber das werden Sie hier nicht echt überzeugend zum Ausdruck bringen können. So – das werde ich auch dem Herrn Landeshauptmann von Niederösterreich persönlich sagen – kann man die Probleme der Krankenanstalten Österreichs auf dem Rücken der Versicherten absolut nicht lösen. (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Wiesinger.)

Herr Kollege Dr. Wiesinger, die Krankenanstalten sind doch Landessache: Ausführungsge setzgebung Bund, Durchführungsgesetzgebung und Durchführung Landessache. Das wissen Sie doch selbst.

Und hier muß ich Sie eines fragen: Wie sieht denn die Situation in den anderen Bundesländern aus? Alle anderen Bundesländer leisten einen wesentlich höheren Prozentsatz als gerade Niederösterreich für die Krankenanstalten. In Niederösterreich wird diese Last auf die Gemeindespitäler transferiert. Wir haben in Niederösterreich allein von den 25 Krankenanstalten 22, die gemeindeeigen geführt werden. Die Gemeinden werden bei uns in Niederösterreich immer mehr zur Kasse gebeten. Auch diese Politik prangen wir hier an.

Ich werde Ihnen noch eines sagen: Wenn die Österreichische Volkspartei im Niederösterreichischen Landtag diesen Beschuß durchgeführt hat, so wissen Sie, was das für ein Beschuß ist, daß er nicht nur sehr oberflächlich, sondern auch sehr leichtsinnig gefaßt worden ist. Das hat ja auch heute der Herr Bundesminister schon zum Ausdruck gebracht. Wenn man nämlich sagt, der Bund gibt den Krankenanstalten nichts, dann kann ich Ihnen hier, Herr Kollege Vetter, allein von der Investitionsförderung das Gegenteil beweisen. Sie haben die Zahlen nicht genannt, ich weiß nicht, haben Sie sie nicht gehabt oder haben Sie diese Fragen offen hier im Raum stehen lassen?

Investitionsförderung vom Bund, hier sind die Zahlen und Fakten: 53,450.000 Schilling im Jahre 1975, und 1976 bis jetzt in der ersten Tranche 28,5 Millionen, in der zweiten Tranche 13,5 Millionen Schilling.

So kann man die Dinge hier von diesem Pult aus nicht betrachten, Behauptungen in den Raum zu stellen, ohne Zahlen zu nennen und noch die Tatsache so hinzustellen, als würde der Bund für das Bundesland Niederösterreich gerade in der Frage der Krankenanstalten nichts leisten. (Beifall bei der SPÖ – Abg. Dr. Wiesinger: Paktiert zwischen der Bundesregierung und den Ländern!)

Wenn Sie das sagen, kann ich noch mit etwas anderem aufwarten. Hier gibt es eine echte Statistik, und wissen Sie, was diese Statistik zum Ausdruck bringt? Daß das Land Niederösterreich ungefähr bei der Hälfte der Leistungen der anderen Bundesländer liegt. Das Land Niederösterreich wendet für das Gesundheitswesen mit Abstand den niedrigsten Prozentsatz auf. Wien leistet das Dreifache, Steiermark sogar das Fünffache, Oberösterreich das Vierfache, und selbst das kleine Burgenland leistet noch mehr als Niederösterreich. Das muß man doch auch

Samwald

hier klar und offen aussprechen, wenn man diese Problematik erkennen will und auch erkennen soll.

Ich glaube, daß mit diesem Alleingang der Österreichischen Volkspartei in Niederösterreich - wir wissen ja, daß die Sanierung Landessache ist - ein Beschuß erfolgt ist, der dieses Problem auf die Versicherten abwälzen will.

Wir Sozialisten werden uns - und das sage ich auch von dieser Stelle aus - aufs entschiedenste zur Wehr setzen gegen diesen Anschlag auf alle Arbeitnehmer Niederösterreichs. Das ist ein echter Anschlag (Abg. Vetter: *Alternativen!*), und dafür ist uns auch der Landeshauptmann von Niederösterreich, Maurer, verantwortlich. (Abg. Dr. Zittmayr: *Alternativen!*) Das hören Sie gleich, Herr Kollege Zittmayr!

Ich bin auch persönlich der Auffassung - das ist gar keine Frage -, daß hier die Länder, der Bund und die Krankenkassen sich zusammensetzen sollen. Die Frau Minister wird Vorschläge ausarbeiten. (Abg. Dr. Zittmayr: *Wann?*) Das wird in der nächsten Zeit eine Sache des Zusammentreffens sein.

Aber eines möchte ich Ihnen sagen: Nach wie vor muß auch die Leistung der Länder gegeben sein, weil Gesundheitspolitik Sache der Länder ist.

Und wenn ich darüber hinaus eines noch zum Ausdruck bringen will, dann doch auch eine Lösung, die für alle 323 Krankenanstalten in Österreich gleich sein sollte. Im Interesse der Betroffenen, und da gebe ich Ihnen recht, Herr Kollege Zittmayr, müssen alle zuständigen Stellen raschst an einen Tisch gebracht werden, um hier ein Verhandlungsergebnis zu erzielen.

Ich weiß, daß darüber hinaus eine Reihe von wirklichen Aktivitäten im Gesundheitsministerium gesetzt worden sind, die für die Gesundheit der österreichischen Bevölkerung jetzt, aber auch in Zukunft von entscheidender Bedeutung sein werden. Und das ist ja letzten Endes auch der Grund, warum wir Sozialisten diesem Budgetkapitel gerne unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Feurstein.

Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich auch zur Frage der Protesttelegramme nicht unmittelbar Stellung nehmen möchte, so finde ich es doch eigenartig, daß ein Abgeordneter zum Nationalrat hier im Hohen Haus erklärt,

und zwar öffentlich erklärt, daß er lauscht. (Zustimmung bei der ÖVP. - Heftige Zwischenrufe bei der SPÖ. - Zwischenrufe der Abg. Thalhammer und Dr. Tull. - Abg. Tonn: *Soll er sich die Ohren zuhalten? - Zwischenruf des Abg. Kern.*)

Meine Damen und Herren! Ich halte es auch für unwahrscheinlich, daß man solche Dinge durch eine Wand durchhört; solche Details, wie sie der Abgeordnete Libal dargestellt hat. Aber diese Äußerung und Haltung des Abgeordneten Libal mögen Sie selbst beurteilen! (Neuerliche Zustimmung der ÖVP. - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. - Abg. Hatzl: Herr Kollege Feurstein! Sie geben zu, daß es bestellte Telegramme waren! - Abg. Tonn: Damit haben Sie zugegeben, was geschehen ist!)

Ich kritisiere die Haltung des Abgeordneten Libal (Abg. Tonn: *Das ist aber schlecht!*), die wirklich des Hohen Hauses nicht würdig ist. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Sie haben heute sehr viel von der Zusammenarbeit geredet. (Abg. Hatzl: *... jetzt wissen wir es!*) Auch der Klubobmann Dr. Fischer. (Anhaltende Rufe und Gegenrufe zwischen der SPÖ und ÖVP.) Herr Abgeordneter Sekanina, wir hören das sehr gern.

Allerdings: Wenn man gegenüber diesen Zusicherungen die Drohungen des Herrn Bundeskanzlers hört, der sagt: Wir frieren nun die Kontakte zur ÖVP ein, oder: „Wieder Bauernkrieg“, und wenn der Bundeskanzler dem Landwirtschaftsminister erklärt - das ist auch im „Kurier“ erschienen -, er könne wohl mit den Bauernvertretern verhandeln, er dürfe aber keine Zusagen machen (Abg. Tonn: *Wo steht das?*) - der Landwirtschaftsminister darf keine Zusagen machen; das steht im „Kurier“ vom 30. Oktober 1976 (Abg. Tonn: *Das habe ich nicht gewußt! Danke!*) -, und wenn man in der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 20. November liest - und zwar ist das auch ein Zitat des Bundeskanzlers -: „Die Regierung werde nicht in die Knie gehen. Verhandlungen werden nun ... schwierig ...“ - dann, meine Damen und Herren, bezweifle ich, ob der Bundeskanzler und die sozialistische Bundesregierung tatsächlich bereit sind, mit uns zusammenzuarbeiten. Von unserer Seite sind auf jeden Fall in der letzten Zeit keinerlei derartige Äußerungen gemacht worden.

Polemik ist auf Ihrer Seite heute groß geschrieben. (Abg. Tonn: *Da haben Sie den Herrn Dr. Hafner nicht gehört oder ... ?*) Das gilt auch für den Herrn Sozialminister.

Herr Sozialminister! Sie erinnern sich sehr gut an unsere Diskussion im Finanzausschuß (Zwi-

3890

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Feurstein

schenruf des Abg. Tonn), wir hatten vereinbart, daß man die Sozialhilferichtsätze nicht mit den Ausgleichszulagenrichtsätze vergleichen darf. Sie haben heute diese Zahlen wieder gebracht und haben das wieder falsch dargestellt.

Sie müssen endlich einmal zur Kenntnis nehmen, Herr Sozialminister, daß die allgemeinen Sozialhilferichtsätze in Wien ab Jänner 1976 nämlich nur 1896 S betragen, in Vorarlberg, in einem ÖVP-regierten Land, aber 2070 S. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Tonn: Sie kennen die Zusammenhänge nicht!*)

Herr Kollege Dr. Schranz! Es ist richtig, die Ausgleichszulagenrichtsätze werden in Wien bei Personen, die älter als 65 Jahre alt sind, gewährt und angewendet. Ich habe das in Vorarlberg durchrechnen lassen. In Vorarlberg und in allen anderen ÖVP-Bundesländern ist es so, daß die Miete und die Ausgaben für individuelle Sonderbedürfnisse gesondert entschädigt werden. (*Abg. Dr. Schranz: In Wien auch!*) In Wien nicht mehr, in der Wiener Regelung steht . . . (*Abg. Tonn: Sie sind falsch informiert!*) Ich habe mir das herausgeschrieben, lesen Sie nach! Dort steht: Mit diesem Zuschlag werden auch der Mietbedarf und andere individuelle Sonderbedürfnisse abgedeckt.

Das steht in den Richtlinien zur Bemessung der Wiener Sozialhilferichtsätze. (*Abg. Dr. Schranz: Eigene Mietenbeihilfe gibt es dazu!*) Das ist nicht wahr, lesen Sie nach, Herr Kollege Dr. Schranz! Das ist falsch. (*Abg. Tonn: Sie haben keine Ahnung! Sie sind zuwenig in Wien!*)

Schauen Sie sich auch die anderen Richtsätze an. Nehmen wir einmal die Behindertenfürsorge. Aus der Behindertenfürsorge erhält ein Vollblinder in Vorarlberg 2200 S, in Wien 2085 S. In Vorarlberg 10 Prozent mehr!

Pflegegeld bekommt man in Vorarlberg 2340 S, in Wien 1200 S. (*Abg. Dr. Schranz: Separate Zulagen gibt es da!*) In Vorarlberg um 1000 S mehr.

Und noch zu einem Abgeordneten. Herr Abgeordneter Babanitz, Sie haben das Demokratieverständnis der Sozialisten gerühmt. Wissen Sie, daß bei der Arbeiterkammerwahl in Bregenz 200 Bedienstete von der Wahl ausgeschlossen wurden, die bei den Stadtwerken beschäftigt waren? Dort war die sozialistische Mehrheit in der Wahlkommission für diesen Ausschluß verantwortlich. Wegen solcher Dinge kritisieren wir Ihr Demokratieverständnis, meine Herren von der Sozialistischen Partei! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun darf ich noch einmal auf das Thema der Armut in Österreich eingehen. Es ist zweifellos

berechtigt, heute darüber nachzudenken, inwieweit die Einkommensumverteilung in Österreich funktioniert und inwieweit eben den Armen geholfen wird.

Der Herr Sozialminister hat heute wiederum erklärt, er wisse nicht, wie viele Arme es in Österreich gibt. Der Herr Bundeskanzler wußte es vor sechs Jahren sehr gut. Er hat damals von 700.000 Armen gesprochen. Warum wissen Sie das heute nicht mehr? Ich habe mir die Mühe gemacht und die Studie der Arbeiterkammer für Wien über „Armut in Wien“ herangezogen. Ich habe versucht, mit den Armutsgrenzen, die dort angegeben werden, nämlich 1750 S für den gehobenen Mindestbedarf im Jahre 1971, die Armutsgrenze im Jahre 1975/1976 neu zu bestimmen: Die Zahl der Armen würde danach immer noch 700.000 betragen. 700.000!

Ich nenne Ihnen die Detailzahlen: Es sind 300.000 Lohn- und Gehaltsempfänger, entnommen der Statistik der Sozialversicherungsträger, es sind 360.000 Pensionisten, die ein Einkommen unter 3000 S verdienen, und es sind ungefähr 50.000 Selbständige, vor allem Bauern, die ein Einkommen unter 3000 S verdienen. Wir haben also heute 700.000 Arme (*Abg. Tonn: Sie meinen ganz Österreich!*), 700.000 in ganz Österreich. (*Abg. Tonn: Sie haben gesagt: Wien!*) Ich habe diese Untersuchung auf ganz Österreich umgelegt. Ich habe die Zahlen übernommen, die für Wien errechnet wurden, und habe sie auf ganz Österreich übertragen: 700.000.

Und nun wollen Sie sagen, daß hier etwas im Kampf gegen die Armut getan worden ist!

Man muß allerdings auch berücksichtigen, daß Armut nicht nur heißt, über zuwenig Einkommen zu verfügen, sondern arm sind auch alle, die in zu kleinen und in schlecht ausgestatteten Wohnungen leben. Das sind nach dem Mikrozensus immerhin 12 Prozent aller Österreicher, also auch 850.000 Menschen.

Ich muß es noch einmal sagen: Entscheidend dafür ist die Steuerpolitik, die Sie in den letzten Jahren betrieben haben. Durch die ständige Erhöhung der Verbrauchssteuern wurden in diesen Jahren, vor allem im Jahre 1976 natürlich, die Steuerlasten sehr gleichmäßig auf alle Menschen in Österreich verteilt. Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Postgebühren, der Stempelgebühren, der Straßenbahntarife, der Bundesbahntarife belasten Sie ja den Letztverbraucher, den einfachen Mann auf der Straße. Und durch die Inflation und die Progression, die bei der Einkommensteuer wirken, kommen nun auch die unteren und mittleren Einkommen in die Besteuerung und werden einer zunehmenden Belastung unterworfen.

Dr. Feurstein

Das führt eben dazu, daß jemand, der im Jahre 1977 1000 S verdienen wird, 400 S an den Staat abliefern muß, und das muß jeder tun, ganz gleichgültig, ob er Pensionist oder Großverdiner ist.

Hier haben Sie einfach bei der Bekämpfung der Armut versagt, versagt auch deshalb, weil das System der sozialen Sicherheit nicht mehr stimmt. Das primäre Ziel Ihrer Sozialpolitik ist nicht mehr, jenen zu helfen, die in Schwierigkeiten geraten sind, sondern ganz einfach, die Gelder möglichst gleichmäßig unter alle zu verteilen. Die Armen erhalten dadurch zuwenig.

Es wurde Ihnen ja heute schon gesagt, wie die Sozialpolitik gestaltet werden müßte, daß sie sich von drei Prinzipien leiten lassen müßte. Einige Prinzipien hat ja der Herr Sozialminister akzeptiert: das Prinzip der Solidarität. Es gibt aber auch ein Prinzip der Subsidiarität, und es gibt ein Prinzip der Partnerschaft.

Die Berücksichtigung dieser Prinzipien verlangt dann eben, daß sich die Sozialpolitik primär an den Bedürfnissen des alten Menschen, des kranken Menschen, des Menschen ohne Arbeit und der Familie orientieren müßte.

Wenn Ihr Herr Klubobmann Dr. Fischer vorgestern meinte, daß mit solchen Forderungen – eben etwas gegen die Armut zu unternehmen – das Budgetdefizit größer gemacht würde, so haben Sie unsere Forderung wirklich falsch verstanden. Es geht um eine sinnvollere Verwendung der Mittel. Und das hat mit Lizitationspolitik wahrlich nichts zu tun. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe den Worten des Herrn Sozialministers vorhin sehr aufmerksam zugehört. Wenn man ihm Glauben schenken dürfte, so könnte man wirklich annehmen, daß in Zukunft etwas im Kampf gegen die Armut unternommen wird. Aber, Herr Sozialminister, Sie haben den Anträgen des Herrn Finanzministers in der letzten Zeit in allen Fällen zugestimmt. Sie haben „ja“ gesagt und haben auf der anderen Seite nichts getan, um die Armut zu lindern. Sie haben keine einzige Aktion in diesen letzten Wochen und Monaten zur Bekämpfung der Armut neu eingeleitet. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Das Kapitel Soziales zeigt auch eine gewisse Sorglosigkeit im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Das Ausgabenvolumen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wurde zwar im Ansatz 1551 etwas erhöht, die Mittel für die Arbeitsplatzbeschaffung, die unmittelbar zur Sicherung der Vollbeschäftigung dienen, wurden allerdings eingeschränkt. Wir müssen feststellen, daß für einzelbetriebliche, für konjunkturelle und für saisonale Beschäftigungsschwierigkeiten im Jahre 1977

um die Hälfte weniger zur Verfügung steht als im Jahre 1976.

Wenn dem so ist, daß weniger Mittel zur Verfügung stehen, so müßte man doch erwarten, vielleicht auch empfehlen, daß man diese Mittel in Zukunft zumindest koordinierter einsetzt. Allerdings gewinnt man, wenn man die Arbeitsmarktpolitik draußen in den Ländern betrachtet, den Eindruck, daß die linke Hand sehr oft nicht weiß, was die rechte Hand tut. Es fehlt einfach an den Gesprächen mit den Landesregierungen. Mehr Koordination bei der Verteilung der Mittel im Rahmen der Arbeitsmarktverwaltung wäre wohl ein Gebot der Stunde, und es wäre wünschenswert, daß ähnliche Kontakte eingeleitet werden, wie sie von seiten des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie seit langem bestehen.

Wenn auch viele Divergenzen bestehen, so wurde – und das möchte ich hier auch ausdrücklich feststellen – in einem Punkt von seiten des Sozialministeriums eine sehr wichtige Initiative gesetzt, nämlich hinsichtlich der Einbeziehung der Grenzgänger in die Arbeitslosenversicherung durch Aufnahme von Verhandlungen mit dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz.

Herr Sozialminister! Ich darf Ihnen auch sagen, daß verschiedene andere Probleme noch ungeklärt sind. Vor allem in arbeitsrechtlicher Hinsicht sind die Grenzgänger nach wie vor benachteiligt, es fehlt der Kündigungsschutz. Auch in steuerrechtlicher Hinsicht bestehen sehr wesentliche Unterschiede zu den Arbeitnehmern, die in Österreich einen Arbeitsplatz haben.

Es ist zu hoffen, daß der neue Sozialminister diesen Problemen aller Arbeitnehmer in Österreich entsprechendes Verständnis entgegenbringt. Wenn das der Fall wäre, könnte es dazu beitragen, daß die Sozialpolitik wieder etwas menschlicher würde, daß sie sich mehr an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert und daß dadurch ein echter Beitrag zur Linderung der Armut in Österreich geleistet wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Minkowitsch**: Für den Ausdruck „Räuberregierung“ erteile ich dem Abgeordneten Dr. Hafner den Ordnungsruf.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tonn. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Tonn** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Vorwoche gingen Meldungen durch die Presse, denen zufolge bei Untersuchungen des Bundesheeres in St. Pölten festge-

3892

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Tonn

stellte wurde, daß es mit der Gesundheit und der Hygiene unserer jungen Menschen nicht gerade weit her ist. Das hat mich dazu bewogen, im Gegensatz zu früheren Jahren, mich heute einmal mit einer sehr wichtigen Einrichtung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz zu beschäftigen.

Wie Sie wissen, ist Gesundheitsvorsorge ein sehr großer Bereich, und in diesem Bereich sind Gesundheit und Sport eigentlich untrennbar verbunden. Über die Wichtigkeit der Sportausübung gibt es sehr viele Untersuchungen. Und für eine sinnvolle Sportbetätigung bedarf es einer Vielfalt an Voraussetzungen. Dazu gehört unter anderem auch die Sportmedizin, und ich möchte die heutige Debatte dazu benützen, um einmal hier im Hohen Haus etwas zum österreichischen Institut für Sportmedizin zu sagen.

Obwohl der Sport und die Gesundheit nicht an einem Tag verhandelt werden, gibt es doch Zusammenhänge. Und das Institut für Sportmedizin ist für den Sport in Österreich, aber auch für die Gesundheit von sehr großer Bedeutung. Wie wichtig dieses Institut ist, zeigen verschiedene Aktivitäten. So konnten allein im nunmehr zu Ende gehenden Jahr 10.000 Untersuchungen an Sportlern durchgeführt werden. Es wurden die Olympiakader betreut, es wurden Untersuchungen in den Sportschulen durchgeführt. Das ist besonders wichtig, weil es ja in der Frage der Sportschulen im heurigen Frühjahr zu Diskussionen in den Medien gekommen ist und auch zu schriftlichen Anfragen hier im Hause. Und dieses Institut ist auch sehr wichtig für die Schulausbildung in Schulen mit sportlichem Schwerpunkt.

Daß der Aufgabenkreis dieses Instituts für Sportmedizin über die allgemeine Betreuung hinaus von Bedeutung ist, daß die spezielle Betreuung und die Beratung der Sportler eine Rolle spielen, brauche ich hier, glaube ich, nicht im Detail zu erörtern.

Ein wichtiger Bereich dieses Instituts ist auch die sportmedizinische Forschung. Und erst in den letzten Tagen gingen wieder Pressemeldungen durch die Medien, denen zufolge es sehr wichtig ist, daß man diesem Kapitel besonderes Augenmerk zuwendet. Man gewinnt dadurch nicht nur Erfahrung für die Gesamtmedizin, sondern es zeigt sich vor allem, daß es sehr wesentlich ist, daß man mit der Entwicklung neuer Methoden zur Vorbeugung von Sportschäden entscheidend beiträgt.

Wenn nun in den letzten Jahren sportmedizinische Untersuchungsstellen in Wien, Linz, Wiener Neustadt, in Judendorf, in der Südstadt und demnächst in Salzburg gegründet werden,

so sollen diese nicht nur bewirken, daß damit dem Spitzensport gedient wird, sondern vor allem auch dem Leistungs- und Breitensport. Vielleicht wird heute noch in unserer Zeit, in der man immer darnach trachtet, schneller und weiter zu sein, der Breitensport noch etwas geringschätzig belächelt, aber doch ohne Zweifel hat er besondere Bedeutung in unserer technisierten Zeit. Und es ist erfreulich, daß im Rahmen der Budgetdebatte Bundesminister Dr. Sinowatz zugesagt hat, eine Enquête über diesen Breitensport zu veranstalten, wobei ich gleich hier deponieren möchte, daß natürlich auch die Länder, die ja die Kompetenzen in Sportfragen tragen, entscheidend mitarbeiten müssen.

Erfreulich ist auch . . . (Abg. Kraft: Ich habe gedacht, das gehört zum Kapitel Unterricht!) Nein, ich rede von der Sportmedizin, Herr Kollege Kraft, Sie müssen nur etwas aufpassen. Wenn Sie sich etwas bemühen, vielleicht gelingt es Ihnen.

Erfreulich ist, daß sich dieses Institut auch um die sportärztliche Betreuung im ländlichen Raum bemüht, was sehr wesentlich ist. Man könnte die Liste der Aktivitäten lange fortsetzen, beginnend mit der Untersuchung ganzer Mannschaften bis zu internationalen Fortbildungskursen für Sportärzte. Wichtig für die Zukunft ist, glaube ich, daß man dieses Institut für Sportmedizin systematisch weiter ausbaut, denn es hat eine gewisse Bedeutung, wenn wir unsere Freizeit sinnvoll bewältigen wollen.

Wir sollten aber auch nicht vergessen, daß dieses Institut für eine prophylaktische Gesundheitspflege unserer Jugend geradezu prädestiniert ist. Wir sollten aber auch nicht vergessen, daß der Sport in unserer Gemeinschaft und in unserer Gesellschaft eine große Bedeutung für die Persönlichkeitsbildung und die Gemeinschaftsbildung darstellt.

Wenn man diese unbestrittenen Tatsachen als Gesamtes betrachtet, dann kann man feststellen, daß für die Gesundheit, den Sport und die sinnvolle Freizeitbewältigung im Rahmen des Breitensports dieses Institut von enormer Bedeutung ist. Das vielleicht kurz zu einem Bereich, der eigentlich hier ganz selten zur Sprache kommt. (Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, da heute von diesem Rednerpult aus – es wird ja sehr gerne als rhetorische Oppositionsbarrikade benutzt – einiges an Unrichtigkeiten gesagt wurde, noch ganz kurz etwas zu einigen Vorrednern; ganz ohne Emotionen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Da hier die Spitalssituation einige Male zur Debatte gestanden ist und sich mein Kollege

Tonn

Samwald mit den Spitalsproblemen in Niederösterreich befaßt hat, möchte ich vielleicht in dieser Angelegenheit etwas ergänzen.

Die Spitalssituation hat sich auch im größten Bundesland Österreichs, in Niederösterreich, durch die Tätigkeit des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz entscheidend verbessert. Wenn man nur im Telegrammstil kurz aufzeigt, daß es gelungen ist, Geburtshilfeabteilungen einzurichten, zusätzliche Ärzte dafür vorzusehen, daß wir dadurch in diesem Bundesland erreicht haben, die Säuglingssterblichkeit zu senken; wenn ich daran erinnere, daß der Bund rund 100 Millionen Schilling für Apparaturanschaffungen zur Verfügung gestellt hat, dann darf man im Zusammenhang damit nicht vergessen, daß die Investitionszuschüsse des Bundes eine entscheidende Rolle gespielt haben. Man muß auch feststellen, daß diese Investitionszuschüsse für die Krankenanstalten erst unter Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter eingeführt wurden. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn hier heute vom Abgeordneten Kohlmaier ... (Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.) Aber Herr Zittmayr, Sie haben doch keine Ahnung von Niederösterreich. Sie wissen vielleicht, wie man Käse macht oder sonstige Dinge, aber doch nicht, was in Niederösterreich los ist. (Abg. Dr. Zittmayr: Weil Sie keine Antwort wissen!) Ersparen Sie sich das. Das hat doch keinen Zweck. (Abg. Dr. Zittmayr: Weil Sie keine Antwort wissen!) Also auf Ihre geistvollen Äußerungen wissen wir jederzeit eine Antwort. Da brauchen wir uns nicht zu bemühen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn also heute hier vom Abgeordneten Kohlmaier, vom Abgeordneten Wiesinger in recht demagogischer Art – das sage ich ganz offen – zum Spitalswesen gesprochen wurde und mein Kollege Pichler die Dinge in Niederösterreich aufgezeigt hat, dann vielleicht eines noch dazu, was er in der kurzen Redezeit nicht sagen konnte.

In Niederösterreich gibt es den Politerror par excellence. Das ist bekannt, das wissen Sie. Aber es gibt auch andere wunderliche Dinge; so zum Beispiel in der Spitalsfrage. Da gibt es ... (Ruf bei der ÖVP: Schwechat!) Ich weiß, Schwechat tut Ihnen weh: 76 Prozent SPÖ-Stimmen. Das verdauen Sie nicht so schnell. Da gibt es einen ÖAAB-Abgeordneten, er ist der Sprecher der christlichen Fraktion in der Arbeiterkammer. Er heißt Auer und ist auch Mitglied des Landtages. Er hat eine ganz neue Formel entwickelt. Er hat gesagt: Indem ich zweimal ja sage, bedeutet das einmal nein. – Denn er hat in der Kammer mit ja gestimmt, daß eine Resolution beschlossen wird, derzu folge man mit dem Landtagsbeschuß nicht einver-

standen war. Er hat sich dann zusammengepackt, ist in die Herrengasse gefahren und hat dort dem Gesetzentwurf der ÖVP-Mehrheit zugestimmt, also wieder mit ja gestimmt. Einmal muß er also dagegen gewesen sein, denn da kann ja irgendetwas nicht stimmen. Man könnte diese Dinge noch weiter fortführen.

Noch ein Wort zum Herrn Dr. Kohlmaier. Der Herr Dr. Kohlmaier hat es – auf sehr geschmacklose Art, muß ich sagen, aber das ist letzten Endes sein Problem (Abg. Dr. Kohlmaier: Über Geschmack kann man streiten!) – hier so drübergestreut: Na ja, die Frau Bundesminister Dr. Leodolter wäre eine Erinnerungs post im Budget.

Ich kann Ihnen sagen, Herr Dr. Kohlmaier, mit den Budgetzahlen hat sich die Frau Bundesminister recht deutlich in Erinnerung gerufen. Die Zahlen beweisen das. Und vielleicht ist das für einen, der sich in Schwarzdämmerung befindet, nicht so leicht begreiflich; das gebe ich zu.

Aber zu den Finanzen der Spitäler etwas: In der heutigen Ausgabe der „Presse“ schreibt Herr Sektionschef Walter Waiz:

„Ein sehr aktuelles Beispiel“ für die Finanzfrage „ist die im Rahmen der Diskussion über die Spitalsfinanzierung erhobene Forderung nach höheren Bundesbeiträgen ohne besondere Rücksicht auf die Kompetenzlage.“ – Es heißt weiter: „Dabei muß angemerkt werden, daß sich der Ausgabenteil des Bundes für die Gesundheitspolitik am Gesamthaushalt von 0,5 Prozent im Jahre 1967 auf 1,0 Prozent im Jahre 1976 erhöht hat. Demgegenüber ist bisher kein Nachweis bekannt geworden, daß auch bei den anderen zuständigen Kostenträgern eine derartige Ausgabensteigerung eingetreten wäre.“

Da Sie, Herr Dr. Kohlmaier, sehr gerne mit Zahlen jonglieren, etwas vielleicht für Sie zur Aufklärung: Wenn man den Aufwand des Bundes für die Krankenanstalten im Jahre 1966 mit 100 festsetzt und dann eine Indexaufrechnung macht, ergibt sich, daß von 1966 bis zum Jahre 1970 – dieses Budget haben Sie noch gemacht – eine Steigerung um 28,2 Indexpunkte und in den Jahren 1971 bis 1975 eine Steigerung um 241,3 Indexpunkte eingetreten ist. (Zwischenruf des Abg. Kern.) Ich danke Ihnen sehr, Herr Kern, für den Zwischenruf; ich werde darauf zurückkommen. – Das heißt also, daß seit 1970 eine Zunahme von rund 390 Indexpunkten erfolgt ist.

Und nun zu der Äußerung des Herrn Abgeordneten Kern. Wenn Sie gemeint haben, daß die Geldentwertung mit eine Rolle spielt, dann gibt es ja auch dafür einen Gradmesser, und zwar den Anteil des Aufwandes für die

3894

Nationalrat XIV. GP - 41. Sitzung - 3. Dezember 1976

Tonn

Krankenanstalten im Verhältnis zum Gesamthaushalt des Bundes.

Und siehe da, da kommt man zu sehr interessanten Ergebnissen. In der Zeit der ÖVP-Bundesregierung ist der Anteil des Aufwandes für die Krankenanstalten im Vergleich zum Gesamtbudget von 0,54 und 0,49 Prozent gesunken, der Aufwand ist also zurückgegangen. In der Zeit der SPÖ-Bundesregierung hat sich der Aufwand von diesen 0,49 Prozent auf 0,82 Prozent erhöht. Bei Ihnen in vier Jahren ein Absinken im realen Vergleich zum Budget um 0,05 Prozent, bei uns eine Zunahme von 0,33 Prozent (*Zwischenruf des Abg. Kern.*) Sie müssen einmal rechnen lernen, Herr Abgeordneter Kern, dann würden Sie wissen, daß hier... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Kern.*) Na sicher! Das könnten Sie ohne weiteres. Ich lehre Sie, wie man das macht, weil Sie es bisher nicht beherrschen. Das sehe ich schon. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das heißt also, daß hier eine Erhöhung um zwei Drittel erfolgt ist. Ich glaube, das müßte man auch dazusagen.

Man muß noch eines zu dem Spitalsproblem sagen. Wenn eine Lösung der Finanzprobleme im Zusammenhang mit dem Spitalswesen gefunden werden soll – und das muß man, das ist keine Frage –, dann nur unter der Mitarbeit aller Kompetenzzuständigen. Das sei hier deutlich gesagt.

Noch etwas, weil hier sehr oft im Zusammenhang mit den bäuerlichen Pensionsproblemen Sozialhilfeprobleme der Länder zur Sprache gekommen sind. Ich habe vor zirka drei Wochen das zweifelhafte Vergnügen gehabt, als Ersatzmitglied des Sozialhilfebeirates im Lande Niederösterreich – da das aktive Mitglied verhindert war – an einer Sitzung teilzunehmen. Ich habe dort zum erstenmal am eigenen Leib verspüren können, was politischer Terror in Niederösterreich bedeutet.

Wenn Sie heute hergehen und so großspurig davon reden, was nicht alles getan wird, dann erinnere ich Sie daran – das werden Sie nicht wissen –, daß die Sozialisten im Landes-Sozialhilfe-Beirat den Antrag gestellt haben, daß man die Mindestsätze für die ganz Armen dieser Sozialhilfeempfänger um etwas mehr als 11 Prozent aufstockt. Die ÖVP war dagegen und ist der Ansicht gewesen, 10 Prozent müßten auch genügen.

Das ist soweit gegangen, daß der Finanzkaiser des Landes Niederösterreich, Ihr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig, verboten hat, daß man einen Antrag zur Tagesordnung stellt. – Und da reden Sie von Meinungsfreiheit und Demokratie? (*Zwischenruf des Abg. Kern.*) Herr Kern! Auch wenn Sie noch so laut schreien, übertöne ich Sie; ich habe ja sechs Mikrophone.

Wenn Sie hier die Landesprobleme in den Vordergrund stellen und so tun, als täte die gute Niederösterreichische Landesregierung, diese schwarze, alles für die Armen, muß ich sagen: 70 Prozent der Sozialhilfe zahlen die Gemeinden dieses Landes. Das nehmen Sie auch einmal zur Kenntnis!

Ferner gibt es innerhalb der Gemeinden noch einen interkommunalen Finanzausgleich, eine Finanzkraftberechnung, wobei die Industriegemeinden noch einmal geschröpfpt werden. Auch das sage ich Ihnen.

Da können Sie also nicht sagen, das Land tue die besten Dinge für die Sozialhilfeempfänger. Das stimmt nicht! Wenn Sie das behaupten, sagen Sie die Unwahrheit. (*Ruf bei der ÖVP: Burgenland!*) Vom Burgenland rede ich nicht. Ich rede von Niederösterreich, und Sie können von etwas anderem reden, wenn Sie wollen. Das bleibt Ihnen ja überlassen.

Nun noch zu einem Problem, das heute wohl so unterschwellig durchgekommen ist, aber Sie haben nicht offen darüber geredet, einfach deshalb nicht, weil wir hier ganz eindeutige Erfolge aufzeigen können. Daher auch dazu einige Feststellungen. Ich meine die Entwicklung des Krankenpflegepersonals. Sie haben ja seinerzeit gegen die Novelle zum Krankenpflegefachdienstgesetz Stellung genommen. Sie haben nicht nur Schwarzweißmalerei, sondern sogar dunkelste Schwarzmalerei betrieben. Nun hat sich gezeigt, daß dieses Gesetz richtig war, und es stellt sich heute die Frage: Was wäre gewesen, wenn wir dieses Gesetz nicht so beschlossen hätten, wie wir es getan haben?

Ich kann Ihnen sagen, daß auf Grund dieses Gesetzes in den letzten vier Jahren die Anzahl der Krankenpflegeschüler in Österreich um 53 Prozent angestiegen ist. Wir haben 1972 4559 Schüler gehabt und haben derzeit 6980.

Ich glaube, das sollte man herausstellen. Man sollte auch sagen, daß es zu einer Katastrophe gekommen wäre, wenn wir den Weg, den Sie vorgeschlagen haben, gegangen wären. Wir haben nicht zu viele Schwestern, wie Sie damals vielleicht befürchtet haben. Die Arbeitszeitverkürzung, die Intensivierung der Medizin und die Hauspflege erfordern eben zusätzliches Pflegepersonal, wozu ich sagen möchte: Eine zentrale Regelung der Ausbildung wäre von Vorteil.

Vielleicht noch eine Anregung für das Bundesministerium. Die Zahl der Verkehrsunfälle und der Freizeitunfälle nimmt ja ständig zu. Vielleicht, Frau Bundesminister, wäre es möglich, auf diesem Gebiet mehr Information zu betreiben, denn damit kann man die Leute motivieren, und ich glaube, das ist gerade auf diesem Sektor sehr notwendig.

Tonn

Ich komme schon zum Schluß, damit ich meine Redezeit einhalte. Nun noch etwas an die Adresse des ÖVP-Bundesparteiobmannes, der leider nicht hier ist, aber, Frau Kollegin Wieser, ich sage es trotzdem, denn vielleicht hört er am Lautsprecher zu. Er hat am 13. November in einem „Kurier“-Interview erklärt, er sei gegen Schwerpunktkrankenhäuser und sei für den freien Wettbewerb im Spitalsbereich.

Ich glaube, die Gesundheitspolitik sollte sich nicht an marktwirtschaftliche Theorien klammern, sondern sollte die Basis einer optimalen Hilfe für den Kranken sein.

Daß der Mensch im Mittelpunkt bleibt, haben wir uns zum Ziel gesetzt, und das wollen wir auch weiter fortführen. Daran werden wir uns auch beim Budget für 1977 orientieren.

Ich verspreche Ihnen: Ihre Störaktionen werden uns daran nicht hindern können. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Pelikan. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Pelikan (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Abgeordneten Tonn nur sagen, daß ich mir während seiner Rede gedacht habe, er müsse Lehrer sein. (Abg. Thalhammer: Wäre das was Schlechtes?) Als ich aber im Abgeordnetenverzeichnis nachgesehen habe, sah ich, daß er von Zivilberuf Elektroinstallateur ist. (Abg. Tonn: Ist das eine Schande?) Das ist keine Schande! Er hat hier wie ein Lehrer gesprochen, und wir lassen uns von ihm keine Noten geben in bezug auf die Kritik, die wir berechtigterweise an Ihre Regierung richten. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe mich so spät zu Wort gemeldet, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil ich eigentlich hören wollte, was Sie von der Sozialistischen Partei zum Problemkreis des Umweltschutzes zu sagen haben. Es ist bisher noch keiner gekommen, der das Problem Umweltschutz und die damit zusammenhängenden Fragen angeschnitten hätte. Da das Ministerium „für Gesundheit und Umweltschutz“ heißt, halte ich es doch für notwendig, einige Gedanken dazu auszuführen.

Ich habe den Eindruck, Frau Bundesminister, daß der Umweltschutz, der in Ihr Ministerium ressortiert, nur eine Art Anhängsel ist.

Seit Jahren verlangen wir von Ihrem Ministerium die Vorlage eines umfassenden Umweltschutzberichtes. Dieser erschien bis jetzt nicht. Vor rund einem Jahr habe ich Sie im Finanz- und Budgetausschuß gefragt, wann Sie denn

endlich einen Bericht zu diesem wichtigen Problem vorlegen werden. Sie sagten mir damals, daß das ein sehr großes Anliegen Ihres Ressorts sei. Heuer haben Sie im Finanz- und Budgetausschuß gesagt, die Vorlage eines Umweltschutzberichtes sei doch nicht notwendig, sie geben ja ohnehin so viele Berichte zu Detailfragen heraus.

Worum es uns geht, Frau Minister, ist die Vorlage eines offiziellen Umweltschutzberichtes Ihres Ministeriums, der Gegenstand einer Debatte hier im Haus sein kann.

Das zweite, womit Sie immer wieder sehr viel argumentieren, ist die Frage der Kompetenzen. Man hört von Ihnen immer wieder, für das oder jenes haben Sie leider keine Kompetenz.

Ich muß sagen: Der Herr Handelsminister hat mich in dieser Woche sehr beeindruckt, als durch die Presse gegangen ist, daß er die Plastikflaschen abschaffen wolle, weil sie sehr umweltbelastend sind. Dazu hat er gar keine Kompetenz, aber er nimmt sie sich einfach. Ich habe den Eindruck, Frau Bundesminister, Sie bemühen sich gar nicht sehr um die Erreichung von Kompetenzen. (Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter macht eine leise Bemerkung zu Bundesminister Dr. Weißenberg.) Frau Bundesminister! Es wäre angenehm, hätte ich hier an diesem Pult einen Rückspiegel, damit ich Sie auch sehen könnte, wenn Sie sprechen, denn dann würde ich Sie besser verstehen.

Noch einmal: Ich glaube, Sie bemühen sich gar nicht sehr um die Erreichung von Kompetenzen!

Ein Beispiel dafür ist die Regierungsvorlage zum Altölbesitzigungsgesetz. Sie liegt seit einigen Wochen im Hause. Zuständig ist dafür aber ein Unterausschuß des Handelsausschusses. Warum, Frau Bundesminister, haben Sie nicht gesagt: Das ist eine Frage, die den Umweltschutz betrifft, hiefür ist mein Ministerium zuständig?

Das einzige, was Sie und die gesamte Regierung zu diesem Problem zu sagen haben, ist immer wieder die Drohung mit neuen Steuern: LKW-Steuer, Wasserschilling, Luftschilling und so weiter.

Dann, wenn Ihnen das Wasser praktisch schon bis zum Hals steht, sagen Sie: Eigentlich sind die Länder dafür zuständig. Sie schieben ihnen auf diese Weise den Schwarzen Peter zu.

Einige Gesichtspunkte zum Gesamtproblemkreis: Daß die Notwendigkeit eines umfassenden Umweltschutzes unbestritten erscheint, ist, glaube ich, allgemein anerkannt. Der Umweltschutz genießt heute in der Bevölkerung eine sehr hohe Rang- und Wertvorstellung. Umwelt-

3896

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Pelikan

schutz wurde auch aktualisiert durch den Bericht an den Club of Rome.

Ohne Umweltschutz würden wir – das haben Experten errechnet – im Jahr 1980 400.000 t giftiges Schwefeldioxyd in der Luft haben, und zwar aus den Rauchfängen privater Haushalte, aus den Rauchfängen der kalorischen Kraftwerke und von Industrieanlagen.

Über 650.000 Wohnungen, in denen zwei Millionen Österreicher leben müssen, sind stark durch Lärm gestört.

In all diesen Fragen, meine Damen und Herren, besteht ein sehr großer Nachholbedarf, den man zugegebenermaßen nicht von heute auf morgen aufholen kann. Aber was Jahre hindurch versäumt wurde, ist eben umso schwerer aufzuholen!

Einige Gedanken zum Zentralproblem beim Umweltschutz, nämlich zum Problem der Finanzierung.

In der Dekade von 1970 bis 1980 werden von der Industrie rund 22 Milliarden Schilling zur Verhinderung der Umweltverschmutzung aufgewendet werden. Es entfällt davon auf die Luftreinhaltung ein Anteil von 13,7 Prozent, auf die Wasserreinhaltung 41 Prozent, auf die Abfallbeseitigung 9 Prozent und auf die Lärmbekämpfung 3,9 Prozent. Das sind sehr beachtliche Beträge, die hier aufgewendet werden, aufgewendet in Anbetracht auch unserer unsicheren wirtschaftlichen Situation. Es muß uns klar sein, daß die Grenze dieser Finanzierbarkeit dort liegt, wo unsere Betriebe durch derartige Investitionen ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren würden.

Es muß sicher auch in Betracht gezogen werden, daß die Wirtschaft selbst ja nur zu einem Teil, nämlich rund der Hälfte, an diesen Umweltverschmutzungen beteiligt ist. Die übrige Hälfte oder der Rest kommt von den kommunalen Abwässern, vom Hausbrand, LKW, PKW und so weiter.

Es sind natürlich Finanzierungserleichterungen notwendig, und es ist bedauerlich, daß diese Finanzierungen erschwert wurden durch die jetzt am vergangenen Dienstag beschlossene Kreditsteuer.

Ich bin der Meinung, daß hier sehr kräftige incentives gesetzt werden müssen. Die steuerliche Förderung, die wir bei diesen Problemen haben, ist nur in Ansätzen vorhanden. Es ist in unserem Einkommensteuergesetz immer noch ein Passus enthalten, daß nur jene Investitionen steuerlich gefördert sind, die ausschließlich und unmittelbar dem Umweltschutz dienen. Es gibt aber eine Reihe von Produktionsanlagen und Investitionen, die sowohl dem Umweltschutz

dienen, also umweltfreundlich sind, als auch für die Produktion nützlich sein können. Daß hier eine Ausschließung durch das Gesetz vorgenommen wird, ist meiner Meinung nach ungerecht und sollte wegfallen.

Es wurden darüber hinaus von der Wirtschaft wichtige Umweltschutzaktionen ins Leben gerufen. Ich erinnere nur an die Einrichtung der Abfallbörsen, wo man von der Erkenntnis ausgeht, daß ja Abfälle nichts anderes sind als Rohstoffe, welche zur falschen Zeit und am falschen Ort anfallen. Die Abfallbörsen ermöglichen das Recycling, das Wiedereingliedern dieser Rohstoffe in den Produktionsprozeß.

Die Altpapierrückgewinnungsquote zum Beispiel betrug im Jahre 1965 nur 19 Prozent, im Jahre 1975 waren es 31,2 Prozent.

Umweltschutz, Frau Bundesminister, das sage ich wieder hier an dieser Stelle, ist nicht nur eine organisatorische und eine finanzielle Aufgabe, sondern vor allem auch eine moralische. Zu all den Maßnahmen, die ergriffen werden sollen und müssen, gehört, daß man eine Umweltschutzgesinnung in der Bevölkerung erzeugt. Das fängt in der Schule an und geht weiter über das Berufsleben.

Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat dazu sehr ausführliche und durchaus akzeptable Vorschläge gebracht. Ich würde Sie sehr bitten, Frau Bundesminister, daß Sie sich diese Studie einmal zu Gemüte führen.

Ich fasse zusammen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nach vier Jahren der Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Gesundheit und Umweltschutz müssen wir feststellen, daß die wichtigen Fragen des Umweltschutzes immer nur als Anhängsel betrachtet werden, daß Sie keine echten Maßnahmen, die das Problem zumindest in Ansätzen zu lösen imstande gewesen wären, in diesem Bereich gesetzt haben. Keine Frage, Sie haben bei der Gesundheitspolitik an sich versagt, warum sollten Sie beim Umweltschutz besser abschneiden. Das ist meine Meinung. Sie haben versagt, und nicht nur Sie allein, sondern die gesamte Bundesregierung im Kampf gegen die Armut, im Kampf gegen das Sterben vor der Zeit und im Kampf gegen alle anderen Probleme, die zu lösen Sie seinerzeit versprochen haben!

Sie haben vor allem noch eines gemacht, das lege ich Ihnen sehr schwer zur Last, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei: Sie haben durch Jahre hindurch der Bevölkerung vorgegaukelt, daß der Staat so quasi ein Selbstbedienungsladen ohne Kasse sei. Und jetzt bitten Sie die Bevölkerung verstärkt und in einem untragbaren Ausmaß zur

Dr. Pelikan

Kasse. Mit dieser Politik und vor allem mit diesem Budget werden Sie keinen einzigen Arbeitsplatz sichern, und deswegen lehnen wir es auch ab. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Dr. Eypeltauer.

Abgeordnete Dr. Beatrix Eypeltauer (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner Herr Dr. Pelikan von der großen Oppositionspartei hat sich kurz mit den Fragen des Umweltschutzes beschäftigt, und zwar hauptsächlich mit Plastikflaschen und mit dem Altölbeseitigungsgesetz. Er hat mit einigen negativen Anmerkungen, mit einigen Vorwürfen des Versagens, seine kurzen Ausführungen beendet. Ich werde mich bemühen, diese Vorwürfe eines Versagens im Zuge meiner Ausführungen zu entkräften.

Wesentlich intensiver hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Stix schon vor mehreren Stunden dankenswerterweise mit den Fragen des Umweltschutzes auseinandergesetzt. Er hat uns dargelegt, welche Entwicklungen dazu geführt haben, daß sich die Menschen heute überhaupt und in immer stärker werdendem Maße mit Umweltpolitik beschäftigen müssen. Ich brauche hier nichts zu wiederholen, ich kann vom Status quo ausgehen und darf mit einem Zitat beginnen.

„Der Stand des Umweltschutzes in einem Land darf nicht nur an Hand des Budgets und der Gesetze gemessen werden.“ Diese Worte stammen aus einem Vortrag des Präsidenten des Umweltbundesamtes der Bundesrepublik Deutschland, Dr. von Lersner, den dieser vor einigen Wochen hier in Wien gehalten hat. Diese Worte gelten zweifellos auch für Österreich.

Nimmt nämlich der unbefangene, mit der Materie nicht sehr vertraute Staatsbürger den Budgetentwurf 1977 zur Hand und sucht nur unter dem Kapitel Gesundheit und Umweltschutz, könnte er sich wundern, das ist zuzugeben, wie wenig unserer Gesellschaft der Schutz unserer Umwelt wert ist. Wer aber einigermaßen Bescheid weiß, wird sich die gewaltigen Aufwendungen bei anderen Ansätzen des Budgets, etwa bei den Beiträgen des Bundes zum Wasserwirtschaftsfonds, ansehen und zu ganz anderen Resultaten kommen. Ähnlich, meine Damen und Herren, verhält es sich mit den Gesetzen.

Unser unbefangener Staatsbürger würde ein Umweltschutzgesetz vergeblich in allen Registern suchen. Zöge er daraus den Schluß, daß sich unsere Gesetzgebung überhaupt noch nicht mit der Problematik des Umweltschutzes befaßt

habe, wäre er selbstverständlich im Irrtum. Das Gegenteil stimmt.

In einer Unzahl von Bundesgesetzen finden sich Materien geregelt, die eigentlich dem Tatbestand „Umweltschutz“ zugeordnet werden könnten, hätte es zum Zeitpunkt der Schaffung unserer Bundesverfassung einen solchen Begriff überhaupt gegeben.

Nun finden Sie Umweltbestimmungen aber auch in zahllosen Landesgesetzen. Wenn ich „zahllos“ sage, so stimmt das nicht ganz. Vor rund einem Jahr wurden sie gezählt und festgestellt, daß es sich exakt um 477 Landesgesetze handelt; inzwischen sind es tröstlicherweise zweifellos mehr geworden.

Das zeigt, daß die Länder aktiv sind und ihr Bestes tun. Ihr Bestes reicht aber bei weitem nicht aus, um wenigstens Spezialgebiete umfassend zu regeln. Es fehlen dafür die leidigen Kompetenzen.

Nicht einmal auf dem Teilgebiet der Abfallbeseitigung ist es dem Bund oder den Ländern möglich, alles, was dazugehört, zu erfassen.

Die Wiener Landesregierung hat den Entwurf für ein Sonderabfallgesetz dem Verfassungsgerichtshof vorgelegt mit dem Antrag auf Feststellung, ob hiefür die Zuständigkeit des Bundes oder die der Länder gegeben sei. Die beiden Hauptpunkte des daraufhin am 25. März dieses Jahres ergangenen Erkenntnisses verdienen es, so glaube ich, in den Stenographischen Protokollen dieses Hohen Hauses festgehalten zu werden. Sie lauten:

„I.: Die Erlassung des von der Wiener Landesregierung im Entwurf vorgelegten Gesetzes über die unschädliche Beseitigung gefährlicher Abfälle fällt weder in die Zuständigkeit des Bundes noch in die der Länder.

II.: Die Regelung der unschädlichen Beseitigung von Abfällen fällt insoweit in die Zuständigkeit der Länder, als sie nicht in Angelegenheit erfolgt, deren Regelung der Gesetzgebung des Bundes vorbehalten ist.“

Das mag zunächst wie ein Scherz klingen. Bei näherem Hinsehen ergibt sich aber, daß der Verfassungsgerichtshof nicht anders erkennen konnte. Auch er befand sich wegen des Kompetenzschungels im Dilemma.

Und ein anderes Beispiel: die Luftreinhaltegesetze der Bundesländer. Wer glaubt, daß durch diese Gesetze die Luft zumindest teilweise reingehalten werden kann, irrt. Zur Erläuterung möchte ich das Vorarlberger Luftreinhaltegesetz aus dem Jahr 1971 zitieren, dessen § 1 in seinem ersten Absatz hoffnungsvoll beginnt:

„Die natürliche Zusammensetzung der freien

Dr. Beatrix Eypeltauer

Luft darf durch luftfremde Stoffe (Rauch, Ruß, Staub-, Schwebstoffe, Gase und Gerüche) nur insoweit verändert werden, als dadurch weder

- a) das Wohlbefinden von Menschen noch
- b) das Leben von Tieren noch
- c) Sachen in ihnen für den Menschen wertvollen Eigenschaften merklich beeinträchtigt werden."

Aber schon der Absatz 2 raubt alle Illusionen. Er lautet: „Dieses Gesetz gilt nicht in Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache ist. Es ist daher insbesondere in Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie sowie des Kraftfahrwesens nicht anzuwenden.“

Worauf ist es also anzuwenden? Im wesentlichen auf den Hausbrand. Und zur Vollziehung ihres Luftreinhaltegesetzes bedient sich das Land in erster Linie der Rauchfangkehrer. Nichts gegen Rauchfangkehrer, meine Damen und Herren, aber Sie sind wohl mit mir der Ansicht, daß dieser gewiß ehrenwerte Berufsstand in der Lösung der Frage der Luftreinhaltung, der Immissions- und Emissionsbegrenzung bei weitem überfordert wäre.

Nun haben die Länder, als das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im Jahre 1975 einen einigermaßen umfassenden Entwurf für ein Umweltschutzgesetz vorgelegt hat, massive Einwendungen dagegen erhoben. Diese bezogen sich vornehmlich auf die vorgesehenen Kompetenzänderungen zugunsten des Bundes. Und wenn die Verbindungsstelle der Bundesländer in ihrer als gemeinsame Länderstellungnahme bezeichneten Stellungnahme vom 1. Oktober 1975 meint, man solle nicht die Bundesverfassung ändern, sondern lieber Sachprobleme lösen, muß man dem wohl entgegenhalten, daß sich ohne Kompetenzen keine Sachprobleme lösen lassen.

Dem Vorschlag, bei Festsetzung der Grenzwerte für Emissionen und Immissionen Vereinbarungen nach Artikel 15 a, also Quasi-Staatsverträge, zwischen dem Bund und den Ländern abzuschließen, kann man nur schwer folgen. Man stelle sich vor: zehn Gesetzgeber, der des Bundes und die neun der Länder, müssen Grenzwerten zustimmen, die infolge neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse stets der Veränderung unterliegen müssen. Welch teure umständliche und schwerfällige Lösung!

Überdies behauptet ich, daß die Anwendbarkeit völkerrechtlichen Vertragsrechtes innerhalb unserer österreichischen Rechtsordnung derzeit kaum abschätzbare Probleme mit sich brächte.

Ich habe im vergangenen Jahr von dieser

Stelle aus an das Verständnis der Bundesländer appelliert, einer vernünftigen Verfassungsänderung zuzustimmen. Ich darf diesen Appell heute wiederholen. Was so mancher Staatsbürger am eigenen Leibe verspürt, ist der fehlende Immissionsschutz, also der Schutz vor den summierten und massierten Einwirkungen von Betrieben, Haushalten, Fahrzeugen und so weiter. Hier gilt noch das alte, völlig unzureichende Nachbarrecht. Und in der Not hat zunächst die Judikatur, dann auch der Gesetzgeber den Begriff des Nachbarn mehr und mehr ausgeweitet. Dieser Nachbar ist längst kein echter Nachbar mehr.

Dennoch ist gerade der Immissionsschutz völlig unzureichend. Der einzelne Betroffene kann sich kaum mit Erfolg gegen lästige, oft gesundheitsschädliche, summierte Beeinträchtigungen durch Lärm oder Verunreinigungen der Luft zur Wehr setzen. Immissionsschutz ist dringend geboten, vor allem, solange die Emissionen, also die Beeinträchtigungen, die von einer Anlage oder Tätigkeit ausgehen, noch nicht nach dem letzten Stand der Technik limitiert sind.

Nun muß man anerkennen, daß das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bereits wertvolle Vorarbeiten für verschiedene Immissions- und Emissionsregelungen in Auftrag gegeben hat. Hinsichtlich des Lärms, der vielleicht einmal in Städten und an Hauptverkehrswegen das Problem Nr. 1 sein wird, hat der österreichische Arbeitsring für Lärmbekämpfung Richtlinien ausgearbeitet. Es liegen wissenschaftliche Arbeiten über Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid vor, um nur einige Beispiele zu nennen.

Ich persönlich würde einen neuen Gesetzentwurf des genannten Bundesministeriums begrüßen, der die Bundeskompetenz für Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung vorsieht. Das wäre eine weitgehende Beschränkung des Bundesgesetzgebers gegenüber dem Entwurf des Jahres 1975. Die Länder würden im wesentlichen nur auf ihre Zuständigkeit zur Regelung des Baulärms und des Hausbrandes verzichten, denn der Großteil der erforderlichen Kompetenzen ist ohnehin bereits in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache: das Normenwesen, das Wasserrecht, das Kraftfahrwesen, die Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie.

Ich hoffe, daß man darüber verhandeln kann, zumal in der schon zitierten Stellungnahme der Verbindungsstelle der Bundesländer der Satz enthalten ist: Die Länder erkennen nicht, daß unter Umständen gewisse Verfassungsänderungen sinnvoll sein könnten, wenn sich nach Ausschöpfung der bestehenden kompetenzrechtlichen Möglichkeiten die zwingende Notwendigkeit hiezu ergibt.

Dr. Beatrix Eypeltauer

Durch die Zersplitterung der Kompetenzen können derzeit zumindest auf dem Gebiet des Immissionsschutzes keine kompetenzrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die zwingende Notwendigkeit zu einer Verfassungsänderung ist hier zweifellos gegeben.

Ich möchte meine Gedanken zum künftigen Umweltschutzgesetz, oder wie immer es dann heißen möge, mit einem weiteren Zitat aus dem erwähnten Vortrag des Präsidenten des Deutschen Umweltbundesamtes abschließen. Er sprach vom gewandelten Umweltbewußtsein seit dem Ende der sechziger Jahre und führte aus:

„Der Umweltschutz wurde bislang kaum in den oberen Etagen der Staatshierarchie abgehandelt, auf der Ebene der Staatschefs oder im Text der Verfassungen. Er rangierte irgendwo im Souterrain zwischen öffentlicher Ordnung und Kommunalwesen.“

Auch dies hat sich seit 1970 entscheidend geändert. Seit wir erkannt haben, daß nicht das quantitative Wachstum des Bruttosozialprodukts, sondern die qualitative Verbesserung des menschlichen Daseins oberstes Ziel staatlicher Bemühungen sein muß, seitdem wird der Stellenwert der Umweltvorsorge auch politisch, volkswirtschaftlich und staatsrechtlich anders gesehen.

Nationalökonomen müssen versuchen, soziale und damit auch ökologische Indikatoren in ihre Wachstumsmodelle einzubauen. Staatsmänner auch höchster Etagen müssen nationale oder internationale Umweltkonflikte lösen. Minister können über Müllskandale stürzen, Wahlen können durch Kernkraftgegner entschieden werden, und Verfassungsjuristen bemühen sich um die Einordnung des Rechts auf menschenwürdige Umwelt in Grundrechtskataloge oder verfassungsrechtliche Staatszielbestimmungen.“

Alles, was Dr. von Lersner sagt, hat auch für Österreich Gültigkeit.

Zu den wichtigsten Aktivitäten des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz im vergangenen Jahr gehört zweifellos das vom Bundesinstitut für Gesundheit und Umweltschutz erarbeitete umfangreiche Rahmenkonzept für die Abfallbeseitigung, das der Öffentlichkeit am 5. Oktober dieses Jahres vorgestellt wurde.

Wir erfuhren unter anderem, daß durchschnittlich jeder von uns bereits beachtliche 240 Kilo Müll jährlich produziert und daß unsere diesbezügliche Aktivität in den kommenden Jahren noch erheblich zunehmen wird. 1985 sollen es immerhin 313 Kilogramm sein. Gegenüber den USA sind wir auch dann noch

wahre Armutschkerln, denn dort bringt man es jetzt schon auf beachtliche 800 Kilogramm pro Einwohner und Jahr. Der Energieverbrauch pro Kopf wird als einer der Indikatoren für den Wohlstand betrachtet. Er beträgt in den USA ein Vielfaches des österreichischen.

Sicherlich gibt es Leute, die auch den Müllanfall als Indikator für den Wohlstand ansehen. Wiederum eine mehrfache Überlegenheit der Vereinigten Staaten. Ich wage aber dennoch hier die Behauptung, daß Lebensqualität und Wohlbefinden in Österreich zumindest nicht geringer sind als in den USA.

Das erwähnte Rahmenkonzept enthält sehr gute und brauchbare Vorschläge, die sich Bund, Länder und Gemeinden genau ansehen sollten. Auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung muß man aber auch die Initiativen der Bundesländer ehrlich loben. Es gibt viele brauchbare Landesgesetze und überregionale Planungskonzepte. Es wäre überaus erfreulich, wenn die da und dort noch vorhandenen wilden Müllhalden und -gruben, die sowohl eine Gesundheitsgefährdung als auch eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes bedeuten, in Kürze beseitigt würden.

Wir wissen, daß dies in erster Linie eine Finanzierungsfrage ist, vor allem für die Gemeinden. Es ist der Initiative des Bundesministeriums zu danken, daß nun an einem Abfallwirtschaftsgesetz gearbeitet wird, dessen erster Teil eine gezielte Investitionsförderung durch den Bund enthalten soll.

Schon jetzt – das ist vielleicht zu wenig bekannt – gibt der Bund im Rahmen des Finanzausgleiches jährlich je 50 Millionen Schilling an die Länder und die Gemeinden, allerdings ohne Einfluß auf die optimale Verwendung dieser Mittel zu haben. Dieses wichtige Gesetz wird bald ins Begutachtungsverfahren kommen und hoffentlich – zumindest vom Prinzip her – die Zustimmung aller finden.

Wir sehen, meine Damen und Herren, die Dinge sind im Fluß. Neben der im Gang befindlichen Bewußtseinsbildung zugunsten des Umweltschutzes können wir bei uns und in unseren Nachbarländern die ersten tastenden Versuche zu einer Kodifizierung des Umweltschutzrechtes erkennen.

Wir wissen heute, daß Gesundheit nicht bloß das Fehlen von Krankheit bedeutet, sondern physisches, psychisches und soziales Wohlbefinden, und davon würden wir uns bei zunehmender Umweltbelastung immer weiter entfernen.

Moderne Volkswirtschaften sind durchaus imstande, problemgerechte Umweltpolitik zu betreiben.

3900

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Dr. Beatrix Eypeltauer

Der Schweizer Dichter Max Frisch sagt in seiner provokanten Art: „Umweltschutz ist die letzte Aufgabe der Menschheit.“ Er müßte recht behalten, würden wir die vor uns liegenden Aufgaben nicht meistern. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Präsident Probst: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Wedenig.

Abgeordneter Wedenig (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Abgeordnete Tonn hat rühmend hervorgehoben, daß sich der Aufwand für den Gesundheitsdienst seit dem Jahr 1967 – ich frage mich, warum er gerade das Jahr 1967 herausgepickt hat – bis heute von einem halben Prozent auf 1 ganzes Prozent erhöht hat.

Ja mich wundert das, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht. Denn damals, im Jahre 1967, gab es ja noch kein so kostspieliges Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz, kostspielig im Verhältnis zu dem Erfolg, der bisher in diesem Ministerium erbracht werden konnte.

Der Herr Sozialminister hat in einer jüngst gehaltenen Rede – und auch heute hier in diesem Haus – sozialpolitische Schwerpunkte aufgezeigt. Einer davon ist der Kampf gegen das Sterben vor der Zeit. Was aber bisher unter der „huldvollen“ Leitung von Frau Bundesminister Leodolter geschah – ich meine „huldvoll“ deswegen, weil sie sich ja bekanntlich nicht angestrengt hat –, war kein Kampf, meine Damen und Herren, sondern höchstens ein Rückzugsgefecht mit untauglichen Mitteln. Die Erfolge sind ja praktisch nicht erbracht worden.

Ferner hat der Herr Sozialminister als Ziel der Sozialpolitik die Existenzsicherung und die soziale Sicherheit für alle erklärt. Wie sieht die soziale Sicherheit heute, noch einer fast siebenjährigen sozialistischen Regierungszeit aus? Die so bitter nötigen Reserven und Rücklagen in der Pensionsversicherung werden aufgelöst. Einem bisher noch fundierten Sozialversicherungsinstitut werden Milliardenbeträge einfach weggenommen, obwohl diese rund 4 Milliarden Schilling ausschließlich aus Beiträgen der Dienstnehmer und Dienstgeber stammen. Würde sich ein privates Versicherungsinstitut so etwas leisten, so hätte das zur Folge, daß es von der Behörde aufgelöst werden würde.

Ihre so vielgerühmte soziale Sicherheit, die Sie heute hier so breitgetreten haben, steht jetzt tatsächlich mit leeren Kassen da, die mühsam aufgebauten Reserven werden einfach umverteilt, und der Bundeszuschuß zu den ASVG-Pensionen ist von ursprünglich 29,5 Prozent auf nackte 20 Prozent zusammengeschrumpft und wird wahrscheinlich noch geringer werden.

Aber gerade dieser Bundesbeitrag von 29,5 Prozent war ja die Garantie für die Reservenbildung und damit die Garantie für die soziale Sicherheit, die wir alle miteinander anstreben.

Dazu kommt noch, daß der Bundesbeitrag für 1977 von Haus aus nun um 2 Milliarden Schilling zu gering angesetzt ist. Es werden zur Abdeckung dieser fehlenden 2 Milliarden Schilling neuerlich Mittel und Kreditoperationen erforderlich sein. Schon ein geringfügiger Konjunkturrückgang wird neue Löcher in das Sozialbudget reißen.

Hohes Haus! Bei den diesjährigen Budgetdebatten zieht sich wie ein roter Faden Ihre sozialistische Behauptung durch, wir von der ÖVP würden fast zu jedem Kapitel Forderungen erheben. Die Wahrheit aber ist, daß wir keinen einzigen Antrag gestellt haben, der eine Erhöhung der Ansätze zum Inhalt hätte. Wir können gar keine solchen Anträge stellen, weil dieses katastrophale Budget und Ihre katastrophale Finanzpolitik, die Sie von Ihrer Regierung aus betrieben haben, schon von vornherein alle noch so berechtigten Wünsche ad absurdum führen würden.

Was wir aber tun, meine Damen und Herren, ist, jene Budgetansätze, die offensichtlich gegen besseres Wissen falsch angesetzt sind, zu kritisieren und darauf hinzuweisen, daß dadurch auch das ausgewiesene Defizit nicht stimmen kann, daß es also in weit höherem Maße vorhanden sein muß.

Wenn Sie von der sozialistischen Fraktion dieses frisierte Budget kritiklos zur Kenntnis nehmen, dann ist das Ihre Sache. Von uns, von der Opposition, können Sie nicht erwarten, daß wir ein Budget, das von Haus aus mit falschen Zahlen operiert, annehmen. Im Gegenteil, es ist unsere Pflicht, mit allem Nachdruck auf diese Tatsachen hinzuweisen, denn die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, welche weiteren Belastungen, die jetzt nicht offensichtlich wurden, noch auf uns zukommen werden.

Wir haben die sozialistische Regierung immer wieder davor gewarnt, die Inflation anzuheizen, weil der Kampf gegen die Armut nur dann erfolgreich sein kann, wenn Stabilität herrscht.

Nun rollt eine neue, bisher nie dagewesene Belastungswelle auf uns zu. Sie trifft gerade jene am härtesten, die am Rande des Wohlstandes leben. Sie trifft aber nicht nur die Armen, sondern auch jene, die überdurchschnittliche Leistungen erbringen, um sich ein besseres Erwerbseinkommen zu sichern.

Zur Inflation kommt jetzt zusätzlich noch die Steuerinflation. Keine Rede mehr davon, daß die Inflationsabgeltung der Löhne, nämlich jener

Wedenig

Anteil der Löhne, der als Inflationsabgeltung gilt, nicht der Steuerprogression unterliegen darf. Im Gegenteil. Statt Steuermilderungen kommen zusätzliche Belastungen von weiteren 10 Milliarden hinzu.

Nun aber dürfte auch der sozialistischen Parteiführung nicht mehr wohl unter der Haut sein, und sie spürt, daß mit dem letzten Handstreich des Finanzministers das Maß des Erträglichen überschritten wurde, denn sonst hätte sie nicht ein Massenflugblatt verteilt, mit dem sie die neue Belastungswelle zu rechtfertigen sucht.

Und wie tut sie das? Zuerst einmal die komische Art des Vorganges, wie es verteilt wurde. Zu nachtschlafender Zeit haben anscheinend Bedienstete der ÖBB, denn andere haben ja zu dieser Zeit keinen Zutritt zu den verschlossenen Waggons, dieses Flugblatt, das ich hier als Photokopie habe, in die Waggons der Bundesbahn gelegt, in jene Züge, mit denen Pendler, Arbeiter und Angestellte zu ihren Betriebsorten fahren.

An sich wäre es ja zum Lachen, was hier steht, wenn nicht der Hintergrund so ernst wäre. Das sozialistische Flugblatt beginnt etwa mit der Einleitung: „Jetzt müssen einige Steuern, Gebühren und Tarife erhöht werden. Darüber freut sich niemand. Aber diese Erhöhungen sind notwendig, um möglichst alle Arbeitsplätze – darunter ist vielleicht auch Ihrer – zu sichern.“

Man fragt sich, was muß denn noch alles zur Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich herhalten?

Sämtliche Milliarden, die von Ihnen schuldenmachenderweise in Bewegung gesetzt wurden, alles dient der Arbeitsplatzsicherung. Wir müßten ja demnach schon ein Überangebot an Arbeitsplätzen haben und könnten sie überhaupt nicht mehr besetzen, so viele Milliarden sind aus diesem Titel schon hineingeflossen.

Und dann schreiben Sie weiter in diesem Flugblatt: „In den vergangenen Jahren gab die Regierung Kreisky 93 Milliarden Schilling aus, um durch Aufträge an die Wirtschaft eine Arbeitslosigkeit bei uns zu verhindern.“

Auf der anderen Seite schreiben Sie: „Für diese Aufgabe mußte die Regierung Schulden machen und Kredite aufnehmen. Diese müssen nun zurückgezahlt werden.“

Ich frage mich nun, wozu dient denn diese Belastungswelle von 10 Milliarden: zum Zurückzahlen der Schulden oder zum Bereitstellen von neuen Arbeitsplätzen? Auf irgend etwas müßten Sie sich einigen.

Aber ich möchte Sie nicht aufhalten, sondern

nur einige kleine Bonmots aus diesem Flugblatt herausziehen. Die Begründung, warum die Zigarettenpreise erhöht werden, ist wohl das Lächerlichste, was mir bisher untergekommen ist.

„Die Zigarettenpreise wurden erhöht, weil die Austria-Tabakwerke mit den bisherigen Preisen nicht das Auslangen finden konnten.“

Aber 500 Millionen Schilling steckt der Finanzminister bei dieser Gelegenheit in den Sack. Und 7 Milliarden jährlich liefern diese Austria-Tabakwerke in Form von Tabaksteuern ab. Und Hunderte Millionen an Steuern werden von diesem großen Unternehmen gezahlt. Und außerdem schüttet es noch Dividenden aus.

Aber die Tabakregie konnte die gestiegenen Kosten nicht mehr tragen und deshalb müssen den Österreichern 700 oder 800 Millionen aus dem Sack gezogen werden. Also solch eine fadenscheinige Begründung hätte ich Ihnen an sich nicht zugetraut.

Und ich sage Ihnen eines: Wenn Sie meinen, daß diejenigen, die dieses Flugblatt in die Hand bekommen, auch glauben, was darinnen steht, daß Sie mit dieser fadenscheinigen Ausrede dort ankommen werden, dann haben Sie sich getäuscht. Ich glaube, nicht einmal der Dümmlste wird auf diese Argumente hereinfallen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Abgeordnete Dr. Schranz hat sich bitter darüber beklagt, daß die Opposition kein Wort der Anerkennung findet, wo doch so großartige Verbesserungen eingetreten seien. Aber keine einzige Verbesserung, meine Damen und Herren, die er aufgezählt hat, hat die Regierung selbst erbracht, sondern alle gehen auf Kosten Dritter. Alle Verbesserungen, die er aufgezählt hat, werden durch Beiträge aufgebracht, Beiträge zum Familienlastenausgleich, die bereits eine Reserve von über 10 Milliarden Schilling erbracht haben und die der Finanzminister als Bedeckung für Finanzoperationen so gerne mitverwendet.

Dort aber, wo der Staat als Leistungsträger aufscheint, wie etwa beim Bundesbeitrag für die ASVG-Pensionen, wurde der Prozentanteil gesenkt, wie dies auch im Budgetansatz für 1977 zu ersehen ist.

Für die erweiterte Rehabilitation, Dr. Schranz, zum Beispiel ist kein Groschen im Budget vorgesehen, obwohl andererseits bei der Einnahmeseite die 32. Novelle zum ASVG bereits vorweggenommen wurde.

Womit, meine Damen und Herren, werden also das Gesetz, die 32. Novelle und die Rehabilitation verwirklicht werden? – Mit null Groschen im Budget.

3902

Nationalrat XIV. GP – 41. Sitzung – 3. Dezember 1976

Wedenig

Hohes Haus! Diese Art von Politik dient nicht der sozialen Sicherheit. Sie ist eine Politik der Aushöhlung, sie ist an sich eine Politik der Ausbeutung an jenen, die fleißig sind, die arbeitsam sind, sich etwas ersparen wollen. Überall dort, wo Fleiß und Sparsamkeit Ansätze bringen zu Wohlstand, kommt dann der Finanzminister, kommt der Staat unter sozialistischer Führung und nimmt sich jenen Teil, schöpft jenen Teil ab, der gerade noch überhaupt abschöpfbar ist.

Es ist also eine Politik der Aushöhlung. Es ist damit eine Politik der Unsicherheit begründet, und es ist eine Politik, die höchst unsozial ist, und deshalb lehnen wir dieses Budget ab. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Spezialberichterstatter ein Schlußwort? – Kein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die in der Beratungsgruppe VII zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlag 1977 abstimmen. Es sind dies die Kapitel 15 und 16 in 320 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XV des Bundesvoranschla-

ges 1977. Diese umfaßt das Kapitel 17 in 320 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Vertagungsbeschuß

Präsident Probst: Es liegt mir der Antrag vor, die Verhandlung über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 samt Anlagen (320 und Zu 320 der Beilagen) gemäß § 53 Abs. 7 der Geschäftsordnung zu vertagen, um eine Sitzung zur Verhandlung anderer Vorlagen einzuschieben.

Ich lasse darüber abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke, einstimmig angenommen.

Die Verhandlung über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 samt Anlagen ist somit vertagt.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 852/J bis 857/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung berufe ich für Montag, den 13. Dezember, um 14 Uhr ein.

Die Bekanntgabe der Tagesordnung wird durch schriftliche Benachrichtigung erfolgen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 10 Minuten